

AUFTRAG



HEFT 227 / 1996

36. JAHRGANG



Kirche und Gesellschaft

- Der verlassene Staat
- Christliches Engagement in einer pluralen Gesellschaft
- Religion ja – Kirche nein?
- Ich und Ich und Ich – und Gott
- Religion und Ethik in der Schule
- Bischof Graf von Galen an der Seite der Soldaten des 2. Weltkriegs

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

INHALT

EDITORIAL	3
STAAT UND GESELLSCHAFT	
Der verlassene Staat (Andreas Püttmann)	4
Waren unsere Eltern Mörder? (Eckhard Stuff)	12
Langendörfer warnt vor größerer Distanz von Kirche und Politik	14
Egon Bahr – Der linke Nationalist (Eckhard Stuff)	14
KIRCHE UND GESELLSCHAFT	
Christliches Engagement in einer pluralen Gesellschaft (Theodor Paul)	16
Religion ja – Kirche nein? (Michael N. Ebertz)	21
Ich und Ich und Ich – und Gott (Karl-Heinz Ditzer)	24
Religion und Ethik in der Schule	32
Vor-Bilder sind unverzichtbar	35
Den Kindern kann man nichts vormachen	36
Jugendliche fasziniert das Okkulte (Barbara Just)	37
DEUTSCHLAND UND SEINE NACHBARN	
Wandel durch Annäherung – Annäherung durch Wissenschaft (Helene M. Reischl)	38
Mithelfen, dass die Verletzungen geheilt werden	39
Bundeswehr-Kontakte zu Polen kommen voran (Peter Ackermann)	40
Ein deutscher Marineoffizier baute die polnische Kriegsmarine auf (Joachim G. Görlich)	41
Polens Militärseelsorge: Bald gibt es auch griechisch-katholische Geistliche (Joachim G. Görlich)	41
Ungarns Sonderweg in die NATO? (Eckhard Stuff)	42
DEUTSCHLAND UND DIE WELT	
Moskau und die Nato-Realitäten (Diethild Treffert)	43
Russlands Armee als Krokodil (Joachim G. Görlich)	45
Wenig Klugheit und Weitsicht (Jürgen Liminski)	46
Es gibt keinen „Heiligen Krieg“ (Johannes Schidelko)	48
28 Millionen Kinder leben in Kriegsregionen (Ursula Schüller)	49
CHRISTLICHES ZEUGNIS	
Besinnung auf das Mysterium ist notwendig	50
Bischof Graf von Galen an der Seite der Soldaten des II. Weltkrieges (Norbert M. Schütz)	51
Wer war Junia, alias Junias? (Helmut Fettweis)	55
AUS MILITÄRSEELSORGE, RÄTEN UND GKS	
40 Jahre Laienmitverantwortung in der Militärseelsorge unserer Kirche (Helmut Fettweis)	57
INTERVIEW MIT MGv NABBefeld: 10 Jahre Apostolische Konstitution über die Militärseelsorge „Spirituali Militum Curae“	59
Prälat Dr. Martin Gritz, Militärgeneralvikar (1962–1981) feierte seinen achtzigsten Geburtstag (Jürgen Nabbefeld)	61
Leuchtturm Militärseelsorge	63
Helmut Ibach † (Helmut Fettweis)	65
Willi Weiskirch † (Hans-Georg Marohl)	66

Zum Umschlagbild: Die Kirche, ein Bollwerk inmitten der Welt. In einer Welt des Unfriedens – Bedrohung der Werte, Schwinden von Autoritäten, Zunahme von Bindungslosigkeit, Gottlosigkeit und seelischer Vereinsamung –, in einer Welt voll Auf- und Umbruch ist die Kirche auch ein Ort der Ruhe und Geborgenheit. Sind wir Christen uns dessen noch bewusst oder wird die Religion zum einzigen Tabu unserer Gesellschaft, zur Privatsache, über die man nicht spricht? Der Trierer Dom St. Peter während der Hl. Rock-Wallfahrt im April/Mai 1996. (Foto: U. Clees)

BUNDESVORSTAND der GKS tagte in Berlin	67
SACHAUSSCHÜSSE: Dienst an der inneren Einheit Deutschlands (Klaus Achmann)	69
Hohe Übereinstimmung zwischen Generalinspekteur und GKS	69
Freie Marktwirtschaft vergrößert das Lebensrisiko	75
Zu Fuß auf dem Jakobsweg in Spanien (Heinrich Havermann)	76
NOWOSPASSKOJE / GKS IM WB I: „Ja, es stimmt, sie sind Katholiken und wir sind Orthodoxe“	80
WB III: Verbundenheit zur Bundeswehr und Vertrauen in den Dienst des Soldaten	82
GKS IM WB V: „Die Leidtragenden“ (Friedrich Brockmeier)	83
WB VI: Im Krieg ist kein Heil	84
KURZ NOTIERT	33, 34, 37, 39, 45, 48, 50, 56
GEFUNDEN	42, 58
PERSONALIA	56, 64
TERMINE	56
AUTOREN und BUCHBESPRECHUNG	87

EDITORIAL

Liebe Lesergemeinde,

mit diesem Heft liegt Ihnen die 10. Ausgabe des **AUFTRAGs** in neuer Aufmachung vor. Sie haben vom ersten **AUFTRAG** nach dem neuen Redaktionskonzept (Heft 216/1995) bis heute zusätzliche Verbesserungen feststellen können. So setzen wir zur, besseren Unterscheidung und um die Aufmerksamkeit zu erhöhen, seit zwei Ausgaben Titelbilder ein. Gegenwärtig ist die Akzeptanz unserer Verbandszeitschrift hoch. Die Redaktion erntet sowohl aus dem Kreis der GKS-Mitglieder als auch von Lesern außerhalb unseres Verbandes anerkennende Zustimmung. Das freut uns, macht Mut und gibt unserem Dreierteam Anreiz weiterzumachen.

Kritik wird eigentlich nur bezüglich des Anspruchs und der Länge einiger Artikel laut. So verständlich solche Klagen auch sein mögen, **AUFTRAG** darf nicht mit einer Boulevard-Zeitung oder einem Unterhaltungsmagazin verwechselt werden. In erster Linie soll unsere Zeitschrift Beiträge aus dem Aufgabenbereich der GKS bringen, dazu Hintergrundwissen vermitteln, zur Diskussion anregen und die Verbandsarbeit dokumentieren. Diese Aufgabe ist durch Kurzbeiträge nicht zu bewältigen. Und um jedem längeren Artikel eine Kurzfassung voranzustellen, fehlt es an Arbeitskraft und Zeit (abgesehen davon würden die Artikel ja dann noch länger). Kurz und gut, wir können unseren Lesern die Mühe der Lese-Arbeit nicht ersparen. Der **AUFTRAG** bietet auch nur wenig Lektüre, die neben dem laufenden Fernseher zu Kurzweil und Entspannung erledigt werden kann. Dafür bitten wir um Ihr Verständnis.

Mit dieser Ausgabe haben wir uns an die neue Rechtschreibung herangewagt. Wir teilen hierzu nicht Skepsis und späten Widerspruch, die gerade in den

letzten Wochen laut wurden. Beim Lesen werden Sie selbst feststellen, dass die Neuerungen kaum ins Gewicht fallen. Und an „dass“, „muss“, „lässt“, „müsste“, „Anlass“ u.a.m. hat sich die Redaktion im Gegensatz zu den drei „F’s“ der „Schiffahrtsstraße“ – die glücklicherweise im **AUFTRAG** nur selten vorkommt – schnell gewöhnt. Allerdings tasten wir uns zunächst nur langsam an die neue Rechtschreibung heran, weil wir sie selbst noch erlernen müssen. Dabei wurden schriftliche Originalzitate aus der Zeit vor Oktober 1996 in der Rechtschreibung nicht verändert. Wenn Ihnen also etwas „spanisch“ vorkommt, schauen Sie selbst in Ihr neues Wörterbuch und begleiten Sie unseren Lernvorgang.

AUFTRAG 227 ist das letzte Heft dieses Jahres. Wir hoffen, dass Sie diese Ausgabe noch vor der Adventszeit in Händen halten. Für diese immer als „besinnliche Zeit“ bezeichnete Vorbereitung auf das Weihnachtsfest wünscht Ihnen die Redaktion **AUFTRAG** wirklich Ruhe und Besinnung im Warten auf die Ankunft des Herrn. Wir selber merken, dass man nicht kreativ sein kann, wenn man bis über beide Ohren in Arbeit, Hektik und Stress steckt. Mit einem Gebetspruch von Dag Hammarskjöld (UNO-Generalsekretär von 1953 bis 1961) möchten wir Ihnen eine gesegnete Adventszeit und eine gnadenreiche Weihnacht wünschen:

*Gib mir einen reinen Sinn - dass ich dich erblicke,
einen demütigen Sinn - dass ich dich höre,
einen liebenden Sinn - dass ich dir diene,
einen gläubigen Sinn - dass ich in dir bleibe.*

Ihre Redaktion

STAAT UND GESELLSCHAFT

Der verlassene Staat

Anfragen an die empirische Sozialforschung*

Andreas Püttmann

I. Der Deutsche und die Autorität

Deutschland gilt gemeinhin als ('terra oboedientiae') Land des Gehorsams, des autoritären Herrschaftsgeistes und der Untertanenmentalität. Das Deutschland-Stereotyp vom Volk der „braven Bürger“ nimmt auch im Selbstbild der Bevölkerung einen hohen Rang ein. In Umfragen des Allensbacher Instituts meinte 1990 jeweils jeder fünfte Bundesbürger, die Deutschen seien „zu untertänig“. 43 Prozent der Bundesbürger stimmten der Aussage zu, „daß das deutsche Volk zu geduldig ist und sich immer von seinen Regierungen viel zu viel gefallen läßt“; man solle „viel öfter als bisher gegen die Regierung demonstrieren“.

Eine andere Frage lautete: *„Einmal angenommen, eine internationale Theatergruppe soll ein Stück aufführen. Es sind ganz verschiedene Rollen zu vergeben. Hier sind sie einmal aufgeschrieben. Was meinen Sie, was könnte der deutsche Schauspieler wohl besonders gut spielen? (möglichst nur eine Angabe)“*.

Rang	Rolle	alte Bundesländer	neue Bundesländer
1	Der Fleißige	34 %	39 %
2	Der Gehorsame	14	21
3	Der Besserwisser	16	15
4	Der Angeber	9	19
5	Der Lebenskünstler	7	16
6	Der Kluge	6	9
7	Der Geizige	3	6

Indes konstatieren die empirischen Sozialwissenschaften längst ein deutliches Zurücktreten obrigkeitstaatlicher Einstellungen und Verhaltensbereitschaften in Deutsch-

land. Grundlegend war dafür die Entdeckung einer internationalen Wertestudie zu Beginn der 80er Jahre (Wiederholung 1990), dass Autorität in keinem anderen Land einem so prinzipiellen, sich über alle Lebensbereiche erstreckenden Misstrauen begegnet wie in Deutschland. Während die Meinung, es gehöre „unbedingt zur Demokratie, daß alle die Gesetze achten“, abgenommen hat, ist die Bereitschaft zu illegalen Formen politischer Aktion deutlich gestiegen. Jeder vierte Bundesbürger würde sich „sicher“ oder „vielleicht“ an Verkehrsblockaden beteiligen, jeder fünfte an der „Besetzung von Baugelände“, jeder sechste an einer „Demonstration mit Gewalt“. An aktuellen Beispielen mangelt es nicht.

Auch die Einschätzung einer absoluten Mehrheit, es sei „in“, modern“, „aufmüpfig“ zu sein, ist mit dem Stereotyp des gehorsamen Deutschen schwer vereinbar.

Die scheinbar moderne Aufmüpfigkeit hat sich in der Bundesrepublik allerdings längst zu einer Tradition mit festen Ritualen verstetigt. Nur die Themen haben gewechselt. „Auf Proteste gegen Remilitarisierung und Atombewaffnung folgten Ostermarschierer und Notstandsopposition, Studentenbewegung, Antiberufsverbot-Kampagnen, Friedensbewegung, Frauenbewegung, Ökologiebewegung, Anti-Asylbeschränkungsbewegung. Man bleibt alternativ. Dagegen sein verpflichtet“. In den Ritualen der etablierten Protestkultur erkennt Josef Isensee eine

„Repräsentation der Negation, die die traditionellen Formen kopiert dadurch, daß sie diese deformiert. Fahnen, sonst gehißt, hier werden sie verbrannt. Denkmäler, früher errichtet, nun werden sie

gestürzt oder geschändet, mit Antiparolen besprüht oder ironisch umfunktioniert. Statt der Nationalhymne die Internationale oder der Protestsong. Statt der Militärparade die in Marschkolonnen formierte Großdemonstration (mit militanten Einsprengseln). Statt der vormaligen Wachparaden die Mahnwachen und die Zugangssperren und Sitzblockaden. Statt der verpönten Uniformen die Demonstrationskluft, die PLO-Kopftücher, die lila Friedensfrauenhalstücher. (...) In der Negativrepräsentation werden Formen der Positivrepräsentation wiederhergestellt, die der Protest eigentlich verpönte hatte: protestantische Pastoren, die normalerweise den Gottesdienst in Blue Jeans und Pullover zelebrieren, erscheinen zur Demonstration in Talar und Beffchen“.

II. Politik und Vertrauen

Spätestens in den 90er Jahren trat neben die politikverachtende Protestkultur der ökopazifistischen Aufgeregtheitsavantgarde eine Politikerverdrossenheit breiter Bevölkerungskreise, wobei die Anlässe der Empörung vom atomaren Weltenbrand und der Überwachungsapokalypse (Volkszählung) auf die Dimension von Briefköpfen, Freirechnungen, Tankzetteln, Dienstmädchenbeschäftigung und

* Anmerkung der Redaktion:

Die Dokumentation des von Dr. A. Püttmann bei der Haupttagung der katholischen Männerarbeit vom 8. bis 10. Mai 1996 in Fulda gehaltenen Referats ist mit zahlreichen Fußnoten bzgl. der demoskopischen Quellen (in der Mehrzahl Allensbach Archiv, IfD-Umfragen) versehen. Da diese weniger dem Verständnis der Ausführungen als vielmehr der wissenschaftlichen Überprüfbarkeit dienen, wurden sie hier weggelassen.

Rentenabrechnungen schrumpften. Das hochmoralische Hyperengagement der Politikkritiker wurde abgelöst vom trägen Politikerverdross der Zuschauerdemokraten, die sich nicht einmal zur Wahl des „kleineren Übels“ an die Urnen bequemen wollen. So sank die Wahlbeteiligung im Bund unter 80 Prozent und bei Kommunalwahlen in großen Städten gar unter die Sechzig-Prozent-Marke.

Schwerwiegender als das reduzierte politische Engagement in Form von Parteimitgliedschaft und Wahlbeteiligung erscheint der rapide Vertrauensverlust der Politik. Auf die repräsentative Allensbacher Umfrage: „Einmal ganz allgemein gefragt: Sind Sie enttäuscht von den vier Parteien CDU/CSU, SPD, FDP und den GRÜNEN, oder würden Sie das nicht sagen?“ antworteten 1983 nur 29 Prozent „enttäuscht“, ein Jahrzehnt später waren es 57 Prozent. Nach entsprechenden EMNID-Umfragen fiel das Vertrauen in die Parteien zwischen 1979 und 1993 von 43 auf 26 Prozent. Nach dem Superwahljahr 1994 wurden zwar wieder etwas günstigere Werte gemessen; ob sich daraus aber auf eine echte Trendwende schließen lässt, oder ob nur eine vorübergehende Erholung durch die intensive politische Kommunikation und Profilierung der Parteien in Wahlkampfzeiten zu verzeichnen war, bleibt abzuwarten.

Parallel zu der Enttäuschung über die Parteien ist das Vertrauen in alle wichtigen staatlichen Institutionen in den letzten zehn Jahren deutlich gesunken. Auf einer Skala von +5 („volles Vertrauen“) bis -5 („gar kein Vertrauen“) sank das Vertrauen in einige ausgewählte Institutionen wie folgt:

	1984	1995
Bundesverfassungsgericht	2.8	2.1
Bundestag	2.0	1.1
Bundesregierung	1.6	0.8
Kirchen	1.9	0.6

Damit liegt das Institutionenvertrauen in Deutschland unter dem Durchschnitt der Europäischen Union. Eine „sehr gute“

oder „gute“ Meinung vom Deutschen Bundestag hatte 1983 immerhin die Hälfte der Bevölkerung, im Mai 1994 waren es noch 37 Prozent. Einen „ungünstigen Eindruck von der Arbeit des Bundestages in Bonn“ hatte 1964 jeder fünfte, 1977 jeder dritte und 1993 jeder zweite Bürger. Ende 1993 erklärt eine Zweidrittelmehrheit der Bevölkerung, „wenig“ oder „überhaupt kein“ Vertrauen in ihr Parlament zu haben.

Noch gravierender als der Vertrauensverlust von Parteien und Institutionen ist der Verfall der persönlichen Glaubwürdigkeit der Politiker.

Eine Indikatorfrage lautet:

„Hier unterhalten sich zwei über führende Politiker. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?“ (Bildblatt:)

- *‘Ich habe schon zu oft erlebt, daß führende Politiker nicht die Wahrheit sagen. Deshalb habe ich auch kein Vertrauen zu ihnen und verlasse mich nicht auf das, was sie sagen.’*
- *‘Natürlich versuchen führende Politiker, ihre Politik in bestem Licht darzustellen. Sie sagen vielleicht nicht alles, aber sie sagen nicht absichtlich etwas Falsches. Deshalb kann man ihnen im Großen und Ganzen schon vertrauen.’*

Nur noch jeder vierte Bundesbürger schließt sich dieser zweiten Meinung an, die ja durchaus kein überschwengliches Vertrauensvotum enthält. 60 Prozent bekunden dagegen mit dem ersten Statement ihr Mißtrauen gegenüber „den“ Politikern – vor zehn Jahren waren es erst 39 Prozent. „Daß die Abgeordneten in Bonn in erster Linie die Interessen der Bevölkerung vertreten“ „oder haben sie andere

Interessen, die ihnen wichtiger sind?“ – meinte 1978 noch mehr als die Hälfte, heute nur noch ein Drittel der Bevölkerung; die Mehrheit glaubt dagegen, dass den Volksvertretern ihre persönlichen Interessen (32%), Parteiinteressen (6%) oder sonstige Interessen (10%) wichtiger sind.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass das Ansehen der Politiker als Berufsgruppe noch nie so gering war wie heute.

Unter 18 Berufen landeten in einer Allensbacher Umfrage vom September 1993 die Politiker auf Platz 16 mit nur neun Prozent der Bevölkerung, die vor Angehörigen dieses Berufes hohe Achtung hatten (1972 27%). Im Oktober 1995 waren es mit zwölf Prozent nur wenig mehr.

Kein Wunder, dass nur noch ein Zehntel der Elterngeneration es gern sähe, „dass mein Kind Politiker würde“ („nicht gern“: 51 Prozent). Auch ganz generell ist der Bevölkerung politisches Engagement heute unsympathischer als etwa vor 15 Jahren: Nur noch 36 Prozent der Bürger „gefällt“ es, wenn ein Mann sich politisch betätigt (1976: 75%), bei einer Frau sind es 42 Prozent (1976: 65%). Als Motiv für den Beitritt zu einer politischen Partei vermutet ein Fünftel der Bevölkerung rein eigennützige Interessen und weitere 38 Prozent ein mit Überzeugung einhergehendes Nutzenkalkül, nur für 27 Prozent erscheint die politische Überzeugung ausschlaggebend.

Allerdings ist die Politikverdrossenheit von etlichen Widersprüchen gekennzeichnet. Man polemisiert gegen Seilschaften, kommt aber gern auf „Vitamin B“ und auf „unseren Mann in Bonn“ zurück, wenn es einem nützt. Man fordert mehr Basisbeteiligung und Entscheidungskompetenz durch Plebiszite, arbeitet aber immer weniger kontinuierlich mit. Man fordert transparente, ausdiskutierte Entscheidungen, kreidet den Parteien aber ihre mangelnde Geschlossenheit an. Man wünscht sich den materiell unabhängigen Politiker mit ordentlichem Beruf, kreidet das Nebeneinkommen aus der Anwaltskanzlei aber übel an. Man schimpft auf alle Politiker, bestellt sie aber bei jedem Jubiläum als Dekorationsobjekte ein. Man fordert weniger Staatsausgaben und Steuersenkungen, demonstriert aber gleichzeitig für Subventionen, mehr Lehrer und mehr Polizei. Man empört sich über zu hohe Diäten und jubelt dem Steuerflüchtling Boris Becker und Lothar Matthäus zu. Man klagt über Selbstbedienungsmentalität und zockt selbst die „Staatsknete“ ab, wo immer es geht.

III. Einstellung zum Staat

Kaum jeder fünfte Bundesbürger (18%) befürwortet noch J.F. Kennedys Vorschlag, mehr danach zu fragen, „was ich für den Staat tun kann“ als danach, was der Staat für mich selbst tue. Die schwindende Bereitschaft zu politischem Engagement folgt dem generellen Unwillen, sich zu binden, zu verpflichten und Aufgaben zu übernehmen, die ein dauerhaftes Gestaltungsengagement erfordern – und nicht nur ein spontanes Verhinderungsengagement. Es ist viel einfacher, einen Samstagmorgen an einer Sitzblockade gegen den Bau einer Müllverbrennungsanlage teilzunehmen, als über Jahre hin an einer Wirtschafts- und Umweltpolitik mitzuarbeiten, die dieses Projekt vielleicht überflüssig machte. So ist es haarsträubend, wenn auf die Frage: „Was würden Sie zur Verteidigung der Demokratie in Deutschland tun?“ 29 Prozent der Jugendlichen antworten: „Kerzen anzünden“, wenn aber nur 23 Prozent: „in eine Partei eintreten“ und nur 19 Prozent bei einer militärischen Verteidigung Deutschlands mitmachen würden. Auf die Frage: „Warum sind Sie auf der Welt?“ antworteten bei derselben Untersuchung 53 Prozent der Jugendlichen: „Ich möchte das Leben genießen“. Die Antwort: „Ich bin auf der Welt, um etwas Gutes zu tun“ wählten dagegen nur 11 Prozent. Entsprechend schätzen sich auch nur noch 8% der Jugendlichen als „gesellschaftlich/sozial stark engagiert“ ein. Überhaupt sozial engagiert zu sein, sagen 18% der männlichen Jugendlichen und 27% der weiblichen. Insgesamt ist zu beobachten: Die ethisch-sozialen Leitbilder weichen den ästhetischen und psychologischen. Akzeptiert wird, was und wer sich schlüssig, rollen- und reaktionssicher, nervenstark, locker und kühl – eben „cool“ – darzustellen versteht. Sich am Leben und Werk großer Persönlichkeiten zu orientieren und ihnen nachzustreben, gilt der großen Mehrheit der Jugendlichen als altmodische Idee. 69 Prozent haben keine Vorbilder; „Shooting-Stars“ können kurz zum Idol erkorren werden, aber schon morgen wieder in der Versenkung verschwinden. Der „Looser“ darf nicht

auf Anhänglichkeit hoffen. Ebenso flüchtig und unverbindlich erscheint die jugendliche „Gesellschaftsordnung“ der 90er Jahre: verschiedene „Szenen“ fungieren als soziale Netzwerke, bleiben aber unverbindlich; man kann sie wechseln wie ein Hemd. Der Unverbindlichkeit einer individualistischen Jugendkultur entspricht auch die schon festgestellte Verweigerung des dauerhaften Gestaltungsengagements zugunsten eines spontanen Verhinderungsengagements. Aktive, kontinuierliche Mitarbeit in Parteien bzw. politischen Gruppierungen oder gar die Übernahme eines politischen Amtes spielen im potentiellen Verhaltensrepertoire nur eine geringe Rolle: Die erklärte Bereitschaft dazu liegt bei 20%, die tatsächliche Mitwirkung bei 3%. Aber auch der von 43 % der jungen Deutschen geäußerte Bereitschaft, in einer Bürgerinitiative mitzuarbeiten, steht ein tatsächliches Engagement von nur 5% gegenüber. Die partizipatorische Illusion der 68er ist jedenfalls ad absurdum geführt.

Die Verweigerung einer investiven oder zumindest alternativen Einstellung gegenüber den Einrichtungen des Staates schließt aber eine konsumtive Anspruchshaltung nicht aus. Forderungen an den Staat, mehr für die Jugend zu tun, finden eine Dreiviertelmehrheit; nur jeder Zehnte ist hier mit den Leistungen des Wohlfahrtsstaats Bundesrepublik zufrieden. Besonders die ostdeutschen und die weiblichen Befragten zeigen sich stark auf den Staat fixiert. Bei der Dringlichkeit der zu bewältigenden politischen Probleme hat die Arbeitslosigkeit (78% „großes Problem“) der Umweltzerstörung (67%) übrigens den Rang abgelassen. In Ostdeutschland rangiert auch die Kriminalitätsbekämpfung (70%) vor dem Umweltschutz. Bei der Lösung der „wichtigsten Probleme in den nächsten zehn Jahren“ trauen die Jugendlichen (14-24-jährige) Wissenschaft und Technik, Wirtschaftsunternehmen und Bürgerinitiativen mehr Kompetenz zu als den Parteien. Knapp 30% sympathisieren mit „gar keiner Partei“ (Männer 25%, Frauen 33%), und eine Zweidrittelmehrheit meint, „keinen fähigen Politiker“ zu kennen (Männer 63%,

Frauen 71 %). 13 Prozent geben sogar an, Politiker zu hassen.

Überdurchschnittlich politikverdrossen ist übrigens ganz generell nicht jene – sinkende Anzahl Bürger, die ihr Leben „als eine Aufgabe“ betrachten, sondern jene, die ihr „Leben genießen“ möchten, ohne sich „mehr abmühen (zu müssen) als nötig“. Hier deutet sich ein Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Wertewandel an, der sich in den westlichen Wohlfahrtsdemokratien vollzogen hat.

Eine materielle Anspruchsegozentrik nach dem Schlager-Refrain: „Ich will alles, und zwar sofort“, degradiert den Staat zu einem sich abrackernden Sozialarbeiter, dessen Legitimität nach seiner Leistung bemessen wird. Der sich abzeichnende Abschied von der schlaraffenländlichen Vision des Bürgerstatus vollzieht sich folglich nur mühsam und schmerzvoll unter bisweilen rabiaten Besitzstandswahrungskämpfen und Schuldzuweisungen gegen die „Nieten in Nadelstreifen“ – auch in der Politik.

In unserem Zusammenhang noch wichtiger ist eine ideelle Überzeugungsegozentrik, die das demokratische Recht auf politische Einflußnahme verwechselt mit der Zusicherung des Erfolgs. Wo die prompte Beherzigung der eigenen Einsichten durch die Politik ausbleibt, zieht man sich in die Entrüstungspose oder den Schmollwinkel der eigenen Ohnmacht gegenüber der „Arroganz der Macht“ zurück. Wer seine Meinung aber für den Bürgerwillen schlechthin hält, wird strukturell politikunfähig und politikverdrossen.

Die Abkoppelung der Selbstentfaltungswerte von den Pflicht- und Akzeptanzwerten und dem Bewusstsein der Selbstverantwortung hat zu einer Zuordnung allen persönlichen Scheiterns auf „gesellschaftliche Missstände“ oder „verfehlte Politik“ hin beigetragen. Die Illusion der 68er Generation, individuelles und kollektives Glück sei bei gutem Willen und wissenschaftlichem Vorgehen sozio-technisch konstruierbar, schlägt um in den Frust gegenüber jenen Institutionen, denen man seit Marcuse & Co ohnehin mit einer zur Entlarvungsmanie gesteigerten Hermeneutik der Verdächtigung begegnete.

IV. Christentum und die Veränderung des Wertbewusstseins

Selbst wenn die grassierende Politikverdrossenheit aber nicht kausal mit der Veränderung des Wertbewusstseins zusammenhinge, wäre sie im Hinblick auf die Moral der Bevölkerung immer noch verlogen. Wenn Dreiviertel der Bürger glauben, „daß bei uns in der Politik auch mit Bestechung gearbeitet wird“, aber nur die Hälfte darin auch ein gesamtgesellschaftliches Phänomen vermutet, geht dies weit an der Realität vorbei. Und wenn inzwischen nur noch jeder fünfte Bundesbürger glaubt, dass man den Politikern „im Großen und Ganzen schon vertrauen kann“ – während jeder Dritte „den meisten Menschen“ vertrauen zu können glaubt –, dann ist dieser Unterschied durch die empirischen Daten ebensowenig gedeckt wie das törichte Wort des Starphilosophen Habermas: „Die Bevölkerung ist besser als ihre Politiker“. Ich will dies mit wenigen Befinden begründen: Kaum jeder vierte Bürger in Deutschland erkennt noch „klare Maßstäbe für gut und böse“ an, die für jeden Menschen gelten; die große Mehrheit nimmt Zuflucht zu einer Art situativer Ethik, nach der alles immer „von den gegebenen Umständen“ abhängt. Folglich hat sich die Bandbreite des Zulässigen, die Zahl der unter den Augen der Gesellschaft wählbaren Optionen, außerordentlich erweitert. Die Scheu vor der vorbehaltlosen, nicht stets die Ausnahme einbeziehenden Anerkennung von Normen wird zunehmend das hervorstechende Charakteristikum der modernen Moral.

Dies schlägt sich etwa im Bereich der sogenannten Alltagskriminalität nieder. Büromaterial für den privaten Gebrauch mitzunehmen, hielten 1959 drei Viertel der Bürger „auf keinen Fall“ für erlaubt, heute ist es nicht einmal die Hälfte. Den Betrug an öffentlichen Kassen durch unrechtmäßige Inanspruchnahme von Sozialleistungen lehnten 1985 noch 72 Prozent, 1992 nur noch 64 Prozent der Bürger mit Entschiedenheit ab („ist unter keinen Umständen zu rechtfertigen“); bei Steuerhinterziehung sank die Ablehnung drastisch von 65 auf 51, beim Schwarz-

fahren in öffentlichen Verkehrsmitteln von 50 auf 45 Prozent. Der Versicherung einen höheren Schaden zu melden als tatsächlich entstanden, fanden 1985 noch mehr als die Hälfte, 1992 nur noch 30 Prozent der Bürger für unververtretbar. In den jüngeren Altersgruppen liegen die Durchschnittswerte der Akzeptanz solcher Betrugs-kriminalität wesentlich höher zum Teil doppelt so hoch wie in der älteren Generation.

Die Meinung, es gehöre unbedingt zur Demokratie, „daß alle die Gesetze achten“, hat in der westdeutschen Bevölkerung kontinuierlich – pro Jahr um ein Prozent – abgenommen: von 63 (1978) auf 52 Prozent 1990; die Werte in der DDR lagen demgegenüber im Frühjahr 1990 mit 70 Prozent sehr hoch, hatten sich jedoch schon zum Zeitpunkt der staatlichen Wiedervereinigung mit 57 Prozent fast auf das westdeutsche Niveau abgesenkt. Von den jungen Deutschen (unter 30jährige) hält nicht einmal mehr jeder zweite die Gesetzesachtung unverzichtbar für die Demokratie. Vor diesem Hintergrund erscheint die Gesamtzahl der registrierten Straftaten in Deutschland, die sich im Zeitabschnitt eines Generationenwechsels von 2,4 auf über 6 Millionen steigerte, nur wie die Spitze eines Eisbergs.

Soll man nach alledem noch glauben, in den Politikern eine Negativauslese der Bevölkerung vor sich zu haben, oder bekommt jedes Volk in der Demokratie die Politiker, die es verdient?

V. Krise des Wertbewusstseins

Das Erschrecken über manifeste Dekadenzsymptome hat inzwischen breite Bevölkerungskreise erreicht, spätestens seit den ausländerfeindlichen Brandanschlägen auch die Linke, die die ökopa-zifistisch motivierte Gewalt noch ziemlich nachsichtig beurteilt hatte. Dass wir, so eine Allensbacher Umfrage, „eine moralische Wende brauchen“, davon ist inzwischen eine Zweidrittelmehrheit der Bevölkerung überzeugt. Jeweils 70 Prozent haben den Eindruck, „daß das Gefühl für Recht und Unrecht in unserem Land zurückgeht“ und „daß die Menschen immer schnel-

ler bereit sind, Gewalt anzuwenden“. „Daß unsere Gesellschaft immer kälter und egoistischer wird“, fürchten 60 Prozent, und „daß Sitte und Moral immer mehr verfallen“, beunruhigt 43 Prozent der Bevölkerung. Genau besehen, betrifft die allseits beklagte Krise des Wertbewusstseins nicht so sehr die Akzeptanz fundamentaler Werte (also die Ethik der Ziele); denn Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, Frieden, Sicherheit und Wohlstand, Freundschaft und Familiensinn stehen als Ziele nahezu unbestritten hoch im Kurs. Die Malaise herrscht eher im Bereich der Normen, Institutionen und Tugenden, durch welche diese Werte überhaupt erst verwirklicht und dauerhaft gesichert werden können (Ethik der Mittel). Die Wertschätzung von Partnerschaft und Familie etwa nützt herzlich wenig, wo der Sinn des Vierten und Sechsten Gebotes verkannt und die Tugenden der Treue und Geduld nicht anerzogen oder eingeübt wurden. Das Bekenntnis zur politischen Freiheit ist hohl, wenn Institutionen, die diese Freiheit sichern, missachtet werden. Die Wertschätzung von Sicherheit und Wohlstand bleibt folgenlos, wo Gesetzesgehorsam und Tüchtigkeit ausbleiben. Die Forderung nach Gerechtigkeit muß leerlaufen, wo Opferbereitschaft verpönt wurde. Der Wunsch nach Frieden ist wohlfeil, wo es an Tapferkeit mangelt, ihn zu sichern, notfalls zu erstreiten. Und die beste Gesinnung nützt wenig, wo eine Kardinaltugend fehlt, die als solche längst in Vergessenheit geraten ist: die Klugheit. Nur sie ist in der Lage, verschiedene Werte in Zielkonflikten zum Ausgleich zu bringen. Sie gründet weniger auf einem Intelligenzquotienten, sondern vor allem

- auf einem realistischen Menschenbild,
- auf der Rezeption tradierten Erfahrungswissens,
- auf der „Fähigkeit, die Realitäten mit innerer Sammlung und Ruhe auf sich wirken zu lassen, also: der Distanz zu den Dingen und Menschen“ (Max Webers Politik als Beruf).

Alles drei hält das Christentum bereit. Doch hier liegt die Crux. Denn der einzige Wert, der eindeutig „einen über die Generationenab-

folge vermittelten Bedeutungsverlust“ erlitten hat und zwar in Deutschland Ost und West stärker als in anderen Ländern Europas – ist der christliche Gottesglaube. Mit ihm, der über etwa vierzehn Jahrhunderte unser Ethos, unsere Kultur und Mentalität wesentlich prägte, droht uns das Know-how für eine humane, zukunftsfähige Gesellschaftsordnung zu entgleiten. Dass „die traditionellen christlichen Werte wieder wichtiger werden müssen“, meinen übrigens keineswegs nur die aktiven Kirchenmitglieder, sondern 49 Prozent der Bevölkerung. Die gegenteilige Ansicht: „Traditionelle christliche Werte bringen uns nicht weiter“, wird von ebenfalls 49 Prozent vertreten. Ein Patt also. Doch zum Glück müssen sich beide Hälften nicht erst einigen. Die eine Seite kann – jedenfalls auf persönlicher und gesellschaftlicher Ebene – auch ohne die andere handeln, in der Hoffnung, längerfristig zu überzeugen.

VI. Religion und Nation

Wolfgang Schäuble glaubt, einen Ausweg gefunden zu haben. Die bedrückende „Einsicht, daß die menschliche Existenz begrenzt ist, und zwar zeitlich wie qualitativ“, sei „in der Menschheitsgeschichte immer durch die religiöse Dimension ein Stück weit wieder aufgehoben worden. Daraus entsteht Trost und Hoffnung, ohne die der Mensch nicht leben kann“. Da es aber nun einmal bergab gehe mit der Religion, müsse das Element der Hoffnung für die wachsende Zahl derjenigen, die an ihr transzendentes Heilsversprechen nicht zu glauben vermöchten, woandersher kommen: Sie können nach Schäuble „die Ungewißheit über das Nachher nur durch die Gewißheit ertragen, dass die Gemeinschaft, die sie trägt, auch noch da sein und fortbestehen wird, wenn sie selbst nicht mehr leben (...). Hoffnung und Zuversicht als Grundnotwendigkeiten menschlicher Existenz können sich also aus zwei Elementen speisen: aus der religiösen Zuversicht und aus der Geborgenheit, dem Aufgehobensein in der Gemeinschaft“. Dies leistet für Schäuble neben der Familie wesentlich die

Nation.

Die Nation also als sinn- und troststiftender Ersatz für Religion? Hier bewegt sich der Christdemokrat auf heiklem Terrain. Vom Religionsersatz zur Ersatzreligion scheint der Weg nicht allzu weit. Und damit haben wir verheerende Erfahrungen gemacht. Vor allem aber: Stimmt überhaupt die Prämisse? Wie sehr tröstet es Sie, dass Sie nach Ihrem Tod in der deutschen Nation weiterleben? Und was das Gemeinschaftsgefühl betrifft: Das hat jede Räuberbande. Für das Wertbewusstsein ist damit wenig gewonnen. Ich will nicht abstreiten, dass ein nationales Zusammengehörigkeitsgefühl die Bereitschaft zum innerstaatlichen solidarischen Ausgleich fördern kann. Doch die sozialetischen Leistungen des Christentums gehen weit darüber hinaus. Ich möchte aus der Sicht der empirischen Sozialforschung die wichtigsten in gebotener Kürze benennen.

VII. Die sozialetischen Leistungen des Christentums

1. Jede Begründung von Würde und Recht des Menschen und der Unantastbarkeit menschlichen Lebens bleibt ohne den Gedanken der Geschöpflichkeit und Gottes Ebenbildlichkeit des Menschen brüchig. Ein Indiz dafür mag man etwa darin erkennen, dass religiöse Menschen Abtreibung, Euthanasie und private Gewaltanwendung gegen Personen und auch die Todesstrafe entschieden ablehnen als nichtreligiöse. Übrigens zeigen sie auch seltener Aversionen, mit Menschen anderer Rasse, Religion und Herkunft in Nachbarschaft zu leben.

2. Die in der jüdisch-christlichen Tradition enthaltene Normativität – Dekalog, Seligpreisungen, Tugend- und Bußlehre – erzieht zur Beachtung von Geboten und Verboten nicht nur im kirchlichen, sondern auch im staatlichen Bereich. Christlich sozialisierte Menschen werden insofern mit größerer Wahrscheinlichkeit pflicht- und verantwortungsbewusste Bürger sein. Sie bestätigen noch heute die alte Monarchen-Weisheit, dass „tau-

send Schwarze zehntausend Grüne ersetzen“ – was nichts mit unserer politischen Farbenlehre zu tun hat, sondern ausdrücken will: Tugend und Moral predigende Pfarrer machen ein Vielfaches an Polizei entbehrlich. In der Tat zeigen empirische Befunde: Sowohl illegale Protestformen als auch die Delikte der sogenannten „Alltagskriminalität“ – Steuerhinterziehung, Versicherungsbetrug, Schwarzfahren und der Mißbrauch von Sozialleistungen – werden mit wachsender Nähe zur Kirche entschiedener abgelehnt. Der Vorsprung praktizierender Christen gegenüber konfessionslosen Bürgern beträgt hier zwischen 10 und 30 Prozent. Ähnlich drastische Unterschiede ergeben sich in der Unterstützung von Handlungsmaximen wie „immer die Wahrheit sagen“, „bescheiden sein“, „höflich zu anderen sein“, „Dankbarkeit zeigen“, „auch mal verzichten können“, „anderen vergeben“: kirchlich gebundene Jugendliche machten sich diese Grundsätze um durchschnittlich 16 Prozentpunkte häufiger zu eigen als Gleichaltrige ohne Kirchenbindung. Für den Zusammenhang von Entchristianisierung und wachsender Neigung zu Normverstößen gibt es aber nicht nur empirische Hinweise. Er ist auch spieltheoretisch zu erklären. Selbst wenn sich eine Gesellschaft auf gemeinsame Werte und Regeln einigen kann, gibt es für den einzelnen in der Fülle staatlich oder sozial unkontrollierbarer Situationen drei Handlungsoptionen.

- Er kann *unbedingt moralisch* handeln, das heißt unabhängig von möglichen Vorteilen, die er haben könnte, wenn er jetzt die Situation ausnützt. Er macht das allgemeine Interesse zu seinem Interesse und handelt unabhängig vom Verhalten der anderen den Regeln gemäß – eine unwahrscheinliche Handlungsweise wenn man bedenkt, dass die innerweltlichen Anreize zu dieser „reinen Ethik“ gering sind, die „pursuit of happiness“ keineswegs deckungsgleich mit einem Leben in höchster Moralität ist.
- Er kann zweitens nur *bedingt moralisch* handeln und sich sagen: Ich bin bereit, mich an die ethischen Regeln zu halten, wenn alle anderen oder doch

die meisten es auch tun. Ich breche aber selbst die Regeln, wenn ich das Gefühl habe, allein der Dumme zu sein. Je größer und unübersichtlicher aber eine Gesellschaft, um so stärker wird die Unsicherheit über das Verhalten anderer, so dass selbst Bürger, die eigentlich bereit wären, den Verallgemeinerungsgrundsatz auf sich selbst anzuwenden, aus Furcht vor Übervorteilung dazu neigen können, es mit dem Regelgehorsam nicht so genau zu nehmen (Isolationsparadox).

- Der Einzelne kann drittens die Einsicht haben, dass dem Gemeinwohl am besten gedient ist, wenn sich alle regelgetreu verhalten; er selbst findet aber die beste Situation diejenige, in der sich alle anderen (bzw. die meisten), nur nicht er selbst an die Regeln halten. Auch die Wahrscheinlichkeit dieser „Schwarzfahrer-Devise“ steigt mit der Anonymität der großen Zahl.

Weder mit dem kalkulierten Egoismus der dritten Option noch mit dem Vernünfteln, was wohl die anderen tun werden, lässt sich ein gesellschaftliches Werte- und Regelsystem aufrechterhalten. Aber auch ein moralischer Heroismus der ersten Option, der den Regelgehorsam – Kants kategorischem Imperativ entsprechend – „aus reiner Achtung vor dem Gesetz“, ohne empirische Nutzenabwägungen leisten sollte, ist – aller menschlichen Erfahrung nach – als Garant eines ethischen Systems ungeeignet, weil angesichts der ambivalenten Menschennatur zu unwahrscheinlich. Die Lösung dieses Problems des „Ethikversagens“ liegt im religiösen Glauben an den transzendenten Ausgleich von Sittlichkeit und Glückseligkeit für die unsterbliche Seele. Erst der Gedanke einer überweltlichen Rechtfertigungspflicht stellt die Versicherungsinstanz dafür dar, dass die Ethik in Geltung ist, dass sogar der Zustand, selbst als Einziger sittlich zu handeln und dabei – innerweltlich – hoffnungslos unterzugehen, immer noch jenem Zustand vorzuziehen wäre, in dem gar keiner sittlich handelte. Die letzte Konsequenz einer Auflösung dieser religiösen Ethikverankerung hat Dostojewski (*Schuld und Sühne*) daher zu Recht in dem dra-

stischen Satz zugespitzt: „Wenn es Gott nicht gibt, dann ist alles erlaubt“.

Übrigens übt der Glaube auch auf der zweiten Stufe – des bedingt moralischen Handelns je nach der vermuteten „Vertragstreue“ der anderen – eine stabilisierende Funktion aus. Mit der Nähe zur Kirche wächst nämlich die Bereitschaft, den Mitmenschen gewissermaßen einen Vertrauensvorschuß zu geben. Auf die Indikatorfragen: „Glauben Sie, daß es mehr böswillige als gutwillige Menschen gibt?“ und „Glauben Sie, daß man den meisten Menschen vertrauen kann, oder kann man da nicht vorsichtig genug sein?“, wählen kirchenverbundene Christen zu etwa zehn Prozent häufiger die optimistische Antwort.

Um Missverständnissen gleich vorzubeugen: Dies alles heißt natürlich nicht, dass ein Mensch ohne Gottesglauben kein rechtschaffender oder vorbildlicher Bürger sein könnte. Demoskopie macht Aussagen über alle, nicht über jeden. Fraglich ist jedoch, wohin eine ganze Gesellschaft driftet, wenn sie den Anker lichtet, den das Grundgesetz in seiner Präambel mit der „Verantwortung vor Gott“ geworfen hat. In diesem Sinne fand sogar Joschka Fischer in seiner Programmschrift „Die Linke nach dem Sozialismus“ zu der uralten Einsicht zurück: „Eine Ethik, die sich nicht auf die tiefer reichende, normative Kraft einer verbindlichen Religion (...) stützen kann, wird es schwer haben, sich in der Gesellschaft durchzusetzen und von Dauer zu sein. (...) Das offene Glaubensproblem der Moderne wird sich nicht durch eine handlungsorientierte Verantwortungsethik auflösen lassen, wie sie Hans Jonas versucht hat, denn ihre gesellschaftliche Wirkung könnte sie erst auf dem Hintergrund neuer und akzeptierter religiöser Tabus und davon abgeleiteter Normierungen entfalten. Eine Verantwortungsethik ohne religiöse Fundierung scheint (...) in der Moderne einfach nicht zu funktionieren.“

3. Der christliche Bewährungsgedanke unterstützt verantwortliche Leistungsbereitschaft; Solidarität und Gemeinwohldenken werden von

den Geboten der Nächstenliebe inspiriert. Die anspruchsvolle Auffassung: „*Ich will nicht fragen: Was tut der Staat für mich, sondern: Was tue ich für den Staat*“ wurde bei einer Allensbacher Umfrage vom Juni 1992 immerhin von 26 Prozent der kirchennahen Christen, aber nur von 15 Prozent der Bürger ohne Konfession geteilt. Eine andere Allensbacher Frage lautet: „*Zwei Menschen unterhalten sich über Leben. Der erste sagt: 'Ich möchte mein Leben genießen und mich nicht mehr abmühen als nötig. Man lebt schließlich nur einmal, und die Hauptsache ist doch, dass man etwas von seinem Leben hat. Der zweite sagt: 'Ich betrachte mein Leben als eine Aufgabe, für die ich da bin und für die ich alle Kräfte einsetze. Ich möchte in meinem Leben etwas leisten, auch wenn das oft schwer und mühsam ist.' Was meinen Sie: Welcher von diesen beiden macht es richtig, der erste oder der zweite?*“

Kirchennahe Christen sprechen sich mit deutlicher Mehrheit (etwa 45 zu 25 Prozent) dafür aus, das Leben als eine Aufgabe zu betrachten, für die der Einsatz aller Kräfte lohnt; bei den Konfessionslosen ist es genau umgekehrt: Sie optieren in ihrer absoluten Mehrheit (ca. 55 zu 20 Prozent) für die hedonistische Antwort: „das Leben genießen und sich nicht mehr abmühen als nötig“.

Was die praktische Solidarität betrifft, verweise ich auf einen neueren Aufsatz von Bernhard Grom in der F.A.Z. über Befunde der Altruismusforschung in verschiedenen Ländern. So stellte Gallup in den Vereinigten Staaten fest, dass die Mitglieder von Glaubensgemeinschaften (Kirchen und Synagogen) deutlich häufiger (zu 80 Prozent) als Nichtmitglieder (zu 55 Prozent) angaben, für wohltätige Zwecke Geld zu spenden und ehrenamtliche Aufgaben übernommen zu haben (Mitglieder: 51, Nichtmitglieder: 33 Prozent).

Eine andere Repräsentativbefragung stellte eine starke Hochschätzung des Helfens bei religiösen Personen fest: Die Befragten, die einen tiefen religiösen Glauben bekundeten, erklärten zu 89 Prozent, die Unterstützung von Leidenden sei sehr wichtig. Die Zahl sank auf 52 Prozent bei je-

nen, denen der Glaube wenig oder nichts bedeutete. Grom anerkennt durchaus, dass auch nichtreligiöse Motive – etwa spontanes Mitleid – weit tragen können. „Doch ist mit der ‘Alltagssolidarität’ (...) auch dann noch zu rechnen, wenn ein Einsatz erforderlich ist, der über spontane Gutmütigkeit, Kameradschaft, Hilfe und Gegenseitigkeit (wie in Selbsthilfegruppen) und Ausländerfreundlichkeit in Lichterketten hinausgeht? Weder die Kollektiv-Ideologie des Marxismus noch die Leistungs- und Konsumdynamik der Marktwirtschaft, weder die Selbstverwirklichungsbewegung und der Psychoboom noch deren Überhöhung in der Esoterikwelle und schon gar nicht die Skepsis gegenüber allem Allgemeingültigen und Verbindlichen haben von sich aus ein Ethos aktiver Solidarität entwickelt“. Und: „Bleibt ein transzendenzfreies Ethos mit seiner pflichtethischen Sprödigkeit nicht immer eine Sache von wenigen humanitären Intellektuellen und Aktivisten? (...) Wer den Auszug aus den Kirchen propagiert, beschädigt auch die Humanität unserer Gesellschaft in einer ihrer Hauptwurzeln“.

4. Der christliche Gedanke der Weltüberwindung und der Geborgenheit im Letzten setzt jene Grundgelassenheit im Vorletzten frei, die zum unaufgeregten Engagement und zum Widerstand gegen ideologische Heilsangebote und politischen Radikalismus befähigt. Dies zeigt sich in der Bundesrepublik bei der Wahl radikaler politischer Parteien. Dass Christen eine geringere Neigung zur (post)kommunistischen PDS aufweisen, mag kaum überraschen. „Nie an den sozialistischen Staat geglaubt“ zu haben, erklärt jeder zweite ostdeutsche Katholik, jeder dritte Protestant, aber nur jeder fünfte Konfessionslose. Dass aber die „Republikaner“ mit ihrem Appell an rechtskonservative Motive bei den kirchennahen Christen nur weit unterdurchschnittliche Zustimmung fanden (Sympathisanten im Bevölkerungsdurchschnitt 1992: 5 Prozent, Katholiken: 1,8%, Protestanten: 2,3 %), wird wohl manchem Klischee – jedenfalls von katholischer Kirche – zuwiderlaufen.

Der Ablehnung radikaler politi-

scher Parteien und Ideologien entspricht die Bejahung der Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland: Dreiviertel der kirchennahen Christen halten sie für „wert, verteidigt zu werden“, aber nur knapp die Hälfte der Konfessionslosen.

5. Die christliche Einsicht in die innerweltlich unaufhebbare Fehlerhaftigkeit und Schwachheit der menschlichen Natur macht vor überzogenen Ansprüchen an Politik und Politiker gefeit und leistet damit einen wichtigen Beitrag gegen die Politikverdrossenheit. Dies zeigt sich schon bei der Wahlbeteiligung. Michael Eilfort hat in seiner empirischen Studie „Die Nichtwähler“ (1993) aufgezeigt, dass aktive Christen in dieser Gruppe deutlich unterrepräsentiert sind. Auch pauschale Negativurteile über „die“ Politiker unterstützen sie seltener, und Protestparteien wie die „Statt“-Partei fanden bei ihnen geringere Resonanz.

Dies wundert nicht. Denn wenn der Christ einerseits auf das ursprünglich und potentiell Gute im Menschen vertrauen darf und soll, und enttäuscht wird, kann seine Reaktion trotzdem maßvoll ausfallen, weil ihn das Böse ja andererseits nicht unerwartet, unerklärbar und ungetröstet trifft; den Übeltäter kann er schon deshalb nicht allzu rigoros verurteilen, weil er die Erkenntnis, dass „alle zumal Sünder und Böse“ (Luther) sind, stets auch auf sich selbst beziehen muss. Das lässt vorsichtiger urteilen, auch gegenüber Politikern, die im Flutlicht der demokratischen Öffentlichkeit ihre Fehltritte nur schwer verbergen können. Um es mit einem „altmodischen“ Wort auszudrücken: Christlicher Demut ist selbstgerechtes Schwarzweißdenken fremd. Sie hat davon auszugehen, dass wir alle „Zebras“ sind (Joachim Kardinal Meisner).

6. Einem christlichen Patriotismus bleibt gegenüber dem wieder aufkeimenden Nationalismus gewahr: Es gibt wesentlichere Bande zwischen den Menschen als die der Nation. Nicht, dass Christen „vaterlandslose Gesellen“ wären. Zwar heißt es im Philipperbrief durch-

aus provozierend: „Unsere Heimat aber ist im Himmel“, womit alle irdischen Bindungen und Behauungen relativiert wären. Doch auf die Frage: „Würden Sie sagen, daß Sie alles in allem Ihr Land – Deutschland – lieben, oder würden Sie das nicht sagen?“, wählen über 80 Prozent der Protestanten und Katholiken die patriotische Antwort, zehn Prozent mehr als von den Konfessionslosen. Aktive Christen – insbesondere der ultramontanen (*ultramontan = streng päpstlich gesinnt, Anm. der Redaktion*) katholischen Konfession – sind allerdings auch der europäischen Integration überdurchschnittlich freundlich gesinnt. Und sie müssen geradezu prädisponiert sein, über das nationale Gemeinwohl hinaus auch ein europäisches Gemeinwohl und ein Weltgemeinwohl anzunehmen und anzustreben. Denn für den Christen ist der Nächste eben nicht der Volksgenosse, sondern der ihm jeweils begegnende, von Gott anvertraute Mitmensch, zuvörderst freilich der christliche Bruder und der Notleidende diesseits und jenseits politischer Grenzen.

VIII. „Sofortmaßnahmen“ für ein humanes Zusammenleben

Wenn nun aber die christliche Glaubenskraft in unserer wohlstandsverfetteten Zerstreuungs- und Vollkaskogesellschaft weiter erlahmt – empirische Befunde deuten darauf hin –, dann müsste man nach dem bisher Gesagten doch ein grämlicher Pessimist sein. Man wäre aber ein schlechter Christ – und übrigens auch ein untypischer. Hat doch der Züricher Sozialpsychologe Gerhard Schmidthen in seiner Untersuchung über „Moralbilder und Wertkonflikte junger Menschen“ herausgefunden: „Das persönliche Zukunftsvertrauen der aktiven Christen ist im Durchschnitt etwas größer. (...) Daß die Arbeit interessant sei, ist von ihnen etwas überdurchschnittlich zu hören. Das Lebensgefühl tendiert stärker zum Positiven als das der übrigen, und aktive junge Christen beschreiben ihren Gesundheitszustand tendenziell positiver“ (den die Deutschen übrigens gegenüber anderen Völkern als relativ schlecht einschätzen). Zu den

sozialethischen Schlußfolgerungen der Jugendstudie zählt auch die Einschätzung, „daß eine am christlichen Menschenbild orientierte Erziehung weniger den larmoyanten Typ hervorbringt der lediglich über die Verhältnisse klagt, statt sein Leben selbst in die Hand zu nehmen und auch die eigenen Fehler und Versäumnisse einzugestehen. Die im Kontext der kirchlichen Soziallehre vertretene Theorie einer subsidiären Gesellschaft, die zunächst die Aktivierung der eigenen Kräfte verlangt, bevor man nach dem Staat ruft, zeigt sich hier als besonders wirksam“.

Damit klingt an, dass Optimismus als eine hoffnungsfrohe persönliche Lebenseinstellung erhebliche gesellschaftliche Konsequenzen haben kann. Optimisten in diesem Sinne können wir brauchen. Andererseits wächst „Optimismus nicht aus Problem- oder Realitätsverweigerung, sondern eher, indem man die Probleme offen anspricht“. Daher bleibe ich dabei: Vor dem Hintergrund der dargestellten Befunde und der fortschreitenden Entchristianisierung scheint mir die Bundesrepublik durchaus „offen für risikoreiche soziale Veränderungen“. Manche sprechen schon von einem „Entzivilisierungsprozeß“, und viele Indizien geben ihnen recht. Um dem entgegenzuwirken, können wir natürlich nicht auf eine Revitalisierung des christlichen Glaubens warten. Alle Staatsbürger, die sich der grundgesetzlichen Demokratie verpflichtet fühlen – unabhängig von ihrem geistigen und geistlichen Standort –, können und müssen schon jetzt gemeinsam „Sofortmaßnahmen“ treffen, um ein humanes Zusammenleben auf Dauer zu sichern.

Dazu gehört

1. die Stärkung der Familien und des Mutes zur Erziehung;
2. die Schärfung des Rechtsbewusstseins und des Sinns für die staatlichen Institutionen in Schulunterricht und politischem Diskurs;
3. die konsequente Prävention und Repression von privater Gewalt;
4. die intensive Auseinandersetzung mit Medienwirkungen, Verstärkung der Medienpädagogik und eine restriktive Nor-

mierung insbesondere audiovisueller Gewaltdarstellung;

5. die Schaffung bzw. Erhaltung von Rahmenbedingungen für einen maximalen Wirkungsgrad der sinn- und normvermittelnden gesellschaftlichen Institutionen, vor allem der Kirchen. Diese haben keinen Grund, ihr Licht unter den Scheffel zu stellen.
6. eine gezielte, nicht nur leistungs-, sondern auch ethosbezogene Förderung junger Nachwuchskräfte in allen gesellschaftlichen Bereichen, damit Funktions- und Wertelite konvergieren.

Helmut Kohl hat einmal das Wort geprägt: „Entscheidend ist, was hinten dabei herauskommt“. Wer zu einer eher pessimistischen Analyse kommt und am Ende trotzdem für fröhliche Tatkraft plädieren will, der kann sich dabei auf jene christliche Hoffnung stützen, die der Bonner Staatsrechtslehrer Josef Isensee mit den schönen Worten skizzierte: „Die christliche Hoffnung fängt die Weltunsicherheit auf durch das Ver-

trauen auf den, der die Welt überwunden hat. Sie ist gefeit gegen heilsutopischen Aktionismus wie gegen Aussteigertum aus Angst. Sie greift nicht zu hoch und schlägt deshalb nicht um in Enttäuschung oder Verzweiflung. Sie läßt sich nicht erschüttern durch das Scheitern der Entwürfe, weil sie das mögliche Scheitern von vornherein einkalkuliert. Sie akzeptiert die Unvollkommenheit dieser Welt und bietet ihr – das Bild einer besseren vor Augen Widerstand. Sie fordert Bewährung im Dienst für die anvertrauten vergänglichen Güter. Sie entbindet das scheinbar Widersprüchliche: Hingabe und Distanz, Anstrengung und Gelassenheit. Sie gibt auch dem politischen Wirken fröhliche Tatkraft, weil sie die Perspektive der Zukunft, damit die Möglichkeit von Sinn, über die Grenzen der Zeitlichkeit hinaus, offen hält. Der Christ bewährt sich auch als homo politicus, gemäß dem Lutherwort, dadurch, daß er, selbst dann, wenn er sicher wüßte, daß morgen die Welt unterginge, heute noch ein Bäumchen pflanzte“. □

Früchte des Christentums

Mixa: Zum Überleben braucht Europa die christlichen Tugenden

Ein „wahrhaft freiheitliches und den Menschen achtendes Europa“ kann nach den Worten des Bischofs von Eichstätt, Mixa, nur geschaffen werden auf dem Fundament, das Jesus Christus heißt. Europa könne nicht zusammenwachsen nur durch wirtschaftliche und politische Vereinigung, sondern brauche als Grundlage für das menschliche Überleben die christlichen Tugenden von Glaube, Hoffnung und Liebe, sagte der Bischof am 6. Oktober 1996 bei einem Pontifikalamt aus Anlass der Landesversammlung der Paneuropa-Union in Eichstätt.

Der Bischof hob hervor, die Kirche habe sich als erste in Europa um Bildung und Wissenschaft, um Krankenpflege und soziale Dienste gekümmert. Die Kunst habe durch das Christentum eine umfassende Förderung erfahren. Das christliche Weltbild trage den Auftrag in

sich, die Welt als Gabe Gottes verantwortungsbewusst zu gestalten und zu pflegen. In seiner Predigt im Eichstätter Dom wies Mixa Kritik zurück, wonach durch das Christentum „nichts anders und besser geworden sei“. Humanität sei gerade eine Frucht des Christentums. Denn christliche Nächstenliebe meine mehr als ein „besonders starkes Gefühl“. Sie bedeute Gerechtigkeit, verantwortungsbewusstes und menschliches Verhalten im Umgang mit dem Nächsten. Nicht zuletzt fordere die christliche Humanität die Achtung vor der Würde der einzelnen Person und damit vor dem ungeborenen Leben in gleicher Weise wie vor dem altgewordenen Leben. Die christliche Humanität sei es, die eine Gesellschaft vor einem gnadenlosen Egoismus und vor hemmungsloser Rücksichtslosigkeit bewahren könne. (KNA)

Waren unsere Eltern Mörder?

Zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus durch Daniel Goldhagen

Eckhard Stuff

„Waren unsere Eltern Mörder?“, diese schockierende Frage liegt für viele Deutsche nahe, seit der junge Harvardwissenschaftler Daniel Jonah Goldhagen mit seinem Buch „Hitlers willige Vollstrecker“ schon publizistisch Furore gemacht hat, bevor das Werk überhaupt in deutscher Sprache vorlag. Selten ist einem Buch vor dem Erscheinen soviel Bedeutung geschenkt worden. Das liegt nicht nur an geschickter PR-Arbeit; Goldhagens Thesen sind schon eine Herausforderung.

Er geht davon aus, dass der Holocaust nur möglich war, weil die Deutschen ein Volk von Antisemiten waren, und zwar schon vor der nationalsozialistischen Machtergreifung. Gleich auf der ersten Seite des Vorwortes der jetzt vorliegenden deutschen Ausgabe wird der Leser mit einem Satz konfrontiert, der ihn umtreiben muss: „Jeder einzelne hatte immer wieder die Wahl, wie er mit Juden umgehen wollte.“

Wirklich? Wird dieser schwerwiegende Vorwurf dem Leben in einer Diktatur gerecht?

Für Goldhagen konnte sich der Holocaust nur deshalb in Deutschland ereignen, weil drei Faktoren zusammenkamen:

1. die Machtübernahme der Nationalsozialisten („die verbrecherischsten und bösartigsten Antisemiten der Menschheitsgeschichte“). Das ist unbestritten.
2. die große Bereitschaft der Deutschen, an der Judenverfolgung mitzuwirken: „Genauso wesentlich war aber die große Bereitschaft der meisten gewöhnlichen Deutschen, die rabiate Verfolgung der Juden in den dreißiger Jahren zunächst zu tolerieren, zu unterstützen, oft sogar tätig daran mitzuwirken und sich schließlich – das gilt zumindest für diejenigen,

die dazu abkommandiert wurden – auch an der Ermordung der Juden zu beteiligen.“ Darüber ist zu diskutieren.

3. die Stärke des Deutschen Reiches: „Nur das Deutsche Reich hatte die militärische Stärke, den europäischen Kontinent zu erobern, darum konnte auch nur die deutsche Führung ungestraft und ohne Furcht vor der Reaktion anderer Länder mit der Vernichtung der Juden beginnen. Deshalb ist es unwahrscheinlich, dass ein anderes Land eine derartige Vernichtungspolitik in Gang gesetzt hätte, selbst wenn dort ein dem Nationalsozialismus ähnliches Regime an die Macht gelangt wäre.“ Damit hält Goldhagen die Möglichkeit eines Holocaust in einem anderen Land für unwahrscheinlich.

Die Frage, die sich dann durch das Buch zieht, ist „Warum?“. Warum waren Deutsche dazu bereit? Was war ihr Motiv? Dazu zieht Goldhagen folgendes abschließende Fazit: „Es waren also immer die gleichen Vorstellungen und Bilder von den Juden, die bereits zum Zeitpunkt der Machtübernahme Hitlers den Deutschen eigen waren und diese dazu brachten, den antisemitischen Maßnahmen der dreißiger Jahre zuzustimmen und sie zu unterstützen. Mehr noch: Sie bereiteten nicht nur all jene, die durch die Umstände, durch Zufall oder in freier Entscheidung zu Tätern wurden, auf ihre Aufgabe vor, sondern sie veranlassten auch die große Mehrheit der Deutschen, die totale Vernichtung des jüdischen Volkes zu verstehen, ihr beizupflichten und sie nach Möglichkeit zu fordern.“

Hier wird deutlich, dass Goldhagen nur eine Seite der Medaille betrachtet und sich nur unzureichend der Rahmenbedingungen

des Lebens im nationalsozialistischen Deutschland bewusst wird:

- Es gab, zumal für den von Goldhagen zitierten „gewöhnlichen Deutschen“, kaum die Chance zur freien Entscheidung in Angelegenheiten, die der nationalsozialistischen Führung wichtig waren.
- Es gab als Voraussetzung zur freien Entscheidung des Einzelnen erst recht keine Chance zur umfassenden Information, schon gar nicht in Fragen der Mordpolitik gegen die Juden.
- Es gab sicher bei vielen Deutschen die dumpfe Ahnung, eine Vermutung von schlimmen Vorgängen. Die systematische Vernichtung war jedoch so ungeheuerlich, dass sich wohl nur wenige Menschen etwas Derartiges vorgestellt haben. Himmlers Rede vor SS-Gruppenführern am 4. Oktober 1943 in Posen machte den Wunsch der Geheimhaltung ebenso deutlich wie die Aussagen von Angeklagten im Nürnberger Prozess.
- Es darf darüber hinaus nicht vergessen werden, dass etwa zeitgleich mit der systematischen Mordpolitik der Krieg seinen Höhepunkt erreicht hatte und die meisten Deutschen, sofern sie nicht an der Front kämpften, auch in der Heimat seine Auswirkungen zu spüren bekamen. Alle mussten jetzt um ihr Leben bangen, und diese Sorge war für viele sicher die naheliegendste. Das ist nicht edelmütig, aber menschlich. Damit soll auch gewiss nichts entschuldigt werden, aber es gehört schlichtweg zur Erklärung der Bedingungen des Lebens der Deutschen im Kriege ab etwa 1942. Im zeitgeschichtlichen Zusammenhang darf auch nicht vergessen werden, dass die Weimarer Demokratie gescheitert

war und damit eine erfolgreiche demokratische Tradition in Deutschland fehlte. Erst die nach dem 2. Weltkrieg von den westlichen Siegermächten installierte zarte Pflanze Demokratie konnte schließlich auf deutschem Boden zu einem funktionierenden Staat heranreifen. Davor waren die Deut-

schen vom Obrigkeitsstaat geprägt. – Schließlich, darf „in Memoriam Kurt Schumacher“, ein Argument nicht vergessen werden: Auch die frei gewählten Regierungen anderer Nationen arrangierten sich in den dreißiger Jahren immer wieder mit Hitler, obwohl die Repressalien gegen jüdische Mitbür-

ger in Deutschland längst Realität waren und jüdische und nichtjüdische Deutsche schon in Konzentrationslagern saßen – sie hatten die von Goldhagen zitierte „Wahl“ getroffen, gegen das NS-Regime.

Zusammenfassend darf gesagt werden, dass es Goldhagen mit seinen Thesen gelungen ist, eine wichtige Debatte über die Voraussetzungen des Holocaust initiiert zu haben. Wir brauchen eine Aufarbeitung des Nationalsozialismus gerade jetzt nach der deutschen Vereinigung. Diese entfacht zu haben, ist sein größter Verdienst; denn der Inhalt seiner Thesen ist so überzogen, dass er zwar geeigneter Zündstoff für die Diskussion ist, aber seriöser Betrachtung nur sehr begrenzt standhalten kann. Etwas fairer darf auch mit „gewöhnlichen Deutschen“, unseren Eltern und Großeltern, umgegangen werden, ohne dabei große Schuld zu verkleinern.

Daniel Jonah Goldhagen: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz normale Deutsche und der Holocaust. Siedler-Verlag, Berlin 1996. □

In Westdeutschland gibt es Spielzeug ... Konzentrationslager.

– Hans und Grete, kommt essen!
– Gut Mutti, wir kommen gleich, wir schicken nur erst noch einige hundert Menschen in die Gaskammer!“

Karikatur in: KROKODIL, Moskau 18/1979, Rückseite.; aus: Wolfgang Henrich, Das unverzichtbare Feindbild, Bonn 1981, S. 43.



Goldhagen: Kritiker befassen sich nicht mit wesentlichen Fragen

Der amerikanische Geschichtswissenschaftler Daniel Goldhagen hat sein Buch „Hitlers willige Vollstrecker“ gegen Kritik verteidigt. Den Rezensenten sei es vornehmlich darum gegangen, ihn als Wissenschaftler zu disqualifizieren, sagte Goldhagen am Donnerstag, dem 08.08.1996, im Deutschlandfunk. Mit den wesentlichen Fragen des Buches zur Identität und Moti-

vation der Täter hätten sich die Kritiker erst gar nicht beschäftigt. Statt dessen hätten sie sich mit „frei erfundenen“ Dingen befasst und Beschuldigungen erhoben, die in keinem Zusammenhang zu dem Buch stünden.

Goldhagen wollte nach eigenem Bekunden die Beteiligung sogenannter „gewöhnlicher Deutscher“ am Holocaust aufzeigen. Den Vor-

wurf, er vertrete die sogenannte Kollektivschuld-These, wies er entschieden zurück. Schuldig im juristischen Sinne könne immer nur der einzelne sein. Der Potsdamer Historiker und Direktor des dortigen Moses-Mendelssohn-Zentrums für europäisch-jüdische Studien, Julius Schoeps, zeigte sich erstaunt über das Echo des Goldhagen-Buchs in der deutschen Öffentlichkeit. Es enthalte keine wesentlichen neuen Erkenntnisse, meinte Schoeps ebenfalls im Deutschlandfunk. Die Vielzahl vorangegangener Titel zur Antisemitismus-Forschung sei hierzulande offenbar nicht wahrgenommen worden. (KNA)

Langendörfer warnt vor größerer Distanz von Kirche und Politik

Vor wachsender Entfremdung zwischen Kirche und Politik hat der Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Pater Hans Langendörfer, gewarnt. Auf beiden Seiten fehle „zunehmend das nötige Verständnis für die innere Logik und Zielsetzung der jeweils anderen Seite“. Infolgedessen drohten oberflächliche Begegnungen, Fehleinschätzungen und realitätsferne Erwartungen. – Langendörfer äußerte sich am 11. Oktober in Bonn beim Jahresempfang des „Foyers für Gespräche zwischen Kirche, Gesellschaft, Politik“, dem bisherigen „Foyer der Jesuiten“.

Um den Brückenschlag zur Politik gelingen zu lassen, müsse sich die Kirche neben ihren geistlichen und sozialen Angeboten auch um Beziehungen zur politischen Elite und um Medienpräsenz bemühen, unterstrich der Jesuit. Die politische Seite dürfe beim Dialog mit der Kirche nicht vorrangig an raschen Absprachen, Aktionsbündnissen oder tagespolitisch bestimmten Bewertungen interessiert sein; ohne ausreichende Tiefe bei diesem Gespräch würden die eigentlich zur Debatte stehenden Anliegen nicht erreicht. Die politischen Kräfte in

den neuen Bundesländern forderte Langendörfer auf, sich auf die Wertgrundlagen zu besinnen. Nicht erst seit der Grundwertedebatte der 70er Jahre sei anerkannt, dass demokratische Politik wertgebunden sei und von Voraussetzungen lebe, die sie nicht selbst schaffen könne. Dazu gehöre auch ein Ethos, das religiöse Bindungen aufnehme.

In den vergangenen Jahren habe auch die Nähe kirchlich engagierter Kreise zur Politik abgenommen, sagte der Konferenz-Sekretär. Deshalb bestehe die Gefahr, dass die Politik falsch eingeschätzt werde. Politisch aktive Christen siedelten sich außerhalb des Spektrums der bestimmenden politischen Kräfte an und übten sich nicht selten „aktivistisch“ in Fundamentalkritik. Auch wenn das Eintreten für Schwache auf der Grundlage der Bibel nötig sei, drohe bei einer solchen Entwicklung ein Beigeschmack moralischer Überlegenheit. Kirche müsse sich vor einer „politischen Selbstmarginalisierung“ hüten. Wenn es ihr nicht gelinde, sich auch im „Mainstream“ des politischen Systems zu verorten, und sie nur noch abseits stehe, „dann wäre viel verloren“. – Das bisher von Jesuiten ge-

tragene Foyer wird nach dem Ausscheiden Langendörfers, der es bis zu seinem Wechsel in das Sekretariat der Bischofskonferenz geleitet hatte, von einem Kreis engagierter Laien in Zusammenarbeit mit dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), der Katholischen Akademie in Berlin, dem Katholischen Büro in Bonn und der Norddeutschen Provinz des Jesuitenordens getragen.

Nach Einschätzung Langendörfers ist eine gewisse Entfremdung zwischen Kirche und Bevölkerung derzeit Kennzeichen der gesellschaftlichen Gegenwart. So wachse der Trend zur Individualisierung, gleichzeitig schwinde das Vertrauen in die Kirche als Institution. Dem müsse die Kirche mit glaubwürdiger geistlicher Präsenz begegnen, zumal persönliche Sinnorientierung nach wie vor gefragt sei. Der Jesuit räumte ein, daß es derzeit bei der Diskussion ethischer Grundfragen einen Trend weg von der kirchlich vertretenen Sozialethik hin zu philosophisch geprägter Ethik gebe. Angesichts des zentralen Stellenwertes der Sozialverkündigung in der katholischen Kirche und im Pontifikat Johannes Paul II. müsse dies beunruhigen. Bei zahlreichen Konfliktpunkten zwischen Kirche und Politik gehe es derzeit um das grundsätzliche Verständnis von Freiheit.

(KNA)

Egon Bahr – Der linke Nationalist

Eckhard Stuff

Wenn neben Willy Brandt ein weiterer Name symbolhaft für die neue Ostpolitik der sozialliberalen Bundesregierung ab 1969 nicht vergessen werden darf, dann kann dieses nur Egon Bahr sein. Kein Dritter, auch nicht Herbert Wehner, hat die Ost- und Entspannungspolitik der 70er Jahre so geprägt wie der erste sozialdemokratische Kanzler und sein „Chefunterhändler“ Egon Bahr, der ab 1969 als Staatssekretär im Auswärtigen Amt diente.

Der junge Berliner Politikwissenschaftler Andreas Vogtmeier hat es unternommen, die Entwick-

lung der ost- und deutschlandpolitischen Konzeption Egon Bahrs vom Kriegsende bis zur deutschen Vereinigung zu untersuchen. Seine Dissertationsarbeit wurde jetzt unter dem Titel „Egon Bahr und die deutsche Frage“ veröffentlicht (Andreas Vogtmeier: Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Vereinigung. Verlag J.H.W. Metz Nachfolger, Bonn 1996, 400 S.). Sie ist zugleich ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung sozialdemokratischer Ost- und Deutschlandpolitik nach

1960. Genauer gesagt, nach 1961, denn kein zweites Ereignis war für die Entwicklung der neuen Ostpolitik ausschlaggebender als der Bau der Berliner Mauer. Die amerikanische Reaktion auf den Mauerbau machte deutlich, dass der große Bruder in Washington nicht bereit war, den äußersten Einsatz für mehr zu wagen als die Verteidigung des Status quo. Aus heutiger Sicht erscheint dieses vernünftig, den Bürgern im freien Teil Berlins stellte sich das jedoch völlig anders dar. Ihr Zorn war allerdings eher auf den passiv erscheinenden Bundeskanzler Adenauer gerichtet.

Der Regierende Bürgermeister Brandt und sein damaliger Pressechef Bahr zogen den Schluss, dass eine Veränderung in Berlin und in Deutschland nur mit der „anderen Seite“ und nicht gegen sie erreicht werden könne.

In seiner unter dem Titel „Wandel durch Annäherung“ gehaltenen Rede in der Evangelischen Akademie in Tutzing formulierte Egon Bahr im Juli 1963 erstmalig die – scheinbare – Widersprüchlichkeit, die Fundament der neuen Ostpolitik werden sollte: „Überwindung des Status quo, indem der Status quo zunächst nicht verändert werden soll“. Ein direkter Sturz des DDR-Regimes schien Bahr (und Brandt) nicht möglich. Vielmehr sollte ein andauernder Prozess des politischen Wandels über den Dialog eingeleitet werden.

Detailliert und akkurat zeigt Vogtmeier die Entwicklung von der Tutzinger Rede über die „kleinen Schritte“ in Berlin bis zur neuen Ostpolitik der sozialliberalen Bundesregierung auf. Widerstände gegen das ostpolitische Konzept von Brandt und Bahr auch in der SPD, genauer gesagt auf Seiten von Herbert Wehner,

tion als Fraktionsvorsitzender weitgehend beraubt. Dennoch versuchte er immer wieder, deutschlandpolitisch mit eigenen Kontakten zur DDR-Spitze tätig zu werden. Dazu Andreas Vogtmeier: „Wehner nutzte in seinen Gesprächen mit dem SED-Generalsekretär geschickt die gemeinsame kommunistische Vergangenheit, um seine persönliche Vertrauensbasis herzustellen. Laut DDR-Protokoll kritisierte er dabei auch Brandts im Deutschen Bundestag erneuertes Bekenntnis zu dem langfristigen Ziel, die „Einheit Deutschlands unter Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volkes“ anzustreben. Wehner soll erklärt haben, „er billige diese Darlegungen von Willy Brandt nicht und halte sie für einen Fehler, aber auf Grund seiner Loyalität gegenüber dem Bundeskanzler müsse er sagen, dass Brandt mit diesen Ausführungen das Beste,

NATO-Doppelbeschluss am Ende der 70er Jahre und besagt im Kern, dass Sicherheit nur miteinander und nicht mehr gegeneinander erreicht wird. Damit brachte sich Bahr schließlich in eine wachsende Differenz zum sozialdemokratischen Bundeskanzler Helmut Schmidt: „Während Schmidt gemäß der Strategie der „flexible response“, die er bereits Anfang der 60er Jahre vertreten hatte, das Gleichgewicht durch die sowjetische Mittelstreckenrüstung in existentieller Weise gefährdet sah, beharrte Egon Bahr im Kern auf der These, das Gleichgewicht in Europa werde durch das strategische Gleichgewicht zwischen den USA und der Sowjetunion garantiert.“ In der wichtigen außerpolitischen Frage des Doppelbeschlusses wendete sich schließlich die Mehrheit der Funktionärsschicht der SPD gegen den eigenen Kanzler. Dieses wurde später, nach dem Ausscheiden aus der Regierungsverantwortung, für die Öffentlichkeit auf dem Bundesparteitag der SPD im November 1983 in Köln auf dramatische Weise sichtbar, als nur noch ein gutes Dutzend der Bundesparteitagsdelegierten zum Doppelbeschluss und damit zu Helmut Schmidt stand.

Der zweite große Entwurf Egon Bahrs, „Gemeinsame Sicherheit“, kann sich im Erfolg mit dem ersten, „Wandel durch Annäherung“, nicht messen. Im Gegenteil trug Bahr mit seinem Wirken in den 80er Jahren eher dazu bei, dass die deutschen Sozialdemokraten dazu neigten, „Sicherheit“ und „Frieden“ zu verwechseln und schließlich den Wert „Frieden“ dem Wert „Freiheit“ vorzogen, ja ihn verabsolutierten.

So hat Egon Bahr eben – leider – auch Anteil am dramatischen Verlust von Wertbindung und Westbindung innerhalb der deutschen Sozialdemokratie. Dabei geriet der zentrale Wert der 1969 begonnenen neuen Ostpolitik, der Wert der Freiheit, das Recht auf die freie Selbstbestimmung, immer mehr in den Hintergrund. Die polnische „Solidarnosc“ mag dafür als Zeuge stehen. Hier liegt – bis heute – auch ein wesentlicher Grund für das gestörte Verhältnis vieler westdeutscher Sozialdemokraten (nicht Egon Bahrs!) zum Prozess der deutschen Vereinigung. □



Unterzeichnung des „Grundlagenvertrages“ in Ost-Berlin am 21.12.1972 durch die Unterhändler Egon Bahr (l.) und Michael Kohl.
(Foto aus: Politik im 20. Jh., hrsg. Hans-H. Hartwig, Braunschweig 1974, S. 518)

verdeutlicht er. Während die Konzeption des Kanzlers (und damit Egon Bahrs) davon ausging, dass der Schlüssel für alle deutschland- und ostpolitischen Fortschritte in Moskau lag, sah Wehner „den Schwerpunkt der Entspannungspolitik im deutsch-deutschen Verhältnis“. Wehner fühlte sich seiner deutschlandpolitischen Kompetenzen, die er als Gesamtdeutscher Minister in der Großen Koalition innegehabt hatte, in der neuen Funk-

wenn auch mit illusionären Absichten, verfolge.“

Dass Egon Bahr, der linke Nationalist, ein sehr „distanziertes Verhältnis“ zu Herbert Wehner hatte, kann also nicht verwundern.

Den zweiten großen Politikentwurf nach „Wandel durch Annäherung“ lieferte Egon Bahr mit dem Konzept der „gemeinsamen Sicherheit“. Dieses entwickelte sich bei Bahr in den Diskussionen über die Neutronenbombe und den

KIRCHE UND GESELLSCHAFT

Christliches Engagement in einer pluralen Gesellschaft

Chancen und Perspektiven für die Zukunft

Theodor Paul

I. Plurale Wahrnehmung

Ein Reporter fragte mehrere Leute in einer kleinen Stadt, ob sie den Bürgermeister kennen würden. „Er ist ein Lügner und Betrüger“, sagte der Tankstellenwärter. „Er ist ein aufgeblasener Kerl“, sagte der Lehrer. „Ich habe ihn noch nie gewählt, ich mag ihn nicht“, sagte der Drogist. „Der korrupteste Politiker, den ich kenne“, sagte der Friseur. Als der Reporter schließlich den Bürgermeister traf, fragte er ihn, wie er bezahlt würde. „Um Himmels willen, ich bekomme kein Gehalt“, sagte der Bürgermeister. „Warum haben Sie denn den Job übernommen?“ „Ehrenhalber“. (Anthony de Mello)¹

Der Bürgermeister und das plurale Wahrnehmen seines Engagements. Keiner hat seine Motivation letztlich erfasst. Wenn ich an das Thema meines Referates denke, dann habe ich auch die Sorge, dass jeder von uns bei diesem Thema eine andere Vorstellung hat. Der heutige Vormittag ist der Gefahr ausgesetzt, viele Worte zu machen und dabei doch die Herausforderung zu verfehlen. Daher möchte ich ganz bewusst die Vielfalt der Analysen und Beschreibungen unserer Gesellschaft nicht wiederholen. Sicherlich sind uns Begriffe wie Säkularisierung, Risikogesellschaft (Ulrich Beck), Erlebnisgesellschaft (Gerhard Schulz), Individualisierung und „neue Unübersichtlichkeit“ (Jürgen Habermas) bei möglichen Perspektivüberlegungen in unseren christlichen Verbänden und Gemeinschaften vertraut. Die Pluralität der Gesellschaftsanalysen muß ich nicht wiederholen. Hierzu gibt es mittlerweile an anderen Stellen umfangreiche Informationsmöglichkeiten.

Bei der Fülle von Literatur zum Pluralismus, die mich umgibt, überkommt einen das Gefühl der Ohnmacht. Was muss man alles berücksichtigen? Ist diese Antwort nicht zu einfach? Klingt dies fundamentalistisch? Führt dies nicht in ganz andere Fragestellungen? Komme ich an den Punkt, an dem ich vor lauter Bäumen keinen Wald mehr sehe? Eine alte Weisheit bewahrheitet sich wieder: Es ist schwer, komplizierte Sachverhalte einfach auszudrücken. Es ist dagegen leicht, komplexe Sachverhalte auch noch kompliziert zu machen. Nachdem ich einige Entwürfe zerrissen habe, möchte ich versuchen, die gegenwärtigen Herausforderungen unserer gesellschaftlich-kirchlichen Entwicklung mit der jüdisch-christlichen Tradition zu konfrontieren. Was sind bei uns

II. „Zeichens des Lebens“ und „Zeichen des Todes“? (vgl. Dtn 30 19)

Wo führt Pluralität zu neuem Leben? Wo wird Pluralität Instrument des Todes?

Versuche ich diese Orientierungspunkte in unsere Suchbewegung zu übersetzen, so heißt dies: Wer in unserer pluralen Lebenswirklichkeit meint, das Rezept für das christliche Engagement zu haben, der hat es sicherlich nicht. Mit einem Rezept in der Hand werde ich sehr schnell die 'Axt im Walde', die nur zerstört und nicht zum Leben verhilft. Es gilt, „sich ehrlich die Ratlosigkeit einzugehen“ – so schreibt Medard Kehl SJ in einem Artikel aus den „Stimmen der Zeit“, August 1993 – „und zwar jene Ratlosigkeit, die uns angesichts des verständlichen Wun-

I.	Plurale Wahrnehmung
II.	„Zeichens des Lebens“ und „Zeichen des Todes“?
III.	Pluralismus als alte und immer neue Herausforderung
IV.	Profil in der Pluralität – Kriterien für christliches Engagement
V.	Persönliche Erfahrungen im christlichen Engagement
VI.	Schlußfolgerung – Fazit

sches nach umfassenden, gleichsam flächendeckenden, die Situation spürbar verbessernden Ansätzen für einen neuen Aufschwung der Kirche hier bei uns befällt. Wir haben unendlich viel gute Ideen und Programme. Wir reden heute viel von der Neuevangelisierung Europas. Aber im Grunde weiß keiner, weder Papst noch Bischöfe, Pfarrer, Propheten, Theologen und sonstige Charismenträger in der Kirche, wie diese Ideen in die Realität umgesetzt werden können, dass sie auf breiter Ebene wirksam werden. Weder der nachkonziliar begonnene, noch recht schleppende Dialog der Kirchen mit der modernen Kultur, noch die direkte Konfrontation unserer Zeitgenossen mit dem Evangelium (im Sinn evangelikaler oder freikirchlicher Missionsmethoden), noch eine traditionalistische Abschottung gegen die Moderne im kirchlichen Binnenraum zeigen sich im großen Stil als erfolgreich. Wir machen im Augenblick die Erfahrung einer zwar nicht materiell und strukturell, aber doch spirituell armen und ratlosen Kirche.²

Medard Kehl spricht von der 'Kirche in der Fremde'. Zugleich können wir auch bei allem kritischen Abwägen sicherlich einen anderen Weg als falsch bzw. als Sackgasse bezeichnen: es allen recht machen zu wollen. Hier greife ich einen Vorschlag von Ulrich

Ruh aus der Herder-Korrespondenz auf: „Nicht das betriebsame und krampfhaft Bemühen, auf jeden Fall aktuell und erfolgreich sein zu wollen, immer auf dem modernsten Bedürfnisstand der Leute sein zu wollen, hilft uns weiter, sondern die treue, selbstverständliche Pflege unserer zentralen Glaubensvollzüge: das persönliche und gemeinsame Gebet, der ansprechend gestaltete Gottesdienst (auch wenn immer weniger daran teilnehmen), das persönliche und gemeinsame Lesen in der Bibel, das verstehen wollende Gespräch über unseren Glauben, das absichtslose Tun der Nächstenliebe, die durchgetragene christliche Motivation im Alltag und in der beruflichen Arbeit usw. Die Einsicht, dass Christen zu allererst das ihnen im Glauben Gebotene möglichst selbstverständlich und absichtslos tun sollen, ohne dabei ständig nach rechts und links zu schauen und auf Beifall zu warten, kann und sollte befreiend und entlastend wirken. Sie ist ein Mittel sowohl gegen vorschnelle Resignation angesichts fehlender sichtbarer Erfolgsergebnisse wie gegen ein Übermaß an Betriebsamkeit.“³

Klingt dies nicht nach Anpassung und Resignation? Wo bleibt da die Vision für die Zukunft? Hintergrund dieser Beschreibung ist die Überzeugung, dass wir als Christen und Kirche in die allgemeine Perspektivlosigkeit unserer Gesellschaft eingebunden sind. Wir müssen selbstkritisch feststellen, dass mancher Kirchenraum, manche Kirchenperspektive, z. B. Kirche als Kontrastgesellschaft, ausgeträumt ist. Es grenzt an Überheblichkeit zu glauben, Christen und Kirche könnten auf Dauer nur im Kontrast zu unserer Gesellschaft leben und überleben. Die Kirchenverdrossenheit hat für mich eine Ursache in den Kirchenträumen der vergangenen Jahre, die zu wenig in gesellschaftliche und kirchliche Realitäten geerdet waren. Sicherlich gibt es – Gott sei Dank – immer wieder einzelne Christen und christliche Gruppen, die „besonnen, gerecht und fromm in dieser Welt leben“ (vgl. Titus 2,12), deren Leben Nachdenklichkeit und Fragen auslöst, die ohne moralischen Rigorismus einfach anders leben. Sie sind prophetisches Zeichen für die Zukunft. In

der Spannung von Kampf und Kontemplation (Taizé), Widerstand und Ergebung (D. Bonhoeffer) versuchen sie, ihren Alltag zu gestalten. Zugleich kennen wir in unserer Umgebung eine Reihe von Christen, die sich schon als Christen verstehen, deren Lebenspraxis aber in keiner Weise mehr von der Umgebung zu unterscheiden ist. Ihr Christentum hat diffuse Züge, wo ein eigenes Profil bei aller Pluralität nur schwer festzustellen ist. Im Augenblick steigt die Zahl der Menschen, die durch ihren Kirchenaustritt auch die Kommunikationsbeziehungen zum kirchlich verfassten Christentum aufkündigen. Die Gruppe der engagierten Gemeindemitglieder, der Verantwortlichen in der Verbandsarbeit und den vielen Initiativen – sie sind es, die im Augenblick die stärkste Gruppe der Kirchengestalter in unserem Land sind. Sicherlich lassen sich noch weitergehende, differenzierende Analysen⁴ durchführen. Für uns reicht in diesem Zusammenhang die Feststellung: Eine plurale Gesellschaft mit einer Logik des Marktes führt auch zu einer Pluralität des Religiösen und zu einer Pluralität in der Kirche. Wie gehen wir damit um?

III. Pluralismus als alte und immer neue Herausforderung

„Unsere Zeit ist eine Zeit religiösen Verfalls. Die permanente Vitalität des Religiösen ist verlorengegangen, die Volksmasse ist entweder abergläubisch oder religiös gleichgültig geworden. Die Elite der Gesellschaft ist agnostisch oder skeptisch, und politische Führer sind Heuchler; die Jugend steht in einem offenen Konflikt mit der etablierten Gesellschaft und mit der Autorität der Vergangenheit; man experimentiert mit orientalischen Religionen und Meditationstechniken. Der größte Teil der Menschen ist vom Verfall der Zeiten angegriffen.“⁵

Diese Aussagen, von Tacitus über die Stadt Rom geschrieben, erscheinen überraschend modern. Wir finden unsere Situation in vielem wieder.

Es gibt eine Pluralität, die zum Tode führt und eine Pluralität, die zum Leben führt. In der Geschich-

te vom Turmbau zu Babel (vgl. Gen 11, 1–11) – ein altes Gegenbild zur Pfingstgeschichte – wird uns der Gotteskomplex (H. E. Richter) vor Augen gestellt. Die Leute von Babel kennen keine Grenzen mehr – grenzenloses Wachstum. Sie greifen nach den Sternen und fallen dabei aus allen Wolken. Diese Deutung ist uns vertraut. Zugleich macht diese Geschichte auf eine andere Versuchung aufmerksam: Bei aller Pluralität der Sprachen verliert man die Möglichkeit der Kommunikation. Pluralität wird hier als Strafe verstanden. In der Geschichte von Pfingsten (Apg 2, 5–12) führt der Geist Gottes die vielen pluralen Sprachen wieder zusammen. Bei aller Pluralität gibt es ein neues, gemeinsames Verstehen. Es hat sich eine neue Verstehensbasis eröffnet. Es gibt ein zweifaches Sprechen: die eigene und die fremde Sprache. Hier zeigt sich ein konstruktives Bild für die Identität des Christen in der pluralen Gesellschaft: Ich kann mein Christsein nur begründen (darüber sprechen), wenn ich auch in den Fragen der Mitmenschen zu Hause bin. Bei all den vielen Meinungen bringe ich dann meine Überzeugung ein. Ich achte die vielen Sprachen, d. h. die Lebensentwürfe, spreche aber weiter meine Sprache, d. h. ich gehe meinen Weg als Christ. Dies wird nicht von allen verstanden. Wer diese Spannung versucht zu leben, der muss damit rechnen, vielen Missverständnissen ausgesetzt zu sein (Die Apostel wurden für betrunken gehalten; Apg 2,13). In der Pfingstgeschichte wird uns ein Weg gezeigt, wie in einer verwirrenden Pluralität ein entwirrendes, profiliertes Zeugnis gelebt werden kann. Die frühe Kirche stellt sich der Pluralität des Lebens und findet darin zu einem eignen, neuen Profil. Zwischen Lebens- und Todeszeichen weiß sie zu unterscheiden.

Sich der pluralen Gesellschaft von heute zu stellen, ist also nicht nur eine Strategie bzw. Überlebensfrage unserer kirchlichen Verbände und Einrichtungen. Unsere Motivation, sich dieser Gesellschaft mit ihrer Vielfalt, Unübersichtlichkeit und Schnelligkeit zu stellen, lebt vom glaubenden Vertrauen, „dass Gott immer noch am Werk ist“ (vgl. Johannes-Evan-

gelium). Der Schöpfungsprozess ist nicht abgeschlossen. Der Schöpfer wirkt auch weiter in seiner Schöpfung. Wir dürfen Mit-Schöpfer sein. Es ist die eine alte Versuchung, nicht nur im Paradies, sich der Realität zu entziehen. Denken Sie z. B. an Jona, der vor Ninive in seine Traumwelt Tarsisch flüchten möchte. Gott konfrontiert ihn mit seiner eigenen Geschichte. Er holt ihn in die Realität zurück.

Für mich hat unser Leben heute in all der Unübersichtlichkeit und Pluralität sehr viel mit Kafarnaum zu tun. Kardinal Martini beschreibt Kafarnaum zur Zeit Jesu als eine offene und bunte Stadt, als einen Ort der Arbeit und des Handels, der Banken und des Verkehrs, als Ort der Begegnung unterschiedlicher Kulturen und Religionen. In Kafarnaum existierte damals eine moderne pluralistische Gesellschaft. Jesus geht bewusst aus seiner vertrauten und gewohnten Umgebung Nazareth nach Kafarnaum. „Jesus verließ Nazareth, um in Kafarnaum zu wohnen, das am See liegt, das Gebiet von Sebulon und Naphtali. Denn es sollte sich erfüllen, was vom Propheten Jesaja gesagt worden ist.“ (Mt 4,13 ff.) Der Ortswechsel von Nazareth nach Kafarnaum bedeutet für Jesus eine Auseinandersetzung mit einer völlig neuen Lebenswelt. Im Markus-Evangelium wird der erste Besuch in Kafarnaum als eine Begegnung mit Besessenen und von allen möglichen Krankheiten Gezeichneten beschrieben (Mk 1,21–34). Jesus lässt sich auf das Leben in Kafarnaum ein, er geht zwar in vertrauter Weise in die Synagoge, lässt sich aber von der Not der Menschen anrühren. Jesus trauert nicht seiner Heimat Nazareth nach. Er geht in die Häuser der Menschen, seine Gegenwart richtet sie auf. Er ruft den Zollbeamten Levi am Stadtrand in seine Nachfolge und hält ein Festmahl mit dessen Berufskollegen (vgl. Mk 2,13–7). Ein in Kafarnaum stationierter römischer Hauptmann hat den Mut, Jesus um Heilung seines Dieners zu bitten (vgl. Mt 8,5–13). Das Verhalten Jesu macht uns Mut, die Situation, in der wir leben, anzunehmen. Jesus träumt in Kafarnaum nicht von Nazareth oder anderen

Zeiten. Er lebt mit den Menschen, die dort sind. Er sucht keine Idealgemeinde. Er sortiert nicht aus. Er schafft nicht zuerst neue Strukturen, sondern das Leben der Menschen wird in seinem Verhalten neu strukturiert. Die Menschen fühlen sich von ihm ernstgenommen, so wie sie sind. Kafarnaum wird „seine Stadt“ (Mt 9,1). Er identifiziert sich mit seiner Stadt. Er engagiert sich für die Menschen und muss erleben, dass seine Einladung zur Umkehr „Kehrt um! Denn das Himmelreich ist nahe!“

Theo Paul (42), Leiter der Abteilung Erwachsenen-Seelsorge im Generalvikariat Osnabrück und Pfarrer in Lemförde am Dümmer, wird ab Januar 1997 neuer Generalvikar des Bistums Osnabrück. Paul, der auch Frauen-Diözesanseelsorger und Diözesanpräses der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) ist, folgt Generalvikar Heinrich Heitmeyer (67) nach, der aus gesundheitlichen Gründen aus dem Amt scheidet. – Ein Generalvikar ist laut Kirchenrecht Stellvertreter des Bischofs in der Leitung und Verwaltung der Diözese. Der neu ernannte Generalvikar, der aus Bad Laer im Landkreis Osnabrück stammt, wurde 1981 zum Priester geweiht. (KNA)

(Mt 4, 17b) nicht angenommen wird. Jesus kann in seinem Wirken, selbst in seiner Stadt, keine Wachstumsraten vorweisen. Bei allem Engagement steht am Ende kaum Erfolg. Aus Sorge um Kafarnaum beginnt er, heftige Vorwürfe zu machen, weil seine Stadt sich nicht bekehrt hat (vgl. Mt 11,20). „Und du, Kafarnaum, meinst du etwa, du wirst bis zum Himmel erhoben? Nein, in die Unterwelt wirst du hinabgeworfen“ (Mt 11,23). Jesus hat die Freiheit, auch in seiner Stadt mit unbequemen Botschaften aufzutreten. Er bleibt auch in Kafarnaum ein kritischer Zeitgenosse, der sich nicht vereinnahmen lässt. Bei aller Nähe zu den Menschen spart er nicht an Mahnungen und Warnungen. Er kann auf diese Stadt zugehen, ohne seine eigene Identität zu verlieren. Er ist ganz in Kafarnaum, aber nicht von Kafarnaum. Er lebt eine Grundsympathie mit den Menschen in ihrer Vielfalt und Unterschiedlichkeit. Jesus grenzt niemanden aus ... Zugleich hält er kritische Distanz, um auf Fehlentwicklungen aufmerksam zu ma-

chen. Seine klaren und entschiedenen Worte sind nicht zu verwechseln mit manchen Kirchenfrustrations-Litaneien unserer Tage. Wer eine Grundsolidarität mit den Menschen lebt, wird auch als Autorität akzeptiert, wenn es um unbequeme Korrekturen geht.⁶

Wir könnten noch die Vielfalt des Wirkens Jesu am Beispiel anderer Orte und Städte verdeutlichen. Ganz zu schweigen von der Pluralität der frühen paulinisch-christlichen Gemeinden (Athen, Ephesus, Korinth, Rom, usw.).

Nehmen Sie auch die weitere kirchliche Entwicklung in der Gründung der verschiedenen Ordensgemeinschaften und anderer christlicher Initiativen. Der christliche Glaube hat zu jeder Zeit die Aufgabe gehabt, seine Nähe und Distanz, die Spannung von 'in der Welt' und nicht 'von der Welt' zu gestalten. Dabei hat es eine Pluralität innerhalb und ausserhalb der Kirche gegeben. Gott selbst zeigt sich in der Geschichte der Menschheit gewissermaßen pluralistisch. Er stellt mit den Menschen Beziehungen her, die sehr verschiedenartig sind.

Auch wenn er, viele Male und auf vielerlei Weise, (Hebr1,1) spricht, trifft er doch sehr genau mitten hinein ins Herz der kulturellen Eigentümlichkeiten eines Volkes, ja, er senkt seine Anwesenheit sogar tief in die unterschiedliche Berufung eines jeden einzelnen Menschen.

IV. Profil in der Pluralität – Kriterien für christliches Engagement

In Kafarnaum, aber nicht von Kafarnaum. Fremde Sprachen sprechen, aber die eigene nicht verlieren. In der Welt, aber nicht von der Welt. In der Pluralität mit Profil gegenwärtig sein, so möchte ich christliches Engagement beschreiben. Dabei ist die Pluralität zuerst für den Christen eine Chance und nicht eine Gefahr. Trotz aller Kritik und Distanz zu einzelnen Entscheidungen und Entwicklungen lebt der Christ mit einer Grundsympathie in dieser Gesellschaft. Er reicht den Menschen zuerst die Hand, und in einem zweiten Schritt macht er vielleicht auf wunde



Werden Kirchen noch als dominierendes Element unserer – auch geistigen – Landschaften wahrgenommen? Wird uns noch bewusst, für wen und wofür sie erbaut wurden? ...

(Foto: F. Brockmeier „Heiligkreuztal“)

Punkte aufmerksam. „Solidarische Liebe wächst nur aus der Erfahrung zuvorkommender Liebe“, so schreibt Paul Michael Zulehner. „In ihrem bergenden Erfahrungsraum kann jene (erbsündliche) Angst gezähmt werden, die uns nötigt, um uns selbst zu kreisen und krampfhaft unser eigenes Leben sichern und seine Chancen mehren zu wollen. So gesehen mindert die Liebe die Angst vor der Endlichkeit, dem Tod, in dessen Umkreis die Solidarität nachweislich nur schwer aufkommt und fortbesteht. Solidaritätsquellen zu erschließen bedeutet damit, den Menschen im lebendigen Gott zu verwurzeln und aus dem Gefängnis purer Diesseitigkeit freizumachen. Solidarität entsteht vor allem im Umkreis der Auferstehungshoffnung.“⁷

Die Erfahrungen im Umfeld des Konsultationsprozesses „Zur wirtschaftlichen Situation in der Bundesrepublik“ zeigen deutlich, dass viele Menschen bereit sind, sich mit Christen und Kirche an einen Tisch zu setzen, wenn sie als Dialogpartner/-in ernstgenommen werden. Sie wollen nicht nur einer lehrenden, sondern auch einer lernenden Kirche begegnen. Es trifft zu, was der Pastoraltheologe Wilhelm Zauner sagt: „Nicht der Panzer des Goliath wird die Kirche befähigen, das Evangelium auszubreiten, sondern die Beweglichkeit und das Vertrauen des David. Nicht eine Perfektionierung der Organisation, eine noch größere Ausstattung und Technisierung der Institution Kirche wird überzeugend wirken, sondern die Überzeugung des einzelnen, unabhängig davon, wer oder was er in der Kirche ist.“⁸

Als Christen sind wir eine Minderheit und werden in unserer gesellschaftlich-institutionellen Bedeutung noch weiter an Einfluß verlieren. Wir sind eine Minderheit, die aber nicht ohne Einfluß sein muss. Der Konsultationsprozeß zeigt: Es lohnt sich, auch mit anderen Gruppen, Initiativen, Parteien, Selbsthilfe-Gruppen an einem Tisch zu sitzen, die sich um die Einheit unserer Gesellschaft und die Einheit des Lebens sorgen bzw. die sich um die Opfer der Erlebnisgesellschaft oder Risikogesellschaft bemühen. Wo dies in dialogischer Praxis geschieht, wird auch der Gefahr einer Ghetto- oder Sektenmentalität rechtzeitig begegnet. Dieser Dialog lebt für den Christen vom Dialog mit Gott und den Menschen. Christliches Profil verliert sich, wenn es nicht von einer lebendigen Spiritualität geprägt ist. In seiner Antritts-Enzyklika „Ecclesiam suam“ vom 6. August 1964 hat Papst Paul VI. den Dialog zum Programm der katholischen Kirche in der Gegenwart und Zukunft erklärt: „Die Kirche muß zu einem Dialog mit der Welt kommen, in der sie nun einmal lebt. Die Kirche macht sich selbst zum Wort, zur Botschaft, zum Dialog.“⁹

Der Dialog mit Gott macht mich sensibel für den Dialog mit den Menschen. Hier wird die Pluralität der Christen untereinander zur Einheit geführt. Konflikte, Streit, Erfolge und Ermutigungen sind wichtig, aber das vorletzte. Das letzte ist meine Verbundenheit in Gott. So bekommt meine Gottesbeziehung eine ideologisch-kritische Dimension. Auf die Frage: „Wie kann man Zeuge sein in

unserer Zeit?“ erklärte Kardinal Suhard nach dem Zweiten Weltkrieg: „Zeuge sein, das heißt nicht: Propaganda treiben, es heißt auch nicht: schockieren. Es bedeutet und meint, etwas Geheimnisvolles in seinem Wesen zu haben. Es heißt so leben, daß dieses Leben unerklärlich wäre, wenn es keinen Gott gäbe.“¹⁰

So kann der gesellschaftliche Schwund christlichen Einflusses für uns auch eine willkommene Gelegenheit sein, sich zu besinnen: Welches sind die Schätze, die uns das Evangelium eröffnet? Wofür? Für Wen? Wo bluten die spirituellen Wunden dieser Gesellschaft? Mahatma Gandhi hat vor vielen Jahrzehnten mit großer geistlicher Präzision diese Wunden aufgespürt und sie als die sieben sozialen Sünden auf den Begriff gebracht: Politik ohne Prinzip, Wohlstand ohne Arbeit, Handel ohne Moral, Vergnügen ohne Gewissen, Erziehung ohne Charakter, Wissenschaft ohne Menschlichkeit, Religion ohne Opfer. Ich denke, das könnten auch Leitthemen sein, bei denen wir Christen uns einmischen müssen mit sozialer und spiritueller Kompetenz. Dabei müssen wir die verhängnisvolle Trennung von Liturgie und gottesdienstlicher Gemeinschaft auf der einen Seite und Diakonie und heilende Begegnung mit den Wunden dieser Welt auf der anderen Seite überwinden. Dies gilt auch in der institutionellen Form. Es ist unbedingt nötig, zwischen institutioneller Caritas und gemeindlichem Leben vor Ort wieder stärkere Brücken zu bauen.

Als Christen wollen wir uns die Möglichkeit eines gelingenden Lebens, trotz aller Einwände, nicht ausreden lassen. Bei aller Nivellierung und Gleichgültigkeit in der Pluralität wird unser unverzichtbarer Beitrag sein, die Chancen und Gefahren menschlicher Freiheit zu sehen und dabei einen Weg der Identität anzubieten. Der Freiheitsgewinn und das Freiheitsverständnis des modernen Menschen kann nicht hoch genug veranschlagt werden. „Niemals ... hatten die Menschen einen so wachen Sinn für die Freiheit wie heute“ (Gaudium et spes 4) hat das II. Vatikanische Konzil schon festgestellt. Das Jammern über den Missbrauch von Freiheit führt

nicht weiter. „Was nicht auch in der Freiheit gedeihen kann, gedeiht überhaupt nicht.“¹¹

Christen als Freiheitskünstler (P. M. Zulehner), die versuchen, die Spannung von Freiheit und Verantwortung zu leben. Sie können Zeugnis geben vom Evangelium, „das zur Freiheit befreit“ (vgl. Gal 5, 1). Darin finden sie auch ein kritisches Instrumentarium gegenüber der neuen „zweiten Unmündigkeit“ (J. B. Metz), die sich in vier Urlaubsreisen im Jahr, 30 Fernsehprogrammen und mehr, der Vermarktung selbst der intimsten Lebensbereiche usw. ausdrückt. Das Freiheitsverständnis des Christen zeigt sich in dem Mut, mit Grenzen und Begrenzungen zu leben. Christliches Engagement in der pluralistischen Gesellschaft heißt nicht: Aktivismus und Stress. Wir dürfen als Christen Grenzen setzen. Wir können nicht alles und müssen nicht alles. Weniger kann mehr sein. Reflexion über unsere gesellschaftliche Präsenz, die nur zu neuen Aktivitäten bei kleiner werdenden Zahlen führt, hilft uns nicht weiter. Nicht flächenweit, sondern zeichenhaft sollte die christliche Präsenz sein. Dies kann bedeuten, sich für Werte und Anliegen stark machen, die im Augenblick in ihrer Bedeutung von breiten Kreisen der Gesellschaft nicht gesehen werden (Unantastbarkeit der menschlichen Person, einfachere Lebensweise, mit freier Zeit sinnvoll umgehen lernen usw.). Als Christen lohnt es sich, unser Freiheitsverständnis deutlich zu machen: Freiheit bedeutet nicht nur frei sein von, sondern Freiheit für einen Menschen, für Gott und nur die Welt, nur ein Anliegen, das mich bewegt.

Christen können nicht alle Defizite und Krisen-Phänomene unserer Gesellschaft anpacken und verändern. Ermutigen wir uns gegenseitig, besonnen, gerecht und fromm (vgl. Titus-Brief) in dieser pluralistischen Gesellschaft mitzuwirken.

Wir werden lernen müssen, dass Christen in allen großen Parteien sind. Wie können wir die Spannung von gemeinsamem Glauben und politischem Alltagsstreit gestalten? Diese Entwicklung ist gekoppelt mit der Erfahrung, dass praktizierende Christen in allen Parteien zur Minderheit werden oder schon

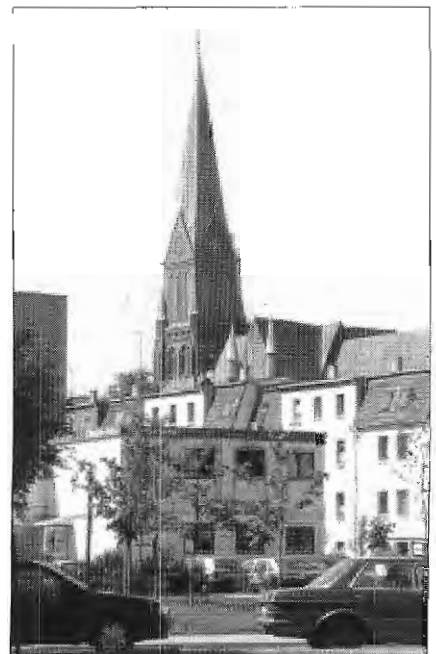
sind. Neben der parteipolitischen Verschiedenheit wird es auch zu unterschiedlichen Akzenten und Konflikten in Sachfragen kommen. „Christen können bei gleicher Gewissenhaftigkeit in der gleichen Frage zu einem anderen Urteil kommen.“ (Gaudium et spes 43) Dieser Pluralismus hört da auf, wo Gottes Gebot abgelehnt und die Menschlichkeit mit Füßen getreten wird, wo menschliches Leben vernichtet wird.

Wo Verantwortliche der kirchlichen Verbandsarbeit zusammenkommen, da steht auch die Frage im Raum: Wie können wir junge Christen zu einem politischen Engagement in dieser pluralistischen Gesellschaft motivieren? Wir können nicht „befehlen“, nur „beseelen“, um ein Wort von J. Cardyn zu gebrauchen. Es gibt auch heute noch Politiker und Politikerinnen, die als Christen junge Christen zu einem politischen Engagement motivieren können. Entscheidend wird sein, ob es gelingt, mit Hilfe eines Verbandes, einer Bildungseinrichtung etc. berufliche Biographie und christlich-politisches Engagement zu verbinden. Solche Frauen und Männer sollten wir uns als Institutionen der Kirche auch etwas kosten lassen. Ein Christ an verantwortlicher Stelle kann mehr bewirken als Predigten und Hirtenworte oder eine noch so gute Medienarbeit. Dabei müssen christliches Selbstverständnis und persönlich-politische Glaubwürdigkeit in Einklang stehen. Mit dem Bekenntnis zur Kirche darf nicht politische Dummheit verharmlost werden.

V. Persönliche Erfahrungen im christlichen Engagement

Meine Überlegungen kommen aus zwei Lernfeldern: von der Arbeit in den vergangenen Jahren im Diözesanverband der KAB und von der Tätigkeit als Priester in einer kleinen Diasporagemeinde im Bistum Osnabrück. Lassen Sie mich kurz die Situation unseres Diözesanverbandes der KAB beschreiben: Textilindustrie (Nord-

horn), Erdöl (Lingen-Salzbergen), Stahlindustrie (Osnabrück, Bremen, Georgsmarienhütte). Dies waren die Schwerpunkte der Arbeit in der KAB. Hieraus kamen viele Mitglieder, die in der KAB ihre Interessen – auch in der Kirche – vertreten sahen. Mittlerweile haben diese Industriezweige in unserem Bistum ihre Arbeitsplätze ganz oder teilweise abgebaut. Es gibt nicht mehr den Klöckner- oder Nino-Arbeiter. Dies hat auch unsere KAB verändert. Eine große Pluralität von Berufen, Meinungen und Lebensbiographien ist anzutreffen. Nicht nur unser klassisches Arbeitermilieu hat sich aufgelöst, auch das katholische Milieu verändert sich rasant. Mein Vorgänger konnte noch Werbepredigten für die KAB halten. Unsere Zielgruppe gehört heute nicht unbedingt zur regelmäßigen Gottesdienstgemeinde am Sonntag. Sie können wir vielleicht noch bei Erstkommunion-Feiern und im Umfeld eines Gemeindekindergartens antreffen. Es gibt Gruppen, die können jedes Jahr noch Mitglieder aufnehmen. Andere bemühen sich aber ohne sichtbaren Erfolg. Um viele Gruppen machen wir uns Sorge: Werden sie im kommenden Jahrtausend noch existieren? Wo gibt es neue Perspektiven? Wie kann unser Profil sein? Streckenweise gelingt uns dies in der Arbeit mit jungen Familien und im Seniorenbereich. Schwierigkeiten macht uns das sozialpolitische Profil (das A) in der KAB.



... Verstellen wir uns durch die Sachzwänge des Alltags den Blick auf die Kirche? ...
(Foto: bt, „Dom von Schwerin“)

Mit großen Bemühungen versuchen wir den Verband mit der Frage der Arbeitslosigkeit zu konfrontieren. Wir haben als KAB ein großes Arbeitslosenzentrum (ca. 200 Mitarbeiter/-innen). Wir wollen durch Sozial-Tagungen und Schulungen das sozialpolitische Profil der KAB neu herausarbeiten. Die weitergehende Frage, die damit zusammenhängt, lautet: Gelingt es uns, die große Pluralität im eigenen Verband auch zusammenzuführen, damit dieser Verband ein Profil in der Pluralität behält?

Lassen Sie mich kurz nun mein zweites Lernfeld vorstellen: die kleine Diasporagemeinde Lemförde am Dümmersee. Sie ist nach dem Zweiten Weltkrieg von Vertriebenen aufgebaut worden. Mit viel Elan wurde für den Bau der Kirche gespart. Unsere Kirche steht jetzt 10 Jahre. Die Gründergeneration der Gemeinde wird immer älter und tritt langsam zurück. Viele ihrer Kinder haben den Kontakt zur Kirche verloren oder sind bei der Arbeitsplatzsuche in andere Gebiete gezogen. Jahrelang war es nicht möglich, neue Verantwortliche für die Gemeinde zu finden. In den vergangenen Jahren sind einige junge Familien nach Lemförde gezogen. Sie spüren deutlich: Ich muss meine Beziehung zur Kirche selber gestalten. Sonst ist sie bald abgerissen. Wir wollen uns selber aber die Kirche nicht nehmen lassen. Dies verbindet und bindet die jungen Famili-

en. Trotz großer Bemühungen ist es nur schwer möglich, Jugendliche in der Gemeinde zu beheimaten. Die Konkurrenz ist groß. In einer Hospiz-Initiative haben wir vor einigen Jahren mit zwei Ordensschwestern, die mit mir im Pfarrhaus wohnen, den Versuch gestartet, sich ganz bewusst unserer säkularen Umgebung zu stellen. Ich bin überrascht darüber, wer zu uns ins Pfarrhaus kommt, wer bereit ist, im Förderverein mitzumachen, wer zur katholischen Kirche geht, um im Hospiz-Forum einen Vortrag zu medizinisch-ethischen Fragen zu hören. Wir sind eine kleine Minderheit in der pluralen Vielfalt am Dümmer. Unsere Gemeinde hat Profil. Sie wird sicherlich noch kleiner, aber nicht perspektivlos. Es ist viel Bewegung anzutreffen. Wir haben Austritte, aber auch Neuaufnahmen und Wiedereintritte. Mit einem geringen institutionellen Rahmen (wir haben keinen Kindergarten, kein Altenheim etc.) versuchen wir, zeichenhaft präsent zu sein.

VI. Schlußfolgerung – Fazit

Gerade auch auf dem Hintergrund meiner persönlichen Erfahrungen in einer säkularen Umgebung sehe ich große Chancen für ein christliches Zeugnis, wenn es kommunikativ dialogisch ist, sich in einer Grundsympathie für die Menschen konkretisiert. Es lebt

nicht von der Fülle der Aktionen und Institutionen, sondern von einer zeichenhaften Präsenz. Der Christ lebt dabei in vielfältigen Spannungen, was zugleich das Spannende seines Lebens ist. Er wird mit seiner Kirche in eine Bescheidenheit geführt, die auch neuen Reichtum bedeuten kann.

Anmerkungen:

- 1) Anthony de Mello, Wo das Glück zu finden ist, hrsg. von Franz Jolma, Freiburg 1994, S. 92.
- 2) Medard Kehl SJ, Kirche in der Fremde, Stimmen der Zeit, Freiburg 1993, Heft 8, S. 516.
- 3) Ulrich Ruh, Kein Grund zur Resignation, Herder Korrespondenz, 47/1993, S. 1–3.
- 4) Karl Gabriel, Christentum zwischen Tradition und Postmoderne, Freiburg 1992.
- 5) Tacitus, Annalen VI, 7; Übersetzung nach E. Schillebecckx, aus: Robert Polt, Nun sag, wie hast du's mit der Religion?, Edition Tau, Bad Sauerbrunn 1991.
- 6) vgl. Kardinal C.M. Martini, Schlußansprache beim 7. Symposium der Konferenz der Europäischen Bischofskonferenz „Hinabgestiegen nach Kafarnaum“ (vgl. Mt 4,13), Im heutigen Europa die Hoffnung stärken – dem Bösen widerstehen, Arbeitsergebnisse, S. 83.
- 7) P.M. Zulehner, Religion und Autoritarismus, in: Stimmen der Zeit, 116 (1991), S. 604.
- 8) Wilhelm Zauner, Christsein im neuen Europa, in: Theologisch-praktische Quartalschrift, 139/1991, S. 125/126.
- 9) Paul VI, Ecclesiam suam Nr. 65.
- 10) Kardinal Suhard, zitiert nach Josef Bill SJ, Zeuge sein, in: Pastoralblatt 9/1989, 41. Jahrgang, S. 257.
- 11) Bischof Joachim Wanke, Fasten-Hirtenbriefe 1992.

* * *

Religion ja – Kirche nein?

Thesen zur religionssoziologischen Situation der 90er Jahre

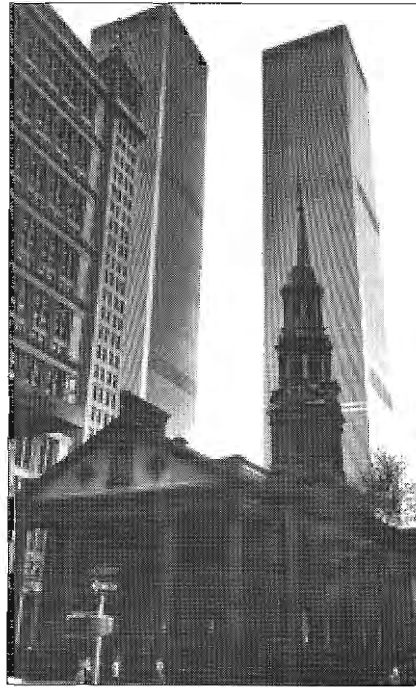
Michael N. Ebertz

Immer mehr Menschen kehren der Kirche den Rücken zu, immer mehr „basteln“ aus den ihnen passenden Elementen verschiedener christlicher und nicht christlicher Glaubensrichtungen ihre eigene Religion. Diese Tendenz ist Thema einer sozialwissenschaftlichen Analyse von Michael N. Ebertz, Professor für Sozialpolitik, Freie Wohlfahrtspflege und Kirchliche Sozialarbeit an der katholischen Fachhochschule in Freiburg. Die zusammenfassenden und ausblickenden Thesen auf den vermutlich weiteren Verlauf einer von Ebertz skizzierten Periode der Religionsentwicklung in Deutschland werden in diesem Beitrag wiedergegeben. Der Autor prognostiziert, dass sich die Kirche zum reinen „Dienstleister“ wandelt, auf den die Menschen je nach Bedarf zurückgreifen. Die Folge werde sein, dass unter dem Dach der Kirche eine Fülle unterschiedlicher Weltanschauungen vertreten sein werden. Die Gleichung, dass ein Katholik gleichzeitig die katholische Lehre vollständig akzeptiere, stimme einfach nicht mehr.

These 1: Kirche als „Dienstleistungsorganisation“

Bei nachhaltiger, wenn auch entmonopolisierter Präsenz der Kirche in Deutschland wird sich die bereits in der zweiten Phase (späte 60er bis 70er Jahre) abzeichnende Transformation ihrer Sozialgestalt von einer „Institutionskirche“, welche die in der Gesellschaft gültige Religion relativ vollständig repräsentiert, zu einer „Organisationskirche“, welche Kirchenmitgliedschaft entscheidbar macht, beschleunigen in Richtung eines Wandels weg von der Kirche als Überzeugungs- hin zur Kirche als Dienstleistungsorganisation.

... oder wird sie längst überragt von den Türmen der modernen Tempel, die für die Göttin Macht und den Gott Konsum erbaut wurden? (Foto: St. Paul's Chapel vor dem World Trade Center in New York; aus: DuMont »Richtig reisen« New York, 1981⁴)



Kirche als – situativ und fallsweise, vor allem rituell und caritativ – genutzte Dienstleistungsorganisation wird zumindest die dominante Sozialgestalt von Kirche sein, allen theologischen Gemeinschafts- und Gemeindebemühungen zum Trotz. Hierfür sprechen die große Zahl von „Ritualisten der Lebenspassagen“ mit denen sich die Kirchen jenseits aller punktuell aufflackernder theologischer Rigorismen des einen oder anderen Geistlichen – wohl auch aus ökonomischen Gründen – zu arrangieren scheinen, aber auch die gewachsene Milieuverengung der Kirchengemeinden sowie die neuerdings auch empirisch glaubhaft gemachte Tatsache, dass vor ihnen mehr Christen bzw. sich für Christen Haltende leben, als in und mit ihnen. Neuere Studien über die konfessionellen Jugend- und Wohlfahrtsverbände bestätigen diesen Umbruch „von der Wertgemeinschaft zum Dienstleistungsunternehmen“ auch für die Wohlfahrtsverbände der Kirchen, die als „Sozialkirchen“ hohe gesellschaftliche Wertschätzung erfahren.

These 2: Kircheninterner Pluralismus

Neben und unterhalb dieser dominanten Sozialgestalt von Kirche als Dienstleistungsorganisation schrumpft die parochialgemeindliche (*parochial* = zur Pfarrgemeinde gehörend) Verwaltungskirche weiter auf ein gesellschaftliches Restmilieu, und es bilden sich weitere kircheninterne strukturelle Differenzierungen in „gruppenkirchlicher“ Form als Minoritäten heraus, auch in Ergänzung und Erweiterung des Spektrums der traditionellen Ordensgemeinschaften, in denen christliche Religion und Religiosität nach wie vor – und gegenläufig zum gesellschaftlichen Haupttrend, der Religion und Religiosität immer unverbindlicher und autozentrischer werden lässt – als etwas zeitlich, sachlich

und sozial hochgradig Verbindliches vorausgesetzt und dementprechend mit hohen Pflichtwerten und normativen „Zumutungen“ im Hinblick auf die Eintritts- und Bleibebedingungen (Armut, Keuschheit, Gehorsam) verknüpft wird. Das vielfältige Panorama der neuen gruppenkirchlichen Sozialformen reicht dagegen von relativ lockeren, religiös passageren und selbstaktiven „Szenen“ (zum Teil mit „Stammpublikum“), Initiativ- und Bewegungsformen sowie Lesergemeinden über festere Assoziationen („NHOs“ oder „NCOs“ also „non hierarchical organisations“ bzw. „non clerical organisations“) bis hin zu ordensähnlichen Vergesellschaftungen mit auch kanonisch verbindlicher Rechtsform. Sie umfassen das gesamte kirchenpolitische Spektrum von „links“ bis „rechts“ und können eher außen- oder eher innenorientiert sein. So bilden sich kirchenintern neben den klassischen Orden und Kongregationen neuartige „mystische“ Vergemeinschaftungen sowie religiöse Protest- und Erneuerungsbewegungen heraus, die – fragmentarisch (*bruchstückhaft*) und synkretistisch (*Synkretismus* = *Vermischung mehrerer Religionen*) – unterschiedliche Aspekte der christlichen Überlieferung akzentuieren und damit als sogenannte „Neue Geistliche Gemeinschaften“ oder „Neue Geistliche Bewegungen“ ihren kirchlichen

Reformanspruch legitimieren. Hierzu sind auch die zahlreichen und in sich selbst wieder zersplitterten katholischen Fundamentalismen zu rechnen, die selbst ein moderner Ausdruck des kirchenexternen und -internen Pluralismus sind, gegen den sie zu Felde ziehen. Zunehmen wird also auch die kircheninterne Gleichzeitigkeit von unterschiedlichen religiösen Sozialformen, das Neben-, aber auch das Ineinander und Gegeneinander von – auch konfessionsübergreifenden – innerkirchlichen Sondergruppen („*ecclesiola in ecclesia*“). Das Management der Kirchenleitungen ist damit herausgefordert wie wohl nie zuvor, diesem sich verstärkenden Trend zur kircheninternen Pluralisierung durch Maßnahmen kultureller Integration (z. B. „Dialog“) oder zumindest struktureller Inklusion zu begegnen.

These 3: Ökumenismus kontra Transformation zur Sekte

Die kirchliche Religionsentwicklung in Deutschland gerät spätestens in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in die – auch gesellschaftlich erzwungenen – historischen Bahnen des konfessionellen Synkretismus. Entgegen allen Unkenrufen bezüglich eines Stillstands der Ökumene wird auch und gerade der deutlich gewachsene hohe Anteil von – wenn auch fragmentierten – Konfessionslosen in Deutschland der praktischen und taktischen Ökumenisierung förderlich sein und zu einem weiteren formellen und informellen – Abschleifen der konfessionellen Bastionen und Unterscheidungszeichen beitragen. Dies schließt das Erstarken militanter Gegenkräfte nicht aus, die sich am Leitbild dezidiert konfessionalistischer Traditionen des 16. und 19. Jahrhunderts orientieren, deren Generalisierung aber unter den fortwährenden Bedingungen der modernen Gesellschaft zur Transformation der Kirche zur „Sekte“ (im soziologischen Sinn) führen müssten.

These 4: Kircheninterner Individualismus

Typisch wird in den 90er Jahren auch das plurale Neben- und synkretistische Ineinandersein,

aber auch das biographische Hintereinander unterschiedlicher und zunehmend autozentrischer werdender persönlicher Religiositäts- und Frömmigkeitsstile in der nationalen Gesamtgesellschaft, aber auch innerhalb der Kirchen. Für immer mehr Menschen wird hierzu auch das unauflösbare Hinter- und „Ineinander von Glauben und Zweifel, Sicherheit und Unsicherheit“ gehören. Trotz steigender Austritte und Austrittsneigungen, mit denen auch andere Institutionen und Organisationen konfrontiert sind, scheint für die meisten Kirchenmitglieder ihre Mitgliedschaft in der Kirche nach wie vor unhinterfragt selbstverständlich zu sein. Mit Nachdruck ist zu betonen, dass die auch unter Jugendlichen – gewachsene Kirchendistanz keineswegs einhergeht mit einer wachsenden Neigung zur Konversion in bzw. Bindung an nicht-großkirchliche christliche bzw. außerchristliche religiöse Gemeinschaften, Vorstellungen oder Praktiken, zumal die normative Bindung an solche Gemeinschaften – etwa an Freikirchen, wie wir aus einer neueren Studie über den Adventismus wissen – ebenso erodiert. Zu einer religiösen Pluralisierung nach US-amerikanischem Muster, also zur „Denominationalisierung“ wird es hierzulande wohl nicht kommen. Auch wird die Teilnahme an außerchristlichen religiösen Praktiken nur von Minderheiten vorgenommen. Zudem geschieht sie häufig nur punktuell und hat – deutlich erkennbar an okkulten Praktiken von Jugendlichen – auch einen bloß transitorischen, episodenhaften Charakter. Auch bei den Konfessionslosen läßt sich übrigens kein Mehr an Erfahrungen mit jenem „bunten Spektrum religiöser, esoterischer, spiritueller Praktiken und Weltanschauungsangebote“ nachweisen. Diese Angebote auf dem religiösen Markt, wo Religion und „verkapselte Religion“ (Carl C. Bry) inzwischen nicht nur konsumiert, sondern auch käuflich geworden sind, stellen bislang keine echte Alternative zur kirchlichen Religiosität dar und haben eher eine komplementäre Funktion. Insofern wird den beiden Kirchen – ähnlich wie ARD und ZDF im Medienkontext des deutschen Fernsehens, das spielerisches Schnuppen und

punktueller Zappen erlaubt, ohne konvertieren zu müssen – eine Art Grundversorgungsauftrag erhalten bleiben.

Bevor ein Kirchenmitglied in eine nicht-kirchliche Sondergruppe mit möglicherweise religiös totalitären Ansprüchen wechselt, wird es sich zugespitzt formuliert – eher einer kircheninternen „Sekte“ anschließen oder selbst zur eigenen „Sekte“ werden und in der Kirche verbleiben. Es ist ja schon erstaunlich, dass selbst katholische Kreise mit einem ganz spezifischen kirchenkritischen Profil kaum zur alt-katholischen Kirche überwechseln, deren Profil sich in vielerlei Hinsicht mit ihren Erwartungen decken dürfte. Auf individualreligiöser Ebene werden deshalb die kircheninternen Individualisierungen und Synkretismusbildungen zunehmen, wovon auch das kirchliche Personal nicht ausgenommen sein dürfte. Die selbst an „Kirchentreuern“ ja sogar an Priesteramtskandidaten beobachtbare Tatsache, dass diese „sozusagen auf ganz verschiedenen spirituellen „Inseln“ wohnen und es schwer haben, eine gemeinsame Basis (des Glaubens) zu erkennen“, wie Joseph K. Ratzinger einmal formuliert hat, legen einen solchen Schluß nahe; auch die Beobachtung, dass „viele Ordensleute ... ebenso esoterisch geprägt“ seien „wie ihre weltlichen Schwestern und Brüder“, was zur Folge hat, dass sie „nicht mehr oder nicht genügend eingebunden“ sind „in ein gemeinsames Sinn-Projekt“.

Christliche, wenn nicht „religiöse“ Brachlandschaften scheinen sich insbesondere in Ostdeutschland herauszubilden, zeigt sich doch die Mehrheit der dort lebenden Bevölkerung als relativ religionsresistent, legt man einen expliziten Religionsbegriff zu Grunde. Wie in Westdeutschland werden christliche und außerchristliche Sondergemeinschaften auch dort, so hat es den Anschein, Minderheiten bleiben, wenn sie in den neuen Bundesländern überhaupt eine Chance gewinnen, die man nach der Wende als hochgradig unterstellte. Die für die deutschen Religionsverhältnisse typische, und jüngst erst von Karl-Fritz Daiber herausgestellte sozialräumliche Regionalisierung der religiösen Landschaft wird damit um eine neue Facette erweitert.

These 5: Expandierender Markt von Sinngebungsalternativen

Weniger die religiöse Pluralität als solche ist ein Novum, als die Tatsache, dass sie für jeden Mann und für jede Frau, ja für Jugendliche und Kinder offensichtlich und – zumindest über TV- und Internet-Anschlußstellen an die große weite Welt – sozial zugänglich geworden ist. Die zahlreichen Anbieter auf dem expandierenden Markt von Sinngebungsalternativen relativieren nicht nur die gesellschaftliche Geltung kirchlicher Werte und Normen, sie relativieren sich auch wechselseitig selbst und zeugen damit immer und immer wieder neue Nachfragen und Angebote von Sinngebungsalternativen. Hexen auf dem freigewerblichen religiösen Markt fürchten deshalb inzwischen um ihren Ruf und machen sich über kartellartige Zusammenschlüsse und die Erstellung eines Gütesiegels Gedanken. Es ist nicht abzusehen, wie dieser reflexive Dauermechanismus der „Relativierung der Relativierung“ gesellschaftlich an ein Ende gelangen soll. Die Last der Entlastung von diesem Sinngebungsstress wird privatisiert. Jeder hat sie für sich selbst zu tragen.

These 6: Religiöses außerhalb von Religion

Nicht wenige westdeutsche Konfessionslose zeigen ein überdurchschnittlich hohes und gestiegenes Kunstinteresse, was die nicht nur religionssoziologisch interessante Frage aufwirft, ob nicht in der Kunst mehr religiös „Authentisches“ stattfindet, als in den theologisch-kirchlichen Vermittlungen“ bzw. wesentliche existenzielle Fragen „inzwischen woanders – außerhalb der Kirchenmauern – behandelt werden“. Vieles spricht dafür, dass – um eine für die jüngere Generation näherliegende ästhetische Praxis anzusprechen – Religiöses auch in die Popkultur ausgewandert ist, zumal sich die unter ihnen am stärksten verbreiteten Merkmale des Souveränitätswillens, der Selektions-, Such- und Synkretismusneigung in religiösen Fragen dort dichter Ausdruck verschaffen als in den herkömmlichen Kirchen, die sich auch noch in anderer Hinsicht gegenüber zentra-

len Momenten der zeitgenössischen Jugendkultur („Sexualität“, „Spontaneität“, „Spannung“) verschließen. Nicht wenige Zeitgenossen scheinen ihre geistige Nahrung an Quellen zu finden, wo kein Schild „Religion – hier zu haben!“ steht, wo aber dennoch Religiöses – und Tröstliches – zu haben ist und zumindest dazu verhilft, auch über Lebenswidrigkeiten hinwegzuhelfen und das Leben fortzuführen; bis zu dem Punkt, wo die Lust-Unlust-Bilanz des Lebens negativ wird, der Tod als „Erlösung“ erscheint und ein optimistisch eingefärbter Reinkarnationsglaube neue Lebenschancen mit positiver Lust-Unlust-Bilanz verheißt. Solche Quellen mit impliziter „Religion“ und zum Teil traditionellen religiösen Themen und Motiven, Fragen und Antworten finden sich heute in der Musik, in Filmen und Romanen der Trivial- und Popkultur. „Für mich“, so schreibt der amerikanische Priestersoziologe Andrew Greeley beispielsweise bezüglich einiger Filme („Places in the Heart“, „Ma nuit chez Maud“, „All that Jazz“), „handelt es sich dabei häufig um Epiphanien des göttlichen Schöpfers, um kleine Lichtstrahlen der göttlichen Liebe mitten in unserem alltäglichen Leben“, um „sakramentale Bilder des Glaubens an das ewige Leben“. Viele Künstler könnten „die Lichtspuren des göttlichen Schöpfers viel besser aufzeigen als wir Theo-

logen und Prediger“, sagt er kritisch und selbstkritisch. Wer jüngst „Der König der Löwen“ gelesen oder gesehen hat, weiß, wovon Greeley redet. Er weiß aber auch, dass Künstler ebenso wenig wie die Förster im Wald, wohin manche angeblich sonntags morgens zum Beten gehen, taufen, trauen und die Toten beerdigen, zumindest in der Regel – und bis jetzt – noch nicht ...

These 7: Sinnstiftung ohne Sinn-system

Freilich ist auch zu sehen, dass die moderne Gesellschaft zahlreiche Möglichkeiten bereithält, die religiöse Sensibilität konsumistisch und sozialquietistisch (*Quietismus* = *Verzicht auf selbstständiges und aktives Handeln*; Anm. der Redaktion) herabzusetzen und den Einzelnen vor allzu intensiven und extensiven Reflexionserfordernissen und -zumutungen zu immunisieren. Es ist schwer voraussagbar, ob die Voraussetzungen solcher sozial- und konsumquietistischer Formen einer Diesseits- oder „Gesellschaftsreligion“ in eine nachhaltige oder nur vorübergehende Krise geraten werden angesichts der sich am Beginn der 90er Jahre bereits abzeichnenden wirtschaftlichen und sozialstaatlichen Steuerungskrisen, die dazu führen können, immer mehr Menschen der unteren Markt- und Sozialeinkommensgruppen auszusteuern und in Ar-

mutslagen zu bringen. Aber für eine große Mehrheit scheinen die expandierenden sozial- und konsumquietistischen Erlebnismöglichkeiten auch mit bescheideneren Haushaltskassen noch kaum ausgeschöpft zu sein. Die institutionalisierten Ziele des Berufserfolgs, des sozialen Aufstiegs und Wohlstands, der Kaufrausch in den Konsumzonen einer Großstadt-City, das Eintauchen in die Schallereignisse einer Disco, in die Körpervibrationserlebnisse eines Rock-Konzerts oder in die Meerestiefen auf einer Urlaubsreise, die Wonnen in Center-Parcs, von Schlemmer- und von Kaffeefahrten, von Bier- und Weinfesten, das feeling bei der Stimulation des eigenen oder des vergemeinschafteten Körpers in Sportarenen und Fitneß-Centers, der Spaß in Casinos, Spielhallen, Fußballstadien und auf Autobahnen, die Amusements in Bistros, Cafes, Bars und Kneipen, der selbstgenügsame Rückzug in den privaten Kokon einer veredelten und durchgestylten Wohnung oder trivialer – eines Schrebergartens, die Erbaulichkeiten des kleinen, überschaubaren Familienidylls – all dies und noch mehr „entlastet“ nicht selten vom Druck, sich Fragen nach dem Sinn des Lebens zu stellen. In der Religionssoziologie wurde dieser kaum zu unterschätzende soziale Sachverhalt auf die Formel von der „Sinnstiftung ohne Sinnsystem“ gebracht. □

Ich und Ich und Ich – und Gott.

Pastoralpsychologische Dimensionen der Zerrissenheit in der Kirche.

Karl-Heinz Ditzer

Wir in der Gesellschaft

Nicht wenige – fast aus allen kirchlichen Gruppen beliebiger hierarchischer Ebene – beklagen heute eine fehlende oder mangelnde Solidarität und Einheit usw. Damit erweist sich „Kirche“ aus psychologischer Sicht einmal mehr als eine Gruppe von Menschen, die zwar durch einen besonderen Auftrag gekennzeichnet werden können und insofern von Gott „Her-

ausgerufene“ sind, aber dennoch Teil der allgemeinen Gesellschaft und ihres Entwicklungs- und Differenzierungsstandes sind. D.h. die, die Kirche konstituierenden, Mitglieder haben Teil an allen sich vollziehenden gesellschaftlichen Prozessen und sind durch diese in ihrer Persönlichkeits-, Werte-, Erwartungs- und Verhaltensstruktur usw. beeinflusst, wenn nicht sogar mitbestimmt. Um letzteres festzustellen, muss man als Psychologe

kein Anhänger der Milieutheorie sein. Schon Paulus wusste um diesen Sachverhalt und suchte das sich daraus ergebende Spannungsverhältnis zum anbrechenden/angebrochenen „Reich Gottes“ durch die Formel des „Schon – und Noch-Nicht“ zu fassen. Es gilt also, die durch uns und unsere Zeitgenossen durch Interaktionen konstituierte Gesellschaft und ihre Prozesse sowie deren Rückwirkungen ins Blickfeld zu nehmen.

Wollen wir uns nun unsere Gesellschaft und ihre Strömungen und Tendenzen anschauen, so ist es gut, sich vorher noch einmal bewusst zu machen, dass wir allesamt nicht passive Mitglieder dieser oder einer Gesellschaft sind und von ihr „geprägt“ wurden/werden, sondern aktiv an ihr teilhaben – auch wenn wir scheinbar nichts tun –, selektiv aus Strömungen und Tendenzen nach einer Deutung und Bewertung anhand unseres Orientierungsrasters, des „persönlichen Sinnsystems“, auswählen, in uns aufnehmen, d.h. in das Schema und Bild, das wir von dieser Welt und dieser Gesellschaft im Kopf haben, einfügen, eine Reaktions- und/oder Handlungssequenz entwerfen und entsprechend umsetzen. Wir gehen nicht handelnd mit der Welt und Gesellschaft um, so wie sie real ist, sondern mit dem „Symbol“ von Welt und Gesellschaft, das wir – durch aktive Interaktion in unserer individuellen Entwicklung erzeugt – in unserem Kopf haben und in jeder ablaufenden Interaktion auch wiederum inhaltlich verändern. D.h. die Prozesse, die Gesellschaftswissenschaftler, Soziologen, Politikwissenschaftler, Systemforscher u.a. unter den Stichworten: Ausdifferenzierung, Globalisierung, Segmentierung, Individualisierung usw. beschreiben, sind nicht einfach „vom Himmel gefallen“ oder haben „sich einfach nur so“ (schicksalhaft) ereignet, sondern sind das Ergebnis unserer gesellschaftlichen Gestaltungsprozesse, wobei man erkennen muss, dass die von uns zur weiteren Strukturierung installierten Subsysteme ihrerseits eine Eigendynamik entfaltet haben und entfalten, untereinander und mit dem Ganzen interagieren, sich verselbständigen können und eine Eigenmacht entwickeln, so dass das Individuum in der Gefahr steht (stehen kann) „auf der Strecke zu bleiben“. Von den Erfahrungen, die das Individuum nun aber seinerseits wieder mit dieser ihm nun gegenüberstehenden „Gesellschaft“ – mit ihr interagierend – macht, ist nicht nur das Bild / das Symbol von ihr geprägt, sondern auch sein persönlicher Erwartungsrahmen, seine Handlungsentwürfe, seine Biographie und letztlich seine Persönlichkeitswerdung (mit)gestaltet. Als

Person werden wir zwar geboren, aber zur Persönlichkeit müssen wir erst heranreifen. Wie wir uns in diese Gesellschaft und ihre Substrukturen einbringen und auf sie reagieren, hängt also vom Produkt der biographisch-individuellen Verarbeitung und Gestaltung dieses Interaktionsprozesses ab. Dabei ist die emotional-kognitive Verarbeitung ihrerseits keine reine Individualleistung sondern auch das Ergebnis unserer kommunikativen personalen Beziehungen und der in ihnen stattfindenden Interaktionen. Wir sehen

Prozess der Individualisierung

Allgemein wird heute von der sogenannten „Individualisierung“ der Gesellschaft geredet und schon vor Jahren haben Soziologen die Individualisierungsschübe der zurückliegenden Jahrzehnte untersucht. Inhaltlich umfasst der Begriff zumindest zwei Dimensionen: zum einen die Ebene des Selbstbezuges und der Selbstinterpretation des Individuums und zum anderen dessen Bezug oder Relation zur Gemeinschaft, zur Gesellschaft.

Individualität, Selbstinterpretation und Selbstdarstellung

Unter dem Aspekt „Selbstinterpretation“ lässt sich eine Spannweite ausmachen, die von der Betonung einer eigenständigen Identität bis zum Identitätsverlust reicht.

Die erste Feststellung findet man in Aussagen wie: Das Individuum ist sich seiner selbst bewusst geworden, es weiß nicht nur um seine Existenz, sondern auch um seine eigenständige Identität, es definiert sich nicht mehr von der Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft her (Ich als Angehöriger des Stammes „der Bayern“, der Zunft XY, als Arbeiter der z.B. Hoesch-Familie „wir Hoeschianer, wir Siemensianer etc.“, als Katholik, als Deutscher usw.), sondern eher die Gemeinschaft von sich her.

Auf der Verhaltens- bzw. Relationsebene hat dies häufig – nicht notwendig aber faktisch – zur Konsequenz, dass nicht mehr die Erwartungen der Gemeinschaft an das Individuum unangefragt sind,

also, das Phänomen „Zerrissenheit in der Kirche“ ist nicht mit wenigen Schlagworten zu erklären und auf ein paar grobe Linien – nach Möglichkeit noch dichotomisch (*zweiteilig, Anm. der Redaktion*), je nach Perspektive z. B.: „die da oben – wir da unten“ – zu reduzieren, sondern ist das Ergebnis eines sehr komplexen Prozesses wechselseitig sich beeinflussender interagierender Faktoren über mehrere Ebenen hinweg. Es bedürfte einer sozialpsychologischen Analyse der Mikro- und Makroprozesse.

sondern seine Erwartungen an die Gemeinschaft: „was bringt mir dies?“, „wieso können sie dies von mir fordern?“ usw. Das Spannungsverhältnis: Individuum und Gemeinschaft ist nicht mehr im Gleichgewicht. Z.B. würde die Mehrheit unserer bundesrepublikanischen Gesellschaft in den Spät-50er-Jahren noch Sätzen in Grundgesetzkommentaren folgenden Inhalts zugestimmt haben: „Das Spannungsverhältnis Individuum/Gemeinschaft ist im Grundgesetz zugunsten der Gemeinschaft entschieden worden“, so würde dies heute nur in der Umkehrung mehrheitlich bejaht.

Die Spannweite reicht also von der durchaus auch positiv zu bewertenden Selbstinterpretation: „Ich bin der und der, mit dieser meiner Identität und Würde bringe ich mich in die Gemeinschaft XY ein und versuche, sie mit zu gestalten“ bis hin zu der fast gegenteiligen: „Ich erlebe mich nicht als würdevoll; ich habe keine eigene Identität; ich habe Angst, in der Masse unterzugehen, von der Gesellschaft völlig untergebuttert zu werden“ usw. „Ich kann mich nur durch Abgrenzung von anderen definieren“; „Ich bin dauernd auf der Suche nach Selbstdarstellungsmöglichkeiten, denn der Konkurrenzkampf ist hart“ usw.; „Ich lebe so dahin, suche mein kleines Glück, ich kann sowieso nichts machen“. Das Individuum, auf sich selbst zurückgeworfen, erlebt und interpretiert sich in seiner Ohnmacht. Soziologen würden solche Menschen unter die sogenannten „Modernisierungsverlierer“ ein-

ordnen, denen es nicht gelungen ist eine tragfähige „Patchwork-identität“ herzustellen.

Auf der Verhaltensebene hat dies ein Verhalten zur Konsequenz, das schon teilweise in den Selbstaussagen angedeutet wurde. Darüber hinaus hat eine totale Orientierung an der Außenwirkung stattgefunden: des Erscheinungsbildes, der Fertigkeiten und Fähigkeiten ... sowie eine Reduzierung der Zeitdimension und -perspektiven auf das „Jetzt“ (ein zukunftsloser Gegenwartsbezug). Es wird nicht mehr nach der Bedeutung des eigenen Tun und Verhaltens für die Gemeinschaft gefragt. Es wird auch nicht gefragt, was habe ich mit anderen gemeinsam, sondern danach, was mich unterscheidet. Dieses Bemühen kann die seltsamsten Formen annehmen, wobei nicht nur das Outfit die „Kampfbasis“ ist (wobei nach der neuesten Mode nicht nur im Bereich der Kleidung sondern auch des körperlichen Erscheinungsbildes gestylt wird – nicht nur Fitness-Studios und Bodybuilder, sondern auch Schönheitsoperateure haben Hochkonjunktur – bis hin zu grünen Haaren und allerlei Ringen an fast sämtlichen Körperteilen sowie Kettchen zwischen Nase und Ohren), sondern auch die Erfahrungsebene der Bedeutungs- und Wertewelt. Es geht um Abgrenzung von den anderen: wie kann ich mich von anderen unterscheiden, wie kann ich andere zu meinem Vorteil ausstechen. Wie kann ich mich ins rechte Licht setzen, auch wenn ich dabei Theater spielen, den anderen etwas vormachen und eine Wirklichkeit vortäuschen muss, die ich selbst gar nicht bin. Die Single-Forschung hat ergeben, dass nicht wenige deswegen Single bleiben, weil sie glauben, den Erwartungen der möglichen Partner nicht zu genügen. Ganz neue Kategorien von Ängsten und Schuldserfahrungen sind entstanden, die aus dem Erleben resultieren, vor sich selbst nicht bestehen zu können. Techno-Partys u.U. unterstützt durch Ecstasy haben den Zweck, sich in Ekstase zu erleben, im Rausch den Alltag zu vergessen, säkularisierte Erlösungs- und Heilserfahrung zu machen.

Meine Identität – eine Beziehungsidentität

Was immer man in dieses skizzierte Bild zum Aspekt Selbstinterpretation und Selbstdarstellung noch eintragen mag (auf die Facetten der religiös Orientierten komme ich später noch), im Hinblick auf den Gesellschaftsbezug lässt sich festhalten, dass bei allen Spielarten vom Individuum her gefühlt, gedacht und gehandelt wird. Das Phänomen wird nicht wahrgenommen und findet keine Beachtung, dass wir nicht nur individuelle, sondern auch mehrdimensionale soziale Existenz sind, dass wir bis hin zur Selbsterkenntnis des anderen, sich auf uns einlassenden (personalen) Partners sowie einer sozialen Struktur bedürfen und es nicht nur zur Sicherung unserer physiologischen Bedürfnisse einer strukturierten Gesellschaft mit funktionierender Wirtschaftsordnung bedarf. Von einer Ellipse mit ihren zwei Brennpunkten wird nur einer fixiert, der andere, der die soziale Gruppe und in ihrer Erweiterung die Gesellschaft repräsentiert, erfreut sich entweder keiner Beachtung oder wird nur als Dienstleistungsorganisation interpretiert und wahrgenommen. Dabei wird völlig übersehen, dass unsere Identität nur eine „Beziehungsidentität“ oder „relationale Identität“ ist, sie entsteht durch kommunikative Interaktion des Ich mit einem Du (und sei es ein transzendentes) und wird von einer solchen getragen. Sie bricht sofort zusammen, wenn diese Grundbedingung nicht mehr gegeben ist. Es wäre also eigentlich von existentiellstem Interesse für das Individuum, solche sozial-personalen Beziehungen verlässlich zu haben. Oder anders ausgedrückt: es müsste sich auch fragen, was muss ich für den Erhalt und die Entwicklung solcher mich tragender sozialer Gruppen tun.

Wir halten also fest: Wurde über Jahrhunderte das Individuum von der Gruppe her bestimmt und ihm Identität verliehen, wobei es oft auf der Strecke blieb, so ist das Pendel nun in das andere Extrem ausgeschlagen: das Individuum ist alles, die soziale Gruppe nichts. Die Gruppe hat dem Individuum zu dienen – und wehe, sie tut es nicht.

Dieser letztere Sachverhalt lässt sich auch noch einmal an der emotionalen Qualität solcher Gruppen verdeutlichen. Unter den Stichworten „Erlebnisgesellschaft“ und „Milieuorientierung“, wobei bei letzterem nicht an die klassischen Milieus nach sozialer Klassenzugehörigkeit wie Arbeitermilieu, Akademikermilieu usw. gedacht ist, wird ein Phänomen neuer Gruppenbildung nach emotionalen und ästhetischen Kriterien diskutiert.³ Menschen spüren, dass sich allein nicht gut leben lässt und suchen emotionale Beheimatung. So suchen sie andere, die das gleiche emotionale Feeling haben. Nicht gleiche Gedankenwelt, gleiche oder ähnliche (Lebens-)Ziele ist das Gesellschafskriterium, sondern gleiche oder ähnliche Gefühlslage – bzw. was man dafür hält, denn interessanter Weise sind ihre Gefühle ziemlich undifferenziert (man ist Gefühl, aber hat kein Gefühl). Dieses Kriterium wird dabei ziemlich rigide gehandhabt: wer nicht zur Gefühlslage passt, wird rigoros ausgegrenzt. Auch besteht zwischen den am Gefühlserlebnis orientierten Gruppen ein hohes Aggressionspotential.

Individualisierung der Gesellschaft

Aus der gesellschaftlichen Perspektive wird unter der „Individualisierung“ ebenfalls ein Mehrfaches verstanden: zum einen das Auseinanderfallen der Gesellschaft in lauter Individuen (z. B. Auflösung der Klassen); Rückdelegation von Gemeinschaftsverpflichtungen an die Individuen (jeder soll sehen, wie er zu Rande kommt); Auflösung von Schutzfunktionen (Religion ist Privatsache. Für Religionen und ihre Vollzüge gibt es keine Schutzzonen. Wenn Symbole von Religionen missbraucht, vermarktet oder verspottet oder ... werden, ist das nicht Sache der Gesellschaft, des Staates etc., sondern Sache der Religionsgemeinschaft selbst.); Orientierung für gesellschaftliches oder politisches Handeln nicht an Werten etc., sondern an Mehrheitsentscheidungen von Individuen; das Angebot von Dienstleistungen und Waren richtet sich nach den individuellen Wünschen (Jedem seinen maßgeschneiderten Anzug, sein maßgeschneidertes Auto etc.)

Letzteres wird auch aus der Perspektive der Individuen begrüßt und so gewünscht sowie von diesen auf andere Bereiche übertragen, z. B. auf die Kirchen. Wenn schon Religion Privatsache ist, dann bitte schön, mir eine Religion für mich maßgeschneidert auf meine Bedürfnisse und Befindlichkeiten

Anerkennung ihres Wertes und ihrer Würde zusammen, für die man z.B. Arbeitsplätze schaffen muss, sondern damit, dass die mit der „Individualisierung der Produkte“ gewünschte Vielfalt der Produkte billiger vom Menschen zu erstellen ist als wie von Robotern. Damit die komplexe Leistung vom Menschen

Wurde über Jahrhunderte das Individuum von der Gruppe her bestimmt und ihm Identität verliehen, so ist nun das Individuum alles, die soziale Gruppe nichts. Die Gruppe hat dem Individuum zu dienen – und wehe, sie tut es nicht.

ten hin. Das dazugehörige Stichwort heißt: **Pluralisierung** der Gesellschaft.

Dem Prozess der Individualisierung korrespondieren auf gesellschaftlicher Ebene die Prozesse der **Funktionalisierung, Anonymisierung und Segmentierung**.

Unsere Gesellschaft konzentriert sich in ihren Subgruppen nicht nur (z. B. Konzentration der Wirtschaft, der Verwaltung ...), sondern differenziert sich (als Folge der Spezialisierung) auch weiter in immer neue Gruppen mit neuen Funktionen aus. Diese Subgruppen interagieren nach funktionalen Kriterien funktional, weshalb ja auch mehr und mehr Interaktionsprozesse und -bausteine durch „Automaten“ (i.w.S.) ersetzt werden können. Selbst dort, wo noch Menschen die Schaltstellenfunktionen wahrnehmen, sind sie in ihren Aktionen und Reaktionen durch die verschiedensten Vorgaben (Handlungsanweisungen, determinierten Prozessabläufen, Rechtsvorschriften – Verrechtlichung der Gesellschaft – etc.), den sog. „Sachzwängen“ gebunden und handeln funktional. Das Individuum, um das es in einer Interaktion u.U. geht, kommt nur als ein „Rolleninhaber“ oder „Funktionsinhaber“ innerhalb einer Funktionskette ins Blickfeld. Überspitzt gesagt, es könnte auch ein komplex-strukturierter Computer sein, der in der Funktionskette „geregelt“ werden soll oder muss. Dass Industrien die „Ressource Mensch“ wieder entdecken und z. B. japanische Manager PCs nicht mehr nur von Robotern zusammenbauen lassen, sondern wieder auch von Menschen, hängt nicht mit der besonderen

gebracht werden kann, muss man ihn allerdings „pflegen“. Insofern wirkt die Individualisierung der Käuferschicht und der damit gegebenen Individualisierung der Bedürfnisse und Wünsche der Anonymisierung im industriellen Fertigungsprozess entgegen. Im allgemeinen gesellschaftlichen Prozess aber erleben sich unsere Zeitgenossen als anonymisiert und entindividualisiert. Und je weniger sie die Funktionsabläufe durchschauen, erleben sie die gesamtgesellschaftlichen Prozesse und ihre „Regelungsstellen“ im Verwaltungs-, Dienstleistungs- und Produktionsbereich, gleich ob staatlich oder privat, als anonymes und bedrohliches Gegenüber. Selbst ehemals als Schutzgemeinschaften gegründete Versicherungsgesellschaften werden da nicht ausgenommen. Auch die – zumindest großen verfassten – Kirchen werden hier einsortiert. Ich vermute, dass die rapide Zunahme der Kirchaustrittszahlen nach dem begonnenen Einigungsprozess damit in Zusammenhang steht. Bis zur „Wende“ in der ehemaligen DDR galt es in der Bundesrepublik als inopportun, nicht einer der Kirchen anzugehören. Man konnte sich nicht als „Atheist“ bekennen, weil Atheist-Sein gleichgesetzt wurde mit „unsozial sein“ (mit Verweis auf den real existierenden Sozialismus). Nach der Einigung konnte diese Gleichung nicht aufrecht erhalten werden, wenn man nicht den vielen achristlichen Mitbürgern oder sogar bekennenden Atheisten aus den Neu-Bundesländern ihre menschliche Qualifikation absprechen wollte. Für viele Altbundesrepublikaner gab es danach keinen

Grund mehr, die Fiktion Christ aufrecht zu erhalten. Wie Kirchaustrittsanalysen zeigen, vollzog der überwiegende Teil der Austretenden mit seinem Auszug aus seiner Kirche nur das, was er seit langem praktizierte. Auch empirische Untersuchungen zur Kirchnähe und -ferne der Christen und ihrem Enttäuschungspotential unterstützen meine Vermutung. Das Enttäuschungspotential (mit der Überlegung, sich u.U. von seiner Kirche zu trennen) ist bei Katholiken wie Protestanten dort besonders hoch, wo die Kircheng Zugehörigkeit mit extrinsischer Motivation (hohe Erwartung an Dienstleistungen der Kirche) verbunden ist und besonders niedrig, wo sie mit intrinsischer Motivation (existentielle Verankerung des Lebens in Gott) verbunden ist.³

Das Individuum in Gesellschaft und Staat

Wenden wir unseren Blick zurück auf die Gesellschaft und ihre Repräsentanz im Staat, dann stellen wir fest, dass sich das Individuum von beiden bedroht fühlt. Dieses Bedrohungsgefühl erwächst im Unterschied zum vorigen Jahrhundert aber nun nicht aus einem autoritaristischen Gehabe des Staatsapparates, so dass man das Individuum vor dem Staat schützen müsste, sondern daraus, dass das Individuum das Gefühl hat, dass es dem Staat nichts bedeute und er sich zu wenig um es kümmere. Das Individuum ist und fühlt sich auf sich selbst zurückgeworfen und den Mechanismen schutzlos ausgeliefert. „Alle und alles wollen bloß etwas von ihm“ und weil dem so sei, müsse „man sich schützen bzw. schadlos halten“. So hat sich – aufbauend auf dem Individualisierungsprozess und flankiert durch sogenannte „Aufklärungsprozesse“ – mehr und mehr ein Ich-Bezug installiert, der durch die ablaufenden gesellschaftlichen Prozesse in ihrer Reduktion auf eine funktionalistische Betrachtungsweise verstärkt wird.

Rollenanforderungen und -erwartungen

Verstärkend hinzu kommt das Ohnmachtserleben, den unterschiedlichen „Rollenanforderun-

gen und -erwartungen“ im Mitwirken in den gesellschaftlichen Vorgängen nicht gerecht werden zu können. Soziologen wissen um diese Problematik und fordern, die Humboldtsche Vorstellung einer Identität, nach der das Individuum in seiner Identität die unterschiedlichen und zum Teil sich widersprechenden Identitäten zusammenfügen solle, zugunsten einer Patchworkidentität aufzugeben. Aber mit so einer Patchworkidentität können anscheinend die Menschen unseres Kulturkreises mehrheitlich nicht leben. Entsprechend suchen sie nach Kompensations- und Verdrängungsmöglichkeiten. So soll z. B. rauschhaftes Erleben (von der Disco-Party und insbesondere der Techno-Party angefangen über das Ausüben von Extremsportarten sowie Bungeespringen u.ä. bis hin zu Esoterik-Aktivitäten) dieses Defizit ausgleichen. Dabei soll das künstlich erzeugte Glücksgefühl das durch Identitätserfahrung ausgelöste Glück („Ich muss nicht nur werden, ich kann auch werden.“ „Ich bin nicht nur auf der Suche nach Identität, ich habe auch eine Identität“ usw.) ersetzen. Die Analyse von Krankheitsbildern in der Medizin (Psychosomatik, Psychiatrie etc.) spricht nicht dafür, dass dieses Bemühen über lange Zeit gelingt. Eine sozialpsychologische Untersuchung nach den Motivationen fundamentalistischer, esoterischer, okkultur u. a. Gruppen, spricht ebenfalls nicht dafür. Auch den kirchlichen Gemeinden wird zugesagt, dass sie eine nicht geringe Zahl von kompensierenden „Gesellschaftsflüchtlingen“ beherbergen. Da deren Erwartung an die Gemeinde aber eher extern orientiert und ihr Glaube durch die säkular bestimmte Heilserwartung eher defizitär ist, ist mit einem erheblichen Enttäuschungspotential zu rechnen und psychohygienisch, wie die Untersuchungen von Dörr u. a. zeigen, bedenklich.⁴ Für den Prozess einer „Subjektwerdung der Gemeinde“ (Josef Homeyer, Bischof von Hildesheim) ist so eine Tendenz natürlich sehr abträglich. Gruppierungen innerhalb einer Gemeinde mit einer starken Tendenz zur ausgeprägten externen Orientierung bei gleichzeitiger niedriger interner Orientierung reißen diese

Gemeinde vollständig auseinander und verlangen vom Seelsorgeteam sowie den die Gemeinde tragenden Engagierten die Quadratur des Kreises – und zwar ohne Aussicht auf Änderung der Verhältnisse. Sie sind die idealen Voraussetzungen für ein Gemeindeerscheinungsbild, auf die die Charakterisierung meines Vortragsthemas paßt: Ich, Ich, Ich – und Gott.

Jugend und Gesellschaft

Nun heißt es ja immer wieder: Die Jugend ist unsere Zukunft! Aber da sieht es auch nicht so rosig aus, wenn man sich z. B. den letzten Kriminalitätsbericht ansieht. Auf dem Hintergrund des bisher Gesagten, nimmt dies eigentlich nicht mehr wunder. Insbesondere nicht, wenn man berücksichtigt, dass sich – bezogen auf die Sozialisierungsprozesse der Kinder und Jugendlichen – ein nicht unerheblicher Teil der Eltern aus dem Erziehungsprozess ihrer Kinder seit vielen Jahren mehr und mehr verabschiedet hat. Da sie Erziehung an Schule und sonstige Institutionen delegieren – neuerdings zunehmend an das Fernsehen (der Fernseher als Babysitter) –, fehlt gegenüber den angedeuteten gesellschaftlichen Tendenzen ein Gegengewicht. Analysen der Sozialisationsbedingungen von verhaltensauffälligen Kindern und Jugendlichen, wie sie z. B. von der Gruppe um den Jugendforscher Heitmeyer in Bielefeld⁵ – aber nicht nur von ihm – durchgeführt werden, legen sehr deutlich den Finger in diese Wunde. Es sind eben nicht nur die soziale Situation (z. B. keine Lehrstelle), der Fernseher u.ä. Größen, auf die vielfach in Diskussionen verwiesen wird, wenn es um das „abweichende Verhalten“ von Kindern und Jugendlichen geht, sondern die Wechselwirkungen der Einflussgrößen: gesamtgesellschaftliche und partiellgesellschaftliche Strömungen und Tendenzen, Medien, Schule, Elternhaus, Peergroup etc. im Entwicklungsprozess von Kindern und Jugendlichen und vor allem gravierende Defizite im Erlebens- und Erfahrungsbereich: einer sich-aufeinander-einlassenden Kommunikation, eigener Bedeutung und eigenen Wertes, der Bedeutung und des Wertes anderer und von anderem sowie einer Ge-

meinschaft und Gemeinschaftszugehörigkeit, Ressourcenerfahrung bei Belastungen, Bewältigungsmöglichkeitserlebnissen bei Krisen usw.

Jugend und Religion

Im Hinblick auf die Ermöglichung religiöser Erfahrungen und entsprechender Deutungshilfen sieht es noch bescheidener aus. Wenn z.B. Eltern „mit Kirche nichts am Hut haben“ und sich in Gesprächen auf die „Entscheidungsfreiheit“ ihrer Kinder herausreden, die „sie nicht einengen wollen“, so wird (leider) in unserem Kulturkreis, in dem es Religion und Kirchen noch gibt, nicht nichts im Hinblick auf Religion vermittelt, sondern im Gegenteil: Glaube und Kirche sind bedeutungslos, Religion ist kein möglicher Wert. Im „persönlichen Sinnssystem“⁶ des Kindes und Heranwachsenden wird religiöse Orientierung von diesem entsprechend als eine vernachlässigbare oder überflüssige Größe eingetragen und – so notiert – ins System integriert. Es bedarf dann später schon besonders bedeutsamer Erlebnisse, um diese frühe und langdauernde Notation zu verändern. Ebenso bedenklich ist es, darauf weist Zwingmann als eine Empfehlung aus seiner Untersuchung hin, wenn „die Entwicklung einer extrinsischen religiösen Orientierung“ z. B. dadurch begünstigt (wird), „dass sie die Einhaltung vorgegebener Pflichten betont, Gott als Erfüller selbstbezogener Wünsche beschreibt oder Kirche primär als Ort sozialer Aktivitäten darstellt.“⁷ Sollte Religion vom Kind positiv notiert werden (oder im Sinne von Zwingmann zu „intrinsischer religiöser Orientierung“ führen), so müsste es einerseits bei seinen Eltern (und anderen Bezugspersonen) die Erfahrung machen, dass Religion in deren Leben eine positiv existentielle Bedeutung hat und handlungsleitend ist, und andererseits deutende Hilfe erhalten, eigene Erfahrungen und Handlungen entsprechend deuten zu können. Gemessen an diesen psychologischen Bedingungen für eine „Glaubensweitergabe“ ist das Verhalten nicht weniger Eltern, die sich christlich nennen, nicht gerade als

produktiv oder als unterstützend zu werten. Das Auseinanderklaffen vom eigenem realen religiös orientiertem Handeln und vorgegebener verbaler religiöser Orientierung führt nicht nur zu einem zwiespältigen abstoßenden Erscheinungsbild, sondern hinterlässt das Gefühl der Uneindeutigkeit, Widersprüchlichkeit und Bedrohlichkeit. Wie das Kind im Einzelfall damit umgeht und reagiert, ist sehr unterschiedlich. Ein nicht geringer Teil blendet als Selbstschutz Religion aus seinem Leben aus (Realitätsleugnung als Verdrängungsversuch), andere landen bei einer Sekte, wenn sie auf jemand und eine (überschaubare) Gruppierung treffen, der und die für sie überzeugend sind.

Unter vielfachem Aspekt ist, wenn wir alles Gesagte in Gedanken Revue passieren lassen, das Erscheinungsbild unserer Gemeinden – oder besser: das Verhalten und die Einstellungen von uns Christen angefragt. Auch wenn soziologische Untersuchungen Christen bescheinigen, dass sie besser als ihr Ruf seien und sich in vieler Hinsicht positiv in Einstellungen und Verhalten von den negativen Strömungen und Tendenzen in unserer Gesellschaft unterscheiden, so bleibt doch die Frage, ob wir uns der skizzierten gesamtgesellschaftlich ablaufenden Prozesse in ihrer Auswirkung auch auf uns richtig bewusst sind und souveräner damit umgehen, oder ob wir sie – vielleicht und eher unbewusst – auch in unserem Verhalten widerspiegeln?

Pluralisierung in der Kirche

In pastoraltheologischen Beiträgen wird häufig von der „Pluralisierung“ der Gemeinden gesprochen und geschrieben und die Vielfalt der in der Gemeinde vorhandenen Gruppen und Gruppierungen beschrieben, die sich nach den unterschiedlichsten Kriterien gebildet haben. Da wären nicht nur die „traditionell“ vorhandenen Gruppen, wie Vereine und Verbände (Kolping, KAB, KFG, KJG usw.), zu nennen, sondern auch die neueren, wie Familienkreis, Krabbelgruppe, Senioren, Sozialdienst, Caritaskonferenz ...), sowie die spirituell und liturgisch orientierten Gruppen (wie Glau-

benskreis, Bibelkreis und -teiler, Charismatiker, Liturgiekreis, religiöse / sakrale Tänze usw.) An sich kann / könnte man diese Vielfalt nur als Ausdruck der Lebendigkeit einer Gemeinde verstehen, gäbe es da nicht Erscheinungsformen, die einen schalen Geschmack hinterlassen.

Da treffen sich zwar mehr oder weniger regelmäßig die Mitglieder einer Gruppe, vielleicht gehen sie sogar gemeinsam zu Besinnungswochen und -wochenenden, aber es gehen wenig oder gar keine Im-

*„Wer ist wie Gott“
ist die Bedeutung des
Namens Michael. Der
Engelfürst Michael siegte
über den Drachen, der wie
Gott sein wollte und in
seinem Aufstand gegen
Gott ein Drittel der
Engelscharen mitriss. „Da
entstand ein Kampf im
Himmel, Michael und seine
Engel erhoben sich, um mit
dem Drachen zu kämpfen.“
(Offb 12,7)*

pulse von ihnen für die Gesamtgemeinde aus. Sie tun etwas für sich, aber auch nur für sich. Wenn es nicht irgend etwas zu organisieren gilt, was man traditionsgemäß veranstaltet oder feiert, suchen sie zu ihren Zusammenkünften u.U. mühsam nach einem Thema oder nach einem Referenten. Auf eine mögliche Frage seitens des Referenten nach einem Thema oder eines zu behandelnden Problemkreises kann man die Antwort erhalten: „Ach, es war immer so schön bei Ihnen, machen Sie irgendwas.“ Sie unterscheiden sich in dieser Hinsicht nicht von den Nicht-Organisierten, die zwar Sonntags ziemlich regelmäßig zum Gottesdienst kommen, was ja heute auch schon sehr viel und ungewöhnlich ist – verglichen mit denen, die nur zu besonderen Anlässen in der Kirche zu finden sind.

Nicht wenige von diesen sind zu mehr Engagement psychisch nicht in der Lage, weil der gewöhnliche Alltag mit seinen Belastungen ihnen sehr viel Kraft raubt. Andere sind emotional-kognitiv nicht in der Lage, die Alltagsbelastungen zu verarbeiten, weil sie z. B. nicht in der Lage sind, Schwerpunkte zu bestimmen oder die Befähigung nicht gelernt und erworben haben, mit solchen Belastungen umzugehen. Schon seit 1987⁸ wird empirisch untersucht, wie z. B. Paare in ihrer



Partnerschaft mit der Alltagsbelastung umgehen. Sie haben Stress und deshalb trotz 35-Stunden-Woche keine „freie Zeit“. Wieder andere sind vielleicht der Strömung zur Patchworkidentität erlegen, sie haben für sich die allgemeinen Bewertungskriterien übernommen und sind nun dauernd auf „Schnäppchen-Jagd“. Um hier erfolgreich sein zu können, muss man „auf vielen Hochzeiten tanzen“, „auf vielen Kanälen surfen“, viele „gute“ Bekannte haben (aber nur wenige echte Freunde, weil

diese zuviel Zeit kosten), um möglichst viel Informationen zu bekommen und damit das gewünschte Schnäppchen usw. Da bleibt für ein weitergehendes und tieferes Engagement in der Gemeinde oder gar noch in einer Gruppe keine Zeit. Außerdem wäre dies ja mit einer gewissen (Selbst-) Verpflichtung verbunden. Das heißt u.U., man müsste gegen eine selbst getroffene emotionale Grundsatzentscheidung verstoßen: sich nicht festlegen, man weiß ja nicht, was noch kommt, und wenn schon Entscheidung, dann aber so, dass man diese Entscheidung jederzeit wieder widerrufen kann.

Sie mögen denken, dies kommt doch unter den sogenannten „Kirchennahen“ nicht vor. Zwar entziehen sie sich einer empirischen Untersuchung, aber überall können Sie in vielen Gemeinden – bis hin zu den kirchlich Angestellten – Mitglieder und Mitarbeiter finden, die nach ihrer obersten Devise handeln (und dies auch sagen): „Ich will leben, das Leben in Fülle haben – und zwar jetzt.“

Also mir scheint, dass dieser Aspekt des Individualisierungsprozesses uns Christen mehr infiziert hat, als uns lieb sein kann.

Ein weiteres unproduktives Folgeverhalten wird sichtbar, wenn man die ablaufenden Kommunikationsprozesse betrachtet. Dass wir in kirchlicher Sozialisation keine ordentliche „Streitkultur“ erlernt haben, ist eine Sache, viel Zwist und Streit, viel Rechthaberei und ein sich beleidigtes Zurückziehen ist aber auch die Folge mangelnder geistiger Souveränität, versteckter Ängste und unsicherer Persönlichkeitsstruktur. Wer geistige Auseinandersetzung oder Durchdringung einer Angelegenheit scheut und nur an die Tradition orientiert („das war immer so“; „das haben wir immer so gemacht“) oder „aus dem Bauch heraus“, also an „seinem Gefühl orientiert“, zu etwas Stellung nimmt, kann auf die Argumente seiner Gesprächspartner nicht eingehen, er kann keinen Perspektivenwechsel vornehmen und ist nicht in der Lage, sich in das Gedankengebäude seines Gesprächspartners mitnehmen zu lassen. Wenn wir uns erinnern, was ich eingangs meines Referates gesagt habe: dass wir nur mit der Welt umgehen, die wir im Kopf

(und „im Bauch“) haben, und nicht mit der, wie sie real ist, dann wäre es geradezu eine dringende Notwendigkeit, sich nicht nur in der kommunikativen Situation dessen bewusst zu werden, sondern auch die Fähigkeit zu dieser Kommunikationsleistung zu erwerben. Des weiteren müsste mir bewusst sein, dass ich selbst die Wirklichkeit nicht voll erfasst habe und erfasse, sondern nur einen – von meinen Wahrnehmungsparametern abhängigen und interpretierten – Aspekt. Schon Paulus warnt die Gemeinde in Korinth davor, ihre Erkenntnisse nicht überzubewerten und sich nicht geistig aufzublähen (1 Kor 7 und insbes. 8). Außerdem wären ein Stück Gelassenheit und Frustrationstoleranz gute Voraussetzungen sowie ein Grund-Wohlwollen dem anderen gegenüber, eine generelle Wertschätzung des anderen und zwar als ein Eigenwert und nicht eine unterschwellige Sichtweise als Konkurrent oder Bedroher.

Wir und Gott

Gelassenheit und Frustrationstoleranz, scheinen mir, haben auch etwas damit zu tun, ob und wie weit wir der alten Sünde Adams erlegen sind: uns selbst machen zu wollen und dazu niemand – auch Gott nicht – zu brauchen. Natürlich haben wir als Angehörige dieser „Weltzeit“, dieses „alten Aons“ (Paulus), den in den Genen verankerten bio-psychischen Impuls in uns, uns selbst machen zu müssen. Es ist uns bewusst, dass wir dafür auch Verantwortung tragen (psychologisches Gewissen), weshalb ja auch der „Selbstverwirklichungsimpuls“ nicht außer Kraft zu setzen ist. Aber als Gottgläubige und insbesondere als Christen ist uns zugesagt und wissen wir, dass Gott selbst unsere Vollendung leistet und garantiert. Er schafft die neue Wirklichkeit, die uns aus den Aporien und Paradoxien befreit. Wir müssten also nicht trotzig auf unserem Selbststand beharren und aus Angst vor Ich-Verlust in Angriff oder Verteidigung gehen. Oder anders ausgedrückt: Würden wir aus der intrinsischen religiösen Orientierung heraus leben, dass zum einen Gott unser Leben trägt, in seinem Vollzug nicht dar-

aus aussteigt und es letztlich vollendet, dass er uns zum anderen mit der nötigen Kraft ausstattet, um – im Auftrag und in der Fortsetzung des Handelns Jesu – in der Auseinandersetzung mit der „Welt“, in der Überwindung ihrer Eigenmächtigkeit und Widerständigkeit auf ihre Vollendung hin durchhalten und bestehen zu können, würden wir nicht nur für unsere Psychohygiene, selbst bei immensen Belastungen, etwas tun, sondern auch für die soziale Gemeinschaft, den sozialen Corpus, für die Gemeinde.

Hier erweist sich einmal mehr die Verschränktheit unserer sozio-psycho-physiologischen Existenz oder anders: die Wechselwirkung zwischen geistlich-geistigen, emotional-kognitiven, physischen und sozialen Komponenten, wie das auch z.B. in Therapien mit z.B. depressiv Kranken sichtbar wird. Wir tun also nicht gut daran, in unseren Gemeinden immer nur Zeitströmungen nachzulaufen und jeweils „das Kind mit dem Bade auszuschütten“: dann ist die kognitive Welle dran, dann die der Tücherschwenker, dann die Choral-sänger, dann die der Rockmessen usw. Die einen reduzieren die Bibel in kognitivistischer Manier, die anderen lassen nur das Gefühl für ihr Verständnis gelten usw. – und alle treten mit einem Alleinvertretungs- und -geltungsanspruch auf. Manche Gruppen produzieren seltsame Blüten – bis hin, dass z.B. behauptet wird, dass man beim Eisenbahnschienen-Durchsägen das Wirken des Heiligen Geistes erfahren hat, oder Menschen, die sich für Charismatiker halten, genau wissen, wer vom Teufel besessen ist. Mit religiöser Wirklichkeit oder einer annäherungsweisen Erfassung religiöser Wirklichkeit hat das wenig zu tun.

Aber auch mit der Behauptung, sogar geistlicher Schriftsteller, in der Erfahrung des eigenen Selbst Gott zu begegnen, ist nach meiner Einsicht sehr restriktiv umzugehen. In der Meditation kann man zwar sein Selbst erfahren – und das ist auch gut so – und mit diesem Selbst verbunden ist auch ein „Gottessymbol“, eine psychische Repräsentanz aus der Interaktion Gottes mit uns Menschen herrührend, aber es ist das Symbol, die Repräsentanz, die das Individuum

von dieser Interaktion angelegt hat. Wenn der Mensch, beginnend mit seiner psychischen Existenz, Symbole oder Repräsentanzen von seinen Interaktionspartnern (Mutter, Vater, Geschwister ... Hund, Spielzeug ... Schulkameraden, Freunde, Ehepartner, Geschäftspartner ...) anlegt, sind dies die Symbole der Wirklichkeit und nicht die Wirklichkeit selbst. Wenn wir also „Gott in uns entdecken“, entdecken wir nur das Symbol, das wir uns von ihm gemacht haben, in uns und nicht ihn selber: er bleibt unser Gegenüber, er geht nicht in uns, nicht in unserem Selbst auf. Aber dieses Symbol ist die Kontaktstelle zwischen ihm und uns, da unsere Symbole persönlichkeitsstrukturierend, wahrnehmungs- und ... handlungsleitend wirken.

Und so, wie z. B. das Muttersymbol von der Interaktion und Kommunikation mit der realen Mutter lebt und sich in dieser auch verändert, so lebt das Gottessymbol oder die Gottesrepräsentanz auch von der Kommunikation und Interaktion, die wir mit dem realen Gott haben, und verändert sich in ihr. Die Warnung der Bibel, sich kein Bild zu machen, ist sehr ernst zu nehmen. Wir können zwar – strukturell – ohne „Bilder“ nicht leben, aber wir sollten uns bewusst bleiben, dass es „Bilder“ sind und von daher dem „Wirklichkeitsvorbehalt“, der Differenz von Realität und Bild (Abbild), unterliegen. Theologische und psychologische Kenntnisse und Reflexionen sind von daher für das Individuum wie für die Gemeinde wie für die ganze

Kirche wichtig für eine „gesunde“ religiöse Entwicklung.

Wenn man nun aber um diese Grundsatzbedingungen menschlicher Bewusstseins-, Informationsverarbeitungs- und Handlungsentscheidungsprozesse ... weiß und sich bemüht, sie umzusetzen, könnte sich auch das Verhältnis von „oben und unten“ entspannen, das oft durch Nichtbeachtung dieser Gesetzmäßigkeiten geprägt ist. Das Insistieren auf der Absolutheit der eigenen „Wahrheit“ würde einem gemeinschaftlichen Ringen um einer Annäherung an die Wahrheit Platz machen und damit weniger Kriegsoffer produzieren. Ich denke, Gottes Handeln in Jesus, hat uns auch zu dieser von uns zu erbringenden Leistung den Weg freigemacht und seinen Beistand verheißen.

Anmerkungen

- 1 vgl. auch: Jürgen Mittelstraß: „Wir müssen nicht töten“. Die Philosophie hat den Menschen nicht aufgegeben. Michael Zick (bdw) im Gespräch mit Prof. Dr. Jürgen Mittelstraß. in: Ztschr.: bdw 9/1996, S. 60 f. Und andere Aufsätze im selben Heft zu den Ergebnissen der Verhaltensgenetik, der Zwillingsforschung etc.
- 2 vgl. z. B. Schulze, Gerhard (1992): Erlebnisgesellschaft. Kulturosoziologie der Gegenwart. Frankfurt a. M.; New York (Campus Verlag); auf die Ausgrenzungstendenz unter Jugendlichen hatte die Jugendforscherin Melzer-Lena schon in den End-80er-Jahren in verschiedenen Vorträgen hingewiesen. vgl. z.B. auch: Melzer-Lena, Brigitte (1990): Jugend '90. Die Jagd nach dem Überreiz. In: INFORMATION für die Truppe 1/90; S.35-47; 2/90; S.80-88; (Bonn); dies. (1989): Aktuelle Trends bei der jungen Generation. Zusammenfassende Erkenntnisse aus der Jugendforschung. In: Ordenskorespondenz, Heft 3, S. 278-297;
- 3 Zwingmann, Christian (1991): Religiosität und Lebenszufriedenheit. Empirische Untersuchungen unter besonderer Berücksichtigung der religiösen Orientierung. Mit einem Geleitwort von Helfried Moosbrugger. Regensburg (S. Roderer); ders./Moosbrugger, Helfried / Frank, Dirk (1991): Religiöse Orientierung und ihre Bedeutung für den Zusammenhang zwischen Religiosität und Lebenszufriedenheit. In: Zeitschrift für Pädagogische Psychologie, 5. Jg., H. 4, S. 285-294;
Auf die Bedeutung von intrinsischer und extrinsischer religiöser Orientierung hatte Anette Dörr schon 1987 in einer empirischen Untersuchung verwiesen: Dörr, Anette (1987): Religiosität und Depression. Eine empirisch-psychologische Untersuchung. Mit einem Vorwort von Lothar Tent und einem theologischen Gesprächsbeitrag von Reinhard Schmidt-Rost. (Deutscher Studien Verlag) Weinheim;
- 4 vgl. Dörr, Anette (1987) a.a.O.
Denz, Hermann; Zulehner, Paul M. (1991): Fundamentalismus: eine Herausforderung für die Alltagspraxis in der Kirche. In: Hermann Kochaneck (Hrsg.) Die verdrängte Freiheit. Fundamentalismus in den Kirchen. Freiburg, Basel, Wien (Herder), S. 181-197; Im ersten Teil des Beitrages werden von Hermann Denz empirische Daten aus der Langzeitstudie: „Die Religion im Leben der Österreicher 1970-1990“ vorgestellt.
Ditzer, Karl-Heinz (1996): Psychologische Aspekte des religiösen Fundamentalismus. In: Karl-Heinz Ditzer: Soldatischer Dienst im Wandel – Zwischenrufe zu aktuellen Fragen. Würzburg (Echter), S. 665-689;
- 5 Heitmeyer, Wilhelm; Möller, Kurt (1988): Milieu-Einbindung und Milieu-Erosion als individuelle Sozialisationsprobleme. – Zur Entwicklung „neuer“ Sozialisationshorizonte und Sozialidentitäten. In: ZEITSCHRIFT FÜR ERZIEHUNGSWISSENSCHAFTLICHE FORSCHUNG, Heft 22, S. 115-144;
Heitmeyer, Wilhelm; Olk, Thomas (Hrsg.) (1990): Individualisierung von Jugend. Gesellschaftliche Prozesse, subjektive Verarbeitungsformen, jugendpolitische Konsequenzen. München, Weinheim (Juventa)
Heitmeyer, Wilhelm; Jacobi, Juliane (Hrsg.) (1991): Politische Sozialisation und Individualisierung. Perspektiven und Chancen politischer Bildung. München, Weinheim (Juventa)
- Heitmeyer, Wilhelm; Collmann, Birgit; Conrads, Jutta; Matuschek, Ingo; Kraul, Dietmar; Kühnel, Wolfgang; Möller, Renate; Ulbrich-Hermann, Matthias (1995): Gewalt. Schattenseiten der Individualisierung bei Jugendlichen aus unterschiedlichen Milieus. Weinheim, München, New York (Juventa). Als wichtiges Ergebnis dieser breit angelegten empirischen Studie beschreibt Heitmeyer:
„dass sich in dieser Gesellschaft verstärkt Desintegrationsprozesse niederschlagen, dass also Zugehörigkeiten und das Sich-aufgehoben-Fühlen in sozialen Zusammenhängen immer bröckeliger werden.“ So erkläre sich Gewalt oftmals als ein Versuch, mit der Verunsicherung umzugehen.
- 6 Dittmann-Kohli, Freya (1995), Das persönliche Sinnsystem. Ein Vergleich zwischen frühem und spätem Erwachsenenalter. Göttingen (Hogrefe)
- 7 Zwingmann, Christian (1991), S. 128.
- 8 Wolf, Werner (1987): Alltagsbelastung und Partnerschaft – Eine empirische Untersuchung über Bewältigungsverhalten. Freiburger Beiträge zur Psychologie 2, Stuttgart/ Freiburg (Huber). In dieser Studie wird die Bedeutung der Fähigkeit, mit alltäglichen Belastungen in partnerschaftlichen Situationen umgehen zu können, untersucht. Nicht so sehr die großen, kritischen Lebensereignisse scheinen das Wohl einer Beziehung zu bestimmen als vielmehr die Fähigkeit, Alltagsstressoren bewältigen zu können. Die an 70 Paaren gewonnenen empirischen Ergebnisse verdeutlichen die Fruchtbarkeit des gewählten Ansatzes. Sie zeigen, dass konstruktive Bewältigungstendenzen psychologisch erfasst werden können und zum partnerschaftlichen Wohlbefinden beitragen.

Religion und Ethik in der Schule

Gegen die Einführung des staatlichen Pflichtfaches „Lebensgestaltung – Ethik – Religionskunde“ (LER) in Brandenburg haben die evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg und katholische Schüler und Eltern Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingelegt. Die CDU/CSU-Fraktion hat eine Normenkontrollklage erhoben. Die Verfassungsbeschwerden richten sich gegen die Bestimmung des Brandenburgischen Schulgesetzes, die LER als Pflichtfach mit Befreiungsmöglichkeit festschreibt und den Religionsunterricht nur als außerschulische, kirchliche Veranstaltung zulässt. Ziel der kirchlichen Verfassungsbeschwerde ist die Zulassung des Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach, das nicht dem LER untergeordnet wird, sondern den Rang eines gleichwertigen Unterrichtsfaches genießt. Aufgrund der Vorgänge in Brandenburg ist eine Diskussion in Gang gekommen, die sowohl grundsätzliche Fragen des Religions- und Ethikunterrichts an Schulen als auch des konfessionellen Religionsunterrichts stellt. Lesen Sie dazu die folgenden Beiträge aus „Kirche und Wirtschaft“ 3/1996 und die Stellungnahme der Herbstversammlung der deutschen Bischofskonferenz zur Konfessionalität des Religionsunterrichts. Beide Beiträge erteilen dem brandenburgischen Modell LER – das auch andernorts z.B. in Nordrhein-Westfalen zur Debatte steht – eine deutliche Absage. Sie sehen im schulischen Religionsunterricht einen unersetzlichen Beitrag zum Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule sowie zur Identitätsfindung und Lebensprägung junger Menschen. Allerdings lehnen die Bischöfe einen generellen ökumenischen Religionsunterricht ab. Sie ermöglichen aber einen Gaststatus von Schülern und Schülerinnen im konfessionellen Religionsunterricht, wenn Unterricht der eigenen Konfession nicht angeboten werden kann. (PS)

Religionsunterricht als Bildungsbeitrag

(Em) Das Kruzifixurteil in Bayern und die Einführung eines Faches „Lebensgestaltung – Ethik – Religionskunde“ (LER) als Pflichtschulfach in Brandenburg, das den Religionsunterricht auf den Status eines freiwilligen Wahlfaches reduziert, kennzeichnen nicht nur den fortschreitenden Prozess der Säkularisation in der Schule – sie haben vielmehr einen kulturpolitischen „Glaubenskrieg“ im Spannungsverhältnis von abendländisch christlicher Tradition und dem Anspruch an die multikulturelle Erziehung entfacht.

Berührt werden damit die Fundamente unserer ethisch-religiösen Erziehung in unserer pluralistischen Gesellschaft als wichtiges Element der Persönlichkeitsbildung der Schule.

Die Schwerpunkte des Faches LER machen die Spannweite der alternativen schulischen Aufgabfelder deutlich, sie sind vielmehr in ihrer Heterogenität in sich auch nicht stimmig. So ist Lebensgestaltung keine Alternative zum Religionsunterricht, sondern ein schulisches Bildungsziel schlechthin. Aufgabe der Schule ist es, zur Bewältigung von Lebenssituationen und zur Lebensgestaltung in einer freiheitlichen-pluralistischen Ge-

sellschaft zu erziehen.

Dort wo aufgrund der Zunahme nichtchristlicher Mitbürger unter Zunahme der Abmeldungen ein Religionsunterricht nicht möglich ist, sollte als Alternative das Fach Ethik eingeführt werden. Es sollte eine weltanschauungsneutrale Alternative zum Religionsunterricht bleiben. Der Schwerpunkt liegt auf Alternative zum Religionsunterricht und nicht – wie dies derzeit mit dem Fach LER in Brandenburg geschieht – auf der Einführung eines alleinigen Pflichtschulfaches, so daß der Religionsunterricht auf den Status eines freiwilligen Wahlfaches reduziert wird. Es geht dabei um die grundsätzliche Frage, welchen Stellenwert Religion in der Erziehung und insbesondere in der Schule hat und künftig haben wird. Hier wäre es sicher günstig, wenn ein Wahlpflichtbereich in den Schulen mit Religionsunterricht und LER eingeführt würde.

Die freiheitlich-pluralistische Gesellschaft ist auf die Bindekraft, den Wertekonsens und den inneren Zusammenhalt einer stabilen Wertegrundlage existentiell angewiesen. Dies muss in der Familie, aber auch in der Schule vermittelt werden. Quelle der Vermittlung

von Wertorientierung ist der Religions- bzw. Ethikunterricht.

Dabei ist zu bemerken, dass Religionsunterricht nicht der Zwangsmissionierung der Schüler dient, sondern er sollte sich als Angebot und Einladung empfinden, christliches Glaubens- und Kulturgut zu vermitteln. Ein Angebot, über dessen Annahme die Eltern, bzw. auch die Jugendlichen, in Freiheit entscheiden können.

Kirchen sind für den Wertekonsens, die Wertebildung und Wertebindung sowie deren Glaubwürdigkeit von entscheidender Bedeutung.

Schulischer Religionsunterricht sollte sich als Beitrag der Kirchen zum Bildungsauftrag der Schulen verstehen. Es geht dabei nicht primär um Glauben, sondern um Bildung. Es geht nicht um Bekehrung, sondern um Vermittlung von Werten. Dies zeigt sich auch darin, dass nicht der Glaubenserfolg benotet wird – dies wäre ohnedies nicht möglich –, sondern der Bildungserfolg, wie bei allen anderen Schulfächern. Es geht beim Religionsunterricht nicht um Mission und Bestandssicherung, sondern vielmehr um die Vermittlung eines religiösen Grundwissensbestandes auch nicht christlich erzogener Schüler, weil dieser unsere gesamte europäische Herkunftsgeschichte ausmacht und die für das Zusammenleben in einer Demokratie entscheidende Werte und Normen enthält, ohne die auch eine Soziale Marktwirtschaft nicht überlebensfähig ist.

Religions-, aber auch Ethikunterricht sollte jungen Menschen helfen, eine eigene religiöse, moralische sowie weltanschauliche Identität und Persönlichkeit heranzubilden und zu finden.

Dabei entwickelt sich ein selbstständiges Urteilsvermögen, eigene begründete Überzeugungen und eine eigenständige Persönlichkeit nur in der Auseinandersetzung mit einem klar erkennbaren Standpunkt, mit gedanklicher Beschäftigung von einer im Unterricht vermittelten Werteordnung sowie in der toleranten Begegnung mit anderen Weltanschauungen.

Die Wirtschaft braucht in Zukunft gut ausgebildete Fachkräfte und verantwortliche Persönlichkeiten. Dabei kommt es über die fachliche und berufliche Qualifizierung hinaus auch auf eine ganzheitliche Bildung als lebensbegleitender Integrationsprozess an. Die Vernetzung aller Lebensbereiche erfordert eine verantwortliche Sozialkultur, um Kriterien zu finden, mit deren Hilfe die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung human-, sozial- und umweltverträglich gestaltet werden kann.

Die immer komplexeren Arbeitsprozesse verlangen erhöhte

geistige Anforderungen, deshalb muss schulische Bildung in zunehmendem Maße auch Persönlichkeitsbildung sein. Diese Persönlichkeitsbildung sollte aber schon früh nicht nur in der Familie, sondern auch in der Schule beginnen. Es ist deshalb wichtig, die ethisch-moralische Dimension im Unterricht einzubeziehen. Dies betrifft den Religionsunterricht bzw. Ethikunterricht in den Schulen, sowohl in allgemeinbildenden Schulen, als auch in der beruflichen Bildung. Zur Persönlichkeitsbildung gehört auch die wertorientierte Erziehung im Hinblick auf unsere moderne Arbeitsgesellschaft. □

„Konfessionalität bedeutet keine Abschottung“

Bischöfe veröffentlichen Erklärung zum Religionsunterricht

Die Deutsche Bischofskonferenz hat am 27. September 1996 in Fulda nach ihrer Herbstvollversammlung eine gut 80seitige Erklärung „Die bildende Kraft des Religionsunterrichts. Zur Konfessionalität des katholischen Religionsunterrichts“ veröffentlicht. Die Katholische Nachrichten-Agentur (KNA) dokumentiert im folgenden die Zusammenfassung des Textes, die die Bischöfe als „Synthese der wichtigsten Grundaussagen und der vorrangigen Handlungsimpulse“ verstehen:

1. Der schulische Religionsunterricht, wie er im Verfassungs- und Schulrecht grundgelegt und im Beschluß der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland „Der Religionsunterricht in der Schule“ (1974) dargestellt ist, leistet einen eigenständigen und unersetzlichen Beitrag zum Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule und zur Identitätsfindung und Lebensbewältigung junger Menschen.
2. Der Begriff der Konfession darf nicht von einem Zerrbild kirchlicher Enge her mit Tendenzen zur bloßen Abgrenzung und Ausgrenzung verstanden werden, sondern gründet in der Botschaft der Heiligen Schrift, der Lehrüberlieferung und der Glaubenspraxis der Kirche. Die Konfessionalität prägt aufgrund dieser Bestimmung alle Lebensäu-

ßerungen der Kirche. Zu ihnen gehören nach katholischem Verständnis auch eine grundlegende Öffnung zu den anderen christlichen Konfessionen und die hierfür notwendige Dialogbereitschaft. In diesem Sinne muss jeder katholische Religionsunterricht, der sich konfessionell versteht, im ökumenischen Geist erteilt werden. Analoges gilt für das Gespräch mit dem Judentum und den nichtchristlichen Religionen.

3. Die konfessionelle Prägung des schulischen Religionsunterrichts ist nicht nur nach dem Grundgesetz von den Grundsätzen der jeweiligen Glaubensgemeinschaft bestimmt, sondern ist auch ein konkreter Ausdruck für die Verwurzelung und Beheimatung des Glaubens in einer erfahrbaren und anschaulichen religiösen Lebenswelt, die gerade für Kinder und Jugendliche im Sinne einer Hinführung zum Glauben unaufgebbare ist.
4. Kirche, in der das Evangelium seinen Ort konkreten Lebens hat, braucht das Bekenntnis; sie ist deshalb konfessionell. Eine christliche, über allen Konfessionen schwebende, ökumenische oder abstrakte Kirche kann es nicht geben. Nicht zuletzt darum bestehen die Kirchen auf dem konfessionellen Religionsunterricht, wie er auch in Art. 7, Abs. 3 unseres Grund-

KURZ NOTIERT

Start von LER gelungen

Brandenburgs Bildungsministerin Angelika Peter (SPD) hat den Start des neuen Pflichtfachs „Lebensgestaltung – Ethik – Religionskunde“ (LER) als „gelingen“ bezeichnet. In den betreffenden Schulen werde ein „qualitativ hochwertiger Unterricht“ geleistet, der sich bei Lehrern, Eltern und Schülern „großer Akzeptanz“ erfreue, erklärte Peter am Dienstag in Potsdam. 101 Schülerinnen und Schüler hätten sich bisher von LER befreien lassen. Die Elternversammlungen in den Schulen, in denen über das Fach und gegebenenfalls auch über Religionsunterricht in Verantwortung der Kirchen informiert worden sei, seien „komplikationslos“ verlaufen, so Peter. An drei der 72 Schulen verzögert sich nach Angaben der Ministerin die Einführung des Fachs. Derzeit nähmen an 69 Schulen des Landes 12.782 Schüler der Klassen sieben bis zehn an dem LER-Unterricht teil. 170 Lehrkräfte erteilten den Unterricht, 1998 würden voraussichtlich 600 LER-Lehrer zur Verfügung stehen, erklärte die Ministerin.

(KNA vom 25.09.1996)

gesetzes gewährleistet ist.

Die so verstandene Konfessionalität ist auch und gerade unter den Bedingungen einer geringer werdenden Bindung an die Kirche und einer nachlassenden Glaubenserfahrung einschließlich des dazugehörigen Wirkens eine fundamentale Voraussetzung für die religiöse Erziehung und den Religionsunterricht. Auch wenn er in der Schule bei der Vermittlung des Glaubens auf Grenzen stößt, so stellt er in unserer Situation einen unersetzlichen Ort dar, wo der junge Mensch den Umgang mit Werten lernen und eine Einsicht in den christlichen Glauben gewinnen kann. Der Glaube selbst wird gewiss auch durch andere Lernorte (Familie, Pfarrgemeinde, Kindergarten, Jugendarbeit usw.) mitgetragen und gestützt.

5. Die Bindung an das Bekenntnis hat zur Folge, dass der kirchliche Religionsunterricht von drei Faktoren bestimmt wird: Lehrer, Schüler, Lerninhalt. Lehrer und Lehrerinnen haben den Auftrag, als Zeugen loyal zum Bekenntnis ihrer Kirche zu stehen und dieses glaubwürdig zu

KURZ NOTIERT

Kritik an LER

Als „Bauchladen, der außen vorläßt, was Religion ausmacht“ hat die baden-württembergische Kultusministerin Annette Schavan (CDU) das brandenburgische Schulfach „Lebenskunde-Ethik-Religionskunde“ (LER) bezeichnet. LER sei eine „Verengungsgeschichte“, in der keine wirkliche Auseinandersetzung stattfinden könne, weil keine Position bezogen werde, sagte die CDU-Politikerin am Mittwoch, dem 02.10.1996, in Düsseldorf. Die Lehrpläne deuteten darauf hin, dass ein therapeutisch orientiertes Fach gewollt sei, das seine Bezugswissenschaft in der Psychologie und den Charakter eines reinen Informationsfachs habe. In der Abschaffung des Religionsunterrichts sieht Schavan eine Aufkündigung des Generationenvertrages. Es sei ein Ausdruck des Respekts vor Kindern und Jugendlichen, die Frage nach Gott wachzuhalten. Wem bewährte Traditionen und Wertvorstellungen vorenthalten würden, dem werde die Chance genommen, um die Wurzeln des eigenen Lebens zu wissen und zu einer stabilen Identität zu kommen.

vermitteln; mit Schülern und Schülerinnen kann der Lehrer/ die Lehrerin im Religionsunterricht, anknüpfend an Zeichen der Zugehörigkeit zur Kirche (z.B. Kirchenjahr, Sakramente usw.), über ein von Bekenntnis geprägtes Leben ins Gespräch kommen; ein an das Bekenntnis der Kirche gebundener Inhalt gibt in einer pluralistischen, oft unübersichtlichen Gesellschaft dem Schüler und der Schülerin eine bestimmte, zuverlässige Orientierung.

Gerade heute muss diese positive Sinnbestimmung der Konfessionalität bewusstgemacht werden. Ein so verstandener konfessioneller Religionsunterricht grenzt sich gegen alle Versuche ab, einen „interkonfessionellen“, „überkonfessionellen“ oder „ökumenischen“ Religionsunterricht einzuführen. Ein solcher Religionsunterricht müsste gerade die konkret gelebten, anschaulichen und lebensnahen Elemente vernachlässigen, sich auf eine wenig fassbare, allgemeine Religiosität beschränken, die Inhalte einebnen und könnte leichter in eine abstrakte Religionskunde abgleiten.

Für die Identität des katholischen Religionsunterrichts sind und bleiben die drei Bezugsgrößen Lehrer, Schüler und Lerninhalt konstitutiv. Diese Trias bildet auch weiterhin die Grundlage für die kirchliche Prägung dieses Unterrichtsfaches. Dies gilt besonders für Schulanfänger und die Grundschule. Gerade hier darf – entgegen manchen Behauptungen – beim Kind die Beheimatung im konkreten Glauben einer erfahrbaren Gemeinschaft nicht preisgegeben werden.

6. Wenn in diesem Sinne mit guten Gründen an der Konfessionalität des schulischen Religionsunterrichts festgehalten wird, so bedeutet dies keine Enge und Abschottung. Was zwischen den Kirchen an Kooperation möglich ist, kann auch für die beiden Fächer des evangelischen und des katholischen Religionsunterrichtes nutzbar gemacht werden. Die schulpraktischen Gegebenheiten machen unter Umständen in bestimmten Regionen sowie in einzelnen Schularten bzw. -formen ein flexibles Eingehen auf die besonderen personellen und strukturellen Verhältnisse erforderlich. Die Lösung dieser Probleme kann jedoch nicht dem Belieben einzelner überlassen werden. Zuständig sind die Kultusministerien der Bundesländer und die Bistums- und Kirchenleitungen. Dabei muss gewährleistet bleiben, dass solche Regelungen die grundsätzliche konfessionelle Identität des Religionsunterrichtes auf der Basis der Einheit von Lehrer, Schülern und Lehrinhalt nicht faktisch außer Kraft setzen.
7. In diesem Rahmen und unter diesen Voraussetzungen empfiehlt sich die Kooperation der Kirchen im Religionsunterricht, z.B. bei gemeinsam interessierenden Themen und Aktionen. In diesem Sinne gibt es Modifikationen des Konfessionalitätsgrundsatzes, z.B. bei Modellversuchen, Sonderfällen und Ausnahmesituationen. Man denke hier auch an eine Berücksichtigung paralleler Elemente in den konfessionellen Lehrplänen, an eine wechselseitige Verwendung von Schulbüchern und Unter-

richtsmaterialien, an eine Zusammenarbeit der Fachkonferenzen, an Absprachen über gemeinsame Unterrichtsphasen und -projekte, an Planung und Durchführung von Veranstaltungen außerhalb des Unterrichts, an Angebote der Schulpastoral und an eine Zusammenarbeit bei der Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer.

8. Konfessioneller Religionsunterricht im ökumenischen Geist erlaubt in Ausnahmefällen den Gaststatus von Schülern und Schülerinnen einer anderen Konfession insbesondere dann, wenn der Religionsunterricht dieser Konfession nicht angeboten werden kann und das Profil des katholischen Religionsunterrichtes nicht in Frage gestellt wird.
9. Dem Wunsch konfessionsloser Eltern und Kinder mit dem Anliegen, im Religionsunterricht das Christentum mit seinen Werten und seiner Kultur kennenzulernen, kann entsprochen werden, wenn der katholische Religionsunterricht als solcher gewährleistet bleibt. Analog gilt dies für die besondere Situation z.B. in den neuen Bundesländern, wenn Regelungen getroffen werden, die eine Aufnahme nichtgetaufter Schülerinnen und Schüler in größerer Zahl ermöglicht.
10. Kirchliche Identität in ökumenischer Offenheit ist und bleibt das Kennzeichen eines Religionsunterrichtes, der nicht bloß den politischen und staatskirchenrechtlichen, sondern auch den pädagogischen und religiösen Erfordernissen in der pluralistischen Gesellschaft am besten gerecht wird. Die konfessionelle Zusammenarbeit ist unter diesen Voraussetzungen im Unterricht und in den sonstigen schulischen Bereichen zu begrüßen. Den verschiedenen Konzepten eines Religionsunterrichtes, die auf eine gemeinsame Gestaltung und Verantwortung der christlichen Kirchen für den Religionsunterricht abzielen, kann deshalb ebensowenig zugestimmt werden wie den Modellen eines auf Religions- oder Lebenskunde reduzierten Unterrichts. □

Vor-Bilder sind unverzichtbar

Alljährlich zur Sommerferienzeit finden in Salzburg die Hochschulwochen – in diesem Jahr zum 65. Mal – statt. Der Obmann der in diesem Jahr unter dem Thema „Vor-Bilder“ stehenden Veranstaltung, Heinrich Schmindinger, erklärte am Freitag in einem Resümee, die Vorträge und Diskussionen hätten bewiesen, dass die heutige Zeit Vorbilder dringend nötig habe. Allerdings sähen diese Vorbilder in einer pluralistischen Gesellschaft anders aus als früher, weil sich das Verhältnis der Menschen zu Autorität und Tradition gewandelt habe.

Auch der Züricher Lehranalytiker Robert Strubel betonte, Vorbilder seien für die Entwicklung des Menschen notwendig. Allerdings veränderten sich die Maßstäbe sehr schnell, weil Kinder in einer völlig anderen Welt aufwachsen als die Eltern. Außerdem gebe es eine Vielzahl unterschiedlicher Wert-Angebote. Ein verbindliches Dogma, das alle anerkennen, gebe es nicht mehr.

„Väter bringen Segen, aber auch Schrecken“

Auf die Zweideutigkeit der Gestalt von Vätern in der Literatur hat die Literaturwissenschaftlerin Ruth Klüger bei den Salzburger Hochschulwochen hingewiesen. Mythen und Erzählungen vermittelten vielfach ein Bild vom Vater als Autorität, die „hier Schrecken, dort Segen verbreitet“, sagte Klüger am Sonntag. Dies zeige sich eindrucksvoll in der alttestamentlichen Erzählung vom Opfer des Abraham.

„Sie war die schönste und schrecklichste Geschichte, die ich bisher gehört habe“, erklärte Klüger, die in Los Angeles und Göttingen lehrt. In Abraham, der seinen Sohn Isaak auf Befehl Gottes opfern wolle, aber von einem Engel in letzter Minute zurückgehalten werde, zeige sich der Vater als der einerseits Liebende und andererseits Furchterregende. Ein Parallellfall in der griechischen Mythologie sei das von der Göttin befohlene Opfer

der Iphigenie, erklärte Klüger. Inzwischen seien weniger die Väter als die Junggesellen zu männlichen Leitfiguren emporgestiegen, beispielsweise in den USA Cowboys und Detektive.

„Jesus unterscheidet sich von allen Vorbildern“

Beim Festgottesdienst der Hochschulwochen im Salzburger Dom hatte zuvor der Bamberger Erzbischof Karl Braun davor gewarnt, den Glauben an die Gottheit Christi leichtfertig preiszugeben. Die Entscheidung über die Ursprünglichkeit, Einmaligkeit und Echtheit des Christentums falle mit der Anerkennung Jesu als „wahren Gott und wahren Menschen“. Jesus als historische Persönlichkeit, die sich mit Sündern solidarisiert und des Teilen gelehrt habe, sei zwar ein menschliches Vorbild, unterstrich Braun unter Bezugnahme auf das Thema der Hochschulwochen. Doch komme damit nur ein Aspekt in den Blick. Die wesentliche Ergänzung finde dieser Aspekt im Glauben an den Gottessohn, der „von Ewigkeit her existiert“. Dadurch unterscheide sich Christus von allen übrigen Vorbildern.

Soziologe: Jugendliche sehen Arbeit anders als früher

Die Berufsorientierung junger Menschen hat nach Ansicht des Freiburger Soziologen Heiner Barz „eine Umwertung, und nicht eine Entwertung“ erfahren. Harte, körperlich schwere und ungesunde Arbeit werde von den Jugendlichen nicht mehr als positiv empfunden, sagte der Wissenschaftler. Demgegenüber bestehe aber eine „größere Leistungsbereitschaft“ für intellektuell anspruchsvolle und sozial angesehene Arbeit. Außerdem nehme die Bereitschaft ab, Arbeit fraglos „aus einem quasi selbstverständlichen Notwendigkeits- und Pflichtgefühl heraus“ zu verrichten.

Barz betonte außerdem, die religiöse Symbolwelt sei durch „starke Erosionen“ gekennzeich-

net. Das Kreuz, zentrales christliches Symbol, sei davon „deutlich“ betroffen. Es werde, außer bei Kirchgängern, entweder emotional distanziert als bloßes Erkennungszeichen der Christen oder ablehnend als grausames Folterwerkzeug gesehen. Die ursprüngliche Bedeutung als Symbol der Sündenvergebung, Erlösung und Auferstehung spiele nur noch eine marginale Rolle, sagte der Soziologe.

Altes Feindbild vom Juden wird wiederbelebt

Ein Wiederaufkommen des „alten Feindbildes Jude“ bei der Jugend in Deutschland und den Ländern des Ostblocks befürchtet der Regensburger Religionspädagoge Michael Langer. Unverständene Gegenwart, globale Krisenstimmung und irrationale Zukunftsängste seien dafür die Ursachen, sagte Langer bei den Hochschulwochen. Antisemitismus sei Teil einer irrationalen Weltanschauung, in der der Jude „als ein bis zum Dämonischen hochstilisiertes Feindbild steht“. Die Situation im ehemaligen Jugoslawien sei Beispiel dafür, wie sich ein Sündenbockmechanismus von vorgefassten Klischees zum verselbständigten Feindbild vollziehe, fügte Langer hinzu. Der Antisemitismus könne nur zusammen mit dem Abbau von Fremdenfeindlichkeit bekämpft werden. Präzise Sachinformation reiche hierzu nicht aus, vielmehr müsse eine Ethik des Zusammenlebens und des Einfühlungsvermögens für andere Weltanschauungen und Religionen entwickelt werden. (PS nach KNA)

*Legt die Waffenrüstung
Gottes an,
um den Ränken des Teufels
widerstehen zu können*

(Eph 6,11)

Den Kindern kann man nichts vormachen

Das Interesse der Sprößlinge an der Kirche wächst, wenn Eltern überzeugend ihren Glauben leben

Manchmal reichen schon sechs Worte, um die schönste Sonntagmorgen-Frühstücks-Harmonie zu verjagen. Daniel hat es mit seinen dreizehn Jahren mal wieder geschafft. Zwischen letztem Schluck Kaffee und Mundabputzen fällt Marianne auf, dass es Zeit wird. Sie spornt ihre drei Kinder an, gleich nach dem Frühstück schnell noch die Zähne zu putzen, „und dann fahren wir zur Kirche“. Daniel, ihr Ältester, lehnt sich zurück, lässt seine Schnitte auf den Teller sinken, und das mit einem Blick, der zu verstehen gibt: „Das hättest du nicht sagen sollen – das mit der Kirche.“ Dann, nach kurzem Schlucken, seine sechs Worte: „Da komme ich nicht mit hin.“ Er meint, er wisse überhaupt nicht, was er dort solle, da er sowieso kein Wort von dem verstehe, was der Priester sagt. Und außerdem müsse aus seiner Klasse „auch keiner zur Messe“ – meint er.

„Von wegen“, platzt es aus seinem Vater heraus. Er sei es „nun wirklich leid, immer und immer wieder darüber zu diskutieren. Du kommst mit!“ Schließlich habe er als Junge auch nicht immer „Lust auf Kirche“ gehabt.

Im Prinzip sei es von heutigen Kindern kaum noch zu verlangen, dass sie einer Liturgie und einer viertelstündigen Predigt aufmerksam folgen, sagt Günter Kannen, der am Clemens-August-Gymnasium in Cloppenburg Religion unterrichtet. Als Pädagoge und Diözesanvorsitzender der katholischen Religionslehrer an Gymnasien im Bistum Münster macht er immer wieder die Erfahrung, dass Schüler vom Lehrer Eigenschaften eines Unterhaltungskünstlers erwarten, wie es in einem Bericht der Katholischen Nachrichten-Agentur heißt. Dafür will Kannen zwar nicht ausschließlich das Fernsehen verantwortlich machen, aber er stellt auch an seinen eigenen drei Kindern so etwas wie eine „Sesamstraßen-Mentalität“

fest. Er meint, die meisten Kinder seien es heute nicht zuletzt durch das Fernsehen gewohnt, Informationen nur in kleinsten Häppchen aufzunehmen. Das funktioniere nach dem Schema: Kurze Information, unterbrochen von einer Lachkonserve, die nur motivieren soll, die nächste Information wieder aufzunehmen, dann wieder eine Lachkonserve und so weiter.

Für Günter Kannen ist klar, dass Kinder so etwas im Grunde auch vom Gottesdienst erwarten. Da sie unter diesem Gesichtspunkt seiner Meinung nach Erwachsenen-Gottesdienste sind, plädiert er unter anderem für mehr Kinder- und Jugendmessen mit „abgespeckter“ Liturgie. Das heißt nicht, auf die bestehende Gottesdienstordnung zu verzichten. Als Gymnasiallehrer macht Kannen nämlich immer wieder die Erfahrung, dass Jugendliche durchaus für Ordnung und Prinzipien ansprechbar sind, jedoch nur dann, wenn sie sie verstehen. Darum könne der Priester beispielsweise auf eine Lesung verzichten, die Präfation als Lobpreis Gottes vortragen, den auch Kinder verstehen, oder das Hochgebet sprechen, „in dem auch die Welt der Kinder vorkommt“.

Günter Kannen hält es „für sehr fragwürdig“, wenn sich ein Pfarrer angesichts fehlender Jugendlicher im Gottesdienst dafür bedankt, „dass doch noch so viele gekommen sind“. Hinter solchem Dank stecke die selbstkritische Frage des Priesters, ob er denn wohl ein ausreichend attraktives Programm biete? „Aber das soll ein Priester gar nicht. Das können RTL und SAT.1 immer besser.“ Kannen hält auch nicht viel davon, Jugendliche durch Rock-Messen für die Kirche zu begeistern, „denn dann kommen sie nur wegen solcher Highlights“.

Keinen Sinn sieht der Religionslehrer darin, Kinder zum Kirchengang zu zwingen, heißt es in

dem Bericht der Katholischen Nachrichten-Agentur. Zwang führe erfahrungsgemäß zu Gegenreaktionen. Die Gefahr sei, dass zum Gottesdienst befohlene Kinder als Jugendliche der Kirche den Rücken kehren, „oder dass sie als Erwachsene in der Kirche sitzen, ohne überhaupt sagen zu können, warum“. Eltern und Pädagogen dürften sich auch nicht der Illusion hingeben, Kinder durch Gespräche „zur Kirche hinreden zu können“. Gespräche über Kirche und Glauben seien wichtig, sie allein führten bei Kindern aber in der Regel nicht zur Bindung an die Kirche. Ebenso verhalte es sich mit der elterlichen Vorbildfunktion. Wer Wert darauf lege, dass seine Kinder am Gottesdienst teilnehmen, müsse zwar selbst mit gutem Beispiel vorangehen, „doch das allein reicht auch nicht“. Statt dessen rät Kannen Eltern, sich selbst darüber klar zu werden, warum sie zur Kirche gehen – etwa „nur aus einem nostalgischen Gefühl heraus oder gar aus Angst, sonst nicht in den Himmel zu kommen?“ Oder verstehen sie die Eucharistie als Einladung Gottes, der sie gern folgen? Vielleicht haben sie ein Bedürfnis nach Glaubenspraxis, den Wunsch, sich nicht ständig nur als „Einzelkämpfer“ zu sehen, sondern in der Kirche Glaubensgemeinschaft zu spüren.

Günter Kannen ist davon überzeugt, dass Eltern ihren Sprösslingen nichts vormachen können. „Kinder erkennen den wahren Grund für Vaters und Mutters Kirchenbesuch.“ Das Kirchen-Interesse der Kinder wachse, wenn die Eltern selbst den Eindruck vermitteln, dass sie ihr Glaube auch in schweren Situationen trägt. Unter dieser Voraussetzung mache er sich als Vater „überhaupt keine Sorgen um seine Kinder“. Denn als Erwachsene suchen die Kinder von heute Orte, „an denen sie so etwas wie Vergebung erfahren, wo sie geborgen werden, ohne dafür etwas Großartiges tun zu müssen“.

(bpm in DT Nr. 29 vom 06.08.1996)

Jugendliche fasziniert das Okkulte

Bistum Augsburg klärt über Umgang mit dem „Übersinnlichen“ auf

Barbara Just (KNA-Korr.)

Ein dunkler Raum, ein Tisch, und rundherum sitzt ein Kreis von Jugendlichen, die „nur mal kurzen Geist von Rasputin beschwören wollen“. Tatsächlich meldet sich der Gerufene und erteilt Auskünfte. Doch als einzelne mehr über ihre Zukunft wissen wollen, verlassen andere den spiritistischen Zirkel. Sie haben es mit der Angst zu tun bekommen.

Die beschriebene Szene könnte sich auf einer Klassenfahrt oder einem Jugendwochenende ereignet haben. Für Hubert Kohle von der Beratungsstelle für Religions- und Weltanschauungsfragen in der Diözese Augsburg sind solche Begebenheiten nichts Besonderes. Seit Jahren wird er häufig damit konfrontiert. Zusammen mit Ulrich Hörwick, Referent des Bischöflichen Jugendamts, hat er deshalb einen Ratgeber mit dem Titel „Okkulte Welt“ erstellt. Nach Auffassung Kohles gibt es immer mehr Jugendliche, die sich von okkulten Praktiken magisch angezogen fühlen. Die Begeisterung für Tischrücken, Pendeln, Kartenlegen oder Hellsehen erklärt sich der Theologe in erster Linie mit der Neugierde der jungen Menschen. Sie wollten ihre eigenen Erfahrungen mit unbekannten Sachen machen, wobei ein gruseliges Wohlbehagen nicht unerwünscht sei. Alle diese Praktiken seien jedoch gefährlich, da sie schnell an die Tiefenschichten des Menschen rührten und die Ängste in der Gruppe meist nicht entsprechend aufgefangen werden könnten.

Vor allem die Musik von Hard-Rock-Bands ist Kritikern ein Dorn im Auge. Verborgene „böse“ Botschaften sollen angeblich erst durch Rückwärtsspielen von Platten dem Zuhörer offenbar werden. Unbewusst würden Inhalte vermittelt, die den Menschen manipulieren könnten. Namen von bekannten Gruppen wie „AC/DC“

stünden für die Abkürzung „Anti-Christ/Death to Christ“ oder „KISS“ für „Kings in Satanic Service“. Dagegen verweist Kohle nüchtern auf die Strukturen jeglicher Musik, die stets an die Gefühlswelt der Adressaten angepasst gewesen sei. Auch Richard Wagner habe seinen „Parsifal“ als „Bühnenweihfestspiel“ verstanden. Der okkulte Hintergrund bei Hard-Rock stellt nach den Worten des Theologen einen Teil eines Lebensgefühls dar, aber auch eines möglichen Protestes, auf den zu achten sei. Jugendliche befänden sich auf der Suche nach Sinnerfahrung und reagierten mit ihrem Hang zu Übersinnlichem unter Umständen auch auf die von ihnen verachtete Konsumgesellschaft.

Aberglauben im Christlichen

Die Faszination magischer Phänomene ist jedoch nicht nur im Außerchristlichen angesiedelt. Von alters her gebe es ein „riesiges Spektrum des Aberglaubens auch im Christlichen“, schreiben die beiden Okkultismus-Experten. So würden geweihte Hostien im Stall deponiert, um Krankheiten vom Vieh abzuhalten. Medaillen mit dem Bild der Gottesmutter hielten die Leute wegen vermuteter magischer Wirkungen für alle Lebenslagen in Ehren. Kranke aßen schon mal Heiligenbildchen, um den Genesungsprozeß zu beschleunigen. Vor allem das Kreuz galt als ein wichtiges „Instrument“. Wo immer es hing, glaubte man, die dahinterstehende Macht zur Verfügung zu haben, um Störungen fernzuhalten.

Vor solchen Praktiken warnen Kohle und Hörwick. Damit werde die Botschaft des Evangeliums und die Kraft des Gebets „grob vereinfacht“. Der christliche Gott sei nicht „beschwörbar“. Er lasse sich weder durch eine Vielzahl von Kreuzen noch durch ein immerwährend

gemurmelter Gebet verfügbar machen. Ob Aberglaube oder okkulte Erlebnisse, wichtig sei, sich bewusst mit dem Übersinnlichen auseinanderzusetzen, denn für Pendelausschläge oder Déjà-vu-Erlebnisse gebe es ganz einfache wissenschaftliche Erklärungen. Zum Beispiel sei der Ausschlag eines Pendels von Pulsfrequenz, Atmung und Muskelspannung abhängig. Außerdem gebe es den „Carpenter-Effekt“, der bedeute, dass „jede Vorstellung einer Bewegung schon den Antrieb zu dieser Bewegung in sich trägt“. □

KURZ NOTIERT

Papst lädt Jugendliche 1997 nach Paris ein

Papst Johannes Paul II. hat alle Jugendlichen zum nächsten Weltjugendtag im August 1997 nach Paris eingeladen. In einer am Donnerstag vom vatikanischen Pressesaal verbreiteten Botschaft hebt der Papst die Bedeutung der französischen Hauptstadt als Kreuzungspunkt verschiedener Völker und Kulturen hervor. Die dort zusammenkommenden Jugendlichen rief er auf, durch Gebet und Dialog die Grenzen von Sprachen und Rassen zu überwinden und gemeinsame Ideale, Probleme und Hoffnungen auszutauschen. Der XII. Weltjugendtag steht unter dem biblischen Motto „Meister, wo wohnst du? Kommt und seht!“

In seiner Botschaft beschreibt der Papst die gegenwärtige Epoche als eine Zeit der großen Umbrüche, in der Ideologien rasch untergingen und Grenzen neu gezogen würden. Die Menschheit lebe in Unsicherheit, Verwirrung und Besorgnis. In dieser Situation seien die Jugendlichen aufgerufen, Jesus zu folgen und ihn in den Armsten der Gesellschaft zu suchen. Sie würden nicht selten Opfer eines ungerechten Systems, das den Profit an die erste Stelle setze und den Menschen nur als Mittel zum Zweck betrachte. Weiter ruft Johannes Paul II. angesichts der bevorstehenden Jahrtausendwende zu besonderen Anstrengungen zur Überwindung der Spaltung der Christenheit auf. (KNA)

DEUTSCHLAND UND SEINE NACHBARN

Wandel durch Annäherung – Annäherung durch Wissenschaft

Deutsch-tschechische Historiker stellen sich der Geschichte

Helene M. Reischl (KNA-Korr.)

„Wandel durch Annäherung“ – so lautete in den 60er Jahren die Formel für eine neue Ostpolitik. Mit dem Motto „Annäherung durch Wissenschaft“ ließe sich die Arbeit der Gemeinsamen deutsch-tschechischen Historikerkommission beschreiben, die zum Abschluß des 41. Deutschen Historikertags in München eine zweisprachige Kurzdokumentation über die deutsch-tschechische Geschichte seit dem 19. Jahrhundert vorgelegt hat. Die Tatsache, dass die Historiker beider Länder heute in einer kollegialen Atmosphäre auch die noch strittigen Fragen behandeln können, werten die Autoren als hoffnungsvolles Zeichen für die Zukunft. Sie wissen jedoch, dass die schmerzlichen Ereignisse der Vergangenheit, auch wenn sie sich allmählich von „erlebter Geschichte“ in einen „Gegenstand der Wissenschaft“ verwandeln, noch lange ihren Schatten werfen. Der holt auch die politischen Beziehungen immer wieder ein, wie sich an der noch ungelösten Frage der Entschädigung der Nazi-Opfer und an den festgefahrenen Verhandlungen zur geplanten deutsch-tschechischen Erklärung zeigt.

Vor diesem Hintergrund dürfte dem Bericht der unabhängigen, 1990 gegründeten deutsch-tschechischen Historikerkommission die öffentliche Aufmerksamkeit sicher sein. Der Text ist kein typisches Konsenspapier, er sucht beiden Seiten und der Komplexität der Vorgänge gerecht zu werden. Ratschläge an die Adresse der Politik fehlen, sieht man von der Empfehlung ab, ein unabhängiges Diskussionsforum zu den deutsch-tschechischen Beziehungen zu schaffen. Zu Forderungen der Vertriebenenverbände äußern sich

die Autoren nicht. Dennoch bietet der Text Reibungsflächen. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft habe ihn bereits vor seiner Veröffentlichung als „unzumutbar“ bezeichnet, berichtete Rudolf Vierhaus, der deutsche Leiter der Kommission, in München.

Zahl der Opfer ungeklärt

Einiges lässt sich auch in gemeinsamer Forschungsanstrengung nicht oder noch nicht klären – die Zahl der Opfer etwa, die Hitlers Expansionspolitik in der Tschechoslowakei forderte: Die Zahlen bewegen sich für die bei der Vertreibung ums Leben gekommenen Deutschen zwischen 19.000 und 30.000. Die Zahl der Toten auf tschechoslowakischer Seite wird mit 360.000 angegeben, unter ihnen etwa 240.000 Opfer der Rassenverfolgung. Noch schwieriger sei es, Art und Umfang der materiellen Verluste zu bestimmen, heißt es in dem Papier. Das Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und der Tschechoslowakischen Republik (CSR) war von 1933 an nicht allein durch Hitlers rücksichtsloses Hegemoniestreben belastet. Auch die Weltwirtschaftskrise hatte, wie die Historiker aufzeigen, politische Auswirkungen. Sie traf vor allem die dichtbesiedelten deutschen Randgebiete Böhmens und Mährens, wo die Arbeitslosigkeit überproportional hoch war. Der neidische Blick aufs Reich, das unter Hitlers Aufrüstungspolitik einen scheinbaren Aufschwung nahm, begünstigte die nationale Sammlungsbewegung, die als „Sudetendeutsche Partei“ zu Hitlers „Filialpartei“ wurde. Ohne ihre Hilfe, so die Autoren, hätte Hitler nicht den

Druck ausüben können, der zum Münchner Abkommen 1938 führte; ihrer bediente er sich, um die Zerschlagung der CSR zu verwirklichen.

Mit der Unterstützung, die sie mehrheitlich der Sudetendeutschen Partei gewährten, und mit der Beteiligung von Sudetendeutschen am Okkupationsregime im 1939 errichteten Protektorat Böhmen und Mähren wurde auf tschechischer Seite die These von der „Kollektivschuld“ begründet. Sie rechtfertigte in den Augen der Tschechen die Vertreibung der Deutschen. Dass man mit der Vertreibung schon vor der Potsdamer Konferenz vom August 1945 vollendete Tatsachen schaffen wollte, verschweigen die Historiker nicht. Auch von den „wilden Vertreibungen“ und Gewaltexzessen in den letzten Kriegstagen ist die Rede, ebenso von der „Radikalisierung der Vertreibungspläne“ auf den Druck der Widerstandsbewegung hin. All dies sei freilich vor dem Hintergrund der im Lauf der Kriegsjahre „allgemein gewachsenen Barbarisierung“ und der bekanntgewordenen deutschen Kriegsverbrechen in den ost- und südosteuropäischen Ländern zu sehen. „Zweifelloso verstoßen alle Vertreibungen und Zwangsausiedlungen gegen grundlegende Vorstellungen von Menschenrechten“, schreiben die Autoren. „Vor fünfzig Jahren gehörten sie zu den Konsequenzen des von der deutschen politischen Führung ausgelösten Krieges und der in seinem Zusammenhang durchgeführten Umsiedlungsaktionen, schließlich der Vernichtung ganzer Bevölkerungsteile.“ □

Vogel: Deutsch-tschechische Versöhnung beschleunigen

Cheb, 30.09.96 (KNA) Für eine beschleunigte Versöhnung und Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen hat sich Thüringens Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) ausgesprochen. „Die ‘Wiedergeburt der europäischen Mitte’ der jungen deutschen Länder und der Reformstaaten Ost-Mitteleuropas eröffnet die Chance eines neuen Kapitels der wechselseitigen deutsch-tschechischen Beziehungen“, sagte Vogel am Samstagabend bei einem Symposium „Auf dem Wege zur Versöhnung“ im tschechischen Cheb (Eger), an dem Vertreter aus

Politik und Kirche beider Staaten teilnahmen. Erst mit dem Ende des Kalten Krieges sei ein wirklich offener Umgang mit der Vergangenheit der Deutschen und der Tschechen möglich geworden. Zugleich sprach sich Vogel für einen baldigen Beitritt Tschechiens zur Europäischen Union aus.

Aus dieser Region in der Mitte Europas, appellierte Vogel, „müssen Signale für die Versöhnung der Völker und für das gemeinsame Europa ausgehen und besondere Zeichen der Hoffnung gesetzt werden“. Vorhandene Schmerzen aus der Vergangenheit könnten nicht durch Geschichtslosigkeit, sondern nur durch Ehrlichkeit, Toleranz und den tiefen Wunsch nach Versöhnung auf beiden Sei-

ten geheilt werden. Besonders Christen aus beiden Ländern seien nach der Wende zu Schrittmachern der Verständigung geworden. „Jetzt ist es an der Zeit“, sagte der Ministerpräsident, „dass der Prozeß der Verständigung und Versöhnung zwischen den Menschen in Gang kommt, dass Erklärungen und Verträge in den Herzen der Menschen ratifiziert werden.“ Als Hoffnungszeichen auf diesem Weg nannte er die Erklärung sudetendeutscher und tschechischer Christen zur Gestaltung der Nachbarschaft ihrer Länder sowie die Tätigkeit des „Forums Versöhnung“, das als Initiative sudetendeutscher und tschechischer Bürger Hindernisse im gegenseitigen Verhältnis beseitigen wolle. □

Mithelfen, dass die Verletzungen geheilt werden

Deutsche Bischöfe zum deutsch-tschechischen Verhältnis

Die bei der Herbstsitzung der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda zusammengekommenen Bischöfe aller deutscher Diözesen haben im Hinblick auf die deutsch-tschechischen Verhandlungen über eine gemeinsame Erklärung beider Regierungen ihren Willen zu einer umfassenden Aussöhnung beider Völker bekräftigt.

In einer Presseerklärung begrüßten die Bischöfe die verstärkten Bemühungen der Bundesregierung und der Regierung der Tschechischen Republik, die Verhandlungen über eine gemeinsame deutsch-tschechische Erklärung erfolgreich zum Abschluss zu bringen. Die Erklärung werde – so hoffen sie zuversichtlich – wesentlich dazu beitragen, dass endlich beide Völker in ihrer Gesamtheit den Weg zu einer umfassenden Aussöhnung beschreiten. „Die Zeit hierfür ist reif.“

Erinnert wird an den Briefwechsel zwischen den katholischen Bischöfen der damaligen Tschechoslowakei, angeführt von Kardinal Tomasek und der Deutschen Bischofskonferenz, im Jahre 1990, dem fünf Jahre später ein gemeinsames Wort aus Anlass des fünfzigjährigen Gedenkens an das Ende des Zweiten Weltkrieges ge-

folgt ist. In dem Briefwechsel hatten beide Seiten das Unrecht, das ihre Völker sich gegenseitig zugefügt hatten, beim Namen genannt und den Willen zu Vergebung und Versöhnung bezeugt. Wiedergutmachung zwischen Tschechen und Deutschen, so hatten sie 50 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges gemeinsam erklärt, müsse vor allem ein geistiger Vorgang sein. Eine Revision all dessen, was vor über 50 Jahren geschah, sei im materiellen Sinne kaum möglich; was aber möglich sei, solle gemeinsam ausgelotet und ausgehandelt werden. Von uns allen aber werde die Bereitschaft verlangt, so die Bischöfe, „sich innerlich von alter nationaler Feindschaft abzuwenden und mitzuhelfen, dass die Verletzungen geheilt werden, die anderen aus solcher Feindschaft zugefügt worden sind“.

Das Ziel, dem sich die Bischöfe in ihren Ländern vor sechs Jahren feierlich verpflichtet hätten, könne nur erreicht werden, wenn es sich immer mehr Menschen zu eigen machten: „die zwischen unseren Völkern liegende Hinterlassenschaft die ‘Unrecht und Leid, Misstrauen und Gleichgültigkeit zwischen den Menschen wachsen ließ, dieses unselige Erbe beiseite

zu räumen und die Herzen der Menschen für den gemeinsamen Bau an einem neuen Europa zu gewinnen“ (vgl. „Die Wahrheit und die Liebe machen uns frei“. Erklärung der deutschen Bischöfe zur Versöhnung mit dem tschechischen Volk, 8. März 1990, in: Stimmen der Weltkirche Nr. 30). (PS)

KURZ NOTIERT

Pieschl warnt vor Eile

Vor allzu großer Eile mit einer deutsch-tschechischen Erklärung zur Aussöhnung hat der Beauftragte der katholischen Deutschen Bischofskonferenz für die Flüchtlings- und Vertriebenenseelsorge, der Limburger Weihbischof Gerhard Pieschl, gewarnt. „Nach all dem, was ich bislang von der deutsch-tschechischen Erklärung höre und lese, und wenn ich die Aktivitäten der reisenden Parteivorsitzenden und Diplomaten richtig deute, kann ich nur beten: Gott, eile zu helfen, und nicht: hilf zu eilen“, schreibt Pieschl in einem am 29.10.1996 von der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) verbreiteten Beitrag. □

Bundeswehr-Kontakte zu Polen kommen voran

Auch in der Lausitz gibt es bereits eine gute Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften

Peter Ackermann

Für eine weitere Festigung der Pfeiler zu einem dauerhaften Brückenschlag zwischen der Bundeswehr und der Armee Polens, aber auch der Streitkräfte der Tschechischen Republik, der Slowakei und Ungarns hat sich der Chef des Stabes der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation (AIK) in Strausberg bei Berlin ausgesprochen. Im Rahmen einer Tagung der Gesellschaft für die Einheit Deutschlands (GED) im früheren Stabsgebäude der Armeen des einstigen Warschauer Pakts sagte Oberst im Generalstab Peter Meurer, entsprechende regelmäßige Begegnungen in der Akademie dienten auch dazu, beispielsweise der neuen polnischen Armee Aufgabstellungen und Ziele der Idee vom Staatsbürger in Uniform zu vermitteln.

Oberst Meurer lobte vor allem die Zusammenarbeit mit Polen im nordöstlichen Stationierungsgebiet der Bundeswehr. Dabei sei die Begegnung auf Corps-Ebene in Potsdam besonders hervorzuheben. Dies steht im Einklang mit Erfahrungen, die auch auf niedrigeren Kommandoebenen unter anderem auch in der Lausitz zu verzeichnen sind. Der Kommandeur und Standortälteste des Truppenübungsplatzes Weißkeisel, Oberstleutnant Hans-Jürgen Hofmann, berichtet beispielsweise von einer gut funktionierenden Partnerschaft mit einer polnischen Division im Grenzgebiet des Nachbarlandes, der regelmäßig mitgeteilt wird, „was abläuft“. Solche Aktivitäten seien wie keine anderen bestens dazu geeignet, die sogenannten vertrauensbildenden Maßnahmen mit Polen zu fördern, hebt Hofmann hervor.

Oberst Meurer brachte es am Rande der Tagung der Gesell-

schaft für die Einheit Deutschlands noch deutlicher auf den Punkt: In Polen gebe es in der Armee eine „starke Bereitschaft“ zum politisch in der Diskussion stehenden Nato-Beitritt des Landes. „Die Polen sind im Vergleich zu den übrigen Beitrittskandidaten übrigens weitaus am besten vorbereitet“, konstatierte Meurer vor den zahlreichen GED-Gästen, zu denen auch regelmäßig ehemals hochrangige Stabsoffiziere der untergegangenen Nationalen Volksarmee gehören.

Etwas weniger optimistisch sieht indes der frühere Generalmajor der Nationalen Volksarmee, Heinz-Georg Löffler, die Zukunft eines polnischen Beitritts zum westlichen Bündnis. Zum einen, so sagte er in einem Redebeitrag für die Tagung, sei das immer noch in Teilen vorhandene sicherheitspolitische Vakuum nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes nicht aus den Augen zu verlieren, denn die Gefahr einer möglichen stärkeren Annäherung Russlands an China sei nicht von der Hand zu weisen. Vorrang müsse deshalb das „vorsichtige Gespräch mit Russland“ unter Berücksichtigung der russischen Mentalität besitzen. Moskau habe nach wie vor ein vitales Interesse an der weiteren Entwicklung in Polen.

Zum anderen, sagte Löffler weiter, sei die polnische

Regierung in Entscheidungsfragen oft „wankelmütig“. Für Löffler, der eine fundierte Ausbildung in der ehemaligen Sowjetunion genoss, spielen bei derartigen Entscheidungen in Polen zu sehr finanzpolitische Faktoren eine Rolle. Dem hielt in einer Erwiderung der Nürnberger Professor und Oberst der Reserve Ekkehard Wagner entgegen, dass Polen mit dem verbrieften Recht der Vereinten Nationen ausgestattet sei, eine Partnerschaft nach eigenem, freiem Ermessen zu wählen. In diesem Kontext war auch der frühere Nato-General Günter Kießling in seinem Redebeitrag zu verstehen, als er bekräftigte, das westliche Bündnis stelle keine Integration, sondern einen Zusammenschluß souveräner Nationen dar. Kießling rief in seiner glänzenden Rede die Politiker dazu auf, derlei Definitionen genauestens zu beachten. Die Tagung der Gesellschaft für die Einheit Deutschlands in Strausberg war bereits die vierzigste ihrer Art. Die Gesellschaft wurde bereits vier Jahre vor dem Mauerfall gegründet und vom früheren Chef des Militärischen Abschirmdienstes der Bundeswehr (MAD), Gerd-H. Komossa, geleitet.

(DT vom 10.10.1996)

Deutsche und polnische Soldaten besichtigen gemeinsam und als Freunde das Denkmal für den Warschauer Aufstand des Jahres 1944; hier im Rahmen eines Seminars der Militärseelsorge im September 1992.

(Foto: F. Brockmeier)



Ein deutscher Marineoffizier baute die polnische Kriegsmarine auf

Joachim G. Görlich

Sogar in Polens Kirchenzeitung erinnert man sich jetzt des Mannes, der die polnische Kriegsmarine in der Zwischenkriegszeit aufbaute: Konteradmiral Josef von Unrug (1884–1973). Seinen Dienst begann der deutsche Adlige 1904 in der deutschen kaiserlichen Kriegsmarine. Nach verlorenem Ersten Weltkrieg trat er in den Dienst der ersten polnischen Kriegsmarine ein, an deren Auf- und Ausbau er entscheidend mitwirkte.

Das „von“ ließ er fallen und erlernte auch die polnische Sprache, die er – wie Polens größte Kirchenzeitung, der Kattowitzer „*Gosc Niedzielny* – Sonntagsgast“ berichtet – nur mangelhaft beherrschte. Schließlich wurde er katholisch. Nach beendetem polnisch-deutschen Krieg im Jahr 1939 gelangte er in

deutsche Gefangenschaft. Im Offizierslager wurde er bald zum Sprecher ernannt. Polnische Zeitzeugen wollen wissen, dass man von Unrug wieder in die deutsche Kriegsmarine übernehmen wollte. Doch er lehnte ab, ebenso die Annahme der deutschen „Volksliste“. Er gab an, dass er zwar deutscher Herkunft, aber dennoch ein loyaler polnischer Staatsbürger sei. Der deutsche Lagerkommandant war verblüfft: „Herr Admiral“, sagte er, „ich verstehe Sie nicht. Sie sprechen doch besser deutsch als polnisch.“

„Dieser Mann hatte noch Charakterstärke“, stellte ein Zeitzeuge fest. Und sogar die Nazis seien voller Respekt gewesen. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges kehrte der Konteradmiral nicht mehr

nach Polen zurück, zumal dort Vorkriegsoffiziere verfolgt wurden. Er verstarb 1973 im Exil. Gelegentlich besuchte er seine Familie in Deutschland.

Übrigens, es gab mehrere deutsche Offiziere, die am Aufbau der polnischen Streitkräfte mitwirkten, voran ein General Rommel, der irgendwie mit dem Generalfeldmarschall Rommel verwandt gewesen sein soll. Und es gab unter den vielen Volksdeutschen Reserveoffiziere, die sich genau so wie von Unrug verhielten, die „Volksliste“ ablehnten und Kriegsgefangene blieben. □

Lage der Deutschen in Polen normalisiert sich

Die Lage der deutschen Minderheit in Polen normalisiert sich nach Aussagen des Bischofs von Oppeln, Alfons Nossol, immer mehr. Fast alle seien bereit, die Minderheit als eine natürliche Struktur Schlesiens zu akzeptieren, sagte Nossol am Mittwoch in Oppeln der Katholischen Nachrichten-Agentur. „Nach dem ersten Schritt der Toleranz sind wir jetzt beim zweiten Schritt der Akzeptanz der Minderheit“, sagte der Bischof. Auch seien immer mehr bereit, in der deutschen Minderheit eine Bereicherung zu sehen, die eine Brückenfunktion zwischen Ost und West im vereinigten Europa wahrnehmen könnte.

(DT/KNA 19.10.1996)

Polens Militärseelsorge: Bald gibt es auch griechisch-katholische Geistliche

Joachim G. Görlich

Polens Armee weist von allen europäischen Streitkräften des größten Konfessionsspektrum auf: Neben römisch-katholischen, orthodoxen und evangelischen Felsgeistlichen, wird es noch in diesem Jahr die ersten griechisch-katholischen Militärseelsorger geben. Die griechisch-katholische Kirche Polens ist mit Rom unierte. Ihre Gläubigen sind ausnahmslos Ukrainer, die in den ersten Nachkriegsjahren aus Südostpolen nach Ostpreußen, Pommern und Schlesien ausgesiedelt wurden. Die Kirche galt nach dem Krieg mit Rücksicht auf die UdSSR, wo sie in die russisch-orthodoxe Kirche zwangseingegliedert wurde, als nicht existent.

Man kann davon ausgehen, dass ihr oberster Feldgeistlicher den Rang eines Oberst erhalten wird, wie sein protestantischer Amtsbruder. Der oberste orthodoxe Feldgeistliche ist Brigadegeneral, der römisch-katholische Divisionsgeneral (entspr. Generalmajor).

Wie der den Postkommunisten nahestehende „*Przeglad Tygodnia*“ (Wochenrevue) berichtet, gehen 90 Prozent der Rekruten vor der Verteidigung zur Beichte und zur Hl. Kommunion. „Mit solchen Ergebnissen kann sich keine europäische Militärseelsorge brüsten“, schreibt das Blatt. Gut frequentiert seien auch die Pilgermärsche. Nach Tschenstochau zum Marien-Nationalheiligtum pilgerten im August dieses Jahres 1.610 Soldaten aus vier Wehrbereichen. Man konnte sogar einen General mit Frau und achtjährigem Sohn unter den Pilgern sehen. Nach tschenstochau kam auch der postkommunistische Verteidigungsminister Stanislaw Dobrzanski zur Abschlussmesse.

Nach Limanow zur „Schmerzhaften Mutter Gottes“ pilgerten ca. 1.500 Soldaten. Zum Schlussgottesdienst mit Feldbischof General Slawoj L. Glodz kam auch Polens ranghöchster Offizier, Generalstabschef Tadeus Wilecki. □

Orthodoxe Militärseelsorge hat wieder eine Kirche

Erstmals seit rund 80 Jahren gibt es in Polen wieder eine Kirche der orthodoxen Militärseelsorge. Es handelt sich um die noch in russischer Zeit erbaute und dann während des Ersten Weltkrieges geschlossene Kasernen-Kirche in Ciechocinek bei Wloclawek. Der orthodoxe polnische Militärbischof Sawa betonte am 6. Oktober in Ciechocinek, mit der Einweihung des bisher nicht genutzten Gotteshauses komme auch das neue Verhältnis zwischen dem polnischen Staat und der orthodoxen Kirche zum Ausdruck. Polen hatte nach dem Sturz des Kommunismus noch vor den orthodoxen Ländern parallel zur katholischen auch die orthodoxe Militärseelsorge wieder eingeführt. Der orthodoxen Minderheitskirche in Polen gehören rund 600.000 Gläubige an. (KNA)

Ungarns Sonderweg in die NATO?

Eckhard Stuff

Vom 3. bis 6. September 1996 fand in der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation in Strausberg das erste deutsch-ungarische Symposium statt. In der kleinen Garnisonsstadt vor den Toren Berlins kam dabei sehr schnell die Frage der NATO-Osterweiterung und die der Integration Ungarns in die NATO und EU zur Sprache. Die schnelle Konzentration auf diese Themen war auch deshalb möglich, weil es im Verhältnis beider Staaten zueinander keine gravierenden Probleme gibt. Die historische Belastung ist weit geringer als im Verhältnis zu Polen oder Tschechien.

Peter Deák, Direktor des Budapester Forschungszentrums für Sicherheit und Verteidigungspolitik, sah die Bundesrepublik Deutschland als erstrebenswertes Modell für die Entwicklung Ungarns an. Für die Anlehnung an deutsche politische Strukturen und Lösungsmodelle trotz intensiver Bemühungen angelsächsischer Staaten gab er neben dem historischen auch einen weiteren, originellen Grund an: die relativ gute Kenntnis deutscher Verhältnisse auf Grund der langjährigen intensiven nachrichtendienstlichen Tätigkeit in Deutschland.

Dr. Ferenc Gazdag, Direktor des Instituts für strategische und Verteidigungsstudien in Budapest, machte die aktuelle Bedeutung Deutschlands als wichtigster Handelspartner und größter Kreditgeber Ungarns deutlich: 56 % des ungarischen Gesamtexports erfolgt mit der Bundesrepublik. Deutschland sieht er – trotz aktueller wirtschaftlicher Probleme – als „Wirtschaftslokomotive der Europäischen Union“. Ungarn wisse zu schätzen, dass Bonn die Aufnahme der Magyaren in die EU stark unterstütze.

Den besonderen Weg Ungarns in die Integration in der EU und in die NATO machte Dr. Peer Lange von der Stiftung Wissenschaft und

Politik in Ebenhausen deutlich. Offensichtlich sind die Magyaren bereit, soweit möglich, in Anerkennung des prozessualen Charakters jeder strukturellen politischen Umwälzung, einfach mitzumachen in der EU und in der NATO. Dabei „hebt sich Ungarn dadurch heraus, dass hier deutlicher und verbreiteter als andersorts Stimmen vernehmbar wurden, welche die EU-Mitgliedschaft als wichtiger als die NATO-Mitgliedschaft, ja letztere als Mittel zu ersterem Zweck darstellten. Das wird aus zwei Gründen einsichtig: Erstens ist Ungarn gegenüber Rußland weniger exponiert und strategisch weniger bedeutsam als beispielsweise Polen oder gar die baltischen Staaten. Zweitens haben die Budapester Regierungen weit früher als andere Kurs auf eine faktische Integration genommen und demgegenüber die formale Einfügung weit weniger ausschließlich, sondern eher ergänzend betrieben.“

Dadurch unterscheidet sich Ungarn wesentlich vom Drängen anderer Staaten auf formale Mitgliedschaft in der EU oder der NATO.

Sicherheitspolitisch hervorzuheben ist die ungarische Bereitschaft zum Verzicht auf nukleare Systeme. Schon im November 1990 (!) ging die damalige ungarische Regierung daran, nukleare Kurzstreckenwaffen mitsamt der dazugehörigen Einheiten in einer Stärke von ca. 3.200 Mann abzurüsten. Strukturell ist nach Einschätzung Langes ein Umbau von „einer Armee sowjetischen Typs in eine solche einer demokratischen Gesellschaft“ weit vorangeschritten.

Eine konkrete militärische Bedrohung fehlt, und auch die „gegebenen politischen Spannungen mit Rumänien und der Slowakei (in beiden Fällen vor allem wegen der Minderheitenproblematik)“ mündeten nicht in militärischen Bedrohungsannahmen. Hierbei spiel-

te eine wichtige Rolle, dass „Ungarn konstruktive militärische Kontakte zur militärischen Führung beider Staaten zu entwickeln vermochte.“

Auf dem Gebiet rüstungstechnischer Zusammenarbeit zeigen die Vereinigten Staaten ein großes Interesse und ebenso viel Engagement in Ungarn. Sie sind hier schneller als mancher europäische Partner (Konkurrent?). Dazu Peer Lange: „Die ... beschriebenen Ansätze zur Modernisierung militärtechnischer Strukturen im östlichen Teil Mitteleuropas scheinen neue Engagements der USA zu zeigen. Inwieweit hieraus echte Sicherheitsoptionen und nicht lediglich Ausnutzungen merkantiler Interessenlagen werden, fällt mit in die europäische Verantwortlichkeit der Mitgliedschaftskandidaten.“ Hier ist darüber hinaus sicher auch weitsichtiges Handeln in London, Paris und Bonn gefragt.

Als Fazit läßt sich festhalten, dass Ungarn immer für pragmatische Sonderwege gut war: in den sechziger Jahren durch die Einführung marktwirtschaftlicher Elemente in die Planwirtschaft und jetzt mit der „De facto-NATO-Integration“ ohne Beharren auf die formale Mitgliedschaft. Liegt darin vielleicht ein Modell? □

GEFUNDEN

*Es gibt keine Freiheit
ohne Wahrheit!*

*Es gibt keine Freiheit
ohne Solidarität!*

*Es gibt keine Freiheit
ohne Opfer!*

Joh. Paul II., am 23. Juni 1996
vor dem Brandenburger Tor

DEUTSCHLAND UND DIE WELT

Moskau und die Nato-Realitäten

Die Bewertung des Verhältnisses Russlands zur Nato von Anfang Oktober 1996 (in DT vom 10.10.1996) und zum Stand einer vom neuen russischen Verteidigungsminister Rodionow angestrebten Militärreform trifft auch nach Lebeds unsanftem Abgang unverändert zu. Interessant ist auch, dass der Ehrgeiz und vor allem die Zuverlässigkeit Lebeds aus Sicht der Nato anders beurteilt werden als in den Medien der Bundesrepublik Deutschland. Man kann davon ausgehen, dass der schneidige Fallschirmjärgergeneral nicht sang- und klanglos in der Moskauer Versenkung verschwinden wird. In einem weiteren Artikel (in DT vom 24.10.1996) stellt Diethild Treffert den neuen Chef des russischen Sicherheitsrates und Tschetschenienbeauftragten Iwan Rybkin vor. (PS)

Lebed und Rodionow vor einer Militärreform in Rußland

Diethild Treffert

Der Besuch von Alexander Lebed im Brüsseler Nato-Hauptquartier wurde dort zu einer Aufklärungslektion über Ziel, Zweck und Selbstverständnis des Militärbündnisses genutzt. Nach all den widersprüchlichen Äußerungen des Chefs des russischen Sicherheitsdienstes hielt man wohl solche Grundsatzinformationen für erforderlich, denn, so hieß es aus Brüssel, sei es ja immerhin möglich, dass Lebed eines Tages noch eine tragende politische Rolle übernehmen könnte. Dies wird so manchem mehr Sorge bereitet haben als die von Lebed ausgestoßenen Drohungen in Richtung Westen.

Militärisch kann Rußland wohl keinem Staat zur Zeit Angst einjagen, nachdem Verteidigungsminister Rodionow seine Truppen für kaum kampffähig erklärt und Lebed selbst das gleiche vor der Duma verkündet hat. Und das von ihm angesagte Wirtschaftsembargo im Falle einer Ost-Erweiterung der Nato stürzte offensichtlich auch niemanden in Schrecken. Alles in allem schien es den maßgebenden Leuten in Brüssel also wohl nützlich, den russischen Sicherheitschef mit den Nato-Realitäten vertraut zu machen.

Entscheidungen konnte er ohnehin nicht treffen, dafür sind andere Kompetenzen gefragt wie bei-

spielsweise der Verteidigungsrat, dessen Gründung im Sommer Lebed ganz richtig als Konkurrenzunternehmen zu seinem Sicherheitsrat deutet. Aber nachdem er nahezu das gesamte politische und wirtschaftliche Leben Russlands dem Sicherheitsrat unterstellen wollte, ergab sich die Notwendigkeit einer gewissen methodischen Regulierung. Gleichzeitig wird dadurch der Einfluß Lebeds auf militärische Fragen beschränkt. Dass ihm das wehtut, liegt auf der Hand, denn schließlich ist der ehemalige General der Fallschirmjägertruppe bei diesen Fragen in seinem Element. Doch im Kreml hat man längst erkannt, dass Lebed zwar einsatzfähige Stärken hat, aber auch ein übersteigertes Selbstbewusstsein und gefährlichen Ehrgeiz besitzt. Präsident Jelzin hat im August auf Vorschlag Lebeds General Rodionow zum Verteidigungsminister ernannt, und dieser spielt im Verteidigungsrat heute die ausschlaggebende Rolle, wenn auch Premier Tschernomyrdin in Abwesenheit Jelzins den Vorsitz übernommen hat. Die Aufgabe Rodionows wird es sein, die Militärreform durchzusetzen. Seine Ansichten über den Zustand der Armee, über Waffenproduktion und die Nato sind bestimmend für die Entwicklung Ruß-

lands auf militärischem Gebiet.

Das Bild, das Rodionow von der Lage der Streitkräfte zeichnet, ist düster und, zieht man veröffentlichtes Zahlenmaterial heran, keineswegs übertrieben pessimistisch. Seit Monaten wird kein Sold ausgezahlt, Offiziere sind ohne Wohnung, in den Kasernen herrscht blanker Hunger, die Kriminalität wächst, und die Selbstmordrate ist hoch, wenngleich sie in den vergangenen Jahren leicht gesunken ist. Die für 1996 als Verpflegung für die Streitkräfte angewiesene Summe deckt nach Auskunft des Verteidigungsministeriums nur 61 Prozent des Bedarfs.

Rodionow tritt im Hinblick auf diese Tatsachen für eine Reduzierung der Armee ein. In einem Interview mit den „Moskowskije Nowosti“ beruft er sich auf die Situation in den zwanziger Jahren nach dem Bürgerkrieg. Auch damals habe man „ein paar Millionen schlecht ausgebildete und schlecht ausgerüstete Soldaten entlassen“ und den Rest zu einer schlagkräftigen Armee gestalten können. Das Wettrüsten in der Zeit des Kalten Krieges verurteilt Rodionow als Fehler, der in eine „Sackgasse“ geführt und das Land habe verarmen lassen. Heute sieht er die Rettung in einer Verkleinerung der Armee, einem Stopp beim Kauf neuer Waffen und Techniken bis ins nächste Jahrhundert. „Raketen und Kanonen braucht man nicht, um die Armut zu verteidigen“, sagt Rodionow. „In einem hungernden und unentwickelten Land ist die innere Bedrohung immer gefährlicher als die äußere.“ Was die Ost-Erweiterung der Nato anbelangt, so stimmt er allerdings mit Präsident Jelzin, Innenminister Kulikow und Lebed überein. Die Entscheidung der Nato sei insofern unverständlich, als „Rußland objektiv gesehen heute niemanden im westlichen und östlichen Europa bedroht“. Aber auch in Russland müsse „mit der Manie“ aufgehört

werden, dass „kein Problem der Welt ohne seine Teilnahme gelöst werden kann“. Er, Rodionow, sei vielmehr für Kontakte, die zu einem Abbau der Spannungen führe.

Wenn die Militärreform, die sich ja keineswegs nur auf die Finanzierungsmöglichkeiten der Armee beziehen kann, auf dieser Basis eingeleitet wird, wäre in der Tat der Weg zu einer geistigen Umgestaltung des gesamten russischen Militärwesens geebnet. Rodionow stehen allerdings in der Generalität und auch im übrigen Offizierskorps gewachsene und ge-

festigte Widerstände entgegen. Nicht zu vergessen jene Kräfte, die im Haushaltsplan geschrumpfte Mittel für die Verteidigung zur Verfügung stellen wollen, aber gleichzeitig auf dem Status quo der Truppen bestehen.

Lebed ist jedenfalls nicht der einzige in Rußland, der in gedankliche Widersprüche verstrickt ist und das offensichtlich nicht einmal erkennt. In der slawischen Mentalität nimmt die Logik keinen so führenden Platz wie in der westlichen ein. Dafür ist dem Slawen der geordnete, wenn gleich

komplizierte Aufbau staatlicher Strukturen (im Fall von Brüssel der Nato-Strukturen) verwirrend, überflüssig und kaum begreifbar, weil oftmals für die Praxis nur schwer brauchbar.

So wird Lebed von Brüssel vermutlich wenig überzeugt sein, während man dort Stoßgebete für die Gesundheit Jelzins zum Himmel schicken mag, um der Gefahr eines russischen Präsidenten namens Lebed zu entgehen. Es wird noch viel Zeit vergehen, bis das einige Europa sich wirklich begreift, begreifen will.

Mann des Ausgleichs und der Duma

Iwan Rybkin, der Nachfolger Lebeds, im Westen noch wenig bekannt

Nur zwei Tage nach der Entlassung von Alexander Lebed hat Präsident Jelzin den früheren Duma-Vorsitzenden Rybkin zum neuen Chef des Sicherheitsrates und Tschetschenienbeauftragten ernannt. Rybkin ist im Westen weitgehend unbekannt, und das ist bezeichnend für diesen Politiker. Er wirkt lieber in der Stille nach dem Grundsatz „Mehr sein, als scheinen“ und steht damit in vollem Gegensatz zu seinem Amtsvorgänger. Rybkin ist seeben fünfzig Jahre alt geworden, er stammt aus einer Bauernfamilie aus dem Bezirk Wolgograd, das damals noch Stalingrad hieß. Er studierte Agrarwissenschaften, schloß mit dem Grad des „Kandidaten“ ab, besuchte später aber auch die Akademie der Gesellschaftswissenschaften und die Diplomatische Akademie des Außenministeriums. Eine Parteikarriere begann er erst 1987, als sich Glasnost und Perestrojka schon zwei Jahre im Land auswirkten. Gorbatschow schickte ihn damals als Ersten Sekretär der Kommunistischen Partei nach Wolgograd, um dort die Reformen besser durchzusetzen. Bei den ersten noch halbfreien Wahlen zum Obersten Sowjet am 26. März 1990 kandidierte er noch für die „Kommunisten Rußlands“ und gelangte über diese Partei in den damaligen Obersten Sowjet.

Der Putsch gegen Gorbatschow im August 1991 änderte zwar

nichts an dieser Einstellung, wohl aber der Aufstand des Parlaments unter Vorsitz des Tschetschenen Chasbulatow gegen Jelzin im September/Okttober 1993. Obwohl bei den folgenden Duma-Wahlen noch als Kommunist angetreten und zum Parlamentsvorsitzenden gewählt, bekannte er sich alsbald zu Demokratie und den Reformen Jelzins.

Das Parlament konnte er in ein ruhigeres Fahrwasser schleusen, so wie er stets auf Ausgleich bedacht gewesen war. Er zeigte große Sympathie für den damaligen Regierungschef Gajdar und seine junge Mannschaft, setzte aber Zweifel in den Erfolg ihrer Wirtschaftspolitik, weil sie „mit einer Kavallerie-Attacke unsere monopolisierte Wirtschaft erstürmen wollen“. Bekanntlich behielt Rybkin recht. Er hatte seine Meinung zwar in einem Zeitungsinterview geäußert, aber der Entscheidung des Präsidenten nicht vorgegriffen, der Gajdar später als Premierminister abberief. Sein Nachfolger wurde Tschernomyrdin.

Auch er ist ein Mann, der eher im Stillen wirkt, keine Popularität sucht. Sein Anliegen ist es, das Staatsschiff durch die jetzigen Turbulenzen möglichst sicher zu steuern und Unruhe zu vermeiden, wann immer sie sich vermeiden lässt. Das exaltierte Auftreten Lebeds, seine übersteigerten Ansprüche auf Macht und Einfluß,

die unsinnige Suche nach Möglichkeiten zur Provokation und Konfrontation – dieses ganze Gehaben störte die Absichten Tschernomyrdins und, wie sich erwiesen hat, praktisch sämtliche Abgeordnete aus allen Fraktionen. Von Rybkin ist ein Jahrmarkt der Eitelkeiten nicht zu erwarten. Er hat nicht einmal viel davon hergemacht, dass er jahrelang als Professor gewirkt hat, als Mitglied in die Akademie der Wissenschaften berufen wurde und schließlich vor diesem Gremium seine Dissertation über „Entstehung und Entwicklung des Parlamentarismus in Rußland“ verteidigte und promoviert wurde. So hat er auch seine gesamte Laufbahn nicht irgendwelchen Beziehungen zu verdanken, sondern allein seiner ruhigen, stetigen und sachkundigen Arbeit, was immer er anpackte.

So darf auch darauf gehofft werden, dass er die gewiss schwierige Aufgabe, den Friedensprozeß in Tschetschenien fortzuführen, auf seine vermittelnde, ehrliche Weise lösen wird. Dort ist man freilich auf die „Offizierschre“ Lebeds fixiert. Immerhin hatte dieser nicht ohne persönliches Risiko den Waffenstillstand ausgehandelt und das Abkommen unterzeichnet. Ob man jetzt seinen Nachfolger ebenso akzeptiert, ist nicht sicher. Rybkin ist von Jelzin ein schweres Amt aufgebürdet worden, das er selbst als Herausforderung sieht. Zum Präsidenten steht er mit gleicher Zuverlässigkeit wie Tschernomyrdin. □

Russlands Armee als Krokodil

Joachim G. Görlich

Anlässlich der polnischen Ausgabe seines Buches „Soldat der Freiheit“ über die sowjetische und russische Armee durch einen polnischen Verlag schreibt der geflohene Sowjetoffizier Wiktor Suworow (richtiger Name: Wladimir Bogdanowitsch Rjesun), dass die russische Armee wie ein Krokodil weiter unberechenbar ist. Alle Beurteilungen dieses Tiere passen auch auf diese Armee: Von Klug und gerissen bis dumm, unersättlich usw. Jedenfalls gehen aus ihr ebenso weiterhin die „fanatischsten kommunistischen Funktionäre hervor“.

Es sei zudem unbestritten, dass in der neuen russischen Armee teils ganz offen, teils latent, der Geist der sowjetischen Armee weiter fröhliche Urstände feiert. Während z.B. Leningrad schon lange wieder St. Petersburg heißt, gibt es weiterhin den „Leningrader Wehrbezirk“ und die „Leningrader militärmeeresische Base“. Das

Armeeorgan heißt weiterhin „Roter Stern“, der wie gehabt fünfzackig stets auf der Titelseite prangt, nebst dem Leninkonterfei und der Parole „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“. Im Westen wüssten zudem die meisten nicht, daß die fünf Zacken Symbolcharakter haben: Jede Zacke bedeutet einen Erdteil. Ganz abgesehen tragen heute viele Soldaten nicht die russische trikolore Kokarde auf der Mütze, sondern weiter den roten Sowjetstern.

Die heutige kommunistische Partei rekrutiert zudem aus Aktivisten und Veteranen der Armee ihre fanatischsten Funktionäre.

Andererseits habe sich das neue freiheitliche Marktsystem in der Armee in „seinen schlimmsten Erscheinungen“ breitgemacht, so dass die heißesten Herolde der Weltrevolution in der Gesellschaftsgerechtigkeit heute Liebhaber silberner Mercedes-Limousinen und mit Brillanten bestückter

Rollex-Uhren“ sind. „Der gleiche ‘Rote Stern’ ist voll von Informationen über eine ungeheure Korruption unter den Generälen. Es stellt sich nämlich heraus, dass die Mercedes-Liebhaber vorzüglich mit Panzern, automatischen Waffen und mit dem Brot der Soldaten handeln können.“

Suworows Buch, das zuerst im russischen Untergrund erschienen ist, soll demnächst erweitert auch in einem privaten russischen Verlag erscheinen. Der Autor, der jetzt seinen richtigen Namen preisgab, lebt weiterhin irgendwo in einem Versteck im Exil. Wie er selbst schreibt, ist sein Bruder weiter Offizier, außerdem habe er noch viele „gute Kameraden“ in den russischen Streitkräften. Dass sein Buch in Polen erscheint, begrüßt er nicht nur wegen der Nähe der beiden Sprachen, sondern auch weil just die Polen die Unberechenbarkeit der russischen Armee besonders kennen.

Aus Polen wird gemeldet, dass polnische Offiziere massenweise dieses Buch geordert haben. Der Autor ist zudem zu Vorträgen vor dem Offizierskorps eingeladen. □

NATO-Treffen in Bergen: Wichtige Weichen gestellt

Die NATO-Verteidigungsminister haben bei ihrem Treffen in Bergen/Norwegen zwei wichtige Weichen gestellt: Zum einen wird es auch nach dem Ablauf des IFOR-Mandats am 20. Dezember 1996 eine internationale Friedenstruppe unter NATO-Führung in Bosnien geben und zum anderen werden im Frühjahr 1997 die Aufnahmeverhandlungen für die Ost-Erweiterung beginnen. Die Minister waren sich angesichts der Spannungen in Bosnien einig, auch 1997 eine „Stabilisierungstruppe“ in dem Land zu belassen. Für die Nachfolge-Mission ist eine Truppe in der Größenordnung von 25.000 Mann im Gespräch. Eine endgültige Entscheidung wird im November erwartet. Bedingung ist die Teilnahme

Russlands, das bereits zugesagt hat, und der USA. Ein amerikanischer Beschluss wird erst nach den Präsidentschaftswahlen am 5. November erwartet. Entschlossen zeigten sich die NATO-Verteidigungsminister in der Frage der Osterweiterung. Die Allianz werde sich 1997 „auf jeden Fall“ für neue Mitglieder öffnen und dabei keine Rücksicht auf russische Bedenken nehmen. Allerdings soll Rußland nicht isoliert, sondern in einen europäischen „Sicherheitszirkel“ eingebunden sowie bei strategischen Entscheidungen der NATO künftig befragt werden – allerdings ohne Stimmrecht. Verteidigungsminister Rühe zeigte sich zuversichtlich, dass es bis dahin eine Verständigung mit Rußland gibt. (Lo) IAP 10/96

KURZ NOTIERT

Südkorea: Kardinal zum „Mann des Jahres“ gewählt

Der katholische Erzbischof von Seoul, Kardinal Stephen Kim Sou Hwan, ist zur einflussreichsten Persönlichkeit in Südkoreas Gesellschaft gewählt worden. An der Abstimmung waren 200 Journalisten beteiligt, wie das Wochenmagazin „The Newsmaker“ Mitte Oktober berichtet. Für die Wahl sei seine „energische spirituelle Führerrolle“ ausschlaggebend gewesen. In der Umfrage hätten Seouls Medienexperten dem Kardinal 111 Stimmen gegeben, meldete das Magazin. Wörtlich folgert das Magazin: „Bei der Abwesenheit von Respektspersonen in unserer Gesellschaft ist Kardinal Kim die einzige Persönlichkeit dieser Art im Lande.“ (KNA)

Wenig Klugheit und Weitsicht

Die Orientpolitik des Westens glänzt durch Fehleinschätzungen

Jürgen Liminski

Es wird wieder heiß für Bernd Schmidbauer, den Staatsminister im Kanzleramt. Die Zeugenaussage des ehemaligen Staatspräsidenten Irans, Bani Sadr, im Berliner Mykonos-Prozeß rückt den Geheimdienstkoordinator im Besonderen und die deutsche Iran-Politik im Allgemeinen in das grelle Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit.

Noch vor wenigen Wochen war das Lob für Schmidbauer einhellig, als er einen Tausch von Gefangenen und Gefallenen zwischen Israel und der Hisbollah arrangierte. Der Aktion wurde sogar Bedeutung für den Friedensprozess in der Gesamtregion zugesprochen. Es schien, als wachse der deutsche Baum in den nahöstlichen Himmel. Die Entwicklung im Berliner Prozeß und in der Region aber wirft die Frage auf, ob dieser Baum denn auch eine Wurzel hat. Kein Zweifel, die Leistung von Schmidbauer war beachtlich. Mit der Hisbollah lassen sich in der Regel keine politischen Geschäfte machen. Die Fäden für die Aktion liefen denn auch nicht direkt nach Beirut, sondern über Teheran. Und hier wurde die geheime Kommandosache in der Tat auch strategisch interessant. Denn der Coup des Koordinators kam zu einem Zeitpunkt zustande, da die Vereinigten Staaten sich anschickten, das Regime der Mullahs in Iran zu isolieren. Ähnlich dem Helms-Burton-Gesetz in Sachen Kuba hat der Kongreß kurz darauf ein Gesetz verabschiedet, das auch nichtamerikanische Firmen und Manager unter Strafandrohung stellt, die mit Iran und Libyen Handel treiben. Schmidbauer aber hat bewiesen, dass solche Kontakte auch nützlich sein können. Realisten in der Region, meist israelische Geheimdienst-Kollegen allerdings, meinten noch in der Euphorie-Phase des Schmidbauer-Deals

ganz offen, der Deutsche verkenne die Verschlagenheit der Mullahs, ihre im Umgang mit Ungläubigen gewohnte Kunst der Verstellung, das religiöse Gebot der Taquia. Er sei für sie nur ein nützlicher Idiot.

Angst vor Isolierung

Man mag sich die Frage stellen, ob die Mullahs Schmidbauer und die Deutschen nur instrumentalisieren, um der Isolierung zu entgehen. Fraglos sicher ist, dass Deutschland in Nahost nie eine dominierende Rolle spielen wird. Daran hindert uns: schon die Last der Geschichte. Deutschland kann nur im Verbund mit den anderen Europäern eine komplementäre Rolle zu den Vereinigten Staaten übernehmen. Das meinte bereits Menachem Begin, der vor knapp zwanzig Jahren als erster israelischer Premier den Ausgleich mit den Arabern suchte und den Friedensvertrag mit Ägypten schloss. Pate dieses Vertrags war übrigens der amerikanische Präsident Carter und einer der Mitarbeiter an dem Vertrag der heutige Außenminister Christopher. In diesem Kontext muss der Beitrag des Kanzleramtsministers gesehen werden. Weiter trägt die Hoffnung nicht. Es wäre vermessen zu glauben, die Deutschen könnten in dieser vom Prinzip der Stärke regierten Region außer humanitären Fragen auch andere Schwierigkeiten lösen. Das ist eine Aufgabe für eine Supermacht, besser: für Amerika.

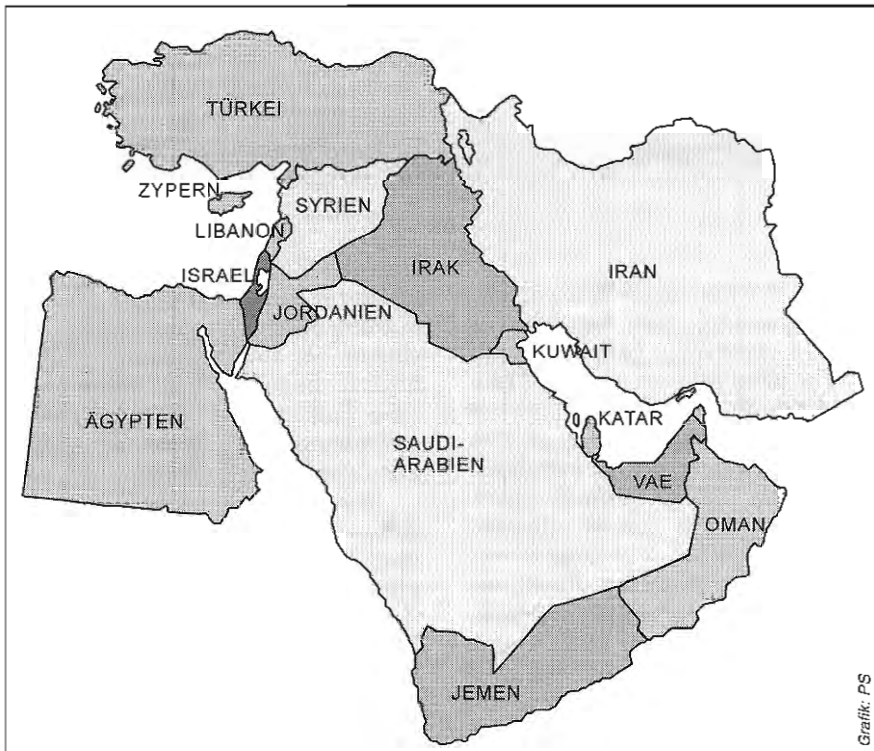
In Washington aber blickt man nach wie vor skeptisch auf den „kritischen Dialog“, den Bonn mit Teheran pflegt. Nach den Aussagen Bani Sadrs erst recht. Mehr noch: Falls sich auch herausstellen sollte, dass die Ursache für die Explosion der TWA-Maschine ein Terrorakt war und dass in irgendeiner Weise die Hisbollah damit in

Zusammenhang gebracht werden kann, dann wird eine handfeste Krise zwischen Bonn und Washington kaum zu vermeiden sein. Es sei denn, die Deutschen gäben ihren Dialog mit Teheran auf. Dafür allerdings spricht wenig, und die Befürchtung, dass es dann zu Attentaten auch in Deutschland kommen könnte, gibt einer Abwägung zwischen Krise mit Washington oder kritischem Gedankenaustausch mit Teheran zumindest ein gewisses Gewicht. Bonn wird zunächst einfach stillhalten und das Ende des Prozesses abwarten. Aber Geschäfte mit Terroristen sind Abmachungen in der Schlangengrube. Irgendwann wird auch Schmidbauer und das Kanzleramt diese Erkenntnis teilen müssen.

Allerdings kann Bonn im Gespräch mit Washington eine andere Frage aufwerfen: Ist die amerikanische Orientpolitik klüger? Führt sie weiter? Gewiss, das Ziel ist legitim. Der größte Terrorstaat heute, die Islamische Republik Iran, soll diplomatisch und wirtschaftlich isoliert werden. Aber das Mittel ist falsch, und die Art und Weise, wie man zu Werke geht, ist heuchlerisch und plump zugleich. So kann es nicht verwundern, dass das vom amerikanischen Kongreß Ende Juli in Kraft gesetzte Gesetz Amato-Kennedy bisher mehr Schwierigkeiten als Lösungen brachte.

Zunächst einmal sollen Investitionen von mehr als vierzig Millionen Dollar unter Strafe gestellt werden. Die Zahl ist nicht willkürlich. Unterhalb dieser Schwelle sind einige Dutzend amerikanische Firmen in Iran aktiv, übrigens auch etliche europäische Unternehmen. Und mit vierzig Millionen Dollar kann man in diesen Weltgegenden schon einiges bewirken. Wenn man Iran also wirklich wirtschaftlich unter Druck setzen wollte, dann müsste dieses Maximum erheblich reduziert werden, mindestens unter zehn Millionen. Das aber würde den amerikanischen Firmen schaden und damit auch den Provinz-Politikern, die glauben, auf die Hilfe dieser mittelständischen Unternehmen angewiesen zu sein.

Außerdem muss man fragen, warum nur die Staaten Iran und Libyen unter dieses Gesetz fallen? Das Regime Assad in Syrien gehört



Die Länder des Nahen Ostens.

Obwohl das Rüstungsniveau weltweit sinkt oder zumindest stagniert, ist der Nahe Osten eine Region, in der – alarmiert durch den zweiten Golfkrieg – die Staaten ihre Streitkräfte vergrößern und sich hochentwickelte konventionelle Rüstung beschaffen. Eine innenpolitische Bremse durch parlamentarisch-demokratische Kontrolle ist kaum vorhanden. Das Rüstungspotential wird allenfalls durch die finanzielle Leistungsfähigkeit selbst der Ölstaaten begrenzt.

Gerichtshof Bestand haben. Es ordnet nicht, was ein Gesetz ja tun sollte, sondern bringt international Verwirrung und hilft politisch dem Staat der Terrorismusbetreiber. Das Gesetz Amato wird zum Bumerang. Die Mullahs werden es als Geschenk Allahs betrachten. Dabei schlägt hier nicht das neue Reich des Terrors zurück. Es ist nur die eigene Dummheit der amerikanischen Politikkommissare. Sie stehen damit der Bonner Iran-Diplomatie gewiss nicht nach.

Aber die Amerikaner haben, wie schon Tocqueville bemerkte, gegenüber den Europäern das zweifelhafte Privileg, politische Fehler begehen zu können, die korrigierbar sind. Auch bei dem Bumerang-Gesetz Amato ist die Korrektur sozusagen schon eingebaut, indem der Präsident möglichen Sanktionen erst zustimmen muss. Eine Krise mit Handbremse. Das diplomatische Gefährd der Deutschen hat solche Sicherheitsvorkehrungen nicht vorgesehen. Erschwerend kommt jetzt noch hinzu, dass deutsche Geschäftsleute wieder in einen Libyen-Deal verwickelt sind. Es geht wieder um Giftgas und ganz gleich, ob der CIA bei den Enthüllungen darüber nachgeholfen hat oder nicht, das deutsch-libysche Geschäft ist real existent. So ergibt sich ein Bild in Nahost, das verwirrender nicht sein könnte. Über der komplexen Situation in der Region legt sich noch das Knäuel der diplomatischen Beziehungen und zwielichtigen Kontakte. Traurige Bilanz: Von Klugheit und Weitsicht in der Mittel- und Nahostpolitik ist diesseits und jenseits des Atlantik nicht viel, von Verwirrung, Fehleinschätzungen und wildem Hantieren mit Gesetzen dagegen umso mehr zu sehen. □

heute nach wie vor zu den Diktaturen, die Terroristengruppen aus aller Herren Länder Unterschlupf und Ausbildungsmöglichkeiten gewähren, zum Beispiel der auch in Deutschland aktiven Kurdischen Arbeiterpartei PKK oder der in Israel wütenden Hamas. Syrien ist mit Teheran eng verbündet. Syrien hält seit fast zwanzig Jahren den Libanon besetzt, und Syrien blockiert de facto den Friedensprozess in Nahost. Aber Washington glaubt immer noch, Damaskus in das Lager der Friedensapostel ziehen zu können, und deshalb wird das Regime geschont, wo es nur geht. Hier schlägt die vermeintliche Realpolitik in Einäugigkeit und Heuchelei um. Wer den kritischen Dialog Bonns mit Teheran unter Beschuss nimmt, der muss sich auch die – vor allem in Europa gestellte – Frage gefallen lassen, warum Syrien so sinnlos geschont wird.

Darüber hinaus handelt sich Washington mit den Verbündeten durch dieses Gesetz unnötig und mit Recht Ärger ein, nicht nur mit den Europäern. Die türkische Regierung ist nun mit Iran auf Freundschaftskurs gegangen. Regierungschef Erbakan besuchte seine „Glaubensbrüder“ in Teheran und schloss mit Iran einen Vertrag über die Lieferung von Erdgas im Wert von zwanzig Mil-

lionen Dollar ab, ein Geschäft, das andere nach sich zieht. So muss dafür in den kommenden Jahren eine etwa 1.500 Kilometer lange Pipeline gelegt werden. Ferner wurde die Lieferung von Elektrizität für Ostanatolien und von Öl vereinbart. In Washington ist man verärgert und versucht die Bedeutung der Handelsabkommen herunterzuspielen. Das politische Gewicht ist jedoch erheblich. Zwar gibt es schon seit Jahresanfang hochrangige Geheimkontakte zwischen den Mullahs und den Islamisten in der Türkei. Diese Kontakte aber finden nun durch das Gesetz Amato eine gewisse Rechtfertigung.

Hautgout von Imperialismus

Kaum ein Land – erst recht nicht die nationalbewusste Türkei – wird es sich bieten lassen, dass ein anderer Staat seine Souveränität beschneidet, indem es die eigene ausweitet. Genau das aber geschieht mit dem amerikanischen Gesetz, weil es auch nicht-amerikanische Firmen und Staatsbürger mit Strafe bedroht, diese also unmittelbar und wegen Taten außerhalb der Vereinigten Staaten der amerikanischen Gerichtsbarkeit unterzieht. Das Gesetz hat einen Hautgout von Imperialismus. Es dürfte vor keinem internationalen

Es gibt keinen „Heiligen Krieg“

Religionsführer rufen zum Einsatz für Frieden auf

Johannes Schidelko (KNA-Korr., Rom)

„Es gibt nichts Heiliges am Krieg, nur der Frieden ist heilig.“ Mit einem eindringlichen Friedensappell haben Führer der christlichen Kirchen und Spitzenvertreter von zehn Weltreligionen am 10. Oktober 1996 in Rom ein Ende von Gewalt, Haß und Blutvergießen gefordert. Krieg sei immer ein Abenteuer ohne Rückkehr“. Die Religionen hätten die Verantwortung und Pflicht, für Dialog und Solidarität einzutreten.

Ein 30 Meter langes Banner in den Regenbogenfarben flatterte vom Turm der frühchristlichen Basilika Santa Maria im alten Stadtteil Trastevere. Auf einem großen Podium unter einer stilisierten Friedenstaube und der Aufschrift „Der Frieden ist der Name Gottes“ hatten die Kirchen- und Religionsführer Platz genommen. Da saßen römische Kardinäle einträchtig neben islamischen Muftis, Rabbiner neben Schinto-Vertretern. Unter dem Applaus der Menschenmenge auf dem Platz wechselten Buddhisten in ihren safran-farbenen Gewändern den Friedensgruß mit Hindus, Sikhs umarmten ostkirchliche Patriarchen und Würdenträger. Und nach einem Grußwort des Papstes und Reden von Italiens Ministerpräsident Romano Prodi und Kardinal-Staatssekretär Angelo Sodano setzten die Religionsführer ihre Unterschrift unter ein Friedensdokument: „Wir haben keine Macht außer der schwachen Stärke des Glaubens: In diesem Namen rufen wir jeden auf, Gewaltstreben zu beenden, die Hand zu entwerfen, die zuschlagen will, und auf den Gebrauch von Gewalt zu verzichten“, heißt es darin. Vor der Unterzeichnung entzündeten die Bischöfe und Bonzen, die Hindu-Priester und Muftis, der Patriarch aus Bagdad und der Scheich der Kairoer Al-Ashar-Universität mit Fackeln einen riesigen Rundleuchter.

Die eigentliche Hauptperson fehlte freilich bei dem inter-

religiösen Friedenstreffen vor der mosaikgeschmückten Fassade der ältesten römischen Marien-Basilika. Vor zehn Jahren am 26. Oktober 1986 hatte Papst Johannes Paul II. die Führer der großen Weltreligionen zu einem Friedenstreffen in die mittelitalienische Franziskus-Stadt Assisi eingeladen. Zum zehnten Jahrestag dieses Ereignisses wollte der Papst erneut die Religionsführer begrüßen, diesmal in Rom. Aber wegen seines Krankenhausaufenthaltes verlas Kardinal Sodano das Grußwort. „Wir haben nicht umsonst gebetet“, versicherte darin der Papst. Von jenem Ereignis seien „neue Friedensenergien“ ausgegangen in die historische und schwierige Entwicklung der darauffolgenden Jahre hinein.

Die römische Basissgemeinde Sant'Egidio, die sich sonst an sozialen Brennpunkten engagiert und die mitunter auch auf dem diplomatischen Parkett tätig ist, hat in Folge des Assisi-Treffens von 1986 jedes Jahr in einer anderen Stadt kleinere interreligiöse Frie-

denstreffen organisiert: 1989 in Warschau zum 50. Jahrestag des Kriegsbeginns, dann in Bari, in Malta, Florenz und Mailand und im vergangenen Jahr in Jerusalem. „Beten wir zu Gott, daß die Männer und Frauen heute tatsächlich die schrecklichen Konflikte hinter sich lassen, daß sie sich auf den Weg des gegenseitigen Respekts, der Eintracht und der Solidarität begeben, um gemeinsam eine Zukunft in echtem Frieden aufzubauen“, forderte der Papst zur Zehnjahres-Feier.

Abschriften des Friedensappells gehen jetzt an die Kirchenführer und an die Staatsoberhäupter in aller Welt. Symbolisch wurden die Texte bereits bei der Feier auf dem Platz von Trastevere übermittelt: Eine Frau aus dem Krisenland Somalia überreichte die Botschaft an den deutschen Vatikanbotschafter Philipp Jenninger, eine italienische Jüdin mit KZ-Halstuch gab ihm dessen französischem Amtskollegen, und ein Flüchtling aus Burundi überreichte ihm dem italienischen Verteidigungsminister Beniamino Andreatta. Zu den Klängen von Handels „Halleluja“ und Beethovens „Ode an die Freude“ wechselten schließlich alle Teilnehmer den Friedensgruß – auf dem historischen Platz von Trastevere, über den schon der heilige Franz von Assisi geschritten ist. □

KURZ NOTIERT

Töpfer fordert „Grünhelme“ zum Erhalt des Weltfriedens

Die sozialen, ökonomischen und ökologischen Probleme der Welt sollen nach Ansicht von Bundesbauminister Klaus Töpfer (CDU) von „Grünhelmen“ bekämpft werden. Sie sollten analog zu den UN-Blauhelm-Soldaten „präventiv friedensbildend“ wirken, sagte Töpfer am 04.10.1996 in Eichstätt. Die „Grünhelme“ könnten durch die Bekämpfung der Hauptprobleme der Welt verhindern, daß der Nährboden für Unfrieden und Fanatismus entstehe.

Töpfer, der bei einem Symposium „Christentum und zukunftsfähiges Europa“ in seiner Eigenschaft als ehemaliger Umwelt-

minister sprach, verwies darauf, daß die Großstädte und Ballungsräume nicht nur in Entwicklungsländern immer mehr zu sozialen und ökologischen Brennpunkten würden. Nahezu alle Großstädte hätten mit den Problemen Luftverschmutzung, Wasserversorgung und Abfall zu kämpfen. Neue Slums entstünden inmitten der Städte. Wer es sich leisten könne, siedele in Außenbereichen. Dadurch entstehe neuer „sozialer Zündstoff“. Töpfer plädierte für eine komplette Neuorganisation der Ballungsräume. Dafür müßten die Vereinten Nationen institutionelle Strukturen schaffen. (KNA)

28 Millionen Kinder leben in Kriegsregionen

UNO Studie über Kinder im Krieg

Ursula Schüller (KNA-Korr., Johannesburg)

Es ist eine verzehrende Arbeit, die Graca Machel seit Monaten leistet, seitdem die UN-Vollversammlung eine Studie über die Wirkung von Krieg auf Kinder in Auftrag gab, und Generalsekretär Butros Butros Ghali die frühere Erziehungsministerin Mosambiks betraute, diese Untersuchung für das Kinderhilfswerk Unicef zu leiten. Machel wird die Resultate ihrer Arbeit vor der UN-Generalversammlung präsentieren. Die Studie ist ein Versuch, den Irrsinn, den Krieg führende Erwachsene Kindern antun, aus der Gesamtmenge „Irrsinn Krieg“ zu isolieren: Wie viele Kinder sind weltweit Opfer gewalttätiger Auseinandersetzungen? Passiv, weil sie ihrer Eltern beraubt werden, Minen sie verstümmeln oder sie zu verhungern drohen. Aktiv, weil Ältere sie als Kindersoldaten mißbrauchen, zu Killern abrichten. Was kann man tun, um sie zumindest notdürftig wieder einzugliedern?

Allein was das Kinderhilfswerk der Weltorganisation bislang an geschätzten Zahlen vorgelegt hat, ist erschütternd. Demnach lebten im vergangenen Jahr rund 28 Millionen Kinder und Jugendliche in Kriegsregionen. Unicef schätzt,

dass 1993 eine halbe Million Kinder ums Leben kamen, weil sie in Kriegszeiten nicht ausreichend mit Nahrung, Medizin und sauberem Wasser versorgt werden konnten. Allein das Massaker in Ruanda kostete etwa 300.000 Kinder und Jugendliche das Leben. Im westafrikanischen Liberia, das in völlige Anarchie zerfallen ist, kämpfen nach Unicef-Schätzungen 6.000 Kinder und 12.000 Jugendliche unter 18 Jahren als Soldaten im Bandenkrieg, der das Land verwüstet hat. In Kambodscha hat der Bürgerkrieg rund 250.000 Kinder zu Waisen gemacht. Untersuchungen in Mosambik ergaben, daß schätzungsweise 16 Prozent aller Mädchen während des Bürgerkriegs vergewaltigt wurden.

Machel, die Witwe von Mosambiks Frelimo-Präsident Samora Machel, kennt die Schicksale aus eigener Anschauung. Nach der Unabhängigkeit 1975 wurde ihr Land von einem verheerenden Bürgerkrieg heimgesucht, der erst 1992 ein schleppendes Ende fand. „Mit Kindern kann man alles machen“, erklärt sie. Das Verständnis für gut und böse sei noch nicht ausgebildet. Deshalb eigneten sie sich so gut als

willfähige Werkzeuge. Erschüttert hat sie das Bekenntnis eines in Ruanda wegen vielfachen Mordes inhaftierten elfjährigen Hutu. Er sei auch jetzt noch davon überzeugt, das Richtige getan zu haben. Hinter Gittern bekannte er, wieder Tutsi zu töten, wenn er nur Gelegenheit dazu bekäme.

Die Mosambikanerin vertritt ihre Aufgabe selbstbewußt, mit Engagement und Enthusiasmus. Ihre Erfahrung in internationalen Gremien der Vereinten Nationen kommt ihr dabei zugute. In der Regierung ihres Mannes, die neben den Rebellen ihren Teil zum wirtschaftlichen Niedergang des Landes beitrug, war sie einer der wenigen Aktivposten und bewirkte, daß in Mosambik die Schülerzahlen drastisch stiegen. „Wir können Samenkörner für einen Wandel pflanzen“, erhofft Machel als Resultat ihrer Arbeit. Hilfswerke setzen sich inzwischen verstärkt für die Sache der Kinder ein. Unicef fordert die Einrichtung geschützter, humanitärer Korridore. Dorthin sollen die Wehrlosen sich flüchten, und dort sollten Hilfswerke arbeiten können, ohne ins Schußfeld zu geraten.

Wie die Präsidenten Afrikas sich angesichts der Leiden von Kindern im Krieg fühlten, fragte jüngst ein 17-jähriger Ugander auf dem „Kindergipfel“ in der kamerunischen Hauptstadt Yaounde. Der junge Ostafrikaner war von einer Rebellenbewegung entführt und jahrelang für deren Zwecke mißbraucht worden. 22 Kinder aus elf afrikanischen Krisengebieten waren eigens für dieses Treffen eingeflogen worden, daß dem jährlichen Gipfel der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) vorausging. Die Kinder verfaßten eine Resolution, die zwei von ihnen den Vertretern der 53-OAU-Staaten vortrugen. Die Zeit sei gekommen, die Stimmen der Stimmlosen zu hören, sagte OAU-Generalsekretär Salim Ahmed Salim. □



Woche für das Leben
1. bis 7. Juni 1997



Eine Initiative der katholischen und evangelischen Kirche

Als Christen glauben wir, dass jeder Mensch Geschöpf Gottes ist und sich daher seine Existenz allein der Liebe und dem Schöpfungswillen Gottes verdankt. Dies begründet auch sein Personsein, das ihn von allen anderen Lebewesen grundlegend unterscheidet und ihm seine einmalige Würde verleiht.

Menschliches Leben ist immer zu schützen und stets in sich wertvoll, unabhängig davon, welchen Grad an Gesundheit, Erkenntnis, Selbstbewusstsein oder körperlicher, geistiger und seelischer Leistungsfähigkeit es besitzt. Dies soll mit der Woche für das Leben 1997 erneut bewusst gemacht werden.

(Aus dem Begleittext zur Ankündigung der Woche für das Leben 1997, Hrsg.: DBK u. Rat der EKD)

CHRISTLICHES ZEUGNIS

Besinnung auf das Mysterium ist notwendig

Der Militärbischof der Niederlande legt in Maria Vesperbild ein persönliches Glaubenszeugnis ab. Der Mariae Himmelfahrtstag (15. August) zog wieder mehr als zehntausend Menschen in den mittelschwäbischen Wallfahrtsort Maria Vesperbild (bei Ziemetshausen an der B 300 30 km südwestlich von Augsburg). Der Wallfahrtsdirektor Msgr. Wilhelm Imkamp konnte als Zelebranten und Prediger den Militärbischof der Niederlande, Josef Maria Punt, begrüßen. Der Bischof hat persönliche Beziehungen zu Augsburg, wo er vor dreizehn Jahren studiert hatte.

Zur Fatimagrotte geleiteten den Bischof neben zahlreichen Priestern auch ein Ehrenzug der Bundeswehr mit ihren roten Barretts. Oberstleutnant Roth vom Transportbataillon 220 in Günzburg hatte diesen Zug zu Ehren des niederländischen Militärbischofs abkommandiert und war auch selbst anwesend.

In seiner Predigt ließ der Bischof die Gläubigen immer wieder einen Blick in sein Leben tun. Seine Mutter hatte ihn als Neugeborenen Maria geweiht, deren konkreten Schutz er oft habe spüren dürfen. Auf der Suche nach Idealen hatte der 68er-Student der Ökologie und Soziologie, wie viele Altersgenossen, Bücher über Buddha, Yoga und Zen verschlungen, und transzendente Meditation betrieben, ja sogar makrobiotische Kost gegessen. Darüber habe er zeitweise den lebendigen Gott von Abraham, Isaak und Jakob vergessen. Jedoch habe ihn Gott schließlich „am Kragen gepackt“ und auf den Weg des Glaubens und der Kirche gesetzt.

Die Zeit, in der wir leben, voller Dramatik und Bedrängnis, Schwierigkeiten und Verwirrungen sieht der Gottesmann als eine Zeit historischer Umwälzungen und auch als marianische Zeit. Als Zeichen der Hoffnung schwebe über der Welt von heute Maria. Nicht umsonst sei sie an so vielen Wallfahrtsorten der Welt, so auch in



Maria Vesperbild, anwesend. Eine unverkennbare neue Offenheit für Religion und Glauben hat der holländische Priester ausgemacht. Millionen von Jugendlichen suchen im göttlichen Wort die Befreiung aus ihrer Ratlosigkeit. In „spi-

ritueller Atemnot“ seien viele Menschen unserer Zeit aus Mangel an Nahrung für Herz und Seele geraten.

Die Rückbesinnung auf das Mysterium sei dringend notwendig, und dabei spiele Maria eine ganz besondere Rolle. Unsere Zeit ist für Bischof Punt gerade darum auch eine Zeit voller Hoffnung, ein neuer Advent, in dem große Dinge vorbereitet werden, die Gott mit Mariens Hilfe tun wird, auch in unserem Leben, in unserer Zeit.

In schier endloser Prozession zogen bei Einbruch der Dunkelheit Männer, Frauen und Kinder mit brennenden Kerzen um den Schlossberg. Im Schweiß ihres Angesichts trugen Männer dabei die blumengeschmückte Marienstatue. In der Grotte erteilte ihnen Bischof Punt seinen Segen. Der Tag klang aus mit der Papsthymne.

(Karin Winkler: Presseinformation der Wallfahrtsdirektion Maria Vesperbild, Ziemetshausen, vom 16.08.1996)

KURZ NOTIERT

Messe hat Vorrang vor Wortgottesdiensten

Den Vorrang der heiligen Messe vor den mit zunehmendem Priestermangel häufiger werdenden Wortgottesdiensten am Sonntag hat der Rottenburger Bischof Walter Kasper nachdrücklich herausgestellt. Es dürfe nicht dazu kommen, dass Eucharistiefeier und Wortgottesdienst im Bewusstsein der Gläubigen einfach austauschbar werden, warnte Kasper in Rottenburg. In den Gemeinden dürfe nicht aufgegeben werden, was katholische Identität, Kraft und Stärke sei.

Die Eucharistie sei nach katholischem Glaubensbewusstsein Mitte und Höhepunkt des Lebens der Kirche und der Gemeinden, beton-

te der Bischof. Die in den Gemeinden für Wortgottesdienste beauftragten Laien verdienten hohe Anerkennung. Klar müsse aber bleiben, daß ihr Dienst nicht einfach mit dem des Priesters gleichzusetzen sei. Kasper wandte sich dagegen, zur Aushilfe eingesetzte auswärtige Geistliche als „eingeflogene Priester“ zu bezeichnen. Der Bischof warb um Verständnis für Gläubige, die Sonntagsmessen von Nachbargemeinden aufsuchten, weil in der eigenen Kirche kein Priester zur Verfügung stehe. Bei der heutigen Mobilität dürfe man nicht einer soziologisch überholten Gemeinderomantik nachhängen. (KNA)

Bischof Graf von Galen an der Seite der Soldaten des II. Weltkrieges

Norbert M. Schütz¹

Vorbemerkung

Anlässlich des 50. Todestages des Bischofs von Münster, Clemens August Kardinal Graf von Galen, Bischof in Münster in der Zeit vom 5. September 1933 bis zum 22. März 1946 – im Volksmund Löwe von Münster genannt – wurde sein Wirken in der breiten Öffentlichkeit unserer Gesellschaft gewürdigt. Dabei fiel auf, dass ihm seitens der Soldatengeneration des II. Weltkrieges wegen seiner aufrechten Gesinnung diese Soldaten gegenüber, hohe Anerkennung gezollt wurde. Es gab aber auch kritische Stimmen, was die zeitgeschichtliche Beurteilung des Bischofs aus jener Zeit anbetrifft, weil er sich zur damaligen Zeit als deutscher Mann und deutscher Bischof einen Sieg der Wehrmacht im Krieg gegen Russland sehnlichst gewünscht hatte.

Angesichts dieser Sichtweisen möchte ich auf Grund stattgefundener Gespräche mit dem Bischof – vor allem während meiner Fronturlaube im Sommer 1942 und Frühjahr 1944 – und der dabei gewonnenen Einsicht in die Denkweise und Beweggründe des Bischofs, seine geradlinige und mit sittlichem Ernst vertretene Einstellung zum Ablauf des damaligen Geschehens reflektieren.

Mut zur Überwindung

Während meiner ersten Kriegsverwendung versuchte mein Kommandeur – Mitglied der Bekennenden Kirche² – mich von der Notwendigkeit zu überzeugen, Offizier werden zu müssen, um aus Vorgesetztenstellen heraus, „der sich auch in der Kriegsmarine breiter machenden nationalsozialistischen Weltanschauung einen Damm entgegenzusetzen.“ In dieser für mich weit tragenden und folgenschweren Entscheidung bat ich Clemens

August im Frühjahr 1942 um Rat.

Dem aufmerksamen und rühri-gen Seelsorger – ich darf wohl auch bei vollem Respekt vor diesem hohen Herrn von einem väterlichen Freund sprechen – war nicht der bei mir in der Tiefe meines Wesens sitzende Zwiespalt entgangen: Einerseits als Soldat zum Schutz der Heimat gegen den äußeren Feind kämpfen zu müssen, was andererseits zugleich bedeutete, das Nazi-regime als inneren Feind indirekt zu stützen. Befand er sich als Bischof seiner Münsteraner Diözese nicht in einer ähnliche Situation? Hier die unverkürzte Verkündigung der kirchlichen Lehren und das Anprangern von Verletzungen der menschlichen Würde sowie gegen Hab und Gut seitens der Nationalsozialisten.³ Dort die mittelbare Unterstützung des NS-Regimes beim Kampf gegen den atheistischen Kommunismus. Der seelische Konflikt bei der Bewältigung im Widerstreit aufeinanderprallender und sich gegenseitig ausschließender Wegrichtungen müsse ausgehalten werden, stellte der Bischof fest.

Clemens August sprach mir Mut zu bei der Überwindung meiner inneren Schwierigkeiten. „*Du hast deine Situation nicht selbst geschaffen. Somit trägst du dafür auch keine Verantwortung. Als Hitler an die Macht kam, warst du ein Junge von nicht einmal elf Jahren. Jetzt mit deinen zwanzig handle mit zunehmender Weisheit und stelle dein tägliches Handeln unter Gottes Gebot. Überwinde deine Bedenken und erfülle dort deine Pflicht gewissenhaft, wo das Schicksal dich fordert.*“

Der Bischof forderte mich zur kompromisslosen Verteidigung der Zehn Gebote Gottes gegenüber dem inneren (Nationalsozialismus) und äußeren Feind (Kommunismus) auf. Er vermied es Einzelanweisungen dort zu geben, wo er für



sich keine Kompetenz in Anspruch nehmen konnte. In Kenntnis des göttlichen Willens sollte ich stark und menschlich zugleich meine Aufgaben als Soldat gewissenhaft erfüllen.

Würde des Soldatentodes

Clemens August unterstützte die Absicht meines Kommandeurs. Der Bischof verband damit eine hohe Erwartung an den späteren Marineoffizier. Graf von Galen hatte klare Vorstellungen über die Pflichten eines Offiziers. Von den Rechten war nur kurz die Rede. Sein Bruder Franz – ehemals dekorierter Major des I. Weltkrieges und Abgeordneter des preußischen Landtages 1931/32 – mochte wohl diesbezüglich Einfluss auf den Bischof ausgeübt haben ebenso wie die Gräfin Huberta von Spee, die Tochter des bei den Falklandinseln am 8. Dezember 1914 durch den Seemannstod gefallenen Vizeadmirals Maximilian Reichsgraf von Spee (vgl. Anm. 21).

Die mehr oder weniger gepflegte Verbindung mit den Offizieren aus dem Stab des VI. Korps bzw. Wehrkreises VI in Münster mag das Bild des Bischofs über das eines deutschen Offiziers zusätzlich geschärft haben.⁴

Dem Bischof adeligen Geschlechts bereitete es Sorge, das Offizierskorps der Wehrmacht könnte sich einer geistigen Entwicklung anpassen, die der Doktrin der NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei)

entspreche. Die damals gängige Parole von der Einheit „Partei, Staat und Wehrmacht“ als Garant für den NS-Staat war ihm ein Dorn im Auge. Damit sah er die originären Aufgaben der Wehrmacht als Streitkräfte zur Verteidigung und damit in Ableitung die ursprünglichen Aufgaben des Offiziers verkürzt oder gar verletzt.

Als konkretes Beispiel nannte der Bischof die befohlene Unsitte, den Tod eines gefallenen Kameraden zuerst durch einen Vertreter der Partei den Hinterbliebenen mitteilen zu lassen. An Stelle des Parteimannes sollte ein Offizier das Schreiben des Einheitsführers des Gefallenen den Hinterbliebenen überreichen. Ideal wäre es, einen örtlichen Geistlichen hinzuzuziehen, wo dies möglich und angebracht erscheint. Dieses Anliegen lag dem Seelsorger Clemens August besonders am Herzen. Er selbst litt sehr unter der zunehmenden Zahl der Gefallenen und Verwundeten. Er verdammt das „leere Geschwafel“ der Parteibonzen beim Überbringen der tragischen Nachricht. Darum forderte er mich mit Nachdruck auf, den Hinterbliebenen Trost und Dankbarkeit mit dem Verweis auf Gottes Fügung zu vermitteln und die Hoffnung auf das himmlische Paradies, das denen verheißen ist, die im guten Glauben ihr Leben für das Vaterland gegeben haben. In einem Schreiben an einen Confrater vom 1. November 1942 schrieb der Oberhirte: *„Nach der Lehre des hl. Thomas von Aquin steht der Soldatentod in treuer Pflichterfüllung an Wert und Würde ganz nahe dem Martertod für den Glauben. – Diese Wahrheit breitet ein verklärendes Licht über das Grauen der Schlachtfelder, über die Trauer der Gottesäcker, wo unsere Gefallenen bestattet sind.“*⁵ – In welchem kontrastreichen Gegensatz hierzu stehen die Worte des deutschen Schriftstellers, politischen-gesellschaftlichen Satirikers und Selbstmörders Kurt Tucholsky (1890–1935): „Soldaten sind Mörder!“

Des Bischofs Wehrmotiv

In seinem Hirtenbrief vom 14. September 1941 fasste der Bischof das Urteil der katholischen Kirche über den Bolschewismus zusam-

men. Er verwies auf die aus dem offenbarungsfeindlichen Naturalismus und dem sozialistischen Materialismus erwachsene und abgeleitete kommunistische Lehre. Er tadelte den *„militärisch-machtmäßigen Versuch Moskaus“*, mit dem die bolschewistische Irrlehre und Gewaltherrschaft nach Deutschland vorangetragen werden und darüber hinaus ganz Europa erfassen sollte. Darum schrieb er im gleichen Hirtenbrief folgerichtig von der *„Befreiung von einer ernsten Sorge und eine Erlösung von schwerem Druck“*, als der Führer und Reichskanzler am 22. Juni 1941 den im Jahre 1939 mit den bolschewistischen Machthabern in Moskau abgeschlossenen sog. „Russenkrieg“ als erloschen erklärte.

Über die ethische Zulässigkeit des Krieges gegen die Sowjetunion gab es deshalb für den Bischof wie für die weit überwiegende Mehrheit der Deutschen keine Zweifel. Wie wir alle, so musste auch Clemens August der amtlichen, von uns nicht nachprüfaren, offiziellen Nachricht über einen kurz bevorstehenden militärischen Angriff durch die bolschewistische Armee Glauben schenken.⁶ Von der moralischen Rechtmäßigkeit wie militärischen Notwendigkeit des in unseren Augen gestarteten Präventivschlages der Wehrmacht, war wie praktisch wir alle auch der deutsche Patriot Graf von Galen vollends überzeugt. Wie von einer Last befreit, floss es aus seiner Feder: *„Gott ist mein Zeuge, dass ich mit heißem Herzen dem Kampf der deutschen Heere gegen den gottlosen Kommunismus vollen Erfolg wünsche und täglich im Gebet von Gott, dem Lenker der Schlachten, erlebe.“* Sein sehnlichster Wunsch war es gewesen, auch die Befreiung des durch den Kommunismus zugrunde gerichteten russischen Volkes durch die Operationen der Wehrmacht zu erleben. Bei aller Genugtuung war auch der Bischof, wie breiteste Kreise der Bevölkerung, nicht frei von einem unguten Gefühl. Die Weite und Stärke Russlands war uns gegenwärtig. Aber diese Bedenken verfliegen zunächst während der grossen Anfangserfolge der Wehrmacht.

Enttäuschung macht sich breit

Bereits in seinem vorstehenden Hirtenbrief verwies der national-geesinnte Oberhirte auf seine Besorgnis um eine gedeihliche, innerstaatliche Entwicklung. *„Gott ist auch Zeuge dafür, daß meine Liebe zu unserem deutschen Volk und meine Abscheu vor den gotteslästerlichen Lehren und Verbrechen des Bolschewismus es sind, die mich veranlassen, auf die drohende Gefahr hinzuweisen, daß im Rücken des siegreichen deutschen Heeres Falschlehren und Irrtümer, die gleich dem russischen Kommunismus die Fortführung sind des auch in Deutschland gelehrt und verbreiteten Naturalismus und Materialismus, geduldet und befolgt werden. Wenn dem nicht Einhalt geschieht, so werden sie der geistigen Herrschaft des Bolschewismus, von der der Führer am 22. Juni 1941 gesprochen hat, in unserem deutschen Vaterland den Weg bereiten.“*

So stieß mein Bericht über die propagandistischen und antireligiösen Agitationen des NSFO (Nationalsozialistischer Führungsoffizier) unserer Einheit bei ihm auf zornigen Protest. Er konnte es einfach nicht fassen, dass es einen Marineoffizier geben könnte, der das christliche Glaubensbekenntnis aufrichtiger Soldaten als einen verräterischen Akt bezeichnete. Aufgebracht polternd und mit erregter Stimme gab die sich von seinem Sitz am Schreibtisch erhebende fast zwei Meter messende hünenhafte Gestalt ihren Unwillen kund: *„Nicht du! Sie sind es, die Verrat am deutschen Vaterland üben! Gegen diese Schwafelei musst du als deutscher Offizier mannhaft antreten, wenn du nicht deine Offiziersehre verlieren willst! Eine Scheidung zwischen gottesfürchtigem Glauben und der Liebe zum Vaterland ist widersinnig!“*

Zwischen Loyalität, Widerspruch und Widerstand

„Bitte für uns Sünder, jetzt und in der Stunde unseres Todes, ist es denn wohl denkbar, dass sie (die Mutter Gottes) uns ihren Beistand versagt, in der jetzigen Not und gar in der Todesstunde? Ein treues Muttergotteskind kann nicht verloren gehen!“

Dieser flehentliche Seufzer und Hilferuf fand sich in einem aus tiefer Sorge und Bedrückung verfassten Schreiben, des Bischofs am 20. August 1944 (einen Monat nach dem Attentat – 20. Juli – auf Hitler) an einen seiner Priestersoldaten.⁷ Der Oberhirte berichtete von den Ruinen der Stadt Münster und von den „im Dienst für Volk und Heimat gefallenen Mitbrüder“.

Im Vergleich zu unserem Treffen im Sommer 1942 machte Clemens August auf mich im Frühjahr 1944 einen in der Seele brennenden Eindruck. Die militärische Lage hatte sich dramatisch zugespitzt. Bereits in seiner Predigt am 4. Juli 1943 hatte der Bischof die unmenschlichen Bombardements der Zivilbevölkerung beiderseits der Fronten beklagt und dabei die deutsche Presse öffentlich gerügt, nach Hass und Vergeltung zu rufen. Hatte er mittlerweile Ahnung oder gar Gewissheit davon erhalten, dass große Teile der Wehrmachtsführung Hitlers Eroberungs-, Raub und Vernichtungskrieg im Osten unterstützten? Würde damit der aufopferungsvolle Einsatz der „tapferen Soldaten“ (wie er sie stets bezeichnete) nicht schnöde missbraucht? Die quälende Ungewissheit machte ihm zu schaffen. Er teilte in dieser Beziehung ein bitteres Los mit anderen. „Natürlich waren wir skeptisch und wir fragten uns, wo wohl die Wahrheit liegt, wenn wir Gerüchte von Verbrechen in der Heimat und hinter der Front hörten. Es war zunächst ein tiefes Unbehagen, eine ganz bestimmte, nicht zu definierende Unsicherheit vorhanden.“⁸ Wie hätte der streitbare Bischof in seinem strengen Rechtsdenken reagiert, hätte er z.B. vom „Kommissarbefehl und Gerichtsbarkeitserlass“ erfahren?⁹ In Erinnerung an seine Verurteilung der Euthanasie kann es darüber keine Zweifel geben!

Über die Haltung des Bischofs zu Kreisen des Widerstandes gibt es offenbar bis heute keine verlässlichen Angaben. Im Stab des Münsteraner Korps/Wehrkreises trafen sich erstmals einige Offiziere, die sich später in ihrer Kritik und Opposition zum Regime wiederfanden.¹⁰ Inwieweit Clemens August nennenswerten Kontakt mit dem späteren Feldmarschall H. G. von

Kluge hatte, bleibt unbeantwortet (vgl. Anm. 54).

Dagegen ist die Beziehung des Bischofs zu Generalleutnant Faeckenstedt überliefert. Dieser wurde deshalb am 2. Oktober 1944 vom „Reichsführer SS“ Himmler – seit dem 20. Juli 1944 Oberbefehlshaber des Ersatzheeres – wegen seiner Verbindung zum Bischof seines Postens enthoben. „Sie sind wegen politischer Unzuverlässigkeit abgesetzt. Sie dürfen in Ihrer Stellung als Chef in Münster auch nicht indirekte Beziehungen zu einem Landesverräter wie diesem Galen pflegen. Wissen Sie denn nicht, wer allein Schuld hat an der unglücklichen Entwicklung Deutschlands, bis wir, die Nationalsozialisten gekommen sind? – Die Kirche!“¹¹

Einerseits war der Bischof über meine Besuche erfreut. Andererseits zeigte er sich im Frühjahr 1944 besorgt, man könnte mich beobachten. Schließlich war mein Entwurf zu einer Schrift über das Verhältnis eines christlichen Offiziers zu Staat und Volk unter mysteriösen Umständen abhanden gekommen. Im Sommer 1942 hatte Clemens August mir dazu handschriftlich ein Geleitwort geschrieben.

Der allgemeinen Auffassung unter Historikern ist zuzustimmen, dass Clemens August sich nicht hatte für einen Aufruhr hergeben können. Ich füge hinzu: nicht während der Dauer des Kampfes gegen die Sowjetarmee. Er konnte und wollte nicht der kämpfenden Truppe in den Rücken fallen. Sie bedurfte nach seiner Ansicht der ungeteilten Unterstützung bei der Abwehr des Vormarsches der sowjetischen Truppen gegen den Westen. Hinzu kamen umlaufende Gerüchte über die Forderung der westlichen Alliierten zur bedingungslosen Kapitulation Deutschlands (Casablanca-Konferenz, Januar 1943). Die damit heraufbeschworenen Unwägbarkeiten für Land und Leute waren nicht dazu angetan, den Widerstandswillen unter der Bevölkerung in Form einer offenen Konfrontation zum NS-Staat zu fördern.

Selbst wenn der Bischof für einen gewaltsamen Umsturz eingetreten wäre, als Kirchenmann hätte er ihn auf Grund seiner fachlichen Inkompetenz nicht beeinflus-

sen können. Sollte er, der Seelsorger, klüger gewesen sein als der Generalstabschef des Heeres, General Halder, der, bevor er endgültig auf die Linie Hitlers einschwenkte, eine gewaltsame Ausschaltung des NS-Regimes für kaum möglich erachtete? Dieser „tragischen Wahrscheinlichkeit des Scheiterns vor Augen“ (Heusinger, erster Generalinspekteur der Bundeswehr im Zusammenhang mit dem Aufstand am 20. Juli 1944), übte sich der national-konservativ gesinnte Bischof in einer preußischen Tugend: der Insubordination – Ungehorsam gegenüber der staatlichen Obrigkeit durch offenen Widerspruch.

„Die Rechtmäßigkeit der von Nationalsozialisten geführten Regierung stand für ihn (den Bischof von Münster) auch noch 1945 außer Zweifel“.¹² Diese Auffassung wird bis heute weitläufig vertreten. Dem Bischof jedoch müssen Zweifel geplagt haben. Während meines Besuches im Frühjahr 1944 entlastete er mein Gewissen mit dem ausdrücklichen Hinweis: „Diese staatliche Obrigkeit ist nicht mehr die Dienerin Gottes! So bist du im Gewissen nur an das gebunden, was im Rahmen christlicher Sittengesetze von dir abverlangt werden darf.“ Damit hatte Clemens August ex officio widersprochen, unter Anrufung Gottes unbedingten Gehorsam schwören zu müssen. (Ich hatte mich der Forderung des Regimes durch einen geistigen Vorbehalt bei der Eidesleistung entzogen.) Dieser von Graf Galen vorgeschriebene Weg entsprach voll seinem Charakter. Seine Opposition bewegte sich im Rahmen national-staatlicher Gesinnung, gegen den Totalitätsanspruch des Staates und seiner Obrigkeit zur Wahrung der den Menschen von Gott gegebenen personalen Würde.

Dank an den Bischof

Historiker und andere erinnern an die Grenzen der Persönlichkeit des Bischofs.¹³ Wird man ihm mit dieser Beurteilung jenseits von Heldenverehrung und antimythischer Enthüllungen gerecht? Das letzte Wort sollte noch nicht gesprochen sein.

Am 18. Februar 1946 wurde der „Löwe von Münster“ ins Kollegium

der Kardinäle aufgenommen. Als Papst Pius XII. ihm den roten Hut als Zeichen der Kardinalswürde aufgesetzt hatte, brandete ein Sturm der Begeisterung durch den Petersdom und die Stimme des Radiosprechers rief: „Er ist ein Sankt Michael; vor uns steht ein aus Schmach und Erniedrigung geläutertes, auferstandenes Deutschland!“

Nach der Zeremonie besuchte

der Kardinal deutsche Kriegsgefangene in Süditalien. In Frankfurt/Main durfte ich ihm während seiner Durchreise nach Münster gratulieren. Am 27. März 1946 wurde der Aristokrat und fromme Hirte von uns genommen. Es war ihm nicht mehr vergönnt, uns letzten Aufschluss über sein Denken und Handeln mitzuteilen. Wir sollten diese Fügung Gottes in Dankbarkeit respektieren.

Anmerkungen

- 1) Der Verfasser wurde im Alter von 11 Jahren im Sommer 1933 durch Gräfin von Spee in die Familie Franz Graf von Galen eingeführt. Dort lernte er den Pfarrer von St. Lamberti, Clemens August, kennen. Diese Verbindung verstärkte sich zu Zeiten, als Schütz die illegale Tätigkeit der kath. Jugend in Frankfurt/M. leitete. Siehe auch „auftrag“ 165, Seite 35 ff, Begegnung mit Clemens August Kardinal von Galen.
- 2) Bekennende Kirche, im Widerstand gegen den Nationalsozialismus entstandene Bewegung zur Verteidigung der reformatorischen Bekenntnisse.
- 3) In den 3 Predigten verurteilte der Bischof die Beschlagnahme von Klöstern und Vertreibung von Ordensleuten, die mörderische Anwendung der Euthanasie bei Geisteskranken und die Gefahr dass auch verwundete Soldaten als Invaliden der Euthanasie als Vernichtung lebensunwerten Lebens anheimfallen könnten. „Wehe unseren braven Soldaten, die als Schwerekriegsverletzte, als Krüppel, als Invaliden in die Heimat

zurückkehren! „ (Predigt am 3. August 1941).

- 4) Dem Stab des VI. Korps/Wehrkreis VI stand für eine Zeit als Chef der spätere Generalfeldmarschall Hans Günther von Kluge vor. Kluge, der die militärische Situation während des Krieges kritisch beurteilte, verweigerte dem Staatsstreich vom 20. Juli 1944 seine Unterstützung. Er beging am 19. August 1944 in Frankreich Selbstmord.
- 5) Im gleichen Schreiben führte der Bischof u.a. aus: „Die Liebe zum Vaterland ist an und für sich eine natürlich sittliche Tugend, und zwar unter den natürlich sittlichen Tugenden die höchste; sie wird zu einer übernatürlichen christlichen Tugend, wenn sie geübt wird aus christlich gläubiger Gesinnung, aus Treue zu dem Gott geschworenen Fahnen, aus christlicher Liebe zum Nächsten, zu Familie und Volk.“
- 6) Wer von den beiden Diktatoren – Hitler oder Stalin – im Grunde auf einen Präventiv- bzw. Eroberungskrieg aus war, ist bis heute unter Historikern nicht einwandfrei geklärt. Vergleiche hierzu:

H. A. Jacobsen, „1939-1945 Der Zweite Weltkrieg“, Seite 468/69; Der letzte Sowjetmythos, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. April 1996, Seite N6; P.E. Schramm, Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht, Teilband 2, Seite 1011, Weisung an den Wehrmachtbefehlshaber Norwegen über seine Aufgaben im Fall Barbarossa v. 2. April 1941; AUFTRAG Nr. 226/1996, Seite 54, Russischer Historikerstreit um deutsch-sowjetischen Krieg, u.a.

- 7) Priestersoldaten: Katholische Priester brauchten im II. Weltkrieg keinen Dienst an der Waffe zu leisten. Sie wurden jedoch eingezogen und fanden als Sanitäter, Apothekergehilfen, Nachlassunteroffiziere Verwendung. Neben der offiziellen Militärseelsorge versahen sie oft Dienst, der nicht im Sinne der Nationalsozialisten stand.
- 8) Zitat aus einem Gespräch mit Philipp Freiherr von Boeselager, entnommen dem Buch: 20. Juli 1944, Lebensbilder aus dem militärischen Widerstand, Seite 90; Hrsg. Klaus Achmann/Helmut Bühl.
- 9) ebd. H.A. Jacobsen, Seite 411 ff, Kommissarbefehl; Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Russland, Seite 539 ff. Der Kommissarbefehl wurde lt. Verteiler nur bis zur Ebene der Oberbefehlshaber der Armeen bzw. Luftflotten verteilt. Er ordnete die Anwendung brutalster Gewalt über bolschewistische Funktionäre und ihre Vernichtung an.
- 10) Ronald Smelser/Enrico Syring, Die Solitäre des Dritten Reiches, Seite 303, Ullstein-Verlag.
- 11) Konstantin Prinz von Bayern, Der Papst – Ein Lebensbild, Seite 164, Kindler Verlag, München.
- 12) Vgl. „Bildung im Blickpunkt 1“, Clemens August Kardinal von Galen, Seite 24; HVHS Kardinal von Galen, Cloppenburg.
- 13) ebd. Seite 35. □

Papst: Religion nicht an Rand der Gesellschaft drängen

Papst Johannes Paul II. hat Bestrebungen in der heutigen Gesellschaft kritisiert, die „Religion und Kirche an den Rand der Gesellschaft drängen“ wollten. Der Irrtum, eine Welt ohne Gott aufbauen zu wollen, dürfe sich nicht wiederholen, betonte der Papst in einer Botschaft an das im Oktober in Rom tagende Symposium der europäischen Bischöfe. Eine Welt ohne Gott führe letztlich zu einer inhumanen Gesellschaft. Gleichzeitig sei heute aber auch eine Nachfrage nach geistlichen Werten spürbar sowie eine verstärkte Sorge um die Wahrung der Menschenrechte und der Religionsfreiheit. Die Zukunft erscheine heute vielversprechend und beunruhigend

zugleich, unterstrich der Papst. Die Kirche habe die Aufgabe und die Pflicht, mit neuen Methoden und mit einer neuen Sprache den Gläubigen Hoffnung zu vermitteln. Dazu bedürfe es der Rückbesinnung auf die christlichen Wurzeln des Kontinents, um der Gesellschaft von heute und morgen Frieden und Wohlstand zu erhalten. Ein klares Zeugnis der Werte des Evangeliums in der säkularisierten Welt könne nur im ökumenischen Dialog glaubwürdig gegeben werden, so Johannes Paul II.

Der Prager Kardinal Miloslav Vlk sagte zum Auftakt des Symposiums, die katholische Kirche müsse mit neuen Methoden in der Welt wirksam sein. Die Kirche in Ost

und West stehe vor der Aufgabe, einen eigenen Platz in den demokratischen und pluralistischen Gesellschaften zu finden. In jedem Fall müsse die Kirche eine neue und positive Auseinandersetzung mit der europäischen Kultur suchen. Denn nur aus dem Glauben heraus seien die für die Menschheit heute wesentlichen Fragen beantwortbar, so der tschechische Kardinal.

Das vom Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) organisierte Treffen, an dem 100 Bischöfe aus ganz Europa sowie Gäste aus der Ökumene teilnehmen, steht unter dem Motto: „Religion als Privatsache und als öffentliche Angelegenheit“. (KNA)

Wer war Junia, alias Junias?

Die Rolle der Frau in der Urkirche

Helmut Fettweis

Aus den vielen Fragen der heutigen Zeit soll hier einmal die Rolle der Frau in der Urkirche betrachtet werden.

Deutlich wird, dass Christus der Frau einen Stellenwert einräumt, der in der damaligen Welt unbekannt war: „die Frau hat die gleiche Würde wie der Mann“. Christus hat nicht nur Frauen um sich gesammelt, sondern er hat Frauen in eine besondere Bedeutung berufen, allen voran Maria, seine Mutter. Durch ihr „fiat“ (ja) zu Gottes Plan, wurde die Erlösung erst möglich. Jesus scheute sich nicht, mit Sünderinnen und Sündern zu Tisch zu sitzen. Aber er wies alle auf „Fehlleistungen“ hin. Und nur der – oder die – konnte getröstet sein, wenn befolgt wurde „und sündige fortan nicht mehr“.

Eigenartig und daher von besonderer Bedeutung ist, dass Christus nicht den würdigsten aller Menschen, Maria, seine Mutter, zur Leiterin der Kirche berief, sondern den zunächst wankenden Petrus. Die Zwölf im Abendmahlsaal waren Männer. Und als Apostel sandte er nur Männer aus.

Eine andere Version ist aus keinem Evangelium zu belegen. Nun aber gibt es Theologen, die auf einen Namen im Römerbrief des Apostel Paulus hinweisen. Im Abschluß seines Briefes an die Römer, nach der Einheitsübersetzung, (Röm 16,7) sagt der Apostel: „Grüßt Andronikus und Junias, die zu meinem Volk gehören und mit mir zusammen im Gefängnis waren; sie sind angesehene Apostel und haben sich schon vor mir zu Christus bekannt“. Dieser Name Junias ist ein Streitpunkt. Man sagt, dass es diesen Namen für einen Mann nie gegeben habe. In der gesamten antiken Literatur habe man keinen solchen Namen gefunden. Es könne sich hier nur um den bekannten weiblichen Namen Junia handeln. Daher, so sagen einige Forscher, sei ein Prie-

stertum der Frau anzunehmen.

Zunächst einmal muss man sagen, dass eine einmalige Erscheinung eines weiblichen Namens als Apostolin in der 2000-jährigen Existenz der Kirche kein überzeugender Beweis dafür ist, dass Christus ein Frauenpriestertum gewollt hat. Im Gegenteil, wenn Christus die Frau als Priester gesehen hätte, dann hätte er selbst eine Apostolin berufen. Aber es gibt noch andere Fragen.

So sagt die Übersetzung (Röm 16,7) von Dießler und Storr folgendes: „Grüßt Andronikus sowie Junias, meine Landsleute und Mitgefangenen, bei (in lateinischen bzw. griechischen Texten kann das Wort „bei“ auch „unter“ heißen; das bedeutet aber: „im Kreise“ der Apostel) den Aposteln hochberühmt und länger schon als ich Christen“. Die Paltloch Bibel von 1964 bringt eine im Inhalt gleiche Übersetzung. Damit dürfte deutlich sein, dass die beiden Benannten nicht „Apostel“ waren, sondern bei den Aposteln – den Urbeauftragten Christi – bekannt, „berühmt“ waren.

Ein weiteres wird übersehen. Der römische Strafvollzug kannte keine Inhaftierung von Frauen mit Männern. Wenn Junia eine Frau gewesen wäre, hätte sie nicht mit Paulus „Mitgefangene“ sein können. Sonst hätte sich Paulus, bei seiner üblichen präzisen Ausdrucksweise sicherlich der Form bedient z.B. ... die zu gleicher Zeit verhaftet war ...

Es ist nicht ganz neu, wenn heute die alte Frage, ob es Junia oder Junias – Frau oder Mann – war, wieder aufgewärmt wird. Die Forschung seit Jahrhunderten hat belegt, dass, wenn Junias weiblich zu deuten wäre, die Lehrverbote des Paulus (1 Kor 14 und 1 Tim 2) völlig unverständlich sind. Daher muss man der modernen Exegese folgen, die sagt, dass Iouñās eine Kurzform von Iouñianòs sei.

Dafür spricht: (1) u. (2)

1. Dass „Kurznamen“ im Griechischen in großer Anzahl verbreitet gewesen sind.
2. Das NT wie der Hellenismus kennen fast „nur das Suffix (Nachsilbe) -as, und zwar nicht nur da, wo der Vollname das a enthielt.“
3. Die Beispiele für Umformungen dieser Art sind überaus zahlreich. Aus „Silvanus“ wird z.B. in der Apg. „Silas“.
4. Die Schreibweise Iouñian meint zweifelsfrei eine männliche Form. Bei einer weiblichen Form wäre „Iouñian“ zu lesen. So wird die heutige Auslegung der „Apostolin Junia“ zu einem „modernen Mythos“, der allerdings schon ältere Vorläufer kennt.

Vertieft man sich in die Problematik weiter und betrachtet die Grundlagen – damaligen – Gemeindestrukturen, das Amt, das Charisma, die Geschichte der Apostel, Propheten und Lehrer, dann wird deutlich, dass es in der Urkirche keine weiblichen Apostel im Sinne des Auftrages Christi gegeben hat.

Eine ganz andere Frage ist, welche Aufgaben den Frauen damals zufiel. Es kann einfach nicht übergangen werden, dass den Frauen ein hohes Maß an Achtung und Anerkennung zukam. Waren es doch die Frauen, die als erste von der Auferstehung Christi berichteten. Ist nicht besonders Maria, die Mutter des Herrn, an den entscheidenden Ereignissen in „vorderster Linie“? Werden nicht tätige Frauen allenthalben in der Urgemeinde erwähnt? Betrachtet man jedoch die Aussagen über die Aufgaben dieser Frauen, dann hatten sie zwar wichtige Aufgaben in der Gemeinde im Bereich der Caritas und der Hilfe gegenüber den Mitgliedern, aber sie waren getrennt von den Diakonen als Vorstufe des Priestertums.

Die Gutachten zur Würzburger Synode über den „Diakonat der Frau“ belegen eindeutig, dass sich von der Geschichte her keine Basis für ein Diakonat der Frau als Hinführung auf das Priestertum finden läßt.

Es ist nun absurd, daraus eine Minderbewertung der Frau abzuleiten. Gerade das Evangelium zeigt, dass Frauen in ihrer intuiti-

ven Offenheit oftmals – und Seherinnen wie Hildegard von Bingen, Katharina von Siena bis Edith Stein lassen das erkennen – mehr vom Heil erahnen als Männer „wissen“. Dennoch hat Christus – sicherlich im Hinblick auf die Schöpfungsordnung – Mann und Frau haben ihre besondere Aufgabe – Männer zu Aposteln, Petrus zu seinem Stellvertreter auf Erden berufen, weil er Sein Wort und Seine Kirche in dieser Weise in der Welt darstellen wollte.

Bei aller Hochachtung vor der Arbeit der Wissenschaftler und ihrer Bedeutung, den Menschen von heute, das Wort Christi von vor 2000 Jahren deuten zu helfen, entscheidend muss das Lehramt bleiben. Kirche Jesu Christi bleibt nur eine Kirche, wenn diejenigen, die er berufen hat – bei aller persönlicher Schwäche – sein Leben, seine Lehren, seinen Tod und seine Auferstehung künden, in seiner Nachfolge bleiben und uns seine Gaben schenken.

Bischof: Frauen könnten Kardinal werden

Auch Frauen könnten nach Ansicht des süditalienischen Erzbischofs Giuseppe Casale Kardinal werden. Ursprünglich seien auch Laien in des Kardinalskollegium aufgenommen worden, betonte der Oberhirte laut italienischen Zeitungsberichten vom 4. November. Die Kardinalswürde sei in der Vergangenheit nicht an die den Männern vorbehaltene Priester- oder Bischofsweihe geknüpft gewesen, wie es des Kirchenrecht heute vorschreibe. Eine Änderung der entsprechenden Rechtsnormen hält der Erzbischof von Foggia für denkbar. Dann könnten Frauen auch an einer Papstwahl teilnehmen, ohne daß sie freilich gewählt werden könnten, so Casale. (KNA)

Termine 1997

10.–12.01.	WB II: AK in Goslar	28.05.–03.06.	Internat. Soldatenwallfahrt nach Lourdes
24.01.	Jahresempfang MGV für Vorstand ZV und BV GKS	09.06.	Sitzung EA in Bonn
25.01.	Sitzung Vorst. ZV in Bonn	14.06.	Sitzung Vorst. ZV in Bonn
31.01.	Sitzung IS in Bonn	04.–08.06.	Seminar 3. Lebensabschnitt in Münster
28.01.	Weltfriedenstag in Köln	13.–15.06.	WB III: AK/WB in St. Meinolf
01.02.	Sitzung BV GKS in Bonn	14.–16.05.	Haupttagung GKMD
20./21.02.	WB IV: AK in Mainz	23.06.–04.07.	Jakobuswallfahrt Bremen Münster
03.–07.03.	Gesamtkonferenz der Pfarrhelfer	11.–13.07.	WB V: WB/AK mit Familien
14.–16.02.	WB V: WB/AK in Heiligkreuztal	08.09.	Sitzung EA in Bonn
27.02.	Weltfriedenstag Bonn	08.–12.10.	Seminar 3. Lebensabschnitt in Nürnberg
10.03.	Sitzung EA in Bonn	10.–12.10.	WB IV: WB/AK Kloster Springgiersbach
14.–16.03.	WB VI: WB/AK		WB VI: WB/AK
21.–23.03.	WB II: WB-Konferenz in Worphausen	24./25.10.	Sitzung BV GKS in Mainz
09.–13.04.	Seminar 3. Lebensabschnitt in Nürnberg	03.–07.11.	6. GKS-Akademie Oberst Helmut Korn in Fulda
21.–26.04.	37. Woche der Begegnung in der Wolfsburg/Mülheim; dabei: 19.–20. Vorkonf., 21.–24. ZV, 23.–26. BK GKS	10.–14.11.	Gesamtkonferenz der Militärpfarrer
25./26.04.	Vollversammlung ZdK	21./22.11.	Vollversammlung ZdK
		21.–23.11.	WB II: WB/AK in Worphausen
		24.11.	Sitzung EA in Bonn

KURZ NOTIERT

BDKJ gegen allg. Dienstpflicht

„Eine allgemeine Dienstpflicht, in der Männer und Frauen nach pflichtgemäßem Ermessen zur Ableistung eines Dienstes innerhalb oder außerhalb der Streitkräfte heranzuziehen sind“, lehnt der BDKJ strikt ab. Wie die Bundesvorsitzende des Jugenddachverbandes, Karin Kortmann, am 11. November in Düsseldorf erklärte, sehe sie auch keine zwingende Notwendigkeit, Frauen einen erweiterten Zugang zu den Streitkräften der Bundeswehr zu eröffnen. In der öffentlichen Diskussion würden immer nur die bereits bekannten Argumente in unterschiedlicher Gewichtung wiederholt. Es bestehe Konsens darüber, meinte Kortmann, dass die allg. Wehrpflicht weder aus sicherheitspolitischen noch aus Gründen der Gleichberechtigung auf Frauen erweitert werden müsse. (PS)

PERSONALIA

Prof. DDr. Ernst Nagel, Friedensethiker, wurde am 3. November 65 Jahre alt. Der Theologe war von 1974 bis 1995 Professor für Katholische Theologie an der Universität der Bundeswehr in Hamburg. Von 1978 bis 1995 leitete er das Institut für Theologie und Frieden in Barsbüttel bei Hamburg, das vom Katholischen Militärbischofsamt in Bonn getragen wird. Prof. Nagel hat wesentlich die friedensethische Diskussion in der katholischen Kirche Deutschlands und darüberhinaus geprägt. Von ihm und seinem Institut gingen wichtige Impulse aus, die auch von der GKS aufgegriffen wurden und gewichtigen Einfluß auf die Position und das ethische Selbstverständnis unserer Gemeinschaft hatten. (KNA/PS)

Seit Anfang September betreut als erste Seelsorgerin der Katholischen Militärseelsorge **Pastoralreferentin Christa Uhlenbrock** die Soldaten in Bremen. Die gelernte Industriekauffrau studierte in Münster und arbeitete danach als Religionslehrerin. In den vergangenen drei Jahren war sie Pastoralassistentin in Landsberg/Lech. (bt)

AUS MILITÄRSEELSORGE, RÄTEN UND GKS

40 Jahre Laienmitverantwortung in der Militärseelsorge unserer Kirche

Helmut Fettweis

Vorbemerkung

Es vielleicht heute für manche Kirchenangehörige kaum begreiflich, dass es vor 50 oder 70 Jahren keine „Gliederung“ im Gottesvolk gab. Vor 66 Jahren war es üblich, dass sich die Geistlichkeit mit den Gläubigen unterhielt, Kontakte hatte und auf den Rat der Laien hörte.

Um die Adventszeit 1932 bat der Pfarrer unserer Gemeinde, St. Paulus in Düsseldorf, meinen Vater um ein Gespräch. Ich kann die Zeit deshalb so genau festlegen, weil zu meiner ersten heiligen Kommunion der Kaplan der Gemeinde uns einen Besuch abstattete – und selbstverständlich zum Kaffee eingeladen wurde. Das war in unserer alten Wohnung, die wir 1930 verließen, um eine neue Wohnung eine Straße weiter zu beziehen. Die Einladung zum Pfarrer erfolgte aber in der neuen Wohnung.

Mein Vater – daher ist mir die Begebenheit so genau in Erinnerung – zog dazu seinen schwarzen Anzug an. Über die Inhalte des Gesprächs habe ich nichts erfahren. Ich weiß nur, dass mein Vater nicht allein war. Der Herr Pfarrer wollte Rat aus seiner Gemeinde haben. Mein Vater war in keiner kirchlichen Gliederung. Er war ein beständiger Besucher der Gottesdienste und hatte als Krieger Teilnehmer, Leutnant der Reserve und Bankbeamter ein gewisses – eben nur aus der damaligen Zeit zu verstehendes – Ansehen. Er erzählte über den Inhalt des Gesprächs nichts außer, dass Männer aller Schichten beim Pastor versammelt waren. Es gab also auch damals die Verbindung zwischen Hirten und „Herde“. Und mein Vater war kein „Herdentier“.

1943, Weihnachten, hatte ich die Aufgabe, mich um den neuen Divisionspfarrer zu „kümmern“.

Seitdem (s.a. auftrag 153/154, 1986) ließ mich die Mitsorge des Laien um unsere Kirche nicht mehr los. Nach dem Krieg riß die Verbindung zu den Pfarrern nicht ab. So war es also nicht verwunderlich, dass ich in den Jahren der Diskussion um neue Streitkräfte, mich 1951 mit meinem alten Religionslehrer, Weihbischof Cleben, besprach.

Beginn organisierter Laienmitverantwortung

Am 21.12.1956, um 15.00 Uhr, traf sich nach manchen Einzelgesprächen eine erste Gruppe katholischer Offiziere in der Krypta der Kirche St. Maria im Kapitol zu einer Aussprache mit dem Militärpfarrer im Nebenamt, Pfarrer Angenendt †. Damit war der Beginn einer Laienarbeit in der Kirche festgelegt. Die organisatorische Form benötigte noch eine gewisse Zeit. Dennoch fanden sich die Suchenden und führten zu einer ersten großen Begegnung beim Eucharistischen Weltkongress 1960 in München.

Die organisatorische Form wurde am 17. März 1961 im „Königsteiner Offizierkreis“ (KOK) gefunden. Nahtlos schloß sich 1970 daran die Erweiterung zur GKS (Gemeinschaft Katholischer Soldaten) an.

Blickt man zurück, dann muss man feststellen, dass die neue Form verantwortlicher Mitarbeit der Laien in unserer Kirche noch vor dem II. Vat. Konzil (1962–1965) begonnen hat. Das ist – manche werden es nicht zugeben wollen – nicht nur ein Verdienst der „ungestümen“ Laien, sondern vor allem der Vorausschau der Hirten. Ohne Joseph Kardinal Wendel († 1961), Dr. Franz Kardinal Hengsbach († 1991) und den Generalvikaren Prälat Georg Werthmann

(† 1980) und Prälat Dr. Martin Gritz, hätte eine solche Entwicklung nicht stattfinden können. Somit wurde die Laienarbeit in der Militärseelsorge Vorreiter der Entwicklung in unserer Kirche.

Aus der Erfahrung in dieser Tätigkeit seit 1956 habe ich viele Elemente in die Arbeit im nicht militärischen Bereich übernehmen können. Gerade der militärische Dienst, wenn man ihn überlegt und überlegend versieht, bringt die Gedanken immer wieder zu den Grundfragen des Lebens und des Glaubens. Die Entscheidungen, die vom Soldaten in ständiger Folge verlangt werden, berühren immer den Nächsten – einen Nächsten. Es ist von entscheidender Bedeutung, welches Bild man vom Menschen, von sich selbst, vom Nächsten hat.

In den Jahres des Dienstes für unser Vaterland waren Begegnungen, Abschiede, Anfänge, Veränderungen und wieder Neuanfänge an der Tagesordnung. Viele Kameraden sind verstorben, andere haben sich abgewandt und wieder andere sind Lebensgefährten bis heute. Alle sind sie „ein Stück von mir“. Das wird besonders deutlich, wenn man zudem einer Glaubensüberzeugung aus Christi Botschaft verhaftet ist. Dann ist der Kamerad nicht nur ein Mitmensch, sondern er ist Bruder – Schwester – in Christus. Diese Gemeinschaft der Kirche umfasst uns immer und immer wieder neu. In der Kirche sind wir nämlich in die Gemeinschaft mit dem auferstandenen Christus einbezogen. Wir sind Teil der Kirche des Herrn, eingebunden in die geschichtliche Zeit aber bereits an der Schwelle des ewigen Reiches Gottes. Wir ragen sozusagen über die Zeit der endlichen Welt hinaus in die Ewigkeit. Allerdings ist das nicht unser Verdienst, sondern Teil der Gnade Gottes, die Chri-

stus für uns durch sein Leiden und Sterben erworben und durch seine Auferstehung besiedelt hat.

40 Jahre in der Mitverantwortung in der Kirche scheinen eine lange Zeit. Gemessen an unserer Bestimmung in Ewigkeit sind sie ein Hauch. Dennoch kann jede Stunde in dieser Zeit auch der Augenblick einer falschen Entscheidung sein. Kreuzwege gibt es in so einer Zeitspanne oft. Eines wird aber deutlich, man muss sich immer wieder neu entscheiden, ob und wie man auf das Angebot des Herren antwortet. Man muss sich entscheiden – auch zur Umkehr.

Mit Sicherheit aber kann man sagen, dass eine solche Zeitspanne nicht mit der Mitgliedschaft in einem Verein zu vergleichen ist. Arbeiten für die und in der Kirche müssen getragen sein von dem ehrlichen Willen „*sentire cum ecclesia*“ – mit der Kirche denken und fühlen“. Sie ist das sichtbare Zeichen, das Christus uns gestiftet hat, damit wir immer wieder an seine frohe Botschaft erinnert werden.

So ist eine solche Erinnerung an die Arbeit in der Kirche auch Anlaß, zu danken. Ohne Kirche wüssten wir von der Botschaft Christi sicherlich wenig. Vielleicht wären die Ereignisse um seinen Tod eine Fußnote für Geschichts- oder Geschichtenschreiber. Aber dass wir immer wieder an das Heil erinnert werden, dass wir das Mysterium des Todes und der Auferstehung in der heiligen Eucharistie erleben dürfen, verdanken wir unserer Kirche. Darüberhinaus bietet sie Orte und Anlässe, die Umkehr zu bedenken durch die Beichte und die Sakramente. Das hört sich so selbstverständlich an, dass unsere Zeitgenossen diese Hilfe der Kirche einfach „vergessen“.

Liest man in der Geschichte des „Königsteiner Offizierskreises“ (KOK) oder den Analen der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), dann wird deutlich, dass alles nicht so selbstverständlich war. Es gab Zeiten, da glaubte man die Organisation als wichtigstes Element ausbauen zu müssen. Aber immer wieder gab es Priester und Laien, die auf das Wesentliche hinwiesen, auf den, der „Weg, Wahrheit und Leben“ ist, auf Jesus Christus (vgl. Joh 14,6). Man kann nun zwar alle unsere verdienten Bischöfe – von Kardinal Wendel,

Kardinal Hengsbach, Erzbischof Kredel, bis Erzbischof Dyba – aufzählen, auch die Generalvikare – Prälat Werthmann, Prälat Gritz, Prälat Niermann, Msgr. Nabbefeld – sind zu überschauen, aber die vielen Dekane und Priester, die Militärfarrer, kämen zu kurz. Dabei waren sie es, die immer wieder den lebendigen Herrn in der Eucharistie in die Mitte des Gottesvolkes holten.

Eine Erfahrung und eine Lehre habe ich aus dieser Zeit in der Militärseelsorge mitgenommen, im Vorstand des Katholikenrates Bonn, gibt es keine Sitzung ohne Gebet und keine Vollversammlung ohne Eucharistiefeier. Die Kirche kann nur ihre Stiftungsaufgabe erfüllen und damit heilsnotwendig sein, wenn sie immer wieder sich um den lebendigen Sohn Gottes, um Jesus Christus versammelt. Die Treffen für und in unserer Kirche müssen sich von der Welt, von der Sitzung eines Vereins, dadurch unterscheiden, dass sie sich in die Obhut Gottes begeben. Das Volk Gottes, das durch die Zeit der Geschichte pilgert, kann nur ein Begehren haben: Herr bleib bei uns (vgl. Lk 24,29). Nur in der ständigen Rückbesinnung auf Christus, den Herrn, bleiben Gläubige und Kirche auf dem rechten Weg.

So haben alle organisatorischen Strukturen, Verbände, Räte nur eine Legitimation, wenn sie zu einer Vertiefung des Glaubens, zu einer Stärkung der Kirche führen. Alle Gedanken einer „Rezentralisierung“ sind abwegig, wenn sie

von der Mitte, vom Herrn und Gott wegführen. Und Christus hat uns einmal den Petrus und die Apostel berufen. Sie sind unsere Hirten, sie weisen den Weg.

Ich erinnere mich einer Situation im Kriege. Es war vor dem Übergang über die Seine. „Man“ schlug als „Meinung des Volkes“ mir als Kp-Chef einen Weg vor. Ich hielt diesen für falsch. Ich grübelte eine Nacht und las alle Informationen durch. Dann hatte ich eine Zeit zum stillen Gebet. Ich entschied mich gegen die „Stimme vieler“ und wir wurden alle gerettet. Das ist ein direkt primitiver Vergleich gegenüber denen, die durch göttliche Berufung beauftragt sind, Sein Wort zu sagen. Aber es verdeutlicht, dass die Stimme des Volkes – so wichtig sie zur Entscheidungsfindung ist, nicht immer Recht hat.

40 Jahre Mitverantwortung bedeutet, dass die Laien sich kundig machen mussten, um ihren Hirten auch raten zu können. Die Fülle der Veranstaltungen, die heftigen und gehaltvollen Auseinandersetzungen um Krieg, Frieden und Freiheit, zeugen davon. Die gehaltvollen Aussagen wären nicht möglich gewesen ohne die Rückbesinnung auf den Glauben. So zeigt sich eigentlich, dass die Arbeit in der Kirche nicht nur der Verherrlichung Gottes dient, sondern auch den Menschen hilft. Ab und an geholfen zu haben, ist gegründet aus der Hoffnung auf den einen Herrn, Jesus Christus. □

GEFUNDEN

Von Anfang an ist die Kirche zu den Soldaten in die Kasernen und in das Feld gekommen. Die römischen Legionen hatten seit der Zeit Kaiser Konstantins (4. Jh.) ihr eigenes Altarzelt und ihre Feldgeistlichen gehabt. Doch steht in unseren Tagen noch immer das schlimme, ehrverletzende, höchst rüchertlich geduldete Tucholsky-Zitat im Raum: Soldaten seien potentielle Mörder. Demgegenüber hören wir aus den Gedenkfeiern des Kirchenjahres etwas ganz anderes heraus; es artikuliert sich in den Namen **Antonius** (17. Jan.), **Quirinus** (30. Apr.), **Cornelius** (16. Sept.) und **Hubertus** (3. Nov.). Die Volksfrömmigkeit fasste die Träger

dieser Namen leitmotivartig zusammen unter dem Oberbegriff „**heilige Marschälle**“.

Der heilige Mönchsvater Antonius wird unter anderem als Helfer für den Wehrdienst sowie für die Schützen angerufen. Der Hl. Quirinus war römischer Tribun, der mutig und tapfer für den Glauben an Christus das Martyrium erlitten hat. Der hl. Papst Cornelius hat sich im Leben der Gläubigen oft als Helfer bei Fallsucht erwiesen. Der Hl. Hubertus sah einen Hirsch mit einem leuchtenden Kreuz im Geweih; er steht für die Bekehrung des Jägers. (Aus: kirchl. Mittellungen der Kapelle des St. Joseph-Krankenhauses, Engelskirchen)

10 Jahre Apostolische Konstitution über die Militärseelsorge „*Spirituali Militum Curae*“

Interview mit Militärgeneralvikar Jürgen Nabbefeld zum Treffen der Militärbischöfe in Argentinien

Vom 4. bis 8. September 1996 fand in der Nähe der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires ein internationales Treffen der katholischen Militärbischöfe statt. Eingeladen zu diesem Symposium hatte der Präfekt der vatikanischen Bischofskongregation, der aus Benin/Afrika stammende Kardinal Bernadin Gantin (74), der die Versammlung auch leitete. Aus 25 Ländern folgten 70 Prälaten der Einladung. Im Auftrag des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr, Erzbischof Dr. Johannes Dyba, nahmen Militärgeneralvikar Prälat Jürgen Nabbefeld, Leiter des Katholischen Militärbischofsamtes, und Militärdekan Prälat Walter Theis, der für die Militärseelsorge im Ausland zuständige Referatsleiter im KMBA, teil. Nach Rückkehr der deutschen Delegation führte AUFTRAG ein Gespräch mit Prälat Nabbefeld:

AUFTRAG: Herr Militärgeneralvikar, gab es einen besonderen Anlass für ein solches Symposium der Militärbischöfe oder finden diese Treffen regelmäßig statt?

MGV: Anlass dieser Konferenz war der 10. Jahrestag der Apostolischen Konstitution von Papst Johannes Paul II. „*Spirituali Militum Curae*“, welche die rechtliche Grundlagen für die Organisation, Administration und Pastoral einer modernen Seelsorge für Soldaten regelt. Diese Konstitution war so wichtig, weil der Codex Iuris Canonici – das Rechtsbuch der lateinischen Kirche – die Militärseelsorge nicht regelt. Dies geschieht erst mit der Apostolischen Konstitution über die Militärseelsorge vom 21. April 1986.

Aber unabhängig von diesem besonderen Anlass treffen sich die Militärbischöfe unter Leitung der römischen Bischofskongregation alle vier Jahre zu Gedanken-, Erfahrungsaustausch und Beratung.

AUFTRAG: Nun war unser Militärbischof ja nicht selbst nach Argentinien gereist, sondern hat sich durch Sie vertreten lassen. Dafür gab es doch sicherlich einen plausiblen Grund.

MGV: Ja natürlich. Der deutsche Militärbischof ist ja immer zugleich Diözesanbischof und schon dadurch zeitlich ausgelastet und oft auch räumlich gebunden. Er kann nicht jede Sache selbst wahrnehmen, vor allem dann nicht,

wenn wie in diesem Fall eine mehrtägige Abwesenheit erforderlich ist. Außerdem ist der Generalvikar nach dem Kirchenrecht Stellvertreter des Bischofs in der Leitung und Verwaltung des Jurisdiktionsbereiches. Wenn der Militärbischof also mit seinem „alter ego“ die zu einer Tagung entsendet, die voll in der Tagesarbeit stehen und wie Militärdekan Theis alle Probleme der internationalen Militärseelsorge kennen, dann war die deutsche Militärseelsorge gut vertreten.

AUFTRAG stimmt Ihnen da uneingeschränkt zu. Kommen wir zum Beratungsinhalt des Symposiums. Mit welchen konkreten Themen hat sich die Bischofskonferenz befasst?

MGV: Dem Anlass entsprechend wurde das Programm gestaltet: Das Eingangsreferat mit dem Thema „10 Jahre nach *Spirituali Militum Curae*“ befasste sich mit Selbstverständnis und Entwicklung der Militärseelsorge im Lichte der Apostolischen Konstitution. Die nachfolgenden Vorträge reflektierten die vergangenen, von der Apostolischen Konstitution geprägten 10 Jahre der Militärseelsorge unter den jeweiligen Aspekten jener Enzykliken, die während dieser 10 Jahre erschienen sind:

- Der französische Militärbischof Michel Dubost stellte mit „*Spirituali Militum Curae*“ und „*Evangelium Vitae*“ neue ethi-

sche Fragen in den Vordergrund.

- Bischof John Glynn, Weihbischof des amerikanischen Militärbischofs, beleuchtete mit „*Spirituali Militum Curae*“ und „*Ut Unum Sint*“ Probleme, die sich im Hinblick auf die Militärseelsorge in einer pluralen Gesellschaft unter dem Aspekt der Ökumene ergeben.
- Erzbischof Jorge Mejia, Sekretär der Bischofskongregation, gab mit „*Spirituali Militum Curae*“ und „*Tertio Millennio Adveniente*“ Anregung und Ausblick für die Gestaltung der Militärseelsorge für das nächste Jahrtausend.

AUFTRAG: Fand über die genannten Vorträge hinaus ein Austausch statt; konnten die Vertreter der einzelnen Nationen ihre Erfahrungen einbringen? In welcher Sprache diskutiert man bei einer solchen weltweiten kirchlichen Konferenz – doch wohl nicht in Latein?

MGV: Nein, die Zeiten, in denen innerhalb der Kirche eine Verständigung in Latein möglich war, sind vorüber. Seit Jahrzehnten sind Italienisch, Spanisch, Französisch und Englisch die Konferenzsprachen.

Nach diesen Sprachgruppen geordnet fanden Arbeitsgruppen zu der jeweiligen Thematik statt. Diese hatten die Aufgabe, die in den Referaten dargelegten Leitlinien auf die jeweilige Ortsgegebenheit zu beziehen und zu prüfen, inwieweit durch die Enzykliken gegebenen Anregungen in den jeweiligen Ländern umgesetzt worden sind, bzw. umgesetzt werden können.

AUFTRAG: Spielen die deutsche und die slawischen Sprachen in solchen Weltkirchenkonferenzen keine Rolle?

MGV: Leider nein. Da aber die

meisten Vertreter aus den mitteleuropäischen und südosteuropäischen Ländern sich statt in den offiziellen Konferenzsprachen besser in Deutsch verständigen können, kam bei dem verhältnismäßig großen Anteil an „deutschsprachigen“ Teilnehmern der Wunsch nach einer eigenen deutschsprachigen Arbeitsgruppe auf. Diesem Wunsch entsprach die Symposiumsleitung.

Bei dieser deutschsprachigen Arbeitsgruppe wurde deutlich, dass die Entwicklung der letzten zehn Jahre die mitteleuropäischen Länder gerade im Hinblick auf die Militärseelsorge dramatisch verändert hat. Der Wegfall des Eisernen Vorhangs ermöglichte den Ländern jenseits dieser Grenze erste Kontakte zu den Westeuropäern. Neue Militärseelsorgestrukturen wurden in osteuropäischen Ländern eingeführt.

Bei dem Vortrag der Ergebnisse der einzelnen Arbeitsgruppen im Plenum des Symposiums trug der Sprecher der deutschen Gruppe, Militärdekan Theis, diese Erkenntnisse vor. Er knüpfte daran die eindringliche Bitte der Mitglieder der Arbeitsgruppe, in Zukunft bei internationalen Zusammenkünften der Militärbischöfe die deutsche Sprache ebenfalls als Konferenzsprache einzuführen und dies mit allen Konsequenzen, d.h. Simultanübersetzung und deutschsprachige Protokolle.

Die erste Reaktion auf diese Bitte scheint – wie ich dem zustimmen des Nicken von Kardinal Gantin entnahm – positiv zu sein. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe wurden nach Absprache mit der Symposi-

umsleitung in Deutsch verfasst und werden so veröffentlicht.

AUFTRAG: Da bleibt nur zu hoffen, dass die deutschen Texte auch in die anderen Sprachen und alle übrigen Protokolltexte ins Deutsche übersetzt werden.

Herr Prälat, was hat Sie bei diesem Treffen – für Sie war es das erste im Kreis der Militärbischöfe – am meisten beeindruckt?

MGV: Beeindruckt hat mich die weltweite Gemeinschaft der Bischöfe bzw. der Prälaten, die sich anlässlich des Symposiums getroffen hat. Trotz der verschiedenen gelagerten Probleme in den unterschiedlichen Regionen der Welt bestand ehrliches Interesse und Aufgeschlossenheit füreinander. Die neue Bischofsgeneration in den südamerikanischen Ländern, die zu einem großen Teil aus Ordensgemeinschaften stammen, vermittelten einen wohlthuenden spirituellen Eindruck.

Von nicht zu unterschätzendem Wert sind die persönlich-freundschaftlichen Begegnungen, die bei den Teilnehmer in nicht wenigen Fällen zu neuen Freundschaften führten, die vielleicht sogar künftig neue Kooperationsmuster ermöglichen.

Nicht zuletzt bewegte mich jener morgendliche Gottesdienst, den der britische Militärbischof Walmsley feierte. Auf dem Hintergrund des immer noch nicht vergessenen argentinisch-britischen Konfliktes um die Falkland-Inseln vor dreizehn Jahren rief Bischof Walmsley in einer überzeugenden Weise zur gegenseitigen Versöhnung auf. Dabei verwies er auf das Zeichen, das

er unter anderem als seinen Beitrag einbrachte: Die Aufstellung der Gottesmutter von Lujan in Argentinien in seiner Bischofskirche in England.

AUFTRAG: Ein Thema ist bisher noch nicht zur Sprache gekommen. Das ist die Rolle der Laien in der Militärseelsorge. Waren an dieser Bischofskonferenz Laien als Berater oder als Beobachter zugelassen? Welche Rolle spielte das Laienapostolat bei den Beratungen?

MGV: Um es gleich offen zu sagen: Laien haben an dem Symposium der Militärbischöfe nicht teilgenommen. Es ist ja auch ein Treffen der Militärbischöfe. An den Sitzungen der Deutschen Bischofskonferenz nehmen ja auch keine Laien teil. Dafür gibt es andere Gesprächsforen. Die teilnehmenden Bischöfe und Prälaten bringen natürlich auch die Anliegen und Sorgen der Laien in die Konferenz ein. Für mich gibt es hier kein Gegenüber, sondern nur ein Miteinander.

AUFTRAG: Eine letzte Frage, Herr Generalvikar, geht von dem Symposium der Militärbischöfe eine besondere Botschaft oder ein Impuls für die Militärseelsorge und den Dienst der Soldaten aus?

MGV: Das ist schwer zu sagen, weil natürlich noch eine gründliche Auswertung der Beiträge erfolgen muss. Ich möchte aber sinngemäß wiedergeben, was Kardinal Gantin in Übereinstimmung mit den Teilnehmern sagte: Der Militärdienst muss sich immer mehr zu einem weltweiten Friedensdienst entwickeln. Die Staaten müssen sich bewusst werden, „dass sich eine Nation nicht durch Angriffskrieg, Eroberung und Expansion aufbauen lässt“. Der Dienst des Soldaten muss heute vom „Respekt vor den Völkern und der Förderung einer weltweiten Einheit der Länder und Erdteile“ inspiriert sein. In diesem Zusammenhang ist auch die Arbeit der Militärseelsorge eine „Mission des Friedens und der Verständigung“.

Die Fragen stellte Paul Schulz. □



Kirche unter Soldaten: Erzbischof Dyba im Gespräch mit Besuchern des Empfangs am Tag der Militärseelsorge auf dem Katholikentag in Karlsruhe 1992. (Foto: bt)

Prälat Dr. Martin Gritz, Militärgeneralvikar (1962–1981) feierte seinen achtzigsten Geburtstag

Prälat Martin Gritz, von 1962 bis 1981 Militärgeneralvikar und Leiter des Katholischen Militärbischofsamtes in Bonn, beging am Montag, dem 23. September 1996, in München seinen 80. Geburtstag. Der im schlesischen Namslau geborene Gritz wurde 1940 zum Priester der Erzdiözese Breslau geweiht. Nach dem Zweiten Weltkrieg kam er 1946 in die württembergische Diözese Rottenburg-Stuttgart, wo er zunächst als Vikar und Heimatlosenseelsorger in Bietigheim tätig war. Nach vier Jahren als Assistent am Seminar der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Tübingen übernahm Gritz 1958 eine Dozentenstelle an der Schule der Bundeswehr für Innere Führung in Koblenz, bis er 1962 Leiter des Katholischen Militärbischofsamtes in Bonn wurde. Seit 1991 lebt Gritz als Ruhestandsgeistlicher in München. Papst Paul VI. ernannte ihn 1971 zum Apostolischen Protonotar.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Lehmann, würdigte in einem Glückwunschschreiben die langjährige Tätigkeit von Gritz als Generalvikar der katholischen Militärseelsorge, die dieser in einer wichtigen Phase geprägt habe. Er dankte ihm für bedeutende Weichenstellungen in der Seelsorge für die Soldaten und ihre Angehörigen. Nicht nur die seelsorgliche Erfahrung von Gritz, sondern auch seine wissenschaftliche Tätigkeit an der Schule der Bundeswehr für Innere Führung habe ihn zu einem überzeugenden Gesprächspartner gemacht, schreibt Lehmann. (KNA)

gedient“, wurde er in diesem Jahrhundert der erste Generalvikar des Militärbischofs, der nie Uniform getragen hat. Ihr Amtsvorgänger, verehrter Herr Prälat Gritz, den, wie wir wissen, Sie sehr geschätzt haben, hatte den Grauen Rock als Standortpfarrer von Berlin und dann als Feldgeneralvikar der Wehrmacht bis 1945 – übrigens nicht ohne Stolz – getragen. Aus dieser Tradition kommend und mit dieser so geprägten Biographie hat Prälat Werthmann dann in den 50er Jahren Wesentliches zur Wiedererrichtung einer, allerdings neuartig strukturierten, Militärseelsorge in der Bundeswehr beigetragen und wurde dann 1956 erster Militärgeneralvikar.

Laudatio zum 80. Geburtstag des ehemaligen MGCV

Jürgen Nabbefeld

Ich wurde gebeten, Herrn Prälat Dr. Martin Gritz anlässlich seines 80. Geburtstages als Militärgeistlichen zu würdigen. Dieser Bitte zu entsprechen, ist keine schwere Aufgabe. Warum?

Als Militäroberpfarrer Martin Gritz 1962 durch den erst zuvor zum Militärbischof ernannten Bischof von Essen zum Generalvikar des Militärbischofs berufen und dann zum Militärgeneralvikar und Leiter des Katholischen Militärbischofsamtes ernannt wurde, hat

dies bei nicht wenigen Erstaunen ausgelöst. In der Kirche allgemein und bei nicht wenigen, vor allem leitend tätigen Militärgeistlichen war man der Meinung, zumal an der Spitze sollten die Militärgeistlichen entweder als Soldat oder aber als Feldgeistlicher über militärische Kriegserfahrung verfügen. Unserem Jubilar war aber, nach seiner Priesterweihe 1940 in Breslau, durch ein gütiges Geschick der Kriegsdienst erspart geblieben. Insofern in doppelter Hinsicht „un-

Martin Gritz zu würdigen, fällt mir als seinem zweiten Nachfolger im Bonner Militärbischofsamt, der ihn selbst in seiner aktiven Zeit nicht mehr erlebt hat, darum nicht schwer, weil Prälat Dr. Gritz der eigentliche Vater, Erbauer und Ausgestalter eines neuen Konzepts von Seelsorge unter den Soldaten geworden ist, auf dessen Grundlagen wir heute noch arbeiten.

Woran denken wir in der Militärseelsorge, wenn wir unserem verehrten Jubilar begegnen, uns an ihn erinnern oder ihn – auch heute noch – um Hinweise und Rat bitten? Worin liegt es begründet, dass auch über 15 Jahre nach Ausscheiden aus dem Dienst der Mili-



Aus Anlass ihrer Jubiläen feierten Militärgeneralvikar a.D. Dr. Martin Gritz (80. Geburtstag), Militärdekan a.D. Hubert Bittorf (70. Geburtstag), Militärdekan a.D. Karl-Heinz Kloidt (70. Geburtstag) und Militärdekan a.D. Pater Dr. Eugen Koep CSsR (Goldenes Priesterjubiläum) in der Pfarrkirche St. Elisabeth in Bonn einen Dankgottesdienst. Militärgeneralvikar Prälat Jürgen Nabbefeld lud zu Ehren der ehemals leitenden Militärgeistlichen anschließend zum Empfang ins Gemeindezentrum ein. Im Foto v.l. MGCV J. Nabbefeld, MD a.D. H. Bittorf, MGCV a.D. Dr. E. Niermann, MGCV a.D. Dr. M. Gritz, MD K.-H. Kloidt, MD P. E. Koep.

(Foto: KMBA)

tärseelsorge Prälat Gritz unter den Militärseelsorgern, Soldaten der Bundeswehr und in unserer deutschen Kirche Respekt, Anerkennung und mehr als das findet?

Der junge Theologe Martin Gritz, nach einer Tätigkeit als Repetent am Wilhelm-Stift in Tübingen und einer kirchenhistorischen Promotion ursprünglich für eine akademische Laufbahn vorgesehen, hat von Anfang an die Notwendigkeit gesehen, die traditionelle Feldseelsorge in eine umfassende seelsorgliche Begleitung und Mitgestaltung der Streitkräfte weiterzuentwickeln, in der auch der Theologie als Ganze, nicht nur der theologischen Ethik, ein wichtiger Beitrag zufallen sollte. Als Dr. Gritz 1958 als Dozent für Theologie an die damalige „Schule für Innere Führung“ der Bundeswehr berufen wurde, hat er sehr schnell von Organisation, Gestaltung und Ausbildung in modernen Streitkräften in der Demokratie, eine Herausforderung an den Beitrag der Kirche als gesellschaftlicher Kraft zur Mitgestaltung dieser Armee und als Herausforderung für einen neuen Typ von Seelsorge unter den Soldaten erkannt. Militärseelsorge durfte demnach nicht mehr, um es vielleicht vereinfacht, aber dann doch in der Sache treffend auszudrücken, individuelle geistliche Lebenshilfe für die unteren Dienstgrade sein, sondern in vollen Sinne „Kirche unter den Soldaten“ bilden. Sie sollte sich daher nicht nur an die Soldaten aller Dienstgrade wenden, sondern auch quasi institutionell zur geistigen Standortfindung und Bewußtseinsbildung im umfassenden Sinne innerhalb der Armee beitragen. Dr. Gritz hat in seiner langen Amtszeit als Militärgeneralvikar darum immer großen Wert darauf gelegt, dass Militärseelsorger auch als Theologen an den wichtigen wissenschaftlichen Stätten innerhalb der Bundeswehr und an den Ausbildungsstätten des Führungsnachwuchses präsent waren: so an der Führungsakademie der Bundeswehr, am Zentrum Innere Führung, an den Anfang der 70er Jahre gegründeten Universitäten der Bundeswehr – hier in Gestalt von formal nicht der Militärseelsorge zuzurechnenden ordentlichen Pro-

fessoren für Theologie, an den anderen Akademien sowie an den Offizier- und Unteroffizierschulen der Teilstreitkräfte. Nicht zuletzt hat Dr. Gritz Ende der 70er Jahre wesentlich dazu beigetragen, dass Militärbischof Hengsbach in Barsbüttel bei Hamburg ein eigenes wissenschaftliches Forschungsinstitut für Fragen der Friedensethik, das Institut für Theologie und Frieden, errichtet hat.

Der Militärgeistliche Martin Gritz hat aber nicht nur als Theologe die „Kirche unter den Soldaten“ geprägt, sondern auch als Seelsorger. Zu einer jeden Seelsorge gehört – was heute manchmal vergessen wird – ein Brücken-Bauen nicht nur zwischen dem Seelsorger und dem einzelnen Menschen oder zwischen Menschen und ihrem Seelsorger, sondern auch zwischen den Christen und der Welt, in der sie leben. Gerade für den Soldaten in der modernen Armee ist es unverzichtbar, die objektiven Bedingungen zu erkennen und aus dem Glauben heraus werten zu können, die die Inhalte seines Dienstes und damit den Bereich seiner Verantwortung markieren. Jener berühmte Satz des Zweiten Vatikanischen Konzils zum Soldatendienst, der da lautet: „Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei“ (GS Nr. 79) – fordert einen politisch gebildeten und sittlich urteilsfähigen Soldaten, der die gesamte Wirklichkeit kennt, in der sich sein Dienst vollzieht. Ihn dabei zu unterstützen, ist auch Bestandteil des Dienstes der Militärseelsorge. Dies war wohl auch der Grund, dass Prälat Gritz schon 1968 zum Mitglied des „Katholischen Arbeitskreises Entwicklung und Frieden“ der deutschen Sektion der päpstlichen Kommission „Justitia et Pax“ berufen wurde. Seit 1971 war er Ständiger Vertreter des Vorsitzenden des „Ständigen Ausschusses Dienst für den Frieden“ und nach der Berufung von Bischof Tenhumberg nach Münster langjährig dessen Vorsitzender. In diesem Gremium werden alle Gruppen und Institutionen unserer Kirche zusammengeführt, die in irgendeiner Weise durch die

Wehrpflicht und die Streitkräfte betroffen sind: Soldaten, Zivildienstleistende, ihre geistlichen Begleiter und Berater sowie die Gruppen und Institutionen, die es in diesem Bereich gibt. Dr. Gritz war immer der geduldige Mittler zwischen oft sehr hart aufeinandertreffenden Positionen, die aber eben durch seinen Dienst immer als solche von Christen in der Kirche von den Beteiligten verstanden werden konnten. Brücken-Bauen zur Welt hieß für Gritz immer Menschen zusammenführen. Seine hohe Dialog-Fähigkeit wurde auch im „Beirat Innere Führung“ des Bundesministers der Verteidigung geschätzt, in der Gritz nicht nur als Vertreter der Militärseelsorge, sondern auch als der seiner Kirche verstanden und gern gehört wurde. Brücken baute Gritz auch von der Welt der Soldaten in jene der politischen Konsensbildung, wie sie sich im Zentralkomitee der deutschen Katholiken vollzieht, wo er seit 1975 Berater in der Kommission I „Politik, Verfassung, Recht“ war. Besonders intensive Jahre des Vermitteln, des Position-Findens und des Dienstes am Dialog in unserer Kirche waren für Martin Gritz die Jahre, in denen er als berufenes Mitglied der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland angehörte.

Diese Liste ließe sich noch erheblich fortsetzen. Auffällig ist, auch für den „Nachgeborenen“, dass Gritz zwar nicht wenig über diese Problemfelder, in denen er sich praktisch so stark engagiert hatte, publiziert hat, ganz selten jedoch sich selbst und seinen eigenen Beitrag, die eigene Rolle im Geschehen, in den Vordergrund rückte. Martin Gritz war und ist – jeder, der ihn kennt, weiß dies – ein stiller Mann, der für sich selbst nie den Platz in der ersten Reihe beansprucht hat. Die Art und Weise, wie er Generalvikar zweier Militärbischöfe – Bischof Franz Hengsbach von Essen und Erzbischof Elmar Maria Kredel von Bamberg war, ist eine lebendige Bestätigung dessen, was die kirchliche Ordnung mit diesem Amt verbindet. Der eigentliche Pontifex war immer der Bischof, unter dessen Verantwortung er handelte.

Heute ist nicht die Zeit, um die vielen Initiativen und Leistungen unseres Jubilars im einzelnen in

Erinnerung zu rufen. Ich nenne stellvertretend nur die Umsetzung der Ergebnisse der Gemeinsamen Synode im Bereich der Militärseelsorge: so wurde hier die Mitverantwortung der Laien organisiert, wie es auch in den Diözesen üblich ist. Ein Priesterrat wurde eingerichtet und die Gewichtung der in der Seelsorge praktizierten Formen und Methoden daraufhin weiterentwickelt, dass alle Christgläubigen in ihrer eigenen Würde und Verantwortung sich in der „Kirche unter den Soldaten“ wiederfinden.

Martin Gritz als Theologe, als Seelsorger und – im Zentrum geistlicher Existenz in der Militärseelsorge – als Priester. Zahllose Militärggeistliche haben ihn vor allem in dieser Dimension persönlich erlebt und schätzen gelernt. Der Dienst an den Mitbrüdern in der Militärseelsorge lag unserem Jubilar in besonderer Weise am Herzen. Mochte er auch – wohl in der Tradition bisherigen kirchlichen Lebens – für manchen vielleicht zu distanziert erscheinen: in Situationen, in de-

nen Entscheidungen von Gewicht zu treffen waren, fühlten die Betroffenen sich Martin Gritz geistlich eng verbunden. Gerade in jenen Jahren, in denen das Presbyterium unseres Landes stark verunsichert war und nicht wenige Priester ihren Dienst verließen, war Martin Gritz ein Mann der Stunde.

Übrigens, so erzählen die Älteren, gerade zu später Stunde, haben manche Militärpfarrer „ihren“ Militärgeneralvikar von einer ganz anderen Seite kennengelernt: Wenn am späteren Abend im Haus des Militärbischofs in Bonn sich dort weilende Mitbrüder noch zu fröhlicher Runde zusammensetzten, ging nicht selten plötzlich die Türe auf, und „der Chef“ – so wurde Gritz liebevoll und zugleich voller Respekt nicht nur im Katholischen Militärbischofsamt genannt – betrat den Raum, eine Flasche mit gebranntem Getränk in der Hand. Diese späten Stunden haben für manch einen ein neues Bild von Martin Gritz vermittelt, das keineswegs im Widerspruch zu sonstigen

Erfahrungen stand, ihnen aber eine neue Dimension der Nähe und Verbundenheit zugesellte.

Spätestens hier dürfte sich der Kreis schließen. Generalvikar Prälat Dr. Martin Gritz, Apostolischer Protonotar, Priester der Erzdiozese Breslau, war und ist für alle, denen er begegnete, im Grunde immer derselbe gewesen. Das ist der Grund, warum wir Militärseelsorger und alle Soldaten, die ihn aus der Zeit seines Dienstes kennen, ihn hochschätzen und, so darf ich wohl sagen, ihm herzlich verbunden sind.

Lieber Herr Prälat, im Namen unseres Militärbischofs, aller Militärggeistlichen, der Mitarbeiter unserer Militärseelsorge sowie der katholischen Soldaten unserer Bundeswehr wünsche ich Ihnen von Herzen Gottes reichen Segen zu Ihrem 80. Geburtstag, vor allem Gesundheit und jene geistige Geistlichkeit, die für uns alle so sehr zum Geschenk geworden ist. □

Leuchtturm Militärseelsorge

Militärbischof bei den Blauen Jungs

„Mit offenen Ohren und offenen Augen werde ich in den nächsten Tagen hier sein und an Ihren Erfahrungen teilnehmen. Das Herz ist jetzt schon offen“, sagte Militärbischof Johannes Dyba beim Empfang in der Kasernenanlage „Hohe Düne“ in Warnemünde anlässlich seines offiziellen Besuchs vom 27.–29. August bei Marineeinheiten und Dienststellen in Rostock/Warnemünde, zu dem Gäste aus Bundeswehr, Politik, Verwaltung und Kirche geladen waren. Der Kommandeur des Marineabschnittskommando Ost, Kapitän zur See Dieter Leder, hieß den hohen Vertreter der katholischen Kirche bei der Bundeswehr im Namen seiner Mitkommandeure herzlich willkommen. Dyba sowie auch Weihbischof Norbert Werbs vom Erzbistum Hamburg lobten die Soldaten für das Inkaufnehmen der hohen Belastungen,

die die Neuorganisation und Umstrukturierung der Bundeswehr mit sich gebracht hätten. Die Verlegung des Flottenverbandes nach Warnemünde ist ein Teil dieser Maßnahme. Rainer Prachtl, Landtagspräsident von Mecklenburg-Vorpommern deutete in seinem Grußwort den Besuch des Militärbischofs als ein Zeichen des Bestandes, den die katholische Kirche den Bundeswehrsoldaten bei der Erfüllung ihrer schwierigen Aufgabe gebe.

Der Erzbischof hatte auch trotz des umfangreichen Programmes genügend Zeit eingeplant, um mit den Soldaten des Marinestützpunktes über deren Anliegen, Sorgen und Nöte zu sprechen. Die Matrosen scheuten sich nicht kritische Fragen an den Oberhirten zu stellen.

Im Alltag ist Militärpfarrer Michael Kudlaszyk für die seelsorgli-

che Betreuung der katholischen Soldaten zuständig. Seit sechs Jahren ist er bei der Schnellbootflottille, seit zwei Jahren in Warnemünde. Wenn der Flottenverband mit einem Tender ins Manöver muß, ist Pfarrer Kudlaszyk meistens dabei. Er wird akzeptiert von den Seeleuten, da sie in ihm nicht den Vorgesetzten sehen, sondern den Ansprechpartner und Kameraden. Kudlaszyk hat für alle ein Ohr; 80 Prozent der jungen Männer, die auf Schnellbooten ihren Dienst tun, kommen aus den neuen Bundesländern und sind konfessionslos. Leutnant zur See Patrick Martin (24), seit fünf Jahren bei der Marine, ist da eine Ausnahme. Er kommt aus einem katholischen Elternhaus (sein Vater ist Pfarrgemeinderatsvorsitzender in der Militärgemeinde Bonn/Rheinbach) und für ihn ist die Anbindung an die katholische Kirche nichts Außergewöhnliches.

Die Dienststelle des Pfarrers, die der Militärbischof auch besuchte, wird bei dessen Abwesenheit umsichtig und engagiert von Pfarrhelfer Hans Groberg betreut. Ehefrau Michaela Groberg ist ebenfalls in der Militärseelsorge

beschäftigt, nämlich als Familienbetreuerin für Rostock, Warnemünde und Stralsund.

Die katholischen Familien aus Rostock freuten sich, als sie am zweiten Tag des Truppenbesuchs in der Christuskirche mit dem Erzbischof einen Gottesdienst feiern konnten. Prälat Joachim Robrahn, dienstaufsichtsführender Dekan beim Flottenkommando, lud anschließend noch zu einer Begegnung ins Gemeindezentrum ein. Für die Rostocker Katholiken war

dieses Pontifikalamt ein besonderes Zeichen, da ihre alte Christuskirche vor genau fünfundzwanzig Jahren vom Regime der DDR gesprengt worden war. Von den 290.000 Einwohnern der Stadt sind nur vier Prozent katholisch und zehn Prozent evangelisch. Erzbischof Dyba nahm die Gelegenheit wahr, die evangelische Marienkirche in Rostock zu besichtigen. Superintendent Joachim Wiebering, der die Führung übernommen hatte, berichtete dem Gast aus Fulda

über die nicht leichte Aufgabe, Kirche aufzubauen und zu leben.

Die Blauen Jungs staunten nicht schlecht. Mutig und sportlich zeigte sich der 67-jährige Katholische Militärbischof bei einer Ausfahrt mit einem Boot des 2. Schnellbootgeschwaders in Warnemünde. Bei der Übung eines Personentransfers ließ sich Erzbischof Johannes Dyba an einem Seil von einem Helikopter hochwinchen und – Gott sei Dank wohlbehalten – wieder zurückbringen.

(KMBA/M. Beyel)

PERSONALIA

Lothar Bendel (43), seit 1992 Wissenschaftlicher Referent im Grundsatz- und Fortbildungsreferat des Katholischen Militärbischofsamtes in Bonn ist seit 1. August 1996 Dozent für Katholische

Theologie am Zentrum Innere Führung der Bundeswehr in Koblenz. Er folgt Prof. Pater Dr. Karl-Heinz Ditzer, der nach langjährigem Dienst in der Militärseelsorge eine Aufgabe im Redemptoris-

tenorden übernommen hatte – aber nach wie vor der GKS als Berater im Sachausschuss „Innere Führung“ zur Verfügung steht. Bendel, Dipl. Theologe aus Georgsmarienhütte, absolvierte Spezialstudien in theologischer Ethik und Erwachsenenbildung. Vor seinem Eintritt in die Militärseelsorge war er unter anderem in der kirchlichen Zivildienstseelsorge tätig. Militärbischof Johannes Dyba erteilte ihm den kirchlichen Auftrag für seine neuen Aufgaben und verlieh ihm den Titel eines Wissenschaftlichen Oberrates im Kirchendienst.

Zum Fototermin bei der Einführung in Koblenz stellten sich (v.l.) Leitender Direktor im Kirchendienst Harald Oberhem, Leiter des Referats Grundsatzfragen und Fortbildungsangelegenheiten, Oberrat Lothar Bendel, Oberst i.G. Friedhelm-Wilhelm Dieckhoff, stv Kdr und Chef des Stabes ZInFu, und Militärdekan Prälat Walter Theis, Leiter Referat Kirche und Gemeinde im KMBA. (Text und Foto: KMBA)



Der katholische Standortpfarrer Büchel, Militärdekan Norbert Reichel, wurde am



17. Juli 1996 durch den Wehrbereichsdekan IV, Msgr. Carl Ursprung, aus dem Dienst der Militärseelsorge verabschiedet. An dem feierlichen Gottesdienst (Pfr Reichel, Mitte im Kreis von acht Konzelebranten, links neben ihm Msgr. Carl Ursprung, Kath. Wehrbereichsdekan IV) in der Dauner Thomas-Morus-Kirche nahmen neben zahlreichen Gästen aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens rund 600 Soldaten aus den Standorten Büchel, Cochem-Brauneck, Daun und Ulmen teil. – Der Priester Norbert Reichel stand zwölf Jahre im Dienst der „Kirche unter Soldaten“. Neben den Aufgaben eines Standortpfarrers war er auch Geistlicher Beirat der GKS in seinem Seelsorgebezirk, in den letzten Dienstjahren Vertreter des Wehrbereichsdekans, Pfarrverweser der zivilen Pfarrvikarie Cochem-Brauneck und betreute darüberhinaus noch die Behindertenschule und -werkstatt in Dohr. (Wilfried Puth)

Helmut Ibach †

Helmut Fettweis

Gott, unser aller Herr, hat Dr. habil. Helmut Ibach am 5. September 1996 im Alter von 84 Jahren in sein ewiges Reich berufen.

Für die Gemeinschaft Katholischer Soldaten, vor allem aber für den Königsteiner Offizierkreis (KOK), war Helmut Ibach Initiator, Helfer, Freund und Kamerad.

Geboren am 24. März 1912 in Ludwigshafen, studierte er in Heidelberg, Freiburg i.Br. und Leipzig Geschichte, Literaturgeschichte, Philosophie und Zeitungswissenschaft. Seine wissenschaftliche Laufbahn wurde durch den Krieg unterbrochen.

Nach dem Krieg war er zunächst Redakteur verschiedener Jugendzeitschriften. 1956 wurde er dann als Lehrer an die Schule für Innere Führung in Koblenz berufen. Er zählt – als Publizist – zu den Mitbegründern des Königsteiner Offizierkreises.

Helmut Ibach hat in der damaligen Zeit für die Laienarbeit im Bereich der katholischen Kirche in der Bundeswehr zwei grundlegende Modellentwürfe erarbeitet und mit Leben erfüllt. Einmal war das der Gedanke einer offenen Akademie. Die Akademie sollte „... als ein Treffpunkt allen Gutwilligen dienen“ und eine „Zufluchtsstätte des Humanen“ für Außenstehende sein. Gerade dieser Gesichtspunkt war wichtig, da damals viele Soldaten sich vor einer organisatorischen Bindung scheuten.

Das zweite Modell war die Gründung des Königsteiner Offizierbriefes. Ibach hatte erkannt, dass zwischen den Akademietagungen eine (zu) lange Zeit der Informationslosigkeit lag. So „erfand“ er als Mittel der Verständigung und der Information den (Königsteiner Offizier-)Brief; bescheiden und anspruchslos wie es der damaligen Situation (1961) entsprach. Er war mit seinem Büro an der Schule für Innere Führung ein „Fels“ in der Brandung der Versetzungen, die die Redaktion bis 1966 eigentlich ständig heimsuchte. Diese Briefe waren ein wesentliches Verbindungsorgan im KOK. Sie haben sich über die Jahre zum heutigen AUFTRAG entwickelt.

Helmut Ibach, der u.a. etliche Bücher und Veröffentlichungen verfasst hat (z.B. „kleine Feldpostille“, „Experi-



Dr.phil.habil. Helmut Ibach – hier im vertrauten Gespräch mit Generalinspekteur Heinz Trettner – forderte schon früh eine „Akademie der katholischen Militärseelsorge“. Diese Idee konnte schließlich im Jahr 1987 mit Gründung der Akademie Oberst Helmut Korn im Bonifatiushaus in Fulda verwirklicht werden. Helmut Ibach nahm am Gründungsakt teil, seine letzte, offizielle Begegnung mit der GKS. (Foto KMBA)

ment in der 'Wüste'; „Lechfeld – Schicksalsfeld...), war ein kantiger Urtyp. Ordnung und Vaterland, Glaube und Tradition, Liebe zum Menschen aber auch Verteidigung ethischer Werte waren ihm Grundausrichtung. Seine Prägung erhielt er außer im Elternhaus in der katholischen Jugendbewegung, vorwiegend im Bund Neudeutschland.

Seinen Entschluß, eine Universitätslaufbahn nicht wieder aufzunehmen und sich der Bundeswehr zur Verfügung zu stellen, entsprang der Überzeugung, dass man in der geschichtlichen Situation der Bundesrepublik 1950–1960 – trotz der gemachten Erfahrungen – die Dinge nicht „ohne uns“ laufen lassen könne.

So sagte er 1961 in seinem Büchlein „kleine Feldpostille“: „Die Geschichte lehrt uns, dass, wer wagt Mensch zu sein, eben mit den Bedrohungen des Menschseins durch den Menschen fertig werden muss, dass es für gefährvolle Augenblicke keine todsicheren Rezepte, sondern nur risikoreiche Gewissensentscheidungen gibt, dass Gott schließlich aber auch denen hilft, die es in Freiheit und Verantwortung unternehmen, sich selbst zu helfen.“

Ich durfte Helmut Ibach oftmals

persönlich begegnen. Wir hatten darüber hinaus lange Jahre einen erfreulichen und tiefen Briefkontakt über den AUFTRAG.

Unsere letzte Begegnung war am 29./30.10.1987 bei der Gründung der „Akademie Helmut Korn“. Am Rande der Feierlichkeiten hatten wir eine längere Zeit zur persönlichen Aussprache. Damals bereits beide außer Dienst, kreisten unsere Gedanken zu dem gemeinsamen Weg – KOK – GKS – Soldat – Verteidiger von Freiheit und Frieden.

Diese eindrucksvollen Stunden ließen auch den gemeinsamen Grund unseres Handelns, den Glaube an Jesus Christus – an jeweils anderer Stelle und mit anderen Aufgaben –, aufleuchten.

Wir wollen ihn in unser Gebet einbeziehen. Er wird für uns zeugen, wenn wir vor Gottes Richterstuhl treten. Wir nehmen Abschied von einem guten Freund und Kameraden. Ihm galt, wie uns, die Maxime, die sich Oberstleutnant Georg Freiherr von Boeselager (gefallen am 27. August 1944) zu eigen gemacht hatte: „Für Gott – Für das Vaterland – Für das Leben.“ (Kleine Feldpostille S. 158). □

Willi Weiskirch †

Politiker mit christlichen Grundsätzen

Hans-Georg Marohl

Willi Weiskirch, der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages in den Jahren 1985 bis 1990 ist am 11. September 1996 im Alter von 73 Jahren verstorben.

Schwer verwundet kam er 1945 zurück in die Heimat. Neben seinem Studium der Geschichte, Philosophie und Zeitungswissenschaft war er aktiv am Aufbau der katholischen Jugend (BDKJ) beteiligt. Er koordinierte das Schrifttum des Verbandes und wurde 1952 Chef-Redakteur der „Wacht“.

Auf Vorschlag des BDKJ wurde 1952 auf der Vollversammlung des Bundesjugendringes unter dem Vorsitz von Josef Rommerskirchen die „Einstein-Erklärung“ verabschiedet, mit der die im Bundesjugendring zusammengeschlossenen Jugendverbände ihre Zustimmung zu einem deutschen Verteidigungsbeitrag im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) bekannt gaben. Die Hauptversammlung des BDKJ verabschiedete 1953 daraufhin eine „Stellungnahme zu Fragen des Inneren Gefüges der künftigen Deutschen Streitkräfte“. Willi Weiskirch „übersetzte“ diese Stellungnahme in eine griffige, vielbeachtete und oft zitierte Publikation mit dem Titel „Nie wieder Kommis“. Hierin zeigte er deutlich auf, warum die katholische Jugend der jungen Bundesrepublik Deutschland ein Ja zum deutschen Verteidigungsbeitrag sagte, aber auch welche Voraussetzungen gegeben sein mußten. Viele dieser Forderungen fanden sich im „Handbuch für Innere Führung“ der Bundeswehr wieder. Sie haben auch das ethische Selbstverständnis der ersten katholischen Offiziere der Bundeswehr und über den Königsteiner Offizierkreis das Denken der GKS beeinflusst.

1958 erhielt Willi Weiskirch den Journalistenpreis der NATO für seine Veröffentlichung zum Thema „Bundeswehr/NATO“. 1959 wurde er Chef-Redakteur der Zeitung „Mann in der Zeit/Weltbild“. 1976 wurde er Mitglied des Deutschen Bundestages und



Der Wehrbeauftragte Willi Weiskirch bei der 20. Woche der Begegnung 1985 in Königstein/Ts. im Gespräch mit dem damaligen Nuntius in Deutschland, Erzbischof DDr. Josip Uhač, und dem Katholischen Militärbischof, Erzbischof Elmar Maria Kredel. (Foto: F. Brockmeier)

bald als Vorsitzender der Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu einem der wichtigsten verteidigungspolitischen Sprecher.

1980 bis 1982 übernahm er den Vorsitz der Bundesarbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung e.V.

Am 20.03.1985 wählte ihn das Parlament zum Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages. 1993 wurde er zum Ehrenmitglied der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS e.V.) ernannt.

Willi Weiskirch war einer von uns. Er gehörte zu dem Kreis der katholischen Jugend wie die späteren Obersten Dr. Helmut Korn, Norbert Schütz (KzS), Helmut Fettweis, Günther Reichel (und nicht zuletzt Hans-Georg Marohl, Anmerkung der Redaktion) u.a.m., die gerade die Vorbereitungen für den Aufbau Deutscher Streitkräfte kritisch beobachteten. Sie haben sich aktiv in Planungen und Überlegungen zu den Themen „Inneres Gefüge“ (Einordnung der Streitkräfte in unseren demokratischen Rechtsstaat) „Innere Führung/zeitgemäße Menschenführung“ und „Staatsbürger in Uniform“ eingeschaltet und hier viele

wichtige Entscheidungen mit beeinflusst. Dieses Verantwortungsgefühl, diese Verpflichtung für Volk, Staat und für die neue Bundeswehr in unserer Gesellschaft war dann auch Grund für die Entscheidung katholischer, ehemaliger Wehrmachtsoldaten, aktiv beim Aufbau der Bundeswehr mitzuwirken und Dienst in der Bundeswehr zu leisten. Nicht nur Proklamationen und Deklarationen waren gefragt, sondern aktives Handeln. Die gleiche Motivation führte Willi Weiskirch in die politische Verantwortung. Seine Berufung zum Wehrbeauftragten war nicht nur eine Bestätigung seines immerwährenden Bestrebens, dem Soldaten als „Bürger in Uniform“ zu dienen, und seine Stellung in unserer Gesellschaft zu sichern.

Er war geprägt von seinem katholischen Elternhaus, von seinem tiefen Glauben, von seinem Verantwortungsbewusstsein als Laie, als Glied unserer Kirche.

Er war ein Vorbild für den christlichen Weltdienst. Gott hat ihn gesegnet, er hat ihn aufgenommen in sein Reich. Wir können nur dankbar sein, dass wir diesen Menschen, diesen Freund erleben durften. □

Bundesvorstand der GKS tagte in Berlin

Deutsche Tagespost

Katholische Zeitung für Deutschland

Ein Plädoyer für die allgemeine Wehrpflicht

Herbstkonferenz des Bundesvorstands der Gemeinschaft Katholischer Soldaten in Berlin

BERLIN (DT/pd). Die Fragen nach der Zukunft der allgemeinen Wehrpflicht und nach der Notwendigkeit eines besonderen Ehrenschatzes für Soldaten sowie die Möglichkeit internationaler Zusammenarbeit von Streitkräften und (Militär-)Seelsorge waren wichtige Themen der Herbstkonferenz des Bundesvorstands der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) in Berlin.

Nach Auffassung der Gemeinschaft ist die allgemeine Wehrpflicht derzeit die für Deutschland angemessene Form der Beteiligung des Bürgers an der Erhaltung der Sicherheit seines Landes. Aus ethisch-religiöser Sicht gebe es allerdings keine

Gründe, eine bestimmte Wehrform, sei es die allgemeine Wehrpflicht, seien es Freiwilligenstreitkräfte, zu favorisieren.

„Grundsätzlich müssen die Ehre und Würde jedes einzelnen Soldaten und der Bundeswehr als Institution unseres Staates geachtet und geschützt werden“, stellte die GKS fest. Ein solcher Schutz sei im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen möglich und gegeben. Jüngste, umstrittene Urteile des Bundesverfassungsgerichts stünden dem nicht entgegen. Eines besonderen Gesetzes zum Schutz der Ehre der Soldaten oder der Bundeswehr bedürfte es daher nicht.

Die GKS hob von neuem die Notwen-

digkeit internationaler Einsätze und internationaler militärischer Zusammenarbeit im Rahmen der Vereinten Nationen hervor, um Menschen- und Völkerrecht zu schützen oder wiederherzustellen. Es bleibe aber eine wichtige Aufgabe, - wie dies auch die vor wenigen Wochen beendete Konferenz der katholischen Militärbischöfe der Welt in Argentinien gefordert habe, - die Aufgaben, die Verantwortbarkeit und die ethischen Grenzen solidarischen Handelns in derartigen Einsätzen zu überprüfen und zu definieren - auch in Anlehnung an die päpstliche Enzyklika „Evangelium vitae“ und die Aussagen des Papstes zur „humanitären Einmischung“.

In dem oben wiedergegebenen dreispaltigen Artikel berichtete die Deutsche Tagespost am Donnerstag, 17. Oktober 1996, auf Seite 1 über die Herbstsitzung des Bundesvorstandes der GKS in der Julius-Leber-Kaserne in Berlin. Neben den genannten Themen befasste sich der Bundesvorstand sowohl mit der Arbeit des laufenden Jahres als auch insbesondere mit den Planungen für 1997.

Für das Jahr 1996 waren besonders zwei erfolgreiche Projekte hervorzuheben

(1) Das Anfang Juni in Bensberg durchgeführte Seminar für Funktionsträger der GKS, das mit 32 GKS-Mitgliedern gut besucht war und vom Inhalt wie der herrschenden Atmosphäre hohe Zustimmung erhielt. (AUFTRAG beabsichtigt, das Seminar zu dokumentieren, damit die dort gemachten Ausführungen und Beiträge allgemein zur Verfügung stehen.) Ein gleichartiges Seminar wird für 1998 geplant.

(2) Das gemeinsame Seminar der Sachausschüsse „Sicherheit und Frieden“ und „Innere Führung“ Ende August in Görlitz, über das Brigadegeneral Friedhelm Koch ausführlich berichtete (s.a. Beitrag von Oberst i.G. Dr. Klaus Achmann in diesem AUFTRAG, Seite 69).

Jahresthema 1997

Schwerpunkt der Beratungen des Bundesvorstandes aber waren die Vorhaben für das nächste Jahr 1997. Der Bundesvorsitzende, OTL Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein, wies darauf hin, dass die GKS mit dem gewählten Jahresthema „Lern- und Lebensgemeinschaft – Im Glauben auf dem Weg“ herausstellen möchte, dass und in welcher Weise der Einzelne eine Gemeinschaft – Familie, katholischer Verband, Pfarrgemeinde, aber auch die Bundeswehr – als stärkend erfahren kann. In einer gesunden Gemeinschaft kann der Mensch aus seinem Glauben heraus leben und diesen Glau-

ben im täglichen Leben auch verwirklichen. Die *Woche der Begegnung 1997*, die unter dem vom Vorstand der Zentralen Versammlung gewählten Thema „*Wahrnehmen Austauschen – Umsetzen. Mittendrin Nachfolge leben*“ steht, wird in der Zeit 21.–26. April 1997 (ZV: 21.–24.04., BuKonf GKS 23.–26.04.) in der Wolfsburg, dem Bildungshaus des Bistums Essen, stattfinden.

GKS-Akademie

1997 besteht die *GKS-Akademie* Oberst Helmut Korn bereits zehn Jahre. Das 6. Seminar wird vom 3. bis 7. November wiederum im Bonifatiushaus Fulda durchgeführt. Sein Thema lautet: „*Soldat im internationalen Friedensdienst. Sinn – Identität – Ethik*“. Das bereits in der 5. Ergänzungslieferung zum Handbuch der GKS veröffentlichte Programm wird mit geringen Änderungen in den zu Beginn des kommenden Jahres zu veröffentlickenden Einladungsprospekt

einfließen. Die Werbung kann bereits heute beginnen.

Förderkreis der GKS e.V.

Vorgestellt und diskutiert wurde die durch den Sachausschusses „Konzeption und Information“ erarbeitete Satzung für einen „Förderkreis der Gemeinschaft Katholischer Soldaten e.V.“, einem Auftrag der letzten Bundeskonferenz. Da der Bundesvorstand keine grundsätzlichen Einwände gegen den Satzungsentwurf erhob, soll dieser nun noch nach juristischen und steuerlichen Gesichtspunkten geprüft werden. Bei seiner nächsten Sitzung im Februar 1997 will der BV GKS die Satzung abschließend genehmigen und den Verein gründen. Der Förderkreis soll nach Zweck und Zielen zunächst ausführlich im AUFTRAG und schließlich bei der Bundeskonferenz vorgestellt werden. Während aktiven Soldaten und ihren Familienangehörigen die Mitgliedschaft frei gestellt ist, sollen alle sonstigen GKS-Mitglieder, die nicht (mehr) der Jurisdiktion des Katholischen Militärbischofs unterliegen, dem Förderverein beitreten oder diesen durch eine jährliche Spende unterstützen. Durch den Verein soll die GKS trotz der knappen werdenden Mittel in die Lage versetzt werden, die nicht der Jurisdiktion des Militärbischofs unterliegenden GKS-Mitglieder bei Veranstaltungen weiterhin wie aktive Soldaten oder deren Familien zu behandeln. Der direkte Bezug des AUFTRAGS wird aus Kostengründen dann nur noch über den Förderverein möglich sein. Allerdings wird unser Verbandsorgan auch weiterhin über die Vorsitzenden der GKS-Kreise, die Dienststellen der Militärpfarrer und die Ansprechpartner zur Verteilung kommen.

Nicht nur im Zusammenhang mit dem zu gründenden Förderkreis war die Mitgliedersituation ein wichtiges Thema der Sitzung. Dabei ging es weniger um die im Vergleich zur Gesamtzahl katholischer Soldaten in der Bundeswehr relativ geringe Zahl der im organisierten Laienapostolat engagierten Soldaten. Es ging vielmehr um die auch bei der Herbsttagung der Gemeinschaft Katholischer Männer Deutschlands (GKMD) diskutierte

Frage, wie sich Männer – und für die GKS insbesondere Soldaten – für eine ehrenamtliche Mitarbeit gewinnen lassen. Erneut wurde kritisiert, daß der Vorstellungsprospekt der GKS einen zu hohen Anspruch an mögliche Interessenten stelle, sie nicht werbe, sondern „wegen der Unerreichbarkeit der in den Leitsätzen definierten Ziele“ eher abschrecke. Vergessen wird bei dieser Argumentation, daß die Leitsätze kein Maß für eine zu überwindende „ethische Hürde“ sind, sondern eher den Leitplanken einer Straße vergleichbar sind, die dem Verkehrsstrom Richtung und Sicherheit geben. Auch bestand im Bundesvorstand Übereinstimmung darüber, daß neue Mitglieder nicht durch Papiere oder allgemeine Appelle gewonnen werden. Nach den Erfahrungen aus der praktischen Theologie und aus der Soziologie ist für eine Gewinnung zur ehrenamtlichen Mitarbeit das persönliche Gespräch von „Mann zu Mann – auf gleicher Ebene“ allein erfolgversprechend. Bei einer Mitarbeitergewinnung müssen im Vordergrund stehen: Motivation – Werbung – Vorbereitung – Begleitung.

Mittelpunkt der Sitzung

Zur Bundeskonferenz der GKS, wenn sie außerhalb Bonns durchgeführt wird, gehören organisch zwei Vorhaben. Im Mittelpunkt steht jeweils die Eucharistiefeier als Gedenkfeier an Tod und Auferstehung unseres Herrn und Bruders Jesus Christus, in dessen Auftrag und Namen wir als organisierte Laien unser Apostolat ausüben. Darüberhinaus will der Bundesvorstand auch das kulturgeschichtliche und gesellschaftliche Umfeld des Tagungsortes kennenlernen, soweit die umfangreiche Tagesordnung dafür Zeit läßt. So konnten sich am Samstag Nachmittag die Mitglieder des BV GKS bei einer kurzen Rundfahrt ein Bild von der Metropole Berlin machen. Es ist nicht zu übersehen, dass die Stadt sich mit allen Kräften auf den Regierungsumzug vorbereitet. Besonderer Aufmerksamkeit wurde dem leerstehenden Gebäude am Spreeufer zwischen Museumsinsel und Bahnhof Friedrichstraße zuteil: hier soll nach Renovierung das Katholische

Militärbischofsamt im Jahr 1999 seinen Sitz nehmen.

Etwas verspätet und angefüllt mit Berliner Eindrücken trafen sich die Vorstandsmitglieder mit ihren Familienangehörigen und geladenen Gästen zum Vorabend-Sonntagsgottesdienst in der ehemals französischen Garnisonskirche „St. Louis“ in der Julius-Leber-Kaserne. Etwas verwundert war man zunächst, daß die Messe erst nach einer erneuten Verzögerung von gut 15 Minuten begann. Manch eine(r) genoss es, nach den vielfältigen Großstadteindrücken zur Ruhe kommen zu können, andere rutschten etwas unruhig in ihrer Bank herum. Der Zelebrant, der Standortpfarrer Berlin Georg Klar, bestätigte in seiner Begrüßung, daß die Pause zu Sammlung und Besinnung mit voller Absicht eingelegt wurde, um Abstand von aller Umtriebigkeit gewinnen und sich auf das Geschehen am Altar konzentrieren zu können. In Konzelebration mit allen (nebenamtlichen) Militärpfarrern, die in Berlin und den Standorten der Umgebung tätig sind – Pfr Wolfgang Schmidt, Bw Krankenhaus Berlin, Pater Vinzenz Hoffmann, Gefängnisseelsorger in der JVA Tegel, der sehr engagiert in der Militärseelsorge unterstützt, Pfr Winfried Onizazuk, Standorte Mischendorf und Lenin, Dekan Joachim Reetz, Standort Brück, Pfr Johannes Müller, Standort Strausberg –, und mit dem Geistlichen Beirat der GKS, Prälat Walter Theis, feierte Militärpfarrer Klar einen eindrucksvollen Gottesdienst.

Am anschließenden festlichen Abendessen im Unteroffizierheim der Kaserne nahm unter zahlreichen Gästen der Männerseelsorger des Erzbistums Berlin, Pfarrer Dr. Stephan Kotzula, teil. Brigadegeneral Hans Speidel, Standortkommandant Berlin und Kommandeur VBK 100, begrüßte den Bundesvorstand in Berlin und betonte in seinen Ausführungen die von Papst Johannes Paul II. vor dem Brandenburger Tor gemachte Aussage, daß es „keine Freiheit ohne Opfer“ gebe. Opferbereitschaft als Tugend gehöre aber zum Selbstverständnis gerade christlich fundierter Soldaten, als welche die GKS sich verstehe. (PS)

SACHAUSSCHÜSSE

Dienst an der inneren Einheit Deutschlands

Politische, gesellschaftliche und kirchliche Fragen standen im Mittelpunkt einer dreitägigen Informationsreise der GKS in die niederschlesische Lausitz

Klaus Achmann

Das ist das Besondere an der GKS: Ob Geistlicher oder General, ob aktiv oder pensioniert, ob Offizier oder Unteroffizier, wo sich eine gemeinsame Aufgabe stellt, wird sie auch gemeinsam angepackt und gelöst.

Diesmal war es die Fortsetzung eines seit der Wiedervereinigung geübten Brauches, durch Reisen in die neuen Bundesländer so etwas wie erweiterte Heimatkunde zu betreiben. Der Wunsch, Regionen und Menschen kennenzulernen, zu denen früher kein Zugang möglich war; unsere Kirche dort zu besuchen, wo sie in der Diaspora eine kleine Minderheit ist; mit Soldaten der Bundeswehr dort zu sprechen, wo Neues aufgebaut werden musste; vor allem aber: dem Denken und Fühlen der Menschen nachzuspüren, die die große Zeitenwende von 1989/90 miterlebten, sie zu fragen, wie sie mit dem Bruch in ihrer Biographie weiterleben, wie sie das Neue erleben und damit zurechtkommen, wie ihre Gefühle gegenüber den Besuchern aus dem Westteil Deutschlands sind, wie gegenüber ihren polnischen Nachbarn: Also Neugierde, auf den Menschen und seine Umwelt gerichtete Wissbegierde war einer der Hauptantriebe unserer Reise.

Zwei Sachausschüsse der GKS – die Sachausschüsse „Innere Führung“ und „Sicherheit und Frieden“ – hatten sich auf die Reise gemacht. Seit 1990 haben sie bereits Dresden, Schwerin, Magdeburg und Erfurt besucht und wollten jetzt den Ostteil Sachsens, die Niederlausitz, und den Südtteil Brandenburgs, die Oberlausitz kennenlernen, also jenes Gebiet, das der Bischof von Görlitz in seinem Bistum vereint.

Dresden

Nach dem Eintreffen in Dresden am Donnerstag, dem 22. August 1996, galt der erste Besuch der ehemaligen Garnisonskirche St. Franziskus-Xaverius in der Albertstadt, deren Pfarrer zugleich nebenamtlicher Militärfarrer in Dresden ist. Anschließend unterrichtete der Kommandeur des Verteidigungsbezirks 76 Dresden, Kapitän zur See von der Planitz, unsere Gruppe über seinen Verantwortungsbereich und seine Aufgaben. Aus der Diskussion, die nur ein erstes Hineindenken in die Themen der kommenden Tage sein konnte, bleibt eine Bemerkung des Offiziers im Gedächtnis: Er berichtete aus seinen Gesprächen mit Angehörigen der ehemaligen NVA, wie groß das Erstaunen darüber gewesen sei, dass bei der Übernahme der „MAFE“ – der Militärakademie Friedrich Engels in Dresden, der höchsten militärischen Ausbildungsstätte in der DDR – nicht Indoktrination, sondern pragmatische Problemlösung angesagt gewesen seien. Auch dieses hätte zu der erst nach der Einheit möglichen Erkenntnis beigetragen, durch das politisch-ideologische DDR-System betrogen worden zu sein.

Dann einer der ersten Höhepunkte der Reise: Die Fahrt zum Sächsischen Landtag in einem modernen Neubau unmittelbar hinter der Semperoper zu dem Gespräch mit Dr. Karl-Heinz Kunckel, dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag.

In Dr. Kunckel lernten wir einen Politiker kennen, der mit großem Engagement und erstaunli-

Hohe Übereinstimmung zwischen Generalinspekteur und GKS

Expertenanhörung zum Ehrenschatz für Soldaten im Rechtsausschuss

Die Frage ob die Bundeswehr und ihre Soldaten durch eine Strafvorschrift gegen Beleidigungen, Verunglimpfungen und Parolen wie „Soldaten sind Mörder“ geschützt werden müssen, wird in der Öffentlichkeit wie in Expertenkreisen kontrovers diskutiert. Auch bei einer Anhörung von Rechts-Sachverständigen durch den Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages am 16. Oktober in Bonn wurden verschiedene Auffassungen deutlich. Bei dieser Anhörung machte der

Generalinspekteur der Bundeswehr, General Hartmut Bagger, deutlich, dass er einen neuen Straftatbestand „Verunglimpfung der Bundeswehr“ ablehnt.

Der Generalinspekteur vertritt damit die gleiche Auffassung, die auch die Gemeinschaft Katholischer Soldaten wiederholt – zuletzt bei der Sitzung des Bundesvorstandes in Berlin (Bericht auf Seite 67) – öffentlich zum Ausdruck gebracht hat.

(Siehe dazu AUFTRAG 222, Seite 30 ff., AUFTRAG 226, S. 56) (PS)

cher Sachkenntnis um den Aufbau Sachsens mitbemüht ist. Kunckel vertrat überzeugend ein „neues Denken“. Wörtlich sagte er, „Im Gegensatz zur DDR ist Sachsen unser Staat, der von uns mitgestaltet werden muss und nicht nur ein Versorgungsstaat ist.“ Dazu sei auch die Überwindung des Defizites an einer grundsätzlichen Debatte über nicht-materielle Werte wie Kunst, Kultur oder Bedeutung der Hochschulen erforderlich.

Zur wirtschaftlichen Entwicklung nannte Dr. Kunckel als „Eingangsparameter für die zweite Etappe der Einheit“, dass Sachsen nur über etwa ein Drittel desjenigen industriellen Potentials verfüge, das es nach dem Standard der westlichen Bundesländer haben müsse. Dies sei etwa die Hälfte dessen, was für einen selbsttragenden Aufschwung erforderlich sei. Daraus folge die Notwendigkeit, die industriellen Kapazitäten zu verdoppeln. Vor dem Hintergrund der fortbestehenden Probleme mit der Privatisierung, den Eigentumsfragen, der Arbeitslosigkeit, aber auch angesichts der überlagernden Probleme der Globalisierung und des europäischen Integrationsprozesses handle es sich dabei um außerordentlich schwierige und komplexe Prozesse. Als Lösungsansätze nannte Dr. Kunckel die Notwendigkeit, die Eigenkapitalbasis der sächsischen Industrie zu verbessern und die Produktivität zu erhöhen, die Stärkung des Mittelstandes mit 500 – 1.000 Beschäftigten durch Förderung der regionalen, überregionalen und europaweiten Kooperation, die rigorose Vereinfachung der Wirtschaftsförderung, eine Neuformulierung der Beteiligung der Arbeiter am Produktivvermögen und eine Fortsetzung der Förderpräferenzen für die neuen Bundesländer für mindestens noch zehn Jahre. Mit diesen sehr nachdenklichen und von großer Sachkenntnis geprägten Ausführungen gab Dr. Kunckel das eindrucksvolle Beispiel eines engagierten Anwaltes seines Landes. Für uns aber waren seine Gedanken eine hervorragende Einführung in die politischen und wirtschaftlichen Fragestellungen, mit denen sich die neuen Bundesländer auseinanderzusetzen haben.

Cottbus, dynamische Stadt in der Oberlausitz

Der zweite Tag der Reise (Freitag, der 23. August) führte uns nach Cottbus, der südbrandenburgischen Stadt in der Lausitz auf halbem Weg zwischen Dresden und Berlin. Mit 125.000 Einwohnern ist Cottbus trotz der deutlichen Spuren zurückliegender Vernachlässigung ein sichtbar aufblühendes Regionalzentrum. Moderne Geschäftshäuser liegen nahe am historischen Zentrum mit dem Altmarkt, den barocken Bürgerhäusern, den Kirchen und der mittelalterlichen Stadtmauer. Cottbus ist Ausgangspunkt für Fahrten in den Spreewald und für den Besuch der ausgedehnten Parkanlagen, deren Kern der von Fürst Pückler angelegte Landschaftspark von Branitz darstellt. In der Umgebung warten aber auch große Aufschlussflächen des Braunkohletagebaus auf ihre Rekultivierung. Cottbus ist zugleich ein Mittelpunkt für die Sorben, ein seit Jahrhunderten in dieser Region beheimatetes slawisches Volk, das sich trotz großzügiger Minderheitenrechte nur schwer dem Anpassungssog der umgebenden deutschen Kultur entziehen kann.

Der Besuch in Cottbus war angefüllt mit einer dichten Folge von Gesprächen, die uns in ihrer Gesamtschau einen in dieser Form wohl einmaligen Einblick in Politik und Wirtschaft, in ethnische und kirchliche Fragen, in Geschichte und Befindlichkeit der Stadt und ihrer Menschen gaben.

Politik und Gesellschaft

Der erste Gesprächstermin führte uns in den Rathausaal. Oberbürgermeister Waldemar Kleinschmidt führte uns in die Geschichte der Stadt und in die besondere Lage der Sorben ein. Trotz aller Sorgen wegen der wirtschaftlichen Entwicklung hob er voll Stolz hervor, dass der nach der Wende unvermeidliche Abbau von Arbeitsplätzen wenigstens teilweise durch die Ansiedlung von Dienstleistungsbetrieben und Behörden kompensiert werden konnte. So sei die Zahl der Gewerbebetriebe von 300 im Jahre 1990 auf heute 1.300 gestiegen. Banken seien zugezogen, 1951 sei eine Technische Universität mit inzwischen

3.000 Studenten gegründet worden. An der örtliche Fachhochschule studierten weitere 1.000 Studenten. Ein Großklinikum und ein Herzzentrum seien entstanden. Die Arbeitslosenquote liege bei nur 13 % gegenüber 20 % im Umland. Die Stadt verfüge über Theater und Konservatorium. Museen seien ebenso zu finden wie ein Sportleistungszentrum. Das Ziel sei eine „Park- und Universitäts-Stadt“, nicht zuletzt aufbauend auf den weitflächigen Grünanlagen, die anlässlich der Bundesgartenschau 1995 entstanden seien.

Unsere Fragen stellten die Zusammenarbeit mit den polnischen Nachbarn in den Vordergrund. Der Oberbürgermeister erläuterte uns, dass die inzwischen für das deutsch-polnische Grenzgebiet entstandene europäische Förderregion, die Euregio Neisse, die eigentlich Motor und Katalysator der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Kooperation sein sollte, durch verschiedene Abgeordnete des polnischen Reichstages, des Sejm, mit großem Mißtrauen als „neue Teilung Polens“ beargwöhnt werde. Auch bei der Grenzbevölkerung gebe es auf beiden Seiten erhebliche Vorbehalte. Dennoch entwickle sich auf der gewerblichen Ebene allmählich eine engere Zusammenarbeit.

Kirche, Ökumene, Militärseelsorge

Ein weiterer Gesprächspartner war Dr. Rolf Wischnath, der Generalsuperintendent der evangelischen Landeskirche Brandenburg. Er war 1995 auf Vorschlag des Landesbischofs durch die Landsynode gewählt worden. Er erläuterte sein Amt als eine Aufgabe, die nur durch das Wort, nicht durch Machtausübung zu lösen sei. Er sei im östlichen Brandenburg für alle Fragen der Personalführung in der evangelischen Kirche zuständig und wirke mit dem Bischof und anderen Kollegialmitgliedern im Bischofskollegium für Brandenburg zusammen.

In der Frage des Verhältnisses seiner Kirche zur Bundeswehr bedauerte er, dass die Beziehungen nicht so eindeutig seien wie zwischen der katholischen Kirche und der Bundeswehr. Er selbst halte den Militärseelsorgevertrag für vernünftig. Letztlich seien die Vor-

behalte dagegen nicht durch eine theoretische Diskussion, sondern nur durch eine gemeinsame Praxis zu überwinden. Er begrüßte die gefundene Zwischenlösung, wonach ein Bischof als „Beauftragter für die Militärseelsorge im östlichen Bereich“ ernannt werden soll. Das Ziel müsse sein, zwischen der Bundeswehr und der Kirche Vertrauen wachsen zu lassen. Er selbst wolle für die Militärseelsorge tüchtige Pfarrer beauftragen.

Im Hinblick auf die ökumenische Zusammenarbeit lobte er das gute Klima und begrüßte insbesondere die gemeinsame Position der beiden großen Kirchen in der schwierigen Frage des Religionsunterrichts in Brandenburg.

Dr. Wischnath erwies sich als ein offener und überaus gewandter Gesprächspartner, der mit den Themen Militärseelsorge und Ökumene Themen ansprach, die uns einen unmittelbaren Einblick nicht nur in sein Denken, sondern in die Lage der evangelischen Landeskirche von Brandenburg gaben.

Sorbenfrage

Der Weg führte uns nun zu einer Begegnung mit dem Beauftragten der Stadt Cottbus für sorbische und wendische Angelegenheiten, Bernhard Rensch, von dem wir uns Aufschlüsse über die Lage der sorbischen Minderheit erhofften.

Er stellt uns die Sorben und Wenden als slawisches Restvolk vor, dessen niedersorbische Teile um Cottbus wohnten, während der obersorbische Bevölkerungsteil von Hoyerswerda bis Bautzen zu finden ist. Die Sorben, so Rensch, seien – obgleich keine Deutschen – vollintegrierte Staatsbürger in unserem Land. Heute gäbe es allerdings kein Dorf mehr, in dem eine sorbische Mehrheit zu finden sei, wohl aber fänden sich in der Oberlausitz noch Dörfer, in denen fast vollständig sorbisch gesprochen werde und in denen während der ersten vier Jahre der Grundschule der Unterricht in sorbischer Sprache erfolge. In der Zeit der DDR entstanden zahlreiche sorbische Institutionen wie Schulen und Lehrerbildungsstätten, ein Sorbisches Institut, sogar ein sorbisches Nationalensemble wurde möglich, Schulbücher, Zeitungen und Zeitschriften wurden in sorbischer Sprache veröffentlicht.

Bei den Verhandlungen über den deutsch-deutschen Einigungsvertrag wurde die Pflege der sorbischen Kultur sozusagen in letzter Minute durch eine Protokollnotiz sichergestellt. Heute gibt es in Brandenburg ein neues Sorben- und Wenden-Gesetz, auf dessen Grundlage ein Wendenrat entstand. In Sachsen hat sich ein überparteilicher Ansatz zur Förderung der Sorben gebildet.

Bernhard Rensch erläuterte die derzeitige Lage der Sorben als rundum gesetzlich und gesellschaftlich geschützt und dennoch schwierig. Einerseits gäbe es zahlreiche Ansätze zur Pflege der reichen sorbischen Kultur mit ihren das ganze Jahr umfassenden Sitten und Gebräuchen, mit aktiven Trachtengruppen, mit ihrer tiefen Verwurzelung in der Religion (im Norden sind die Sorben evangelisch, im Süden katholisch), mit einer bis in das 16. Jahrhundert zurückreichenden reichhaltigen Literatur. Demgegenüber sei heute das Hauptproblem der schwindende Gebrauch der sorbischen Sprache, aber auch das Fehlen jeglichen Identitätsbewusstseins. Bis heute scheue die Mehrheit der Sorben davor zurück, sich öffentlich als Sorben zu bekennen, obwohl dies nirgends ein Problem

darstelle. Zudem wolle sich der Bund von der bisherigen 50-prozentigen Finanzierung sorbischer Institutionen zurückziehen, weil die Aufgabe des Minderheitenschutzes an die Länder abgetreten werden solle. Dies könnte, so Rensch, das Ende der einzigen in Deutschland existierenden Minderheit bedeuten. Nach seiner Ansicht habe der Bund die moralische Verpflichtung, sich auch weiterhin zu engagieren.

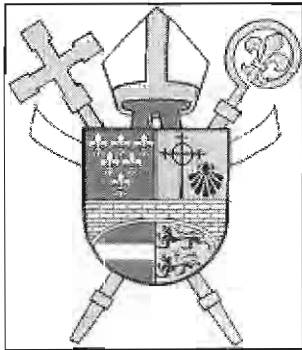
Wirtschaft

Als nächstes gab uns der Geschäftsführer der Stadtwerke von Cottbus, Herr Walter, einen in mancher Hinsicht überraschenden Einblick in seine Aktivitäten. Er stellte sich uns als ideenreicher und energischer Manager vor, der seine gewiss nicht leichte Aufgabe mit Tatkraft und Optimismus – und offensichtlich mit Erfolg – anpackt. Durch die Entscheidung für die Rechtsform einer GmbH, durch zahlreiche Neubauten zur Verbesserung der Energieversorgung (u.a. durch ein Braunkohle-Heizkraftwerk neuester Technologie), durch geschickte Finanzierung und eine moderne Führungsorganisation in den Stadtwerken gelang ihm nach seinen Worten der Aufbau einer modernen, effektiven und kostengünstigen Organisation. Nach unserem Eindruck ist Herr Walter das Beispiel eines zupackenden, aufbauenden und kompetenten Tatmenschen, wie er wohl an noch viel mehr Stellen in den neuen Bundesländern nötig wäre.



Das Innere der Kathedrale St. Jakobus von Görlitz. Da die Stadt im Mittelalter eine wichtige Station für nord- und ost-europäische Pilger auf dem Weg nach Santiago de Compostela war, wurde die um die Jahrhundertwende erbaute neugotische Kirche dem Apostel Jakobus geweiht. Deshalb führt das Bistum auch die Jakobsmuschel im Wappen.
(Foto: Bistum Görlitz)

Bischof Rudolf Müller
während des Gesprächs mit
Vertretern der GKS. Unten
das Wappen des Bistums
Görlitz. (Foto: G. Hagedorn)



Görlitz

Das Bistum Görlitz

Am Samstag, dem 24. August, war das 925-jährige Görlitz mit seiner überall sichtbaren reichen Vergangenheit unser nächstes Ziel. Das Bistum Görlitz ist der noch verbliebene deutsche Teil der in Polen liegende Erzdiözese Breslau, die von der Ostsee bis in die Oberlausitz reichte. Heute reicht das östlichste und kleinste deutsche Bistum mit der längsten Grenze zu Polen vom sächsischen Görlitz im Süden bis südlich des brandenburgischen Potsdam. 1945 bestand der damalige Primas von Polen unter Berufung auf eine Zusage des Papstes auf einer regionalen Neuordnung der polnischen Kirche. Daher verzichtete der damals neu gewählte deutsche Bischof auf die jetzt polnischen Teile seines Bistums und ließ sich in Görlitz nieder. 1972 wurde Görlitz apostolische Nuntiatur und am 8. Juli 1994 das Bistum Görlitz gegründet. Zum ersten Bischof wurde der bisherige Weihbischof Rudolf Müller ernannt.

Die Stadt Görlitz selbst war seit der Reformation streng evangelisch. Die Ausübung des katholischen Glaubens – einschließlich Trauungen und Beerdigungen – war bis 1800 verboten. Erst 1853 wurde wieder eine katholische Kirche geweiht, die Kirche St. Jakobus. Sie ist im Jugendstil errichtet. Der Jakobus-Wallfahrt dient sie als Pilgerstation. Seit vier Jahren hat sie den Rang einer Kathedrale.

Bischof Rudolf Müller, der uns zu einem etwa zweistündigen Ge-



spräch empfing, stellte uns sein zahlenmäßig kleines Bistum mit einer Ausdehnung größer als das Saarland vor. Es umfasst 5 Dekanate und 57 Pfarrstellen. Nach 1945 entstanden etwa 15 neue Gemeinden durch den Zuzug von Heimatvertriebenen. Obwohl heute viele Gemeinden priesterlos sind, bezeichnete Bischof Müller die derzeitige Zahl von 70 aktiven Seelsorgern doch als ausreichend. Er erwartet aber wegen des hohen Durchschnittsalters der Geistlichen schon in wenigen Jahren eine schwierige Situation. Daher beginnt er schon jetzt mit einer Umstrukturierung, insbesondere durch Einrichtung von Regionalzentren, durch Anregung zu mehr Mitverantwortung von Gemeinden für Nachbargemeinden. Wichtig sind dabei nach seiner Darstellung die etwa 30 „Diakonats helfer“, die auch – beruhend auf einer Sondererlaubnis aus Rom, die noch auf DDR-Zeiten zurückgeht – Wortgottesdienste abhalten und die Kommunionausteilung vornehmen.

Obwohl der geografische Mittelpunkt des Bistums in Cottbus liege, habe er aus historischen Gründen Görlitz als Bischofssitz gewählt, eine Stadt am Südrand seines Bistums mit Brückenfunktion nach Polen. Von den etwa eine Million Bürgern, die im Bistum wohnten, seien nur etwa vier Prozent katholisch, etwa 22 % evangelisch. Damit lebten nicht nur die katholischen Christen unverändert in einer „Diaspora unter Ungetauften“. Zur geistigen Situation der Menschen erläuterte der Bischof, dass die SED eine gezielte

Ideologisierung der Menschen betrieben habe. Ziel sei der kommunistische Mensch in kollektiver Lebensart gewesen. Darauf habe die gesamte Erziehung gezielt, die jedoch nur halb gelungen sei: Die Erziehung zum Atheismus sei erfolgreich gewesen, die zum Kommunismus dagegen sei gescheitert. Der typische DDR-Bürger sei ungetauft gewesen und habe die Frage nach Gott als unwissenschaftlich angesehen und daher gar nicht erst gestellt. Aufgabe der Kirche müsse es in dieser Lage sein, vorhandene Zellen katholischen Glaubens lebendig zu erhalten, sie vor nihilistischem und materialistischem Geist zu bewahren.

Ausführlich ging Bischof Müller auf die Frage des Religionsunterrichtes ein. In Sachsen sei Religion Pflichtfach, doch – so der Bischof – bleibe wegen des Fehls an Religionslehrern und der Vorbehalte der Eltern noch viel zu tun. Bekannt schwierig sei die Lage in Brandenburg. Da nur ein kleiner Teil der Bevölkerung kirchlich gebunden sei, wurden die Kirchen bei der Gestaltung des als Pflichtfach verankerten LER (Lebensgestaltung – Ethik – Religionskunde) nicht beteiligt. Wenn Eltern diese Form des Unterrichtes aus Gewissensgründen ablehnten, könnten die Kinder durch das Oberschulamt befreit werden, müssten dann aber angeben, dass sie kirchlichen Religionsunterricht in Anspruch nähmen. Dieser werde aber nicht in das Zeugnis eingetragen. Die drei betroffenen Bistümer haben gegen LER Verfassungsklage erhoben. Sie begründen die Klage damit, LER stelle eine Beeinträchtigung der Religions- und Gewissensfreiheit sowie eine Vernachlässigung der staatlichen Pflicht, Religionsunterricht anzubieten, dar. Die evangelische Kirche hat die gleiche Klage erhoben.

Bischof Müller nahm auch zur Haltung der katholischen Kirche gegenüber der NVA Stellung. Ausgangspunkt sei die Auffassung der Kirche gewesen, dass jeder Staat das Recht habe, zu seiner Verteidigung eine Armee aufzustellen. Daher war ein Hirtenwort verfasst worden, in dem eine klare Reihenfolge von Empfehlungen hergestellt wurde: Vorrangige Empfehlung war die Ablehnung des Wehrdienstes aus Gewissensgrün-

den, dem folgte die Empfehlung, sich als Bausoldat für den Dienst ohne Waffen zu melden, letztlich sei aber auch der Wehrdienst in der NVA ohne Gewissensvorwürfe möglich. Zusätzlich sei der Rat gegeben worden, bei der Einberufung auf den katholischen Glauben hinzuweisen, weil dann keine Verwendung bei den Grenztruppen erfolgte.

Das profane Görlitz

An das Gespräch mit Bischof Müller schloß sich die Besichtigung der Stadt Görlitz an. Wer das Stadtbild von früheren Besuchen noch als ein von sozialistischer Misswirtschaft verunstaltetes Nebeneinander heruntergekommener Häuser in Erinnerung hatte, konnte jetzt das beginnende Aufblühen der Stadt mit Freude wahrnehmen, das allmähliche Wiedererwachen der Schönheit dieser Stadt. Auch wenn unmittelbar neben einer großen Zahl wiederhergestellter stilvoller Fassaden überall noch Restaurierungen ausstehen, so atmet die Stadt doch einen völlig neuen Geist. Vom Rathausurm erinnerte uns ein Blick aus der Vogelperspektive über die Neisse, hinüber zur polnischen Seite, an den heute noch beklagenswerten Zustand, in dem der westliche Teil der heute geteilten Stadt bis vor kurzer Zeit ebenfalls verharren musste. Görlitz mit seinen knapp 70.000 Einwohnern ist das Zentrum des „Niederschlesischen Oberlausitzkreises“ – eine Bezeichnung, aus der sich für manche von uns die überraschende Erkenntnis ergab, dass dieses Gebiet den Rest Niederschlesiens darstellt. Die Stadt feiert in diesem Jahr ihr 925-jähriges Bestehen. Ihr heutiges Bild erhielt sie weitgehend in der Gründerzeit. Damals expandierten zahlreiche Betriebe und benötigten Neubauten. So wurde das Rathaus im historisierenden Stil der Neorenaissance errichtet und schlug die geistige Brücke zu der Görlitzer Frührenaissance des 16. Jahrhunderts. Zugleich entstand neben evangelischen Kirchen und der Synagoge im 1899 auch die katholische St. Jakobuskirche.

Gottesdienst in Cottbus

Am Abend dieses Tages brachte uns der Bus erneut nach Cottbus. Wir feierten in der Edith-Stein-Kirche die Abendmesse (Predigt von Militärpfarrer im Nebenamt Quack

s.S. 81) und waren anschließend als Gäste der Pfarrgemeinde zu einem Grillfest eingeladen. Dabei wurden wir nicht nur reichlich verköstigt, sondern fanden vor allem zahlreiche Gesprächspartner, darunter erfreulich viele junge Leute, für die Diskussion vielfältiger Themen. Spät am Abend ging die Fahrt zurück zu der Fachhochschule der Polizei in Sachsen in der kleinen Gemeinde Rothenburg/Oberlausitz, etwa 30 km nördlich von Görlitz und fast unmittelbar an der Neisse gelegen, in der wir recht komfortabel untergebracht waren.

Abschied von einem lebenswürdigen Teil Deutschlands

Der letzte Tag der Reise, Sonntag, der 25. August, begann mit einer Busfahrt nach Jauernick, wo wir an einem Gottesdienst mit Prälat Richter teilnehmen wollten. Allerdings führten die Fehlprognosen der Einheimischen hinsichtlich der voraussichtlichen Fahrtdauer mit unserem Bus dazu, dass wir erst mitten in der Predigt in das kleine und gut gefüllte Kirchlein drängten. Die Gläubigen sahen die Uni-

formierten mit Erstaunen, der Prediger trug's mit Fassung. Nach dem Gottesdienst führten wir ein Gespräch mit dem Personalchef der Stadtverwaltung von Jauernick, Herrn Thiemann. Dabei waren für uns vor allem seine Hinweise auf Haltung und Beweggründe der Menschen während und nach der Wende von Bedeutung. Herr Thiemann erläuterte uns, dass die ihm Frühjahr 1989 beginnenden Friedensgebete vor allem von der evangelischen Kirche ausgingen, weil evangelische Pfarrer in den damals aktiven Gruppen engagiert waren. Die katholische Kirche war demgegenüber eher auf Festigung des Glaubens der eigenen Mitglieder ausgerichtet. Erst Anfang November kam es zu einem ersten Friedensgebet auf katholischer Seite. Scharfe Kritik übte Herr Thiemann an der Indoktrination durch die Kommunisten, die in den Köpfen der Menschen Verheerendes angerichtet und bei vielen ein bis heute wirksames Gedankengut eingepflanzt hätten.

Den Abschluss der Reise bildete ein kurzer Besuch in der früheren Bischofsstadt Bautzen.

Im bischöflichen Ordinariat Görlitz; v.l. der Bundesvorsitzende der GKS, Oberstleutnant Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein, Ordinariatsrat Domkapitular Prälat Bernd Richter, Bischof Rudolf Müller, Dekan Friedrich Quack, nebenamtlicher Militärpfarrer für die Standorte Cottbus und Döbern, Militärdekan Prälat Heinrich Hecker, dienstaufsichtsführender Militargeistlicher für die Wehrbereiche VII und VIII, sowie Brigadegeneral Friedhelm Koch, Vorsitzender des Sachausschusses Sicherheit und Frieden und der Organisator dieser Informationsreise.

Dekan Quack wurde bereits im Jahr 1962 vom damaligen Görlitzer Weihbischof zum nebenamtlichen Soldatenseelsorger für den Standort Döbern ernannt. Er dürfte damit bei weitem der dienstälteste Militarseelsorger sein und der einzige, der Seelsorgserfahrungen sowohl mit Soldaten der ehem. NVA als auch der Bundeswehr hat. (Foto: G. Hagedorn)



Resümee

Was bleibt von dieser Reise? Für viele von uns waren die Einblicke, die wir gewinnen konnten, völlig neu. Wir konnten erleben, wie eine Region, die von der Geschichte dieses Jahrhunderts tief gezeichnet ist, die insbesondere mit den geistigen und materiellen Katastrophen des realen Sozialismus fertig werden muss, die sich nach Jahrzehnten der Abschottung mit polnischen und tschechischen Nachbarn zusammenfinden muss, sich darum bemüht, menschlich, politisch und wirtschaftlich wieder auf ein höheres Niveau zu kommen. Wir konnten erfahren,

wie dies in Teilbereichen gelingt, wie ungeheuer schwer es auf vielen Gebieten immer noch ist.

Vielleicht konnten wir den Menschen, mit denen wir zusammentrafen, ein Gefühl der Solidarität, der Zusammengehörigkeit vermitteln. Vielleicht half es ihnen, dass wir bereit waren, zuzuhören und Fragen zu stellen.

Wir erlebten Kirche in der Diaspora, katholische Kirche in einem Zustand, der nicht weit entfernt ist von Mutlosigkeit. Dennoch trafen wir auch höchst lebendige kleine Zellen, die fröhlich ihren Glauben leben.

Bei den Politikern und Wirtschaftlern, mit denen wir sprachen, war Optimismus zu spüren,

möglicherweise zum Teil Zweckoptimismus, aber durchaus durchsetzt mit berechtigtem Stolz auf das bereits Erreichte. Überall bedrückend und als schwierigstes Problem dargestellt: die hohe Arbeitslosigkeit, aus der sich kein Ausweg zeigt, nicht zuletzt begründet in der noch viel zu geringen Zahl rentabel arbeitender Betriebe. Und überall die nüchterne Feststellung, dass ein selbsttragender Aufschwung noch für viele Jahre nicht erreichbar sein wird.

Wir kamen bereichert und dankbar zurück. In einigen Gesprächen während der Rückreise deuteten sich bereits Überlegungen für die nächste Reise an. □

Zwischenprüfung

Predigt zur Aufgabe der Christen im Militär apostolat

Friedrich Quack

Im Sonntag-Evangelium (Mt 16,13-23) erfahren wir, dass Jesus seine Jünger ins Examen nimmt. Er fragte sie, „Für wen halten die Leute den Menschensohn?“. Die Jünger sind schon eine geraume Zeit bei ihm, sie haben

- erstens seine Worte gehört und
 - zweitens seine Taten gesehen.
- Jetzt macht der Herr eine Art Zwischenprüfung

- Wer bin ich?
- Was will ich?

Wie des öfteren macht sich Petrus zum Sprecher der Jünger-Klasse und bekennt: „Du bist der Messias – der Sohn Gottes“.

Damit hat Petrus den theoretischen Teil der Prüfung bestanden. Der Herr lobt ihn, „... denn nicht Fleisch und Blut haben dir das offenbart, sondern mein Vater im Himmel“. Na ja, Glück beim Examen muß man gelegentlich haben, eben die richtigen Eingebung haben.

Wir wissen: Prüfungen – Examina – bestehen aus einem theoretischen und einem praktischen Teil.

Im Evangeliumstext folgt gleich der praktische Teil. Der Herr spricht von dem, was auf ihn zukommt – hierbei versagt Petrus. Es ist doch praktisch nicht zu begreifen, dass der Herr von Leiden, Sterben und Auferstehen spricht, d.h. von

Schwierigkeiten und Komplikationen. Das passt doch nicht in unseren „Lehrplan“. Im praktischen Examensteil ist Petrus durchgefallen. Allerdings wissen wir, die praktische Prüfung darf Petrus später

- am Ölberg und
- im Jerusalemer Gerichtshof wiederholen. Und wieder schneidet er mit schlechten Noten ab.

Jeder von uns muss beim Herrn irgendwie und irgendwann das gleiche Examen machen. Dabei ist zu beachten, dass Glaube nicht nur Talent, Bekehrung oder Erziehung, sondern auch Gnade ist.

Gnade kann aber nur bei dem wirken, der auch Sehnsucht und Verlangen danach hat. Aufhorchen wird ein Mensch nur, wenn er spürt

1. dass er sich nicht selbst erlösen und heilen kann,
2. dass er an Versagen und Schuld zerbrechen kann, wenn da keiner ist, der Schuld und Komplikationen der Irrungen und Ratlosigkeit von ihm nimmt und diesen Menschen so annimmt!

Das ist der theoretische Examenteil für uns.

Ganz praktisch wird es erst, wenn wir bereit sind, den Weg zu den

- Ratlosen und den Suchenden,
- den Zweifelnden (NVA bisher – Bundeswehr jetzt),

- den Hilflosen und auch den Uneinsichtigen
- und heute konkret
- in Kriegsregionen zu einander verfeindeten Menschen zu gehen.

Das praktische Examen fängt ganz einfach mit dem „Liebgewinnen“ an. Liebgewinnen wird erst einmal nur am einzelnen Menschen konkret, nicht im kirchlichen Rund-um-Service. Der Einzelne spürt zuerst, wenn er von uns nicht gleich vereinnahmt, sondern in seiner Lage ernstgenommen, angenommen und begleitet wird. Im Reifesakrament der Firmung haben wir alle aus der Hand der Nachfolger der Apostel – der Bischöfe – das Examenszeugnis bekommen.

Vor 5 Jahren – im Sommer 1991 – bekamen die ersten Gemeindepfarrer in den neuen Bundesländern ihren Ausweis zu Soldaten-Seelsorgern i.N. – d.h. im Nebenamt, zusätzlich zur Gemeindegeseelsorge. Nach einem kurzen theoretischen Examen durch unseren Mitbruder Militärdekan Heinrich Hecker – Wehrbereichsdekan VII/VIII – begann für uns die Zeit des praktischen Examens.

Dass bei keiner Volksgruppe im getrennten Deutschland die Wiedervereinigung so glatt und manchmal auch so gnadenhaft stattfand, ist ein Mitverdienst des Hl. Geistes, der uns im Kasernen-Augenblick oft das Richtige eingegeben hat, aber auch harte Widerstände Ver-

blendeter und Sozialismus-Gelehrter erfahren ließ.

Vor 30 Jahren verabschiedete das II. Vatikanische Konzil die Konstitution über die „Kirche in der Welt von heute“ (*Gaudium et spes* 1965). Die ersten Sätze lauten: „Freude und Hoffnung – Bedrängnis und Trauer der Menschen von heute sind zugleich Freude und Hoffnung – Bedrängnis und Trauer der Jünger Christi heute.“

Mit der christlich-praktischen Entschlossenheit, gleichsam als Helfer im praktischen Examen, sind bei diesem Gottesdienst Soldaten der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS – aus den Sachausschüssen „Sicherheit und Frieden“ und „Innere Führung“) unter uns. Die GKS ist ein Verband des Laienapostolats der katholischen Militärseelsorge. Die Richtigkeit und Wichtigkeit der Gemeinschaft Katholischer Soldaten in unserer Bundeswehr ist heute und hier verstärkt nötig. Denn es gibt keinen Landstrich auf der Welt, wo die Frage nach Gott so erloschen ist, wie hier in den neuen Bundesländern.

Es gehört zum biblischen Examen, dass wir alle und Sie – katholische Soldaten – hier und heute über den Glauben reden und den Glauben vorleben.

Ungetaufte Soldaten fragen christliche Soldaten und uns Militärpfarrer:

- Wer ist denn Christus?
- Wie ist das mit der Kirche?
- Wie sieht es denn drinnen im Pfarrhaus aus?
- Kannst du mir helfen und auf meine Fragen Antworten geben?

Hier sind wir Christen heute angefragt, so wie Jesus es zu seiner Zeit auch war.

Christus sagte, ich will euch in Freiheit setzen. Deswegen hat der Klassensprecher Petrus den Schlüssel dazu erhalten; den Schlüssel zum vollen Leben für alle Menschen. Denn die Bibel kennt den konkreten Menschen nicht als Marionette, der sich vom Zeitgeist hin- und herbewegen lässt, sondern als ein zur Freiheit berufenes Geschöpf Gottes. Deswegen bekommt Petrus als Examens-Zeugnis mit der Apostelgruppe die Schlüsselgewalt, um Menschen aus Unfreiheiten und Zwängen aus Krisen und Kriegen zur Freiheit zu befreien.

So ermutigte uns auch Papst Johannes Paul II. bei seiner Ansprache am Brandenburger Tor vor acht Wochen: Zur Freiheit in Wahrheit, Solidarität, Liebe und Opfer ist jeder Mensch berufen.

Das Examen des Herrn an uns

zu jeder Generation ist: zu sagen, wo und wofür man steht, zu zeigen, wo und wofür man ist. Zeuge sein und Zeugnis ablegen können ist das Grundanliegen der GKS: „... Zeugnis kann nur derjenige geben, der selbst überzeugt ist. ... Er zieht sich nicht zurück, wenn er gefordert wird. Vielmehr wendet er sich den Menschen und ihren Fragen zu. Er bringt unaufdringlich seinen Glauben ins Gespräch“.*

Ihnen, liebe Soldaten der GKS, darf ich im Namen meiner Mitbrüder danken, dass Sie uns bei den pastoralen Diensten in den Standorten der Bundeswehr gelegentlich „vorsagen“ und Hilfe leisten, damit die praktischen Examina vor Gott und den Menschen gelingen, gemäß dem Leitwort der Zentralen Versammlung des Laienapostolats in der katholischen Militärseelsorge zur diesjährigen 36. Woche der Begegnung: „Sammeln – Stärken – Senden – mit Zuversicht auf den Weg“.

Danke, dass Sie Wege in der Lausitzer Diaspora bei uns gegangen sind!

* (»Gemeinsam in die Zukunft« Ziele und Wege der GKS, in: AUFTRAG Nr. 217, Nr. 3212; s.a. Einführung des Bundesvorsitzenden in das Jahresthema der GKS 1996 »Gegen die Gleichgültigkeit und die Unsicherheit der Christen – Unser Zeugnis«, in: AUFTRAG 224, Seite 3)

□

„Freie Marktwirtschaft vergrößert das Lebensrisiko“

Politikergespräch im Militärbischofsamt

Die zum Teil schwierige soziale Lage der Menschen in den neuen Bundesländern stellt nach Ansicht des Präsidenten des Landtages von Sachsen-Anhalt, Dr. Klaus Keitel (CDU), vielen Menschen in den neuen Bundesländern die Sicht auf eine objektive Beurteilung ihrer eigenen Situation. Ehemalige DDR-Bürger kämen aus einer gesellschaftlichen Situation, die sie selbst nicht zu verantworten hätten. Sie waren sichere Arbeitsplätze und einen etwa gleichbleibenden sozialen Level ohne große Perspektiven, aber auch ohne Befürchtungen, gewöhnt, meinte Keitel. Heute seien Entschlusskraft und Initiativen erforderlich; subjektiv habe sich das Lebens-

risiko vergrößert. Nach seiner Ansicht ist die Prognose für die neuen Länder mittelfristig trotz der gegenwärtigen abgeschwächten Konjunktur gut, wenn die richtigen Prioritäten gesetzt werden. Die Perspektive liege bei mittelständischen Betrieben. Es benötige aber mindestens noch 15–20 Jahre bis die Folgen der Teilung und der sozialistischen Planwirtschaft überwunden seien, sagte Keitel. Im Vergleich zu 1989 gebe es heute schon „blühende Landschaften“.

Landtagspräsident Keitel war am 30. Oktober zu einem Gedankenaustausch mit in der katholischen Militärseelsorge organisierten Laien sowie mit leitenden Militärggeistlichen und Beamten des

KMBA in Bonn zusammengetroffen. Dr. Keitel hatte dieses Gespräch angeboten, weil er bei einem Besuch der GKS-Sachausschüsse „Sicherheit und Frieden“ und „Innere Führung“ im Jahr 1995 in Magdeburg aus Termingründen nicht zur Verfügung gestanden hatte. Eingeladen zu dem Treffen hatte Militärgeneralvikar Jürgen Nabbefeld, der damit eine Reihe „Politikergespräche“ fortsetzte, die in loser Folge in den letzten Jahren mit Parlamentariern der im Bundestag vertretenen Alt-Parteien geführt wurden. Bei diesem Gedankenaustausch sollen anstehende politische, gesellschaftliche, ethische und religiöse Fragen und Entwicklungen erörtert werden. (PS)

Zu Fuß auf dem Jakobsweg in Spanien

Heinrich Havermann

Brausender Beifall übertönte am Ende der Pilgermesse das Dröhnen der mächtigen Orgel in der Kathedrale zu Santiago de Compostela. Einer der livrierten Kirchendiener hatte gerade geschickt das mannshohe Rauchfass eingefangen. Der „Botafumeiro“, wie man dieses monströse Weihrauchfass auf spanisch nennt, war von zwei Kirchendienern vor den Hauptaltar in die Vierung getragen und dann mittels einer in der Vierungskuppel angebrachten Einrichtung durch acht weitere Männer kräftig in Bewegung gebracht worden, so dass er hoch über den Köpfen der Gottesdienstbesucher von einem Querschiff zum anderen schwang und dabei fast deren Gewölbe berührte: die Funken stoben, das Feuer loderte und der Weihrauch zog qualmend durch das Kirchenschiff. Die Pilgermesse war zu Ende, damit auch die X. Internationale Wallfahrt des Ordens der Pilger vom Hl. Jakob, einer spanischen Gemeinschaft von Soldaten, die jährlich nach Santiago de Compostela pilgern.

Der Sprecher dieser Gemeinschaft ist Generalmajor Francisco Castrillo. Keiner würde in dem braungebrannten, zähen Wanderer, in dem anregenden Gesprächspartner und aufmerksamen Kavalier einen 72-jährigen Pensionär vermuten. Er war während seiner aktiven Dienstzeit in den frühen achtziger Jahren spanischer Verteidigungsattaché in Bonn. Ihm ist es zu verdanken, dass die Teilnahme an der jährlich durch eine andere spanische Region nach Santiago führenden Pilgerfahrt auch Ausländern offen steht. In diesem Jahr ging es auf dem traditionellen Pilgerweg durch die spanische Region Galicien, eine Strecke von rund 150 Kilometern. Gemeinsam mit den Spaniern wanderten 22 Mitglieder der österreichischen „Arbeitsgemeinschaft katholischer Soldaten (AKS)“ und der deutschen „Gemeinschaft katholischer Soldaten (GKS)“ in der Zeit vom 12.–21. Juli vom Cebreiro-Pass nach Santiago.

Die lange Anreise an den Pass begann für die deutschsprachige Gruppe bereits zwei Tage vorher in Aachen, wo man sich nicht nur kennenlernte, sondern auch versuchte, für die Teilnahme an der Pilgerfahrt in einer ersten eindrucksvollen Eucharistiefeier im Dom geistliche Beweggründe und bei einem Besuch am Grabe Karls des Großen auch solche historischer Natur zu suchen.

Die lange Bahnreise über Paris und Irun nach Burgos konnte bereits unter das Motto gestellt werden: „Ein Pilger erträgt freudig jede Unannehmlichkeit!“ Und in der Tat konnte mancher auch die Bahnfahrt schon als Pilgerschaft ansehen. Von Burgos transportierte ein Bus die Gruppe westwärts durch die braun gebrannten Ebenen Kastiliens auf die Ostgrenze Galiciens zu. Angesichts der endlosen Weite dieser Landschaft kam einem die Idee: Das ist ja eine Ausgabe des grünen Ostfrieslands in Braun! Nach stundenlanger Busreise trafen sich die Spanier mit ihren Gästen in der Provinz Leon bei Hospital de Orbigo. Eine herzliche Begrüßung mit vielen Umarmungen und Küssen vertrieb auch bei Neulingen rasch das Gefühl, in der Fremde unter Fremden zu sein.

Eine für jeden Pilger vorbereitete Informationsmappe gab schon für Hospital de Orbigo Hinweise zu den Besonderheiten am Wege. Hier führt über den Rio Orbigo eine 750 Meter lange, schmale Brücke. Auf dieser Brücke hatte 1434 der Ritter Suero de Quiñones mit nur neun Gefährten einen vielfach überlegenen Reitertrupp aus aller Herren Länder Europas angefallen und tagelang an der Flussüberquerung gehindert. Die Gründe für des Ritters Anfall sahen die einen in dem Versuch, Lösegeld für eine drohende Strafe zu erpressen, andere in dem Bemühen, einer Dame zu gefallen oder Santiago die Ehre zu erweisen. Immerhin wurde des Ritters Tat von Cervantes literarisch verarbeitet. Der Ort wird noch heute als „el paso honroso – der ehrenvolle Übergang“ bezeichnet.

Die Gruppe passierte den Rio Orbigo und fuhr weiter westwärts den Bergen des Cebreiro entgegen. Am Spätnachmittag hatte der Bus endlich die Entfernung zu dem bereits eine geraume Zeit am Horizont wahrnehmbaren Bergmassiv erreicht und ließ erkennen, dass es Kräfte kostete, der sich durch die Berge immer höher schwingenden Straße noch einigermaßen zügig zu folgen. Die Landschaft wurde wieder grau. Wiesen und Waldstücke säumten die Straße. Die führte immer höher hinauf und gestattete häufiger einen Überblick über eine großartige Bergwelt. Es dämmerte schon, als die Ortschaft Cebreiro auf 1.394 m Höhe erreicht wurde.

Auf einer kahlen Bergkuppe ducken sich elliptische, keltische Bauernhäuser in den Hang. Ihre Mauern aus klotzigen Quadern erheben sich nur mannshoch vom Boden, und unmittelbar darauf ruhen schwere Kegeldächer aus Stroh und Heidekraut. Diese „pallozas“ waren bis vor nicht langer Zeit noch bewohnt, heute dienen sie als Viehställe bzw. eines als Museum. Inmitten einer Ansammlung von Gehöften steht hier ein altes präromanisches Kirchlein, von dem sich die Jakobspilger ein Wunder erzählten: Ein Mönch las die Messe, obwohl ihn Glaubenszweifel befallen hatten. Dazu kam ein Bauer aus einer weitab gelegenen Siedlung. Er hatte sich durch Schnee und Sturm gekämpft, um an der Messe teilnehmen zu können. Der Mönch verspottete den Bauern, weil er „nur wegen einer Messe“ Beschwernisse auf sich genommen habe. Bei der Wandlung wurden dem Mönch die Hostie zu Fleisch und der Wein im Kelch zu Blut. Hat Cebreiro etwas mit dem Gralswunder der Artus- bzw. Parzifalssage zu tun?

In dieser gedrungenen grauen Kirche versammelte sich die Gruppe zur ersten gemeinsamen Eucharistiefeier: die schmucklosen Wände, der einfache Altar, die sparsame Ausstattung und die knappe Liturgie ließen Raum für

Wesentliches. So konnte, wer wollte, die schweren Granitsteine reden hören von den über tausend Jahren, in denen sie schon das Gotteshaus in Cebreiro bilden. Was ist eines Menschen Zeit dagegen?

Nach dem Gottesdienst durfte der Pilger sich wieder Irdischem widmen. Das alte Hospiz neben der Kirche nahm die Gruppe zu einem gemeinsamen Abendessen auf. Zwischen ebenso alten und dicken Mauern mit engen Fenstern saß man an langen Holztischen eng beieinander, stillte den Hunger und brachte über alle Sprachbarrieren hinweg eine Unterhaltung in Gang. Der erste Tag in Spanien war lang gewesen und darum suchten bald alle ihre Schlafgelegenheit in der Herberge auf, dem einzigen neueren Haus der Ortschaft. Die Regierung der autonomen Region Galicien hat in jüngster Zeit entlang des Jakobsweges eine Anzahl neuer Herbergen errichtet, mit deren Hilfe offensichtlich das touristische Interesse am Land geweckt werden soll.

Das Haus beherbergte die unterschiedlichsten Gruppen und Personen, wohl alle unterwegs auf dem Jakobsweg. Hier waren es zwei Jugendgruppen, die durch ihre Rücksichtnahme und das gemeinsame Abend- wie Morgengebet beeindruckten. Warum der Jakobsweg für die vielen Wanderer zu Fuß und die vielen Radfahrer, warum er für die auffallend vielen Jugendlichen so anziehend ist, bleibt ein Rätsel; denn es sind offensichtlich nicht nur religiöse Motive, die Menschen dazu bewegen, sich auf eine auch heute noch anstrengende Reise in die Nordwestecke Spaniens nach Santiago zu machen. Da war das belgische Mädchen, das seinen Freund aus Israel begleitete und zu Fragen der Religion keine Antwort wußte. Ein junger Amerikaner hatte seinen Besitz veräußert und wanderte mit all dem, was er besaß, allein dahin, weil er unbedingt Europa und den Vordenen Orient kennenlernen wollte. Ganze Familien machen geschlossen mit dem Rad ihre Urlaubsfahrt auf dem Jakobsweg. Letztlich wird jeder, der den Camino de Santiago entlangzieht, seine ureigensten Gründe haben.

Eine wohl am ehesten zu verallgemeinernde gültige Antwort gab

Pilar aus Toledo, als sie während der Rast an einer Quelle beim Studium deutscher Redewendungen plötzlich die Frage stellte: „Warum sind wir hier?“ Auf die nicht sonderlich ernst gemeinten Antworten ihrer deutschen Begleiter, sagte sie kurz und bündig: „Um etwas zu tun für die Gesundheit von Leib und Seele!“

Gesunde Füße waren an den nächsten Tagen besonders wichtig; denn eben zu Fuß ging es an zweimal vier Tagen mit einem dazwischen liegenden Ruhetag von Cebreiro über Triacastela, Sarria, Portomarin, Palas do Rey, Melide, Arzúa und Bando nach Santiago de Compostela.

Nach dem spanischen Frühstück, bestehend aus Kaffee und einem Teilchen, versammelte sich die Gruppe stets zu einer Statio – meistens an der Pfarrkirche des Abmarschortes. Wechselweise hielten die Gebete und Lieder auf spanisch und deutsch in den dämmerigen, oft noch kühlen Morgen. Danach begab sich die Gruppe auf den Weg. Die erste Strecke wurde meistens noch gemeinsam zurückgelegt und auch dazu benutzt, Gespräche zu führen. Deutsche Marsch- und Wanderlieder erleichterten oft den Tritt. Mit der Zeit zog sich die Gruppe aber auseinander. Man konnte Teile des Weges zeitweise allein gehen und seinen Gedanken nachhängen oder seine Aufmerksamkeit für Augenblicke der schönen Landschaft widmen. Gewöhnlich am späten Vormittag sammelten sich alle Angehörigen der Gruppe zu einer kurzen Rast am Wegesrand. Um 12 Uhr mittags wurde dann wieder eine Pause eingelegt und der Angelus gebetet. Nach Beendigung der jeweiligen Tagesstrecke, die etwa 8 bis 27 Kilometer lang war, bestieg die Gruppe die Busse und fuhr zu einem Restaurant, um gemeinsam ein spätes Mittagessen einzunehmen. Fröhlich und ausgiebig wurde nach den Anstrengungen der Wanderschaft dann getafelt. Anschließend erfolgte der Transport zur Unterkunft. Gegen Abend versammelte sich die Gruppe meistens noch einmal zu einer Eucharistiefeier.

Die lauen Abende und die kühlen Morgen hatten ihren eigenen Reiz. Besonders schön war der Morgen des ersten Wandertages

auf der Höhe von Cebreiro. Während der Himmel im Westen noch in ein tiefdunkles Blau gehüllt war, schickte die Sonne vom Osten her ihre ersten Strahlen über die 1.800 Meter hohe Sierra de Amares und veranstaltete ein herrliches Farbenspiel. Gegen die hellen Farben des östlichen Himmels bildete das dunkle Grün der bewaldeten Höhenzüge, gegen das Tiefblau des westlichen Himmels das Hellgrau der über den Tälern wabernden Nebelfelder einen lebhaften Kontrast. Die aufsteigende Helligkeit des Tages und die Reste der dunklen Nacht vereinigten sich in der Mitte des Himmels in einem fast überirdisch wirkenden lichten Blau.

Ganz irdisch war stets der Jakobsweg. Er führte streckenweise unmittelbar entlang der Verkehrsstraßen, lief aber meistens bergauf und bergab durch Wiesen und Wälder, Ortschaften und Felder. Manchmal bestand sein Untergrund aus widerlich kleinen Steinchen, dann wieder aus breiten Felsplatten oder heißem Asphalt, hin und wieder sogar aus weichem Waldboden. Der Wanderer nahm diese unterschiedlichen Wegesarten mit Aufmerksamkeit zur Kenntnis, wirkte sich doch mancher Tritt gleich spürbar schmerzhaft aus.

Die Beschaffenheit des Weges und seine Streckenführung erforderten überhaupt Aufmerksamkeit. Gedankenloses Dahinschlendern oder allzu hingebungsvolles Betrachten landschaftlicher Schönheiten hätte leicht zu einem Fehltritt mit für die Fortsetzung des gemeinsamen Pilgerweges negativen Folgen führen können. Man musste den Jakobsweg schon bewusst gehen, um auf den Steinplatten eines Bachübergangs zu jonglieren, um die Kniegelenke bei talwärts führenden Strecken nicht zu arg zu strapazieren oder um unnütze Reibungsflächen an den Füßen durch Ausrutscher und kleine Steinchen zu vermeiden.

Rückblickend muss man feststellen, dass die Gruppe stets zügig gewandert ist. Die Marschgeschwindigkeit wurde gewiß auch befördert durch die alle 500 Meter am Wegesrand stehenden Meilensteine aus hellem Granit. Eine Muschel als Zeichen für den Jakobsweg, die Kilometerangabe nach

Santiago und der Name des jeweiligen Ortes waren in die Steine eingemeißelt. Manches Mal erappte man sich bei der Ausschau nach dem nächsten Meilenstein, manches Mal auch zählte man die Kilometer ab: -57,0, -56,5, -56,0.

Eigentlich hätte man sich gewünscht, mehr Zeit für die Pflanzen und Tiere, für die Kirchen, Friedhöfe und Menschen am Wegesrand zu haben. Auch die vielen Schönheiten der Landschaft hätten mehr Bewunderung verdient gehabt. Dabei soll die Strecke von Cebreiro hinab nach Sarria zu den schönsten des gesamten Wallfahrtsweges zählen: Schattige, kühle Wälder und Wiesen mit saftigem Grün ziehen sich über langgestreckte Hänge. Farne und Blumen stehen am Wegesrand. Die kleinen Dörfer bestehen aus gedungenen Bauernhäusern aus fast schwarzem Stein, gedeckt mit roh zugehauenen Schieferplatten, die in der Sonne glänzen. Uralte, von Flechten und Moos überzogene Kirchlein befinden sich in dem einen oder anderen Ort. Hier und da sieht man auch einen Friedhof mit den oberirdisch angelegten kühlstrankartigen Grablegen. Gebäude und Gärten, ja sogar Felder werden statt durch Holzzäune durch senkrecht aufgestellte Steinplatten umgrenzt, und überall plätschert und murmelt Wasser – aus Felsgestein und Quellen, in Bächen und Dorfbrunnen.

Für die Gäste war es etwas Besonderes durch die duftenden Wälder von Eukalyptusbäumen zu wandern. Auch die Kastanien-, Pinien- und Nußbaumwälder wurden als Besonderheit wahrgenommen, weil sie in nördlichen Zonen ja nicht anzutreffen sind. Die Aufmerksamkeit erweckten stets auch die „horreos“, eine Eigentümlichkeit Galiciens. Diese sind meistens in der Nähe von Gehöften befindliche Getreide- und Maisspeicher, die nicht nur für Galicien, sondern auch Portugal typisch sind. Sie sind aus Granit gebaut, stehen auf Säulen und haben oberhalb der Säulen einen breiten Boden, damit keine Maus darum herum- bzw. heraufkommt. Die Giebel der „horreos“ sind gewöhnlich auf der einen Seite mit einem christlichen Symbol verziert, auf der gegenüberliegenden mit einem solchen aus der heidnischen Vorzeit.

Nach der Herberge in Cebreiro bezog die Gruppe nur noch zwei Unterkünfte, von denen aus täglich die Pilgerstrecken angefahren wurden: das Militärlager Bando und das Benediktinerkloster Samos. Dieses Kloster, im engen Tal des Rio Ouriblo gelegen, wurde bereits im 7. Jahrhundert gegründet und zählte Könige wie Staatsführer zu seinen Wohltätern. Hinter einer prächtigen Renaissance-Fassade lud eine großräumige Barock-Kirche zu festlichem Gottesdienst ein. Die im Renaissancestil gehaltene Kapelle des Konvents war für die Gruppe ein harmonischer Raum zur Feier der Eucharistie. Zwei Kreuzgänge, einer aus dem 16. Jahrhundert und ein neuerzeitlicher mit Monumentalfresken, wurden auch für manchen Angehörigen der Gruppe in den Morgen- oder Abendstunden zum Ort der Stille für eine Besinnung oder ein Gebet. Ein riesiger Saal des Klosters war in unzählige Zellen eingeteilt, und hier fand jedes Gruppenmitglied seine Ruhestatt. Vor dem Kloster gab es zwei Bars bzw. Restaurants, wo der nach einer Tageswanderung unvermeidliche Durst gelöscht werden konnte. Das geschah oft unter der Aufsicht des Paters Ökonom, der sich nicht nur rührend um die Gruppe kümmerte, für sie eine Klosterführung vornahm und die Gottesdienste hielt, sondern der hin und wieder auch als Tankstellenwart an der klostereigenen Tankstelle auftrat.

An drei der vier im Kloster Samos verbrachten Nächte wurde des Nachts allerdings die klösterliche Ruhe beträchtlich gestört, denn anlässlich des Patronatsfestes des Hl. Benedikt (11.07.) feierte die Ortschaft ihre „feria – Kirmes“, und die startete nach des Tages Hitze erst gegen 22.00 Uhr und dauerte jeweils bis in die frühen Morgenstunden. Das bedeutete, dass fast die gesamte Nacht hindurch laute Musik durch das enge Tal dröhnte. Trotzdem blieben die im Kloster Samos verbrachten Stunden den meisten in angenehmer Erinnerung.

Die nächste Unterkunft, das in der Nähe Santiagos gelegene Militärlager Bando war ein gut bewachtes und gepflegtes, festes Barackenlager, wie es an jedem Truppenübungsplatz anzutreffen ist. Die Angehörigen der Gruppe hat-

ten deshalb keine Schwierigkeit, sich in diesem Lager zurecht zu finden und wohl zu fühlen.

Noch von Samos aus lief die Gruppe am dritten Wandertag die Ortschaft Puertomarin an. Die Sonne brannte vom Himmel, und die Straße spiegelte die Hitze wider. Da tauchten aus einer Talsenke die Wasser des angestauten Rio Miño auf, und jenseits des Gewässers zeichnete sich eine helle Ortschaft gegen den Horizont ab. Aus ihrer Mitte ragte wie ein wuchtiger Festungsturm aus einer Stadtmauer die romanische Wehrkirche eines Ritterordens hervor. Das alte Dorf Puertomarin war auf dem Talgrund im Stausee untergegangen, eine neue helle, offenbar durchgeplante Ortschaft war auf der Westseite des Stausees angelegt worden. Doch hatte man einige alte Gebäude Stein für Stein abgetragen und im neuen Puertomarin wieder aufgebaut – darunter die Wehrkirche San Nicolas. Bemerkenswert sind ihre Portal-skulpturen, eindrucksvoll ist das weite Innere der Hallenkirche, in die das Licht vor allem durch die großen Rosettenfenster der Front- und Rückseite fällt. Die Wirkung des Raumes war so mächtig, dass deutsche Teilnehmer der Gruppe auf der Stelle das Lied „Ein Haus voll Glorie schauet...“ anstimmten.

Ein nicht so imposantes, aber vielleicht wegen ihrer Freskenmalereien noch wertvolleres Kirchengebäude befindet sich ein wenig abseits vom Jakobusweg in Vilar de Donas und wurde von der Gruppe am Ruhetag aufgesucht. Diese Santiagokirche ist der Rest des ehemaligen Hauptklosters des Santiago-Ritterordens, welches 1134 zum Schutz der Pilger erbaut worden war. Hinter einem nach oben offenen Narthex erwartet den Besucher ein reichverziertes Portal. Öffnet man die schweren, mit Eisenbeschlägen verzierten Türen weitet sich vor einem der einschiffigen Kirchenraum bis an die drei Apsiden der Rückseite aus. Vor allem der Chor in der mittleren Apsis weist noch Freskenmalereien auf, die berühmtesten von Galicien. Zahlreiche Sarkophage erinnern daran, dass die Kirche einmal die Begräbnisstätte der galicischen Ritter war, die im Kampf gegen die Mauren gefallen waren.

Von der Begräbnisstätte Vilar de Donas führte die Besichtigungsfahrt am Ruhetag zu einem der Einsatzorte ritterlichen Daseins, der Burg Pambre. Es ist eine der am besten erhaltenen mittelalterlichen Befestigungsanlagen der Region, gelegen auf einem Felsvorsprung oberhalb eines tiefen Taleinschnittes. Es fiel nicht schwer, sich auszumalen, dass in dem bewaldeten und durchschnittenen Berggelände selbst die schnellen Reiterschwärme der Mauren nur mühsam vorgehen konnten und Angriffsvorhaben leicht abzuwehren waren.

Eine weitere Besichtigungsfahrt fand an einem Abend statt und führte westwärts noch über Santiago hinaus an die Atlantikküste. Erster Anlaufpunkt war die Insel La Toja, die aufgrund einer schmalen, brückenartigen Landverbindung ihr Inseldasein verloren hatte und offensichtlich ein beliebter Ausflugsort geworden war. Unzählige Menschen schlenderten an der Strandpromenade und den Jahrmarktsbuden dahin. In einem gepflegten Park lag nicht nur ein grandioses Hotel, sondern auch ein bescheidenes Kirchlein, das sich dem Betrachter ausgerechnet im Schuppenkleid der Santiagomuschel präsentierte. Von dem Trubel dieses Ortes ging es die schärenartige Küste weiter südwärts auf Pontevedra zu nach Poyo. Hier suchte die Gruppe ein abgeschieden auf einer Anhöhe liegendes Kloster des 1220 zur Befreiung christlicher Sklaven gegründeten Ritterordens der Mercedarier auf, der sich 1690 zu einem Bettelorden reformierte. An die Eucharistiefeier in diesem Kloster schloss sich ein Aufenthalt in einem kleinen Fischerort an, wo die Gelegenheit bestand, ein Abendessen einzunehmen. Dieser Abend an der Kaimauer bei lauer Seebrise, unaufhörlichem Wellenschlag, tuckernden Fischerbooten und rauchendem Grillfeuer wird gewiss manchem vor allem auch wegen der frischen Sardinien und des süffigen Ribairo in guter Erinnerung bleiben.

Auf einen weniger zur Erinnerung denn zur Mahnung dienenden Gegenstand stieß die Gruppe bei ihrer Wanderung entlang des Jakobsweges einen Tag vor dem Einzug in Santiago. Der Pilgerweg

kreuzte immer wieder die breite Autostraße, lief lange Strecken durch Eukalyptuswälder, verschwand in Hohlwegen, kroch über Höhen mit Weiden und zog sich die Täler entlang. Plötzlich sah man sich mit einem nicht alltäglichen Denkmal konfrontiert: Ein Paar zertretene Wanderschuhe, in Metall gegossen, stand am Wegesrand; darüber befand sich eine Tafel, die darüber Auskunft gab, dass an dieser Stelle der englische Pilger "Guilelmus Watt einen Tag vor Santiago 1993" gestorben sei. Heute ist für Pilger wie Touristen die Reiseplanung und die Ankunft am Ziel eine Einheit, unvorstellbar das Missgeschick, nicht planmäßig anzukommen. Wie vielen mag es auf dem Wege nach Santiago im Laufe der Zeiten wie jenem William Watt ergangen sein?

Die Teilnehmer der X. Internationalen Wallfahrt des Ordens der Pilger vom Hl. Jakob erreichten alle gesund das Ziel - Santiago de Compostela. Über den Monte del Gozo, den Berg der Freude, zogen sie hinab zum Wallfahrtsort des Hl. Jakob. Auch noch aus dem Häusermeer der in jüngster Zeit wohl stark gewachsenen Stadt ragt der Komplex der Kathedrale mit den Türmen und Kuppeln als bedeutendes Bauwerk heraus. Nach dem Passieren der modernen Außenviertel musste man beim Durchwandern der Straßen und Plätze des alten Santiago feststellen: die Stadt ist schön, und ihre Geschichte lebt noch, wahrnehmbar auch für Besucher! Diese Feststellung erfuhr noch eine Steigerung, hatte man die herrlichen Plätze um die Kathedrale kennengelernt. Das eigentliche Gebäude dieser Kirche ist mit seinen zahlreichen Anbauten und mit seinen barocken Fassaden kaum zu erkennen. Der Besucher wird nach dem Betreten der Kirche in Erstaunen gesetzt, findet er sich doch dann in einer herrlichen frühromanischen Kirche wieder. Und in dieser Kirche führt die Architektur zuerst die Augen des Besuchers, darauf ihn selbst zum Vierungsaltar und zur dahinter liegenden Krypta mit dem Apostelgrab. Die Teilnehmer der X. Internationalen Wallfahrt des Ordens der Pilger vom Hl. Jakob wurden am Ziel ihres Weges gewiss nicht

von frommen Schauern geschüttelt und keiner erwartete ein Wunder für sich. Aber spürbar war doch, dass jeder inne hielt und sich zu einer Besinnung zurückzog. Orgelklang und Chorgesang sowie der Aufmarsch zahlreicher, festlich gekleideter Kleriker beendeten alle persönlichen Gebete und Meditationen. Es wurde zur Pilgermesse aufgerufen.

Danach nahmen die Teilnehmer sehr rasch Abschied voneinander, weil die Busse zur Rückreise schon bereit standen. Die deutschsprachigen Teilnehmer wurden bis in den Raum Burgos gebracht, von wo aus die weitere Rückfahrt mit der Bahn erfolgte.

Was macht die Bedeutung Santiagos als Wallfahrtsort aus? Ist es die eines Nationalheiligtums für die Spanier, die sich unter Berufung auf St. Jakob von Fremdherrschaft befreiten und einen Nationalstaat gründeten? Sind es die vom Reformkloster Cluny in Burgund ausgehenden Anstrengungen, die die Iberische Halbinsel an die römische Kirche und das abendländische Christentum banden? Ist es die eines Bandes gemeinsamer Kultur, die auch heute noch Menschen aus vielen Ländern Europas entlang des Pilgerweges erfahren, eine Wertschätzung, die eben auch darin zum Ausdruck kommt, dass die Gremien der Europäischen Union den „Camino Santiago“ als „Europäischen Weg“ fördern? Das alles wird nicht ohne Einfluss für die Bedeutung Santiagos sein bzw. gewesen sein. Wenn von Santiago auch als dem westlichen Jerusalem gesprochen wird, dürfte seine Bedeutung tiefere, religiöse Gründe haben. In einer Antiphon, gesungen beim Gottesdienst in der Kathedrale von Santiago, scheint mir die Bedeutung dieses Wallfahrtsortes zum Ausdruck zu kommen; es heißt da: „*Tú fuiste, Santiago, el primero, entre los Apostoles, que derramaste tu sangre para fecundar la Iglesia* – Du, Hl. Jakob, warst der erste unter den Aposteln, der sein Blut vergossen hat zur Befruchtung der Kirche“. Zwar nicht der erste im Amt wie Petrus war Jakobus, sondern der erste im Zeugnis. Das macht seine Person überzeugend, und das zeichnet dann den Ort seiner Verehrung aus. □

NOWOSPASSKOJE / GKS IM WEHRBEREICH I

„Ja, es stimmt, sie sind Katholiken und wir sind Orthodoxe“

AUFTRAG berichtete in Heft 226 (Seite 62 ff.) ausführlich über einen humanitären Hilfstransport der GKS, der am 8. Juli Nowospasskoje in der Nähe von Smolensk erreicht hatte. Inzwischen hat die Redaktion neben einem Dankschreiben des orthodoxen Gemeindepriesters, Vater Nikolai Privalow, einen Artikel aus den Smolensker Nachrichten (Smolenskije Wedomosti) – Bezirkszeitung für den Bezirk Jelnija, die jeweils am Mittwoch und Freitag einer Woche erscheint – erhalten. Dieser Zeitungsartikel wie die gekürzte Übersetzung des Briefes werden in den folgenden Beiträgen wiedergegeben. Die Übersetzung besorgte Bernhard Mroß, auf dessen Initiative letztlich die Hilfsaktion zurückgeht und ohne dessen guten russischen Sprachkenntnis das Unternehmen kaum erfolgreich hätte durchgeführt werden können.

Der Transport der Hilfsgüter von Deutschland bis in die Region Smolensk mit Fahrzeugen und Personal des Malteser Hilfsdienstes (MHD) kostete rund 5.000 Mark. Dieser Betrag wurde durch die katholische Pfarrgemeinde Christkönig in Mörfelden-Walldorf aufgebracht. An dieser Stelle sei der Gemeinde ein herzlicher Dank und vergelt's Gott gesagt, denn ohne diese großzügige Spende hätte die GKS den Hilfstransport nicht durchführen können.

Für das nächste Jahr haben die Initiatoren eine weitere Fahrt nach Nowospasskoje zur „Patengemeinde der GKS im Wehrbereich I“ geplant. Und ohne Geld und Güter kann keine Hilfe geleistet werden. Deshalb gibt AUFTRAG gern das Spendenkonto für die Weiterführung des Projektes bekannt:

Ein Kirchenfest in guter Tradition

Die Smolensker Nachrichten berichten in ihrer Ausgabe vom 2. August 1996 über den Hilfstransport der GKS

• Sparkasse Schleswig Flensburg
• KtoNr. 70182211 • BLZ 216 501 10
• Stichwort: „Nowospasskoje/GKS“
• oder das allgemeine Spendenkonto der GKS (s. Impressum)

Jedes orthodoxe Gotteshaus hat sein Altarfest. In Nowospasskoje wird dieses Fest jedes Jahr zu Ehren der Ikone der Hl. Mutter Gottes von Tichwin begangen. Das ist das eigentliche Patronatsfest des Gotteshauses. Dies wäre nicht besonders erwähnenswert, aber das diesjährige Fest war ausgesprochen ungewöhnlich und so ist es wohl sinnvoll, auch die Leser davon zu unterrichten.

Vollkommen zufällig, die Umstände hatten es so gefügt, kam am Vorabend des Festes eine Gruppe von Studenten mit zwei Lehrkräften des Moskauer Luftfahrtinstituts zu uns gefahren. Die Jungen und Mädchen hatten bereits die Heimat von Michail Glinka besucht, als sie noch Schüler der 610. Hauptstadtschule mit physikalisch-mathematischer Ausrichtung waren. Damals bildete der Ort Nowospasskoje die Erholungsbasis für die Schule. Und da kamen sie eben zu uns. Aber nicht nur, um hier Urlaub zu machen. Sie blieben hier für drei Wochen, sie halfen, die Fensterrahmen der Kirche instandzusetzen und zu streichen, auch die Regenrinnen bei manchen Gebäuden zu reparieren. Natürlich wurden so auch diese jungen Moskauer Teilnehmer der genannten Festlichkeiten.

Bereits im Winter hatten wir erfahren, dass man in Deutschland bereit sei, den Bewohnern des Bezirks Jelnija zu helfen. Man wollte humanitäre Hilfe schicken und so begann dort das Sammeln von Sachen. Die Führung der Gemeinschaft (christlich) Katholischer Soldaten klärte vorab ab, was die Menschen im Gardeland benötigen. Die Rede war vor allem von Medikamenten. Der Gemeinderat der Kirche von Nowopasskoje nahm Kontakt mit dem Zentralen Bezirkskrankenhaus und den örtlichen Krankenhäusern auf und danach wurde eine entsprechende Liste aufgestellt. Und was ist dabei das Besondere? Einen Tag vor Beginn der kirchlichen Feierlichkeiten erreichte uns aus Deutschland ein Lastwagen mit vielen verschiedenen Waren, und mit ihm kamen zu uns auch fünf Deutsche.

Ein feierliches Mahl der Gemeinde mit ihren Gästen beendete das Patronatsfest der Hl. Mutter Maria von Tichwin. Am Tisch stehend (v.l.) der Dorfpope, Vater Nikolai Privalow, der Dorfälteste Michail Grigorjewitsch, KptLt a.D. Bernhard Mroß und Hptm Walter Schrader, Vorsitzender der GKS im Wehrbereich I. (Foto W. Schrader)

Was haben sie uns mitgebracht? Ein riesiges Sortiment medizinischer Präparate, fehlende Binden, Gummistiefel, Offizierhalbschuhe und auch gefütterte Wollmäntel. Diese Kleidung und Schuhe schenkte uns ein deutscher Truppenteil, der aufgelöst werden soll. (Es ist ja bekannt, dass nach Abzug unserer Truppen aus Deutschland dort eine intensive Truppenreduzierung stattfindet.)



Ja, es stimmt, sie sind Katholiken und wir sind Orthodoxe, aber sowohl die einen wie auch die anderen sind Christen. Und das verbindet uns. Und konnte es denn sein, dass wir unsere deutschen Brüder nicht zum Geburtstagsfest unseres Gotteshauses einladen würden?

Übrigens, die Oberschwester des Zentralen Bezirkskrankenhauses, L. W. Chochlowa und ihre Tochter Julja, die im Klinikum ein Praktikum absolviert, beherrschen die deutsche Sprache sehr gut. Schnell halfen sie uns, die notwendigen Informationen auf den Beipackzetteln für den Gebrauch ins Russische zu übersetzen. Und so hat allein das Zentrale Bezirkskrankenhaus, und das für den eigenen Gebrauch, aber auch andere medizinische Einrichtungen, 44 Sorten von Medikamenten der verschiedensten Art in

einem Wert von einigen Dutzend Millionen Rubeln erhalten. Darunter waren pflanzliche Antibiotika und auch solche aus der Ginseng-Gruppe.

Die Ärztin des Krankenhauses von Nowospasskoje, L.W. Lapschina, half dabei diejenigen Präparate für ihr Krankenhaus auszuwählen, die von den Patienten am meisten verlangt und benötigt werden. Diesem Ortskrankenhaus wurden zehn neue Krankenhausbetten zur Verfügung gestellt. Die Betten waren mit neuen Matratzen versehen und stammten aus einem Sanitätsbereich eines deutschen Truppenteils, welcher reduziert wird. Die Deutschen haben den Bewohnern des Bezirks von Jelnija auch einige Tausend Einwegspritzen geschenkt.

Ein Teil der Gummistiefel, die im Frühling und im Herbst beim Tau- und Matschewetter so notwendig sind, über-

gab der Kirchengemeinderat an diejenigen Organisationen und Gemeindeglieder, die uns in irgendeiner Art und Weise bei der Wiederherstellung der Kirche Hilfe leisten.

Während der gesamten Dauer der Feierlichkeiten läuteten die Glocken. Nach dem Gottesdienst fand eine Kreuzprozession statt, bei der die Teilnehmer mit den Ikonenstandarten um die Kirche gingen. An der Prozession nahmen als Träger der Ikonenstandarten auch zwei deutsche Offiziere und Christen, Hauptmann Schrader und Kapitänleutnant Mroß teil. Der Verlauf der Kirchenfestes wurde auf ein Videoband aufgenommen. Eine der Kassetten soll als Zeichen der Einheit von Katholiken und Orthodoxen an den Vatikan geschickt werden. Ein feierliches Mahl mit allen Gästen beendete das Kirchenfest.

Brief von Vater Nikolai Privalow, Vorsteher der Kirche der Hl. Mutter Gottes von Tichwin, Dorf Nowospasskoje

1. Die humanitäre Hilfe ist, Gott sei dank, an alle verteilt worden. Sehr zufrieden ist der Chefarzt des Bezirkskrankenhauses von Jelnija wegen der erhaltenen Medikamente. Besonders auch wegen der Gipsverbände. Diese werden für den Winter aufbewahrt, wenn die Glatteiszeit beginnt. Allen kann man es nie recht machen, wir ha-

ben konkret denjenigen geholfen, die auch der Kirche irgendwie helfen.

2. Wir mussten nochmals über die Eparchie in Smolensk, obwohl Sie das bereits getan hatten, eine Zollerklärung abgeben. Deswegen musste ich nach Smolensk fahren, um das mit Vater Viktor zu erledigen. Ich nahm eine bestimmte An-

zahl von den schwarzen Halbschuhen mit, die dort auch nötig sind.

3. Wenn Sie im September 1996 bei uns sein werden, werde ich alles detailliert erzählen. Wir warten mit Freude auf Sie.

4. Vielleicht können wir gemeinsam die geschändeten Überreste der deutsche Soldaten beerdigen und auf das Grab ein Kreuz stellen.^{*)}

5. Nochmals vielen Dank für die riesige Hilfe bei der Organisation der humanitären Hilfe für die Kirche von Nowospasskoje.

6. Die herzlichsten Grüße an alle unsere Bekannten, wir denken an Sie und beten auch für Sie.

7. In der Bezirkszeitung ist ein Artikel über die humanitäre Aktion der GKS erschienen und auch der Rundfunk hat zweimal berichtet.

Gekürzte Übersetzung des Briefes an Bernhard Mroß vom 10.08.1996

*) Dies haben wir nicht geschafft – wird im nächsten Jahr erledigt, wenn nicht bereits der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge tätig geworden sein sollte. Anmerkung des Übersetzers.)



Ärztin und Krankenschwester
sichten die Medikamente des Hilfs-
transportes der GKS bevor sie an die
Krankenhäuser verteilt werden.

(Foto: W. Schrader)

Verbundenheit zur Bundeswehr und Vertrauen in den Dienst des Soldaten

Patronatsfest der Kölner Militärgemeinde St. Gereon

Die Kölner Militärgemeinde konnte bei ihrem diesjährigen Patronatsfest in der Basilika St. Gereon ein kleines Jubiläum feiern:

Vor 40 Jahren zelebrierte der damalige Erzbischof Josef Kardinal Frings in dieser Kirche den ersten Standortgottesdienst. Der neue Katholische Standortpfarrer dieser Militärgemeinde, Dr. Wolfgang Fey, deutete in seinen Begrüßungsworten den Soldatengottesdienst als Schnittstelle zwischen Kirche und Bundeswehr, damals wie heute. Der Patron der Kölner Militärgemeinde, der heilige Gereon, habe sich in seinem Leben für christliche Ideale

eingesetzt, so wie dies in der Militärseelsorge versucht werde.

Weihbischof Manfred Melzer, der mit den Soldaten und zivilen Angehörigen der Militärgemeinde den Gottesdienst feierte, betonte in seiner Predigt das Bekenntnis zur Bundeswehr. Es läge ihm viel daran, dieses Bekenntnis zu den Soldaten an diesem Tag zu erneuern. Melzer dankte den katholischen Soldaten für ihren Dienst, den sie für unser Land und Volk in verantwortlicher Pflichterfüllung leisten. Er dankte auch den Angehörigen der Soldaten. Die häufigen Standortwechsel bedeuteten tiefe Einschnitte für die

ganze Familie, mitunter auch eine Entwurzelung. Der Weg zu einer neuen Beheimatung geschehe in einer Familie nur selten im Gleichschritt. Er habe jedoch Ehefrauen und heranwachsende Kinder kennengelernt, die diese Bewährung mit großer Tapferkeit bestanden hätten. Hier könne man gleichsam wie ein Gutachter schreiben:

Voll tauglich und
vielfach verwendbar!

Im Anschluss an den Gottesdienst fand ein Empfang im Unteroffizierheim der Lüttich-Kaserne statt. Militärpfarrer Fey bezeichnete dieses Zusammentreffen als eine Geste des Vertrauens und der Verbundenheit zwischen Militärseelsorge und Soldaten. Der Standortälteste, Oberst Rudolf Heinstein, dankte in seinen Begrüßungsworten Weihbischof Melzer für das Bekunden der kirchlichen Solidarität mit dem Friedensauftrag der Soldaten. Gerade beim Einsatz der Bundeswehr in Krisengebieten sei ein besonderer Beistand von Seiten der Militärseelsorge wichtig. Dass Mitchristen sich schwer tun, Christsein und Soldatsein in Einklang zu bringen, führte Oberst a.D. Rolf Gotzmann, Vorsitzender des Militärpfarrgemeinderates, auf nicht gerade erfreuliche Darstellungen von Soldaten-Gestalten in der Geschichte zurück. Als positives Beispiel eines Soldaten zitierte Gotzmann die Bibelstelle bei den Evangelisten, wo der Hauptmann, der das Kreuzigungskommando geführt habe, umkehrt und gläubig wird. (KMBA)

Der neue Standortpfarrer Köln, Dr. Wolfgang Fey (38), war bis zum 31. Oktober 1996 Pfarrer einer Pfarrgemeinde in Bergisch-Gladbach/Refrath. Bereits am 1. September konnte er im Rahmen eines Pfarrfestes der Kölner Militärgemeinde vorgestellt werden. Die offizielle Einführung erfolgte am 7. November 1996 in der Lüttich-Kaserne in Köln. (Schacherl)



Patronatsfest St. Gereon der Militärgemeinde Köln im Oktober 1996.

Im Bild von links: Militärpfarrer Dr. Wolfgang Fey, Generalmajor Rudolf Theodor Ocken, stellv. Amtschef des Heeresamtes, Weihbischof Manfred Melzer, Stabsärztin Dr. Sibylle Pichmann, Militärdekan Pater Josef Kohlhaas ss.cc., Standortpfarrer Köln-Wahn. (Foto: KMBA)

*Friede ist nicht nur versprochen, sondern auch verwirklicht;
nicht aufgehoben, sondern mitgeteilt;
nicht bloß vorhergesagt, sondern gegenwärtig.*

Bernhard von Clairvaux

*Gottes Sohn wurde Mensch,
damit der Mensch Heimat
habe in Gott.*

Hildegard von Bingen

GKS IM WEHRBEREICH V

Die „Leidtragenden“

20. Soldatenfußwallfahrt
des katholischen Militärseelsorgebezirks Bruchsal

Friedrich Brockmeier

29 Soldaten, Soldaten a.D. und d.R. sowie Zivilangestellte der Bundeswehr aus dem katholischen Militärseelsorgebezirk Bruchsal nahmen in diesem Jahr an der traditionellen Fußwallfahrt Bruchsal-Walldürn vom 5.–7. Juli teil. Unter ihnen die pensionierten Offiziere Georg Strobel und Hermann Schofs, die keine der bisher zwanzig anstrengenden Fußwallfahrten ausgelassen hatten. In zweieinhalb Tagen müssen dabei 120 km zurückgelegt werden.

Wie all die Jahre vorher, wurde auch diesmal von den Teilnehmern, vor allem aber von „verhinderten“ Kameraden, Freunden und Familienangehörigen für jeden zurückgelegten Kilometer eine Spende erbeten. Die Aktion erbrachte einen Betrag von 4.400 Mark. Von diesem Geld wird auf Anregung des zuständigen Militärpfarrers Calw, Dr. Hans Michael Franke, der vier Monate das deutsche IFOR-Kontingent in Kroatien betreut hatte, ein Kleinbus gekauft. Das Fahrzeug soll in Trogir Franziskaner Patres übergeben werden, die ihn einsetzen, um mit seiner Hilfe Kriegswaisen, durch Kriegsverletzungen behinderte und andere bedürftige Kinder besser versorgen und betreuen zu können.

Es folgt ein mal etwas anderer Bericht über die Wallfahrt aus einer niedrigen und besonders geplagten Perspektive.

Eines Morgens wundern sie sich, denn sie werden mit einer Salbe eingerieben und massiert. Von nun an wiederholt sich diese außergewöhnliche Pflege und Sorgfalt jeden Morgen und jeden Abend. Was für einen Grund hat der Besitzer, sich auf einmal so intensiv um sie zu kümmern? Spätestens nach 14 Tagen wissen sie warum ihr Besitzer sie so liebevoll behandelt hat.

Früher als sonst werden sie in Bewegung gesetzt. Nochmals die wohlthuende Salbe und Massage. Aber halt, was sind denn das für Strümpfe, die sie jetzt angezogen bekommen? Lang und grau – wie lange haben wir die schon nicht mehr angehabt? Aber sie kommen aus dem Staunen nicht mehr heraus, denn nun zieht ihr Besitzer auch noch schwere Schuhe an, sehen so aus wie Schnürstiefel, an die sie sich auch nur noch schwach erinnern – war wohl die Grundausbildung. Damals wurde damit marschiert. Langsam schwant ihnen nichts Gutes. Zunächst ein kurzer Weg, dann Ruhe während einer Autofahrt, schließlich aussteigen. Es ist ein Kasernenhof und da stehen noch 27 Fußpaare, ob sie wohl auch dieselbe Prozedur mitgemacht haben? Es wird sich zeigen.

Punkt 6 Uhr zwingt sie ihr Besitzer in eine Haltung, in der sie vor langer Zeit gestanden haben. Kurze Zeit später kommen zwei vorbei, verweilen einen Moment, weiter zum Nächsten und

dann werden wir in Bewegung gesetzt. Noch ist unser Besitzer froher Dinge und zuversichtlich. Er hat uns ja über einen längeren Zeitraum ausnahmsweise gut behandelt. Nach 10 Minuten bleiben wir stehen. An einem Hagelkreuz die erste Statio – weiter ohne Tritt über einen Kiesweg, treppab, durch noch menschenleere Straßen. Nun kommt eine Steigung, die zieht sich aber ganz schön hin. O la, la, das ist noch ungewohnt, na ja, wir werden uns doch nichts anmerken lassen. Weiter geht es durch Weinberge und die Sonne steigt langsam über die Hügel und die ersten Strahlen treffen uns. Kilometer um Kilometer, erst der Hacken aufgesetzt, dann über den Ballen abrollen. Nach zweieinhalb Stunden über Stock und Stein, sind wir geneigt dankbare Gefühle unserem Besitzer entgegenzubringen, weil er uns so gut vorbereitet hat. Endlich die erste Rast. Frühstück-Ausruhen-Erfrischung-Kühlung. Einige unserer Mitstreiter werden für die kurze Zeit der Rast von ihrer Zwangsbehausung befreit, ob da sich was anbaut? Es geht weiter. Nächste Statio – und weiter. Hat da vorne nicht schon einer gehumpelt? Wurde wohl nicht so gut vorbereitet wie wir und dabei sind wir doch erst vier Stunden unterwegs. Wieder ein Stop – tut gut – auf geht's. Muss Waldboden sein, ist weich, tut nicht so weh. Ab und zu stechen die Ballen. Trotz



der liebevollen Pflege, Müdigkeit kommt auf. Wie lange wird es noch dauern bis zur Mittagsrast. Schritt für Schritt – Meter um Meter – wieviel Schritte macht man eigentlich für einen Kilometer? Der Kopf signalisiert uns ungefähr 1.400 Schritte und damit wir uns auf das, was noch kommt, vorbereiten können, erfahren wir, dass es fast 120 Kilometer sind, die wir zu bewältigen haben. Das kann ja heiter werden! Mittlerweile sind wir am Rastplatz angelangt. Man ist gnädig mit uns. Eineinhalb Stunden haben wir Zeit, uns zu regenerieren. Unser Besitzer lockert die Schnüre – Luft kommt und kühlt. Ob er uns ganz befreit? Ist ja schon schön, mal nicht dauernd in Bewegung zu sein. Die Rast ist fast vorbei, da werden wir doch noch befreit und unser Eigentümer streut ein weißes Pulver in unsere Behausung. Wir werden sehen, wofür das gut sein soll!

Nun geht's weiter. Etwa die Hälfte der ersten Tagesstrecke haben wir hinter uns. Wir merken doch, dass es nicht so leicht ist. Die ersten Kilometer nach der Rast tun weh. Die Muskeln der Beine sind noch hart und unsere Fersen und Ballen stechen. Wird sich doch keine Blase gebildet haben. Unser Besitzer hat Angst davor und hofft mit seiner Vorsorge dieses Problem ausgeschlossen zu haben. Wieder feste Straßen. Jeder Schritt auf dem harten Untergrund schmerzt. Wie weit noch bis zum Tagesziel? Jetzt fängt es an zu regnen. Hoffentlich hat unser Herr und Meister unsere Behausung auch so gut vorbereitet, damit wir nicht nass werden? Trotzdem, die Abkühlung erfrischt uns, und da es wieder Waldboden ist, auf dem wir entlangmarschieren und das Tagesziel vor den Füßen liegt, halten wir durch. Geschafft, raus aus den Stiefel und ab unter die Dusche! Ist das eine Wohltat. Wir müssen unserm Eigentümer dank sagen für seine vor-

ausschauende Sorgfalt. Die Ballen, Fersen und einige Zehen zeigen zwar einige gerötete Stellen, aber Gott sei Dank noch keine Blasen. Anderen Mitläufern geht es da entschieden schlechter: sie haben ganz „schöne Blasen“. Bloß keine Schadenfreude – wir sind noch nicht am Ziel.

Nach dem Gottesdienst und dem Abendessen ist Behandlungszeit. Da hat die Gruppe einen Sanitäter, „grausahm, heilsahm, wundersahm“*. Er muss gute Arbeit leisten, denn als wir kommen, sind schon viele in der Wartestellung. Mit geschickter Hand schneidet er Blasen auf, massiert die wehen Füße mit Franzbranntwein, salbt da eine wundete Stelle und legt Pflaster an. Die Nacht geht vorbei und wie am ersten Tag geht's sehr früh los, denn das zweite Tagesziel ist 40 Kilometer entfernt. Au! Tut das weh, wir können kaum auftreten und erst die Muskeln. Sind mal gespannt, ob die Behandlung vom „Wundersahm“ wirklich hilft. Aber wir sind nicht die Einzigen mit Schwierigkeiten. Tatsächlich, nach etwa einer halben Stunde sind wir warm und wieder fit. Noch haben wir keinen Grund uns zu beklagen. Einige unserer Leidensgenossen lassen sich schon die Strapazen anmerken. Ihre Besitzer verziehen ab und zu das Gesicht, wenn sie die Füße nicht behutsam aufsetzen. Nach einer schönen Waldbodenstrecke kommt die ungeliebte Asphaltstraße. Nicht, dass das nur in die Knochen und Ballen geht, jetzt geht es auch noch auf eine achtprozentige Gefällstrecke. Nun wissen wir auch, warum unser Besitzer so Bedenken hatte wegen dieses Teilstücks. Zum ersten Mal wollen wir nicht mehr so richtig weiterlaufen. Schmerzen werden ausgesandt, aber unser Signal wird nicht beachtet – der Wille ist stärker. Bald sind wir im Tal und es geht an einem Bach entlang und immer noch auf dem harten Straßenbelag. Die Ballen stechen, an den Fersen bildet sich eine Blase. Der Fuß rutscht im Schuh. Hoffentlich sind wir bald am Rastplatz, damit Schlimmeres verhindert werden kann. Die Gedanken unseres Herren kreisen nur noch um die Ruhepause – ist doch wohl zu viel? Wird er aufgeben? Es ist fast 13 Uhr und der Mittagsrastplatz ist erreicht. Diesmal werden wir sofort von unseren „Zwangsjacken befreit und wir freuen uns schon auf die Erholung, aber was geschieht denn jetzt? Unser Besitzer zwingt uns in Richtung Bach zu gehen und taucht uns ohne Vorwarnung in das kalte Wasser. „Hat der sie noch

alle“! Nein, das tut ja richtig gut – diese Abkühlung –, hätten wir nicht gedacht. Die Mittagspause ist vorbei und wir begeben uns auf die letzten Kilometer dieses Tages. Gegen 17 Uhr erreichen wir das Tagesziel. 40 Kilometer haben wir zurückgelegt und sind froh, die „Füße“ hoch legen zu können. Es erfolgen die gleichen Maßnahmen wie am Vorabend, nur heute dauern die Behandlungen viel länger. Haben sich doch trotz sorgfältiger Vorbereitung Blasen gebildet – wir sind es nicht mehr gewohnt so strapaziert zu werden. Ob wir bis zum nächsten Morgen so gut erholt sind, um die letzten 20 Kilometer zu überstehen, wer weiß?

Am nächsten Morgen, es ist nicht so früh, wie an den beiden vorherigen Tagen, haben wir erhebliche Probleme auf Touren zu kommen. Widerstand wird mit dem Gedanken unterdrückt, dass es nicht mehr weit ist. Auch werden wir kurz vor dem Ziel durch ausge-

ruhte Familienmitglieder erwartet, die die letzten Kilometer mit uns marschieren. Bloß nichts anmerken lassen und nicht mehr humpeln. Die Zähne zusammenbeißen bis zum Ende. Es ist überstanden, die Schmerzen vergessen. Wir haben die 120 Kilometer durchgehalten, obwohl manchmal der Wunsch zum Aufgeben sehr groß war.

Nächstes Jahr, wenn der Aufruf für die 21. Fußwallfahrt wieder ergeht, werden wir wieder „Leidtragende“ sein, denn unser Besitzer läuft ganz bestimmt wieder mit. Schließlich geht es um eine gute Sache. Denn das Motto der jährlichen Soldatenfußwallfahrt von Bruchsal nach Walldürn lautet: „Wir laufen und die Daheimgebliebenen zahlen!“ So sind in den vielen Jahren schon über 30.000 Mark zusammengekommen.

* Der „grausahm, heilsahm, wundersahm“ ist der Sanitätsoberfeldwebel der Reserve Klaus Sahm. □

WEHRBEREICH VI

„Im Krieg ist kein Heil. Um Frieden bitten wir alle.“

Hammelburg, Mellrichstadt, Wildflecken. Am Sonntag, dem 14. Juli 1996, trafen sich aktive und ehemalige Soldaten sowie Beschäftigte der Standortverwaltung mit ihren Familien in Wildflecken, um gemeinsam den Weltfriedenstag 1996 zu begehen. Aus den Standorten Hammelburg, Mellrichstadt und Wildflecken kamen die Teil-

nehmer zu einer Fußwallfahrt, die in diesem Jahr entlang des Kreuzweges der Nationen zur Kirche auf dem polnischen Friedhof führte. Der Kreuzweg sowie die Kirche und der Polenfriedhof sind vor genau 25 Jahren, am 03.07.1974, eingeweiht worden.

Der Grund für dieses einzigartige Mahnmahl in der Rhön war ein ehemali-



Feier des Weltfriedenstages 1996 im Militärseelsorgebezirk Hammelburg, Mellrichstadt und Wildflecken auf dem Friedhof des IRO-Lagers Wildflecken. Im Bild v.l. MilPfr Georg Kestel, Hptm a.D. Karl Naumann, der die Kreuzwegstationen und den Gottesdienst auf der Gitarre begleitete, StFw Wüchner mit der Fahne der Katholischen Militärseelsorge sowie weitere Teilnehmer am Weltfriedenstag. (Foto Heid)

gcs IRO-Lager, in dem nach Ende des 2. Weltkrieges 10.000 Polen auf dem Gelände des Truppenübungsplatzes Wildflecken untergebracht waren. Die Polen, Männer, Frauen und Kinder verwalteten und bewachten ihr behelfsmäßiges Lager selbst. Arbeitslosigkeit, Hunger und Krankheiten waren das „tägliche Brot“. Viele der Lagerinsassen gingen elendig zugrunde. 116 Erwachsene und 428 Kinder wurden am Ortsrand des Lagers notdürftig bestattet, ihre Gräber mit Wasserleitungsröhren, Brettern oder anderen Hilfsmitteln notdürftig gekennzeichnet. Der Zustand dieses Gräberfeldes war so unwürdig, wie es auch das Leben der Lagerinsassen gewesen sein muss. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge übernahm gemeinsam mit dem damaligen Landratsamt Bad Brückenau und der Gemeinde Wildflecken die Sorge für eine würdige Grabstätte. Auch der Staat beteiligte sich an den immensen Kosten. Die 2.000 qm große Gräberfläche wurde in 4 Felder gegliedert. In ihrer Mitte ragt ein fünf Meter hohes Bronzekreuz empor. Auf der Oberseite des Sockels kann man die Namen der Menschen lesen, deren genaue Grab-

stelle nicht mehr zu ermitteln war.

Eine Rundkapelle, ausgestaltet mit einem Fresko trauernder Menschen, lädt zur stillen Andacht ein. Vom Tal der Sinn hinauf führt der Weg zu dieser Andachtsstätte. 10 Granitstelen bilden den Kreuzweg. In die Steine sind die Verlustzahlen aller Völker aus den beiden Weltkriegen eingemeißelt. Auf der 1. Stele steht der Satz des römischen Dichters Vergil, der seit 2000 Jahren seine Gültigkeit hat: „Im Krieg ist kein Heil. Um Frieden bitten wir alle.“ An dieser Stelle begann der gemeinsame ökumenische Kreuzweg. Der Militärpfarrgemeinderatsvorsitzende Manfred Heid erinnerte in seiner Begrüßung daran, dass man dankbar sein dürfe für 50 Jahre Frieden in unserem Land, dass dieser Friede in der Welt aber nicht selbstverständlich sei. Die Fürbitten sollten all den Völkern gelten, die noch in Unfrieden leben müssten. In den Gebeten wollten die Teilnehmer sich an die vielen Soldaten, Männer, Frauen und Kinder erinnern, die in Kriegen und in den durch sie verursachten Wirren unverschuldet ihr Leben lassen mussten. Militärpfarrer Georg Kestel aus Hammelburg

gab zu bedenken, dass der Friede eines der wenigen Güter auf der Welt sei, das sich vermehrt, je mehr man dieses Gut mit anderen teile. An den einzelnen Stationen trugen Oberleutnant Becker, Christel Heid und Steven Grötsch Kyrie, Lesung und Fürbitten vor, deren Inhalt zum Nachdenken über den Frieden anstoßen sollte. Der Weg zwischen den einzelnen Stationen wurde schweigend gegangen. Die musikalische Begleitung an den einzelnen Stationen und während des Gottesdienstes auf dem Friedhof übernahm Hauptmann a.D. Karl Naumann.

Zum Andenken an diesen Tag blieben in der Rundkirche drei Kerzen auf einem schmiedeeisernen Ständer zurück, verziert mit den Verbandsabzeichen der Teilnehmer und dem Wort „Frieden“ in vielen Sprachen.

Für die meisten Teilnehmer war es der erste Gang zu diesem Friedhof. Alle waren nachhaltig beeindruckt, gerade auch von der mahnenden Inschrift der 10. Stele, eine Erkenntnis des Philosophen George Santayana: „Die sich des Vergangenen nicht erinnern, sind dazu verurteilt, es noch einmal zu erleben!“ (Manfred Heid)

Informationsveranstaltung für GKS Mitglieder auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr

GKS-Freyung. In jedem Jahr verbringen Soldaten unseres Kreises ein bis zweimal einen etwa 14-tägigen Truppenübungsplatzaufenthalt in Grafenwöhr. Dabei ist es für uns Soldaten selbstverständlich in Baracken oder Wellblechhütten – ob im Winter bei minus 25 Grad Kälte oder im Sommer bei 35 Grad im Schatten – feldmäßig

zu leben. Von diesem Leben im Felde haben die Angehörigen oft keine Vorstellung. Deshalb wurde im GKS-Kreis Freyung die Idee geboren, einmal mit den Frauen und Kindern einen Truppenübungsplatz zu besuchen.

Man wollte einmal am eigenen Leib miterleben, wie Soldaten Tage und Wochen getrennt von zu Hause und

der vertrauten Umgebung ihren fordernden Dienst leisten. Früh aufstehen hieß es für Groß und Klein am Samstag, den 8. Juni 1996, um an der Informationsveranstaltung in der Oberpfalz, einem der sieben Regierungsbezirke Bayerns teilnehmen zu können. Nachdem alle früh am Morgen pünktlich erschienen waren, konnte die etwa zweistündige Fahrt beginnen. Da man sich im Kreis untereinander kannte, war die Stimmung gut und alle waren voller Erwartung. Etwa gegen 10.00 Uhr erreichte man das angestrebte Ziel auf einer Panzerschießbahn des Truppenübungsplatzes Grafenwöhr.

Nach der Begrüßung durch den Bataillonskommandeur, Oberstleutnant Albert Pröpster (selbst Mitglied des GKS-Kreises Freyung) und dem Vorsitzenden des Kreises, Hauptfeldwebel Josef Wagmann, konnten die Teilnehmer bei einem Gefechtsschießen mit Handwaffen und Panzerabwehrhandwaffen zuschauen. Zunächst musste

Angehörige von Mitgliedern der GKS Freyung werden von Oberstleutnant Albert Pröpster und den Vorsitzenden des GKS-Kreises, HptFw Josef Wagmann, am Relief der Schießbahn in den Ablauf des Gefechtsschießens eingewiesen.
(Foto Feichtmeier)



aber noch der erforderliche Gehörschutz empfangen werden. Dem „Gelben Mann“ im Ohr stand man anfangs noch skeptisch gegenüber, nachdem aber der erste scharfe Schuss mit dem Gewehr G3 abgefeuert war, wollte niemand mehr darauf verzichten.

Beim anschließenden gefechtsmäßigen Verpflegungsempfang mit Eintopf und bundeswehrüblichem Kaltgetränk wurde der Höhepunkt des Tages, ein Gefechtsschießen mit Kampfpanzer Leopard 2 und Spähpanzer Luchs, vorbereitet. Die Einweisung in Lage, Auftrag sowie den Ablauf des Gefechtsschießens, erfolgte anhand eines Reliefs, das die Schießbahn maßstabsgetreu wiedergab. Anschließend fuhr man zu einem Übersichtspunkt ins Gelände, von dem aus man dem Gefechtsschießen gut folgen konnte.

Alle waren sehr beeindruckt von den Waffensystemen und dem Können unserer Wehrdienstleistenden. Zu schaffen machte aber den Zuschauern das Wetter. Bei etwa 35 Grad im Schatten und reichlich Staub, der von den Gefechtsfahrzeugen aufwirbelt wurde, konnten sich die Angehörigen einen Eindruck davon verschaffen, welchen Belastungen die Panzerbesatzungen

ausgesetzt sind. Durchgeschwitzt und mit verstaubten Gesichtern, waren alle froh, nach Ende des Schießens schattige Bereiche an der Schießbahnbasis aufsuchen zu können. Hier gab es gekühlte Getränke und interessante Gespräche. Bei der abschließenden Waffenschau konnten alle Gefechts-

fahrzeuge noch einmal genau unter die „Lupe“ genommen werden. Erschöpft, aber mit dem Gefühl, einen großartigen Tag hinter erlebt zu haben, trat man in den frühen Abendstunden die Heimreise an. Für alle ein unvergeßliches Erlebnis. (Josef Wagmann)



Einführung des neuen nebenamtlichen Militärpfarrers im Standort Mellrichstadt, Pfarrer Thomas Hermes (3.v.l.), am 19.09.1996 durch Prälat Peter Rafoth, kath. Wehrbereichsdekan VI (Mitte). Am Einführungsgottesdienst und Empfang nahmen u.v.a. teil (v.l.n.r.) 2. Bgm Rudi Gläser, Oberstleutnant Reinhard Resch, Heiner Kestel, MilPfr Hammelburg, HptFw Manfred Heid, Vorsitzender des Militärpfarrgemeinderates und der evangelische MilPfr. Heiner Jungmann. (Foto: M. Völkl)

Familienwochenende auf der Silvretta

GKS-Sonthofen. Auf Einladung der Militärpfarre und der Arbeitsgemeinschaft der Katholischen Soldaten (AKS) Bregenz/Vorarlberg führte der GKS-Kreis Sonthofen im Juli ein Familienwochenende im Lager Bielerhöhe/Silvretta durch. Die Teilnahme war auf 30 Erwachsene und sechs Kinder beschränkt. Zur thematischen Einstimmung eröffnete Militärdekan Otto Krepper am Freitagabend das Wochenende mit einem überzeugenden Impulsreferat zum Thema „lebendige Gemeinde“.

Der Samstagmorgen hüllte sich zunächst in Nebel, der jedoch bald durch eine strahlende Sonne am blauen Himmel vertrieben wurde, so dass die vorgenommenen Ausflugsziele in Angriff genommen werden konnten. Die „Spitzengruppe“ erklimmte über den Gletscher hinweg den Piz Buin, der Rest erwanderte sich in kleinen Gruppen die umliegenden Gipfel und Hütten – jeder, wie er konnte. Mit einem gemütlichen Hüttenabend schloß der ereignisreiche Tag ab. Den Sonntag eröffnete Militärdekan Otto Krepper zunächst mit einer Besinnung über „persönliche Glaubenserfahrungen“, bevor er mit uns vor der Barbarakapelle den Fami-

liengottesdienst feierte. Nach dem Mittagessen hieß es für die Sonthofener wieder Abschied von den Vorarlberger Freunden nehmen, die uns ein so herrliches Wochenende bereitet hatten. „Vergelt's Gott“ – wir kommen wieder.

Dank besonders dem österreichischen Vorbereitungsteam Pfarr-Adjunkt Georg Rupp, Oberleutnant Andreas Eberle und Vizeleutnant Erich Hansmann sowie dem Versorgungsoffizier, Leutnant Bruno Wahrbichler. Dieser

hatte mit seiner Familie das Kommando in der Küche und sorgte nicht nur dafür, daß keiner hungrig vom Tisch ging, sondern überraschte die ganze Gemeinschaft mit vielen Delikatessen und Schmankerln.

Sonntagsgottesdienst vor der Barbarakapelle im Lager Bielerhöhe bei strahlendem Sonnenschein, umgeben von der herrlichen Bergwelt der Silvretta: Wer kann da nicht zum Schöpfer der Welt, zu seinem Gott beten. (Text u. Foto: A. Goll)



AUTOREN UND BEITRÄGE IN DIESEM AUFTRAG

Achmann, Dr. Klaus

Oberst i.G., Referatsleiter im BMVg; Mitglied im Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ der GKS.

Brockmeier, Friedrich

Stabsfeldwebel a.D., ehem. Vorsitzender des GKS-Kreises Karlsruhe und stellv. Vorsitzender im Wehrbereich V; Mitglied im Sachausschuss „Konzeption und Information“ der GKS; Fotograf im Redaktionsteam AUFTRAG.

Ditzer, Karl-Heinz,

Vortrag anlässlich einer offenen Akademietagung der Thomas Morus Akademie, Bensberg, vom 21. bis 22. September 1996 zum Thema: Glaube, Macht und Einheit. Die innere und äußere Zerrissenheit des Volkes Gottes.

Professor für Psychologie und Pastoralpsychologie an der Philosophisch-Theologischen Hochschule der Redemptoristen in Hennef/Sieg, Direktor des Bildungshauses der Diözese Hildesheim „Kloster Steterburg“ in Salzgitter.

Veröffentlichungen: u.a. im AUFTRAG 219/220; „Soldatischer Dienst im Wandel – Zwischenrufe zu aktuellen Fragen“, Hrsg. GKS, Echter Würzburg 1996.

Michael N. Ebertz

Professor für Sozialpolitik, Freie Wohlfahrtspflege und Kirchliche Sozialarbeit an der katholischen Fachhochschule in Freiburg.

Die Situationsanalyse ist erschienen als Heft 3 in der Reihe „Vorträge“, Hrsg. Akademie Klausen-

hof, Dingden, Klausenhofstr. 100, 46499 Hamminkeln, sie kann dort zum Selbstkostenpreis bestellt werden (Fax: 02852-89300).

Die zahlreichen, in der schriftlichen Wiedergabe des Vortrags von Prof. Ebertz vorhandenen Anmerkungen wurden durch die Redaktion AUFTRAG fortgelassen.

Görlich, Joachim G.

Magister, freier Journalist, Schwerpunkt mittel- und osteuropäische Gesellschaften. Publiziert häufig u.a. in Deutsche Tagespost und AUFTRAG.

Havermann, Heinrich

Oberstleutnant a.D., von 1982 bis 1994 Vorsitzender der Zentralen Versammlung der Katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs (ZV); Veröffentlichungen zu (militär-/kultur-)historischen Themen u.a. AUFTRAG 218 „Wallfahrt in Frankreich“. Beauftragter der GKS für Seminare 3. Lebensabschnitt Bereich in Münster.

Liminski Jürgen

Freiberuflicher Redakteur beim Deutschlandfunk in Köln. Der Aufsatz ist der Deutschen Tagespost vom 24.08.1996 entnommen.

Marohl, Hans-Georg

Oberst a.D., Gründungsmitglied des Königsteiner Offizierkreises (KOK); langjähriger Vizepräsident der Gemeinschaft Katholischer Männer Deutschlands (GKMD)

und Mitglied im ZdK, in den 50er Jahren Sekretär des BDKJ in Berlin.

Nabbefeld, Jürgen

Prälat, Militärgeneralvikar, Leiter des Katholischen Militärbischofsamtes, davor Caritasdirektor Bistum Mainz

Püttmann, Dr. Andreas

Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung, zuständig für die Begabtenförderung. Aufsatz mit Genehmigung des Verfassers aus: Lebendige Seelsorge, Heft 1/1994 (45. Jg.).

Redakteur beim Rheinischen Merkur 1989–91. Erhielt 1991 den katholischen Journalistenpreis für Nachwuchsautoren. Freier Publizist. Berater in der Arbeitsgruppe der Deutschen Bischofskonferenz zur Vorbereitung auf das Heilige Jahr 2000, Projektgruppe „Politik, Soziales, Caritas“.

Schütz, Norbert M.

Kapitän zur See a.D., Gründungsmitglied des Königsteiner Offizierkreises (KOK), langjähriger Vorsitzender des GKS-Kreises Bonn, Mitglied im Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ der GKS.

Stuff, Eckard

Journalist; am Sender Freies Berlin zuständig für die Aus- und Weiterbildung des Nachwuchses und der Mitarbeiter. Seit 1996 regelmäßige Beiträge im AUFTRAG.

BUCHBESPRECHUNG

Libby Purves: „Die Kunst (k)eine perfekte Mutter zu sein“ Goldmann Verlag München, Taschenbuch, DM 12,90, ISBN 3-442-11500-0, 248 Seiten.

In einer sehr witzigen fröhlichen Art hat hier eine geplagte Mutter beschrieben, wie Mütter am besten mit Kindern, hier Kleinkindern, fertig werden oder auch nur einigermaßen leben können. Dies in, wie ein „Leitfaden für

Mütter“ zusammengestellten, informativen und hilfreichen Geschichten.

Ohne erhobenen Zeigefinger und ohne soziologischen Hintergrund werden hier Müttern, insbesondere auch berufstätigen, Tips und Tricks erklärt, die die Autorin für sich mit ihren Bekannten und Freundinnen gesammelt hat, und die vielleicht auch anderen helfen können.

Dieses Buch ist für Mütter, auch für bewusste Väter, interessant, lesenswert und in seiner humorvollen, netten Art geeignet, Aha-Erlebnisse hervorzurufen.

Das Buch ist sehr empfehlenswert für alle, die mit Kleinkindern zu tun haben oder sich gerne an die Zeiten erinnern möchten, wo ihre Kinder ihnen in ähnlicher Weise Kopfzerbrechen, Arbeit und unendlich viel Freude bereitet haben.

(Willy Trost)



Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierkreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen des GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit nunmehr 40 Jahren begleitet.



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint mind. sechsmal jährlich. Herausgeber: GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN, Breite Straße 25, 53111 Bonn. Redaktion: verantwortl. Redakteur Paul Schulz (PS), Oberstleutnant a.D., Satz und Layout; Klaus Brandt (bt), Oberstleutnant a.D., Redakteur; Helmut Fettweis (HF), Oberst a.D., Redakteur. Zuschriften: Paul Schulz, PF 3768, 51537 Waldbröl, Tel/Fax: 02291-900461.

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten. Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH, Ernst-Robert-Curtius-Str. 14, 53117 Bonn-Buschdorf.

Überweisungen auf: Konto-Nr. 2532786 BLZ 380 400 07 Commerzbank Bonn, Zweigstelle Adenauerallee: Katholische Soldatenseelsorge – Anstalt des öffentlichen Rechts – Vermerk:

„Spendenkonto der GKS“. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von DM 5,- an den ausliefernden Köllen Verlag.